



Landtag von Baden-Württemberg

40. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 20. Februar 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Schluss: 17:50 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2607	Abg. Kretschmann GRÜNE	2651
		Abg. Dr. Noll FDP/DVP	2656
1. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Vor der Neuordnung der Bund-Länder-Bezie- hungen in der Bildungspolitik – Aktiv koope- rieren, Chancen nutzen! – Drucksache 13/1409 ..	2607	Beschluss	2657
Abg. Zeller SPD	2607, 2622	3. Aktuelle Debatte – Zukunft des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg unter Berück- sichtigung der Ergebnisse der Bull-Kommissi- on Nordrhein-Westfalen – beantragt von der Fraktion GRÜNE	2662
Abg. Wacker CDU	2610	Abg. Oelmayer GRÜNE	2662, 2667
Abg. Kleinmann FDP/DVP	2613	Abg. Scheuermann CDU	2663, 2668
Abg. Renate Rastätter GRÜNE	2615, 2623	Abg. Stickelberger SPD	2664, 2670
Ministerin Dr. Annette Schavan	2616, 2623	Abg. Dr. Glück FDP/DVP	2665
Beschluss	2625	Minister Dr. Schäuble	2666
2. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Lan- desregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushalts- jahr 2003 – Drucksache 13/1791		4. Fragestunde – Drucksache 13/1778	
b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Lan- desregierung – Haushaltsstrukturgesetz 2003 – Drucksache 13/1763		4.1 Mündliche Anfrage der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Krebserkrankungen von Kindern in der Umgebung von Kernkraftwerken ...	2657
c) Mittelfristiger Finanzplan des Landes Ba- den-Württemberg für die Jahre 2002 bis 2006	2625	Abg. Dr. Inge Gräßle CDU	2657
Minister Stratthaus	2625	Staatssekretär Mappus	2657
Abg. Oettinger CDU	2631	4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Thomas Blenke CDU – Mittelstandsfreundliche Verwal- tungsgebühren für Ausnahmen nach dem Arbeitszeitgesetz	2658
Abg. Drexler SPD	2637	Abg. Blenke CDU	2658, 2659
Abg. Pfister FDP/DVP	2645	Staatssekretärin Johanna Lichy	2658, 2659

4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Gaßmann SPD – Unterstützung der im Weiterbetrieb gefährdeten historischen Standseil- und Bergbahnen in Baden-Württemberg	2659	Abg. Heike Dederer GRÜNE	2677
Abg. Gaßmann SPD	2659, 2660	Staatssekretär Rückert	2679
Staatssekretär Mappus	2660, 2661	Beschluss	2681
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	2660		
4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Errichtung einer Gedenk- stätte für Matthias Erzberger in Münsin- gen-Buttenhausen	2661	7. a) Große Anfrage der Fraktion der CDU und Ant- wort der Landesregierung – Situationsbe- schreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in Baden-Württemberg – Drucksache 13/844	
Abg. Röhm CDU	2661	b) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Ant- wort der Landesregierung – Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in Baden-Württemberg – Druck- sache 13/1060	2681
Minister Dr. Christoph Palmer	2661	Abg. Hoffmann CDU	2681, 2691
		Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	2683, 2691
4.5 Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – Schiennenverkehr im Raum Sigma- ringen	2661	Abg. Drautz FDP/DVP	2685
Abg. Behringer CDU	2661	Abg. Walter GRÜNE	2686
Staatssekretär Mappus	2661, 2662	Minister Dr. Döring	2688
Abg. Boris Palmer GRÜNE	2662	Beschluss	2692
5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesre- gierung – Gesetz zur Umwandlung von fünf öf- fentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen in Stiftungen bürgerlichen Rechts – Drucksach- e 13/1738	2671	8. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnah- me des Wirtschaftsministeriums – Energiepo- litische Konzeption für Baden-Württem- berg – Drucksache 13/914	
Beschluss	2671	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnah- me des Wirtschaftsministeriums – Energie- wende und Atomausstieg in Baden-Würt- temberg – Drucksache 13/1118	
		c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnah- me des Finanzministeriums – Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung; hier: Beitrag des Landes – Drucksache 13/1222	abgesetzt (2692)
6. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanz- ausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 12. Juli 2002 – Denkschrift 2002 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 2000 – Drucksachen 13/1174, 13/1748		9. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petiti- onsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/1736, 13/1765, 13/1766, 13/1767 . .	2692
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanz- ausschusses zu dem Antrag des Finanzministe- riums vom 24. Januar 2002 – Haushaltsrech- nung für das Haushaltsjahr 2000 – Drucksach- en 13/676, 13/1749		Beschluss	2692
c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanz- ausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 28. August 2002 – Prüfung der Rech- nung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2000 durch den Landtag – Drucksachen 13/1282, 13/1750	2671	10. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fach- ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/1725	2692
Abg. Ursula Lazarus CDU	2671	Beschluss	2692
Abg. Junginger SPD	2673		
Abg. Kleinmann FDP/DVP	2675	11. Kleine Anfragen – Drucksachen 13/1627, 13/1716, 13/1719, 13/1721	2692
		Nächste Sitzung	2692

Protokoll

über die 40. Sitzung vom 20. Februar 2003

Beginn: 9:34 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 40. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet ist heute Herr Abg. Rüeck.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Köberle.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Vor der Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik – Aktiv kooperieren, Chancen nutzen! – Drucksache 13/1409

Dazu rufe ich folgende Anträge auf: Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1802, sowie Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1815.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung, zehn Minuten je Fraktion für die Aussprache.

Zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Zeller das Wort.

(Abg. Hauk CDU: Da geht der Tag schon gut los! – Abg. Seimetz CDU: Der Tag fängt schon gut an!)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wer sein Kind auf eine Ganztagschule schicken will, findet im Raum Stuttgart allenfalls an Hauptschulen in Brennpunktstadtteilen einen Platz. Das ärgert Arbeitgeber und Rektoren.

So zu lesen, meine Damen und Herren, in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 12. Februar 2003.

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass wir fast ausschließlich an Hauptschulen in Brennpunktstadtteilen Ganztagschulen haben, ärgert nicht nur Arbeitgeber und Rektoren, sondern vor allem auch Eltern und Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt nämlich nicht nur für Stuttgart, sondern auch für Mannheim, Freiburg, Karlsruhe oder Spaichingen, das gilt selbst für Biberach.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das trifft für das ganze Land zu.

Anträge von Gymnasien, Realschulen und Grundschulen, selbst von Förderschulen auf Einrichtung von Ganztagschulen werden vom Ministerium, von Ihnen, Frau Ministerin, abgelehnt. Oft wurden und werden die entsprechenden Anträge schon im Vorfeld von der Schulverwaltung blockiert.

Für die Landesregierung gibt es vor allem zwei Gründe, warum sie diese rückschrittliche Haltung einnimmt. Zum einen ist es ein überholtes Familienverständnis von Herrn Teufel und seiner Kultusministerin –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Seimetz CDU: Der Tag fängt gut an mit solch einem Quatsch, den man da hören muss!)

und ich füge hinzu: Die beiden befinden sich im Einklang mit dem Biberacher CDU-Landrat –, ein Familienbild, das da heißt: „Mütter sollen zu Hause bleiben und für ihre Kinder sorgen“

(Abg. Seimetz CDU: Zeller soll zu Hause bleiben, das wäre besser!)

oder – Herr Seimetz, Sie waren ja anwesend –, wie es eine Kollegin von Ihnen im Schulausschuss einmal fragend formulierte – das können Sie ja im Protokoll nachlesen –: „Wollen Sie etwa den Familien die Kinder wegnehmen?“ Das ist Ihre Geisteshaltung.

(Abg. Seimetz CDU: So ein Krampf!)

Ich füge hinzu: Finnland, Schweden und Kanada oder katholische Ganztagschulen bieten eben ein anderes Schulkonzept an.

(Abg. Alfred Haas CDU: Lufthoheit über den Kinderbetten!)

Der Punkt ist nur, dass die genannten Länder Spitzenreiter sind, was die Ergebnisse bei der PISA-Studie angeht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Oje!)

(Zeller)

Trotz dieser Tatsache sind Sie nicht bereit, zusätzliche Lehrkräfte für Ganztagsschulen zur Verfügung zu stellen. Sie sind nicht bereit, mehr Geld für Bildung auszugeben, obwohl wir alles andere als Spitzenreiter im internationalen Vergleich sind.

Es war die SPD, die bei den Haushaltsberatungen jeweils zusätzliche Lehrstellen für die Einrichtung von Ganztagschulen beantragt hat. Sie haben die Zustimmung dazu verweigert. Neuerdings setzen Sie auch noch Horrorzahlen in die Welt, meine Damen und Herren.

(Abg. Wacker CDU: Was?)

Wer Ganztagschulen nur an so genannten sozialen Brennpunktschulen oder, wie Sie es formulieren, an schwierigsten Hauptschulen zulässt, wie Sie, Frau Schavan, es tun, hat nicht verstanden, dass längere gemeinsame Lernzeiten bessere Bildungschancen für alle bedeuten. Unter Fachleuten und Praktikern ist völlig unbestritten, dass Kinder und Jugendliche besser lernen, wenn sie mehr Zeit gemeinsam verbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Schauen Sie doch nach Finnland, Schweden oder Kanada, die Länder, die bei der PISA-Studie alle vor uns liegen.

Längere Lernzeiten, sowohl auf die Schuljahre als auch auf den Tagesablauf bezogen, bieten leistungsschwächeren Kindern und Jugendlichen wesentlich bessere Lernbedingungen, wie übrigens Herr Rau kürzlich selbst in einer Pressemeldung bestätigt hat.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist genauso falsch!)

Aber auch leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler profitieren gewaltig davon. Wir wissen doch, dass laut PISA fast jeder fünfte Schüler in Baden-Württemberg nicht richtig lesen kann und Schwierigkeiten beim Textverständnis hat. Wir wissen, dass Kinder aus sozial schwachen Familien und aus Migrantenfamilien durch unser Schulsystem häufig benachteiligt sind. Ganztagschulen sind neben weiteren Maßnahmen eine adäquate Antwort auf diese Benachteiligung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Selbstverständlich sieht das pädagogische Erziehungs- und Bildungskonzept einer Ganztagschule anders aus als das einer klassischen Halbtagschule, selbst dann, wenn die Halbtagschule noch ein bisschen Betreuung anbieten sollte. Ganztagschulen sind eben etwas anderes als eine Halbtagschule mal zwei.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Ganztagschulen sollen Lern- und Lebensorte sein, die den Vormittagsunterricht überwinden, Lernprozesse rhythmisieren, außerschulische Lernorte und Freizeitaktivitäten einbeziehen, alternative Lernformen wie Projektlernen, altersgemischte Lern- und Freizeitgruppen ermöglichen, selbstständige und eigenverantwortliche Lernprozesse fördern, zusätzliche Interessengebiete erschließen sowie Stütz- und Fördermaßnahmen anbieten. Dies alles ist wesentlich besser in einer Ganztagschule zu realisieren.

Der von Ihnen, Frau Schavan, so hochverehrte Professor Baumert hat in Berlin im Rahmen des McKinsey-Kongresses am 5. September in Ihrer Anwesenheit gesagt, dass Ganztagschulen eine Steigerung der Professionalität der Lehrarbeit und eine Veränderung der Lehrerarbeitszeit mit sich bringen würden. Da hat es Ihnen ja fast die Sprache verschlagen, als Ihr so geliebter Herr Professor Baumert dies festgestellt hat. Denn demzufolge haben Ganztagschulen auch etwas mit einer besseren Unterrichtsarbeit und einer besseren Schularbeit zu tun.

(Zuruf von der SPD: Das ist der Punkt!)

Ganztagschulen sind damit eine wichtige Voraussetzung für eine Schulreform.

Die Lebenswelt der Kinder hat sich enorm verändert.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Lehrkräfte und sozialpädagogische Kräfte müssen kooperieren, da jede Berufsgruppe für sich allein nicht in der Lage ist, adäquate Antworten auf die veränderten Bedingungen zu finden. Voraussetzung für die gemeinsame Arbeit sind aufeinander abgestimmte Konzepte. Dabei betone ich: Nicht die Streichung, sondern der Ausbau der Schulsozialarbeit ist angesagt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Frau Schavan, ich empfehle Ihnen: Besuchen Sie doch einmal eine Ganztagschule. Gehen Sie zum Beispiel nach Bodnegg.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

In der dortigen Ganztagschule werden Sie erleben, wie groß der Zulauf selbst in der ländlichen Region ist.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Die Gemeinde Bodnegg mit 3 000 Einwohnern hat eine der wenigen Ganztagschulen im Land. Über 900 Schüler besuchen diese Schule, über zwei Drittel kommen aus den umliegenden Gemeinden. Die Warteliste ist riesengroß. Das ist eine Schulwirklichkeit, wie wir sie uns wünschen. Leider ist dieses Beispiel eine Ausnahme in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Neben den pädagogischen und lernpsychologischen Vorteilen einer Ganztagschule gibt es auch eine enorm wichtige gesellschaftspolitische Begründung für diese Schulform. Familie und Beruf sind nur dann zu vereinbaren, wenn nicht nur der Kindergarten ganztägig Angebote macht, sondern wenn auch in der Schulzeit, vor allem an Grundschulen, Ganztagschulangebote gemacht werden. Nicht umsonst fordert die BDA ein flächendeckendes Ganztagschulangebot von mindestens 20 %, und zwar für alle Schularten und eben nicht nur für die schwierigsten Hauptschulen.

Ganztagschulen, meine Damen und Herren, sind heutzutage Standortvorteile. Eine Reduzierung dieses Angebots auf so genannte Brennpunktschulen ist im Übrigen auch eine

(Zeller)

Stigmatisierung des Ganztagschulgedankens und widerspricht allen pädagogischen, erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen.

(Beifall bei der SPD)

Weil der Bundeskanzler und Frau Bulmahn die Bedeutung dieser Bildungsreform längst erkannt haben, während andere noch im Bremserhaus sitzen, werden vom Bund für 2003 bis 2007 insgesamt 4 Milliarden € für Ganztagschulen zur Verfügung gestellt. Baden-Württemberg erhält davon immerhin 528 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das ist ein satter Betrag, ein Betrag, der Ihnen Beine machen sollte.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Frau Schavan und Herr Teufel, ergreifen Sie endlich die Chance, und unterschreiben Sie die Verwaltungsvereinbarung, die Frau Bulmahn vorgestellt hat, im Interesse unserer Kinder und unserer Kommunen, im Interesse einer fortschrittlichen und zukunftsweisenden Bildungspolitik! Kommen Sie heraus aus der Ecke des Beleidigtseins, und werfen Sie endlich Ihre ideologischen Scheuklappen ab!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Meine Damen und Herren, die SPD begrüßt einhellig das Angebot des Bundes. Entgegen Ihren Unterstellungen, dass der Bund keine Fördermittel für Maßnahmen zum Ausbau bereits bestehender Ganztagschulen oder für Ausstattungen bereitstellen werde, ist in Artikel 1 der Verwaltungsvereinbarung klar formuliert, dass es Finanzhilfen für Investitionen zum Ausbau neuer Ganztagschulen, zur Weiterentwicklung bestehender Schulen zu Ganztagschulen oder zur Schaffung zusätzlicher Ganztagsplätze an bestehenden Ganztagschulen gibt.

Obwohl nach dem Grundgesetz der Bund nicht originär für Schulpolitik zuständig ist, sind die Fördermittel ein wichtiger Beitrag zu einer familien- und kinderfreundlichen Politik. Sie müssten eigentlich dafür dankbar sein, dass der Bund diese Mittel zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es geht um Investitionsmittel in breitester Form, und die Kommunen werden durch den Umbau der Halbtagschule zur Ganztagschule profitieren. Die durchschnittliche Fördersumme liegt bei etwa 400 000 €.

Selbstverständlich handelt es sich bei diesem Programm um Sachinvestitionen und nicht um eine laufende Förderung von Ganztagschulen. Dringend notwendig ist nun die Bereitstellung von zusätzlichem pädagogischem Personal. Ganztagschulen und damit bessere Bildungschancen sind nicht zum Nulltarif zu bekommen. Wir werden uns gegen eine Umetikettierung wenden, die da heißt: Halbtagschule plus ein bisschen Betreuung oder, wie Sie sagen, ergänzende Angebote gleich Ganztagschule. Natürlich sind zusätzliche Betreuungsangebote besser als nichts. Aber deshalb

werden aus Halbtagschulen noch lange keine Ganztagschulen. Wir fordern Sie auf, den Gestaltungsspielraum, der Ihnen vom Bund im Sinne des Föderalismus für die Definition bei der Förderung von Ganztagschulen eingeräumt wird, zugunsten echter Ganztagschulkonzepte zu nutzen.

(Abg. Teßmer SPD: Dafür wird es Zeit! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Zeller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Röhm?

Abg. Zeller SPD: Wenn Sie sie nicht auf meine Redezeit anrechnen und die Uhr nicht weiterläuft, ja.

(Abg. Seimetz CDU: Auch so eine Formulierung, wo man genau weiß, dass es Quatsch ist!)

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Röhm.

Abg. Röhm CDU: Herr Kollege Zeller, können Sie bitte kurz umreißen, wie Sie sich einen Tag in der Ganztagschule vorstellen?

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Wenn es nicht auf die Zeit angerechnet wird, machen wir das!)

Wann beginnt er, wann endet er? Umreißen Sie einen Tag, damit wir wissen, wovon Sie reden.

(Beifall bei der CDU)

Abg. Zeller SPD: Mich erstaunt schon, dass ein Gymnasiallehrer eine solche Frage stellt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Nein, die ist sehr berechtigt! – Abg. Alfred Haas CDU: Weil Sie keine Antwort haben!)

Da empfehle ich Ihnen einfach – ich gebe Ihnen schnell eine Antwort, damit es nicht lange dauert –, die Pressemitteilung des Herrn Rau nachzulesen, der begründet hat, wie in Lahr eine Ganztagschule aussehen soll. Das ist ein Konzept für die Zeit von 7:45 Uhr bis 17:15 Uhr. Lesen Sie einmal die Pressemitteilung nach.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Ihre Antwort, wo ist sie?)

Meine Damen und Herren, Ganztagschulen benötigen natürlich ein Konzept, das vier Nachmittage umfasst, Herr Röhm.

(Abg. Alfred Haas CDU: Keine Antwort, Herr Zeller!)

– Ach Herr Haas, dass Sie nichts von Schule verstehen, weiß ich ja schon längst.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben keine Antwort! Das ist doch peinlich! – Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Ganztagschulen haben Konzepte für vier Nachmittage. Ich sage Ihnen dazu: Sie sollten nicht länger die Anträge von Kommunen und Schulen blockieren, sondern endlich alle Anträge zulassen, damit wir

(Zeller)

auch in Baden-Württemberg eine ordentliche Schulreform hinbekommen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Eine selten dämliche Rede!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wacker.

(Abg. Seimetz CDU: Jetzt kommt wenigstens etwas Vernünftiges! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt sind wir aber gespannt!)

Abg. Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Rede des Kollegen Zeller habe ich den Eindruck, dass die SPD mit ihrem Antrag heute nach der gestrigen Föderalismusdebatte sozusagen die Flucht nach vorne antritt.

(Abg. Hauk CDU: Nichts gelernt hat! – Abg. Teßmer SPD: Ihr Eindruck ist falsch!)

Lieber Herr Kollege Zeller, ich wollte zunächst versuchen, unseren Konsens beim Thema Ganztagschule herauszuarbeiten. Leider gelingt mir dies nach Ihrem Beitrag nur sehr schwer. Dennoch einige grundsätzliche Bemerkungen.

Ganztagschulen mit einem durchdachten pädagogischen Konzept unterstützen besonders Kinder und Jugendliche, die in verstärktem Maße pädagogische Hilfen und Lernhilfen benötigen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Schon falsch, der Ansatz! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Durch die freiwillige Bezuschussung fördern wir darüber hinaus Betreuungsangebote am Vormittag und jetzt in größerem Maße auch am Nachmittag. Natürlich sind auch hierbei pädagogische Hilfen mit einbezogen.

Eine ergänzende bildungspolitische Maßnahme, meine Damen und Herren, ist das Konzept der Ganztagschulen in Baden-Württemberg. Das ist eine Maßnahme neben den Fundamenten, die primär in der Familie und am Unterrichtsvormittag gelegt werden.

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt den Kurs der Landesregierung,

(Abg. Margot Queitsch SPD: Das ist erstaunlich!)

die Anzahl der Ganztagschulen in so genannten sozialen Brennpunkten bedarfsgerecht auszubauen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Völlig falscher Ansatz!)

Alle ernsthaften Anträge, die dem Kultusministerium vorliegen, werden geprüft und schließlich auch genehmigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Und abgelehnt, wenn sie keine Brennpunktschulen sind! Alle anderen werden abgelehnt! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Genehmigt nur, wenn sie in Ihr Konzept passen!)

Das beweist die Vergangenheit.

Wir hatten zu Beginn dieser Legislaturperiode insgesamt 90 solcher Einrichtungen. Bis zum Jahr 2006 werden es 171 sein. Unter Einbeziehung der anderen Schularten – das geht auch aus der Stellungnahme der Landesregierung hervor – haben wir insgesamt 300 Ganztagschulen geschaffen. Dies, meine Damen und Herren, ist durchaus eine beachtliche Zahl.

(Abg. Zeller SPD: Ist doch gar nicht wahr! – Abg. Dr. Caroli SPD: Die Zahl ist falsch! – Abg. Wintruff SPD: Diese Zahl ist nicht belegbar!)

Die Standortentscheidungen werden nicht am grünen Tisch des Kultusministeriums gefällt. Es werden alle Beteiligten vor Ort eingebunden: die Lehrerschaft, die Eltern und natürlich die Schulträger.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Jetzt komme ich zu einem feinen Unterschied gegenüber dem Ansatz der Bundesregierung: Jede Standortentscheidung in unserem Land wird unter Berücksichtigung der kommunalen Selbstverwaltung gefällt.

Nun komme ich zu dem Unterschied zwischen unseren Betrachtungsweisen. Herr Zeller, Sie tun bei Ihrer Rede von A bis Z so, als würde die Schaffung von 10 000 neuen Ganztagschulen in Deutschland die Defizite, die sich aus der PISA-Studie ergeben haben, auf einen Schlag beheben.

(Abg. Zeller SPD: Das habe ich gerade nicht gesagt! – Abg. Drexler SPD: Das hat er nicht gesagt! Das hat man Ihnen aufgeschrieben!)

– Das ist, von A bis Z, die Intention Ihrer Rede gewesen.

(Abg. Capezzuto SPD: Sie sagen ja etwas Falsches! Das tut man doch nicht! – Abg. Zeller SPD: Das ist doch Blödsinn! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Aber so getan als ob! Aber er tut so! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Eben habe ich erwähnt, dass in der Familie die Bildungsgrundlagen gelegt werden sollen. Die PISA-Studie hat sich mehrfach mit diesem Aspekt beschäftigt. Ich zitiere an dieser Stelle bewusst nicht aus einem Grundsatzprogramm der CDU, sondern ich zitiere aus dem Abschlussbericht des „Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen“. Dieses Gremium ist von der Bundesregierung unmittelbar nach Veröffentlichung der PISA-Studie eingesetzt worden. Dieser Bericht ist leider in irgendeiner Schublade der Bundesregierung verschwunden, wie auch so viele interessante Gutachten danach nicht veröffentlicht wurden. Kernaussage dieses Gutachtens ist – hören Sie jetzt genau zu! –:

Die Familie muss als grundlegende Bildungsinstitution der Kinder und Jugendlichen anerkannt werden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Oder:

Die Familie ist eine Bildungsinstitution eigener Art.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Was wollen Sie jetzt sagen?)

(Wacker)

Jetzt kommt der entscheidende Satz: Ganztagschulen werden durchaus als sinnvolle ergänzende Maßnahme beschrieben.

(Abg. Wintruff SPD: Na also! Sehr gut!)

Die aus 20 Fachwissenschaftlern bestehende Kommission warnt vor einer Überbewertung der Ganztagschulen.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Das sind kluge Leute! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das tut doch auch niemand! Sie überbewerten es! – Abg. Bebber SPD: Wer überbewertet es denn?)

Jetzt zitiere ich wieder aus dem Gutachten:

Die Einführung von Ganztagschulen kann leicht am Problem vorbeigehen, zumal die Eltern dadurch aus den Bildungsprozessen der Kinder leicht verdrängt werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Zurufe von der SPD)

Dies ermahnt uns zu einem behutsamen Vorgehen bei diesem Thema. Wir müssen vielmehr Strategien entwickeln, wie wir die Eltern gerade von lernschwachen Jugendlichen in den Bildungsprozess einbinden können. Deswegen ist eine ideologische Debatte, wie Sie sie heute beantragt haben, völlig fehl am Platze, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Ja-wohl! – Zurufe von der SPD)

Die Anzahl der Ganztagschulen ist kein maßgeblicher Qualitätsfaktor für unsere Schulen. Auch das belegt die PISA-Studie. Sonst läge Baden-Württemberg – nach Ihrer Intention – beim Ländervergleich der Ergebnisse der PISA-Studie nicht in fast allen Kompetenzstufen an zweiter Stelle, sondern an letzter Stelle. Die PISA-Studie belegt eindeutig, dass die Qualität des Unterrichts nicht primär von der Schulform und auch nicht primär von der Dauer des Unterrichts an sich abhängig ist.

(Abg. Blenke CDU: So ist es!)

Nun zu dem 4-Milliarden-€-Programm des Bundes, das man grundsätzlich hinterfragen muss. Wie wir aus der Presse erfahren haben, hat sich der Bund bereit erklärt, angeblich – das muss man zunächst sagen –

(Abg. Fischer SPD: Jetzt hören Sie doch auf! – Abg. Capezzuto SPD: Was? So ein Quatsch!)

90 % der reinen Baukosten zu übernehmen. Die restlichen 10 % müssen vom Land oder vom Schulträger erbracht werden.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Das steht in dem Entwurf der Verwaltungsvereinbarung, wie wir es bisher nur aus der Presse erfahren konnten.

(Abg. Wintruff SPD: Was ist dagegen zu sagen?)

Sie werben heute mit Ihrem Antrag für ein Finanzierungsmodell, meine Damen und Herren, das Sie noch gestern

scharf verurteilt haben. In einem gemeinsamen Antrag mit allen anderen Fraktionen im Hause gaben Sie zunächst ein Plädoyer für den Föderalismus ab, gleichzeitig beschrieben Sie den Föderalismus als reformbedürftig. Sie gehen noch weiter: Sie setzen sich gemeinsam mit allen anderen Fraktionen in diesem Hause für den Abbau der so genannten Mischfinanzierungen ein.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, bitte fangen Sie heute damit an, und unterbreiten Sie der von Ihnen getragenen Bundesregierung, dass zumindest diese Form der Finanzierung föderalismusfeindlich ist!

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebber SPD: Sie wollen das gar nicht!)

Weitere Fragen sind offen. Von den enormen Personalkosten steht in dem Entwurf der Verwaltungsvereinbarung natürlich überhaupt nichts. Das Konzept ist nicht zu Ende gedacht. Die Folgekosten für den Schulträger für die Unterhaltung und die Personalkosten für das Land erreichen eine nicht mehr erschwingliche Höhe.

Jetzt darf ich Ihnen ein Rechenbeispiel unterbreiten. In den Jahren 2003 bis 2007 soll laut dem Entwurf eine Fördersumme von über 500 Millionen € auf Baden-Württemberg entfallen. Dies entspricht etwa einem Achtel der gesamten Fördersumme. Wenn wir annehmen, dass der Bund damit bis zu 10 000 neue Ganztagschulen schaffen will, würden damit allein auf das Land Baden-Württemberg entsprechend seinem Anteil von einem Achtel an der gesamten Fördersumme 1 300 Ganztagschulen entfallen.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt rechnen Sie das hoch. Nach Expertenmeinung kann man belegen, dass allein für Baden-Württemberg ab dem Jahr 2007 jährlich 200 Millionen € allein an Personalkosten für diese Einrichtungen entstehen sollen.

Deswegen sagen wir eindeutig – Sie kennen die finanzpolitische Lage unseres Landes –: Dies ist vor allem vor dem Hintergrund ungerecht, dass wir bereits mit den bisher geschaffenen 3 000 Neustellen in dieser Legislaturperiode einen Kraftakt für die Bildung in unserem Land erbracht haben, der einmalig ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Zu wenig gemacht!)

Mit einer Frage haben Sie sich auch noch nicht beschäftigt, meine Damen und Herren. Sie wissen, dass der Landkreis Karlsruhe eine Umfrage des Allensbach-Instituts in Auftrag gegeben hat. Das Ergebnis besagt, dass die Eltern vor allem von Kindern im Grundschulalter ihre Erziehungsaufgaben vorwiegend selbst wahrnehmen wollen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Daran hindert sie doch keiner! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Das heißt, die Eltern haben in der Antwort auf diese Umfrage klar belegt, dass sie sehr kritisch dagegen halten, dass

(Wacker)

Kinder bereits in der Grundschule in einer Ganztagschule betreut werden sollen.

(Zurufe der Abg. Carla Bregenzer und Capezzuto SPD)

Führen Sie diese Diskussion mit den Eltern, die ihre Erziehungs- und Bildungsaufgabe primär zu Hause wahrnehmen wollen! Dann werden Sie vielleicht Ihre ideologische Sichtweise etwas an den Nagel hängen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wintruff SPD: Wissen Sie, wer die Umfrage gemacht hat? Allensbach! Die machen alles gegen Bezahlung! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Wacker, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Zeller?

Abg. Wacker CDU: Gerne, am Ende meiner Ausführungen. Ich möchte meine Rede aber gerne im Zusammenhang zu Ende führen.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Sonst wird der Lesefluss gestört!)

Es ist außerdem nicht gerade guter Stil, dass am Tag der Verkündung, am 10. Februar dieses Jahres, lediglich der Entwurf der Verwaltungsvereinbarung nach Veröffentlichung der Pressemitteilung von Frau Bulmahn unserem Kultusministerium sozusagen per Fax zugegangen ist,

(Abg. Zeller SPD: Woher wissen Sie das?)

ohne dass hierüber im Vorfeld eine förmliche Vereinbarung mit den Ländern getroffen wurde.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist SPD-Stil! – Abg. Hauk CDU: Das ist der Stil von Rot-Grün!)

Nicht einmal auf Amtsebene, nicht einmal auf Beamtenebene wurde darüber mit den Ländern gesprochen. Und Sie fordern mit Ihrem Antrag, dass wir uns heute dazu bereit erklären, diesen Entwurf unverzüglich zu unterschreiben. Meine Damen und Herren, wir unterliegen doch nicht einem Diktat der Bundesregierung,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

sondern wir müssen doch zunächst einmal im Vorfeld vernünftig über diese Dinge reden. Dann können wir uns auch über vernünftige Lösungsansätze unterhalten.

(Abg. Wintruff SPD: Ihr seid doch undankbar! – Lachen bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Der Wintruff ist eine Frohnatur!)

Wenn die Bundesregierung gute Beziehungen mit den Ländern anstrebt, dann muss das bitte erst einmal mit einfachen Spielregeln beim Umgang miteinander beginnen. Wir brauchen keinen Nachhilfeunterricht vom Bund. Er soll zunächst einmal bei seinen eigenen originären Kompetenzfeldern seine Hausaufgaben erledigen,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Absetzen!)

zum Beispiel in der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik. Wir in Baden-Württemberg können selbst formulieren, wie viele Ganztagschulen wir für notwendig erachten und welche bildungspolitischen Schwerpunkte wir gerade als Konsequenz aus der PISA-Studie setzen. Die PISA-Studie belegt, dass wir uns in Baden-Württemberg mit unseren bildungspolitischen Konzepten durchaus auf einem guten Weg befinden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Länderkompetenzen nicht weiter zu untergraben. Wenn die Bundesregierung die Länder unterstützen will, dann sind bitte schön vorher Gespräche mit den Betroffenen darüber zu führen. Der Weg zur Finanzierung eines solchen Programms über eine mögliche Modifizierung der Umsatzsteuerverteilung wäre gerecht und würde voll und ganz der Resolution entsprechen, die wir gestern gemeinsam verabschiedet haben.

(Beifall der Abg. Seimetz und Hauk CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir lehnen den bildungspolitischen Zentralismus, so, wie er von der Bundesregierung gewollt ist, ab. Hierzu ließen sich viele Beispiele anführen wie etwa das Vorhaben, zentrale Bildungsstandards auf bundespolitischer Ebene zu entwerfen, während die Kultusministerkonferenz hierüber bereits einvernehmlich, auch mit den SPD-regierten Ländern, Beschlüsse gefasst hat.

Viele Verstöße gegen den Föderalismus sind erkennbar. Dagegen sollten Sie sich auch mit einer eigenen parlamentarischen Initiative in diesem Hause durchaus zur Wehr setzen.

Zuletzt, meine Damen und Herren – und damit schlage ich den Bogen –, zur Sinnhaftigkeit unserer Ganztagschulen: Wir halten an dem Ziel fest, in Absprache mit allen Beteiligten vor Ort Ganztagschulen maßvoll und bedarfsorientiert auszubauen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Herr Kollege Wacker, wollen Sie die Nachfrage des Kollegen Zeller noch zulassen?

Abg. Wacker CDU: Ja.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist zwar unnötig, aber wenn es sein muss!)

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Kollege Wacker, zum Ersten: Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass es nicht darum geht, dass jedes Kind eine Ganztagschule besuchen muss, wohl aber die Chance haben sollte, eine Ganztagschule zu besuchen?

Und zum Zweiten: Habe ich jetzt Ihren Ausführungen zu entnehmen, dass Sie die 528 Millionen € dem Bund wieder zurückgeben wollen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Abg. Wacker CDU: Es waren zwei Fragen, Herr Zeller. Auf die erste Frage eine präzise Antwort: Es entspricht bereits dem Konzept der Landesregierung, die Ganztagschulen in sozialen Brennpunkten bedarfsorientiert auszubauen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Capezzuto: Das haben Sie vorhin nicht gesagt!)

Sobald präzise Anträge vorliegen, werden diese auch genehmigt. Das belegen die Entwicklungszahlen der vergangenen Jahre.

Zu Ihrer zweiten Frage: Zunächst einmal muss man versuchen, sich mit dem Bund auf einen vernünftigen Konsens bezüglich der Finanzierung zu verständigen.

(Abg. Capezzuto SPD: So hat es die Ministerin nicht verstanden!)

Dann geht es präzise um die Umsetzung. Nur: Solange kein konkretes Verhandlungsangebot auf offiziellem, administrativem Wege auf dem Tisch liegt, kann man diese Frage auch nicht präzise beantworten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebbler SPD: Sie wollen das Geld also zurückgeben!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

(Abg. Wintruff SPD: Aber jetzt sprich ja christlich, sage ich dir!)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich spreche immer christlich.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorneweg: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir nehmen das Geld dankbar an. Wir sind Schwaben und werden dies nicht zurückweisen, solange Sie von uns nicht fordern, die Bildungsinhalte dann so zu gestalten, wie Sie das von Berlin aus wollen. Das haben Sie ja zurückgenommen; das haben wir sehr erfreut zur Kenntnis genommen. Deshalb sind wir dankbar für jede Unterstützung bei Ganztagschulen.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD – Abg. Wintruff SPD: Endlich mal einer!)

Der zweite Punkt ist das, was Herr Zeller vorhin in Bezug auf Herrn Kollegen Wacker angesprochen hat. Herr Kollege Wacker hat ja zu Recht darauf hingewiesen: Wir schaffen Ganztagschulen brennpunktorientiert. Aber, Herr Zeller, es ist ja wohl ein Witz, anzunehmen, dass es tatsächlich möglich sei, flächendeckend überall Ganztagschulen einzurichten.

(Abg. Zeller SPD: Flächendeckend heißt nicht: jede Schule! Können Sie mit dem Begriff „flächendeckend“ etwas anfangen?)

Wir müssen die Angebote machen. Die Schülerinnen und Schüler müssen dann unter Umständen auch einmal sieben oder acht Kilometer mit dem Bus fahren. Das machen diejenigen, die ein Gymnasium, eine Realschule oder eine Sonderschule besuchen, in gleicher Weise. Wir können

nicht in jedem Ort, an dem es eine Hauptschule gibt, sagen: Jetzt richten wir auch eine Ganztagschule ein.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Das hat doch auch niemand gesagt!)

Meine Damen und Herren, „Bulmahn gibt Startsignal für große Bildungsreform“, so lautet die Überschrift einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 10. Februar 2003. Der Untertitel macht dann deutlich, dass es hierbei vor allem um das 4-Milliarden-€-Projekt zur Förderung von Ganztagschulen geht.

(Abg. Bebbler SPD: Sie wissen doch, dass die Schlagzeilen nicht von der Regierung gemacht werden!)

– Die Schlagzeilen, die dieses Projekt in den Pressemitteilungen der Bundesbildungsministerin und in den Medien gemacht hat, kann schon niemand mehr zählen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD, für Ihren heute zur Debatte stehenden Antrag habe ich einerseits durchaus Verständnis.

(Abg. Wintruff SPD: Na also!)

Sie wollen hier im Lande dazu beitragen, davon abzulenken, dass die Bundesbildungsministerin zwar einen Startschuss gibt, dass sie sich dabei aber, um im Bild zu bleiben, in einem anderen Stadion befindet als die Läufer. Sie sprechen von der Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik, Sie berufen sich dabei ausdrücklich auf den Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen auf Bundesebene. Darin ist in der Tat davon die Rede, dass man dem Konnexitätsprinzip stärker zum Durchbruch verhelfen wolle – landläufig bekannt als die Devise: Wer bestellt, bezahlt. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Wir haben das ja in unserer Landesverfassung. Nur im Grundgesetz fehlt es noch, und es ist jetzt Ihre Sache, dies zu ändern.

Aber das 4-Milliarden-€-Projekt zur Einrichtung neuer Ganztagschulen ist davon natürlich meilenweit entfernt. Man braucht keinen Taschenrechner, um festzustellen, dass der größte Teil der Bestellung des Bundes, nämlich die dauerhaften – Herr Zeller hat ja darauf hingewiesen – Betriebs- und vor allem Personalkosten der zusätzlichen Ganztagschulen, von anderen zu bezahlen ist, nämlich von den Ländern und den Kommunen.

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, haben sich hier im Lande an einer gemeinsamen Initiative aller Fraktionen zur Stärkung des Föderalismus beteiligt. Wir haben gestern darüber debattiert. In der Debatte hat der Herr Ministerpräsident diese Initiative als „gemeinsamen Aufschrei aller Fraktionen“ bezeichnet und als solchen auch begrüßt.

Wesentliches Instrument zur Stärkung unseres Föderalismus soll die Entflechtung von Mischzuständigkeiten von Bund und Ländern und daher auch die Entflechtung von Mischfinanzierungen sein. Vor diesem Hintergrund habe ich für den Antrag der SPD allerdings kein Verständnis mehr.

(Abg. Bebbler SPD: Ach Gott!)

(Kleinmann)

Sie wollen das Konnexitätsprinzip, Sie wollen ein Ende der Mischfinanzierungen, und gleichzeitig wollen Sie – und dies ausgerechnet noch im Bildungsbereich, in einem der wenigen Hoheitsbereiche der Länder – eine neue Mischfinanzierung installieren.

(Abg. Fischer SPD: Das ist doch absoluter Blödsinn! – Abg. Bebbler SPD: Das ist doch Sache der Länder! – Abg. Fischer SPD: Das ist doch bloß, damit etwas gemacht wird!)

Grundsätzlich ist es selbstverständlich zu begrüßen, wenn die Bundesregierung Möglichkeiten sieht, den Ländern zur Bewältigung der ihnen obliegenden und von ihnen zu verantwortenden Aufgaben im Bildungsbereich zusätzliche finanzielle Hilfen zu gewähren. Deshalb sind wir dafür dankbar und nehmen sie auch an. Aber ich hoffe, dass dies allein auf einem Weg geschehen sollte, der jeglichen Eingriff in unsere ureigenen Kompetenzen vermeidet. Eben hierauf zielt der gemeinsam eingebrachte Antrag von CDU und FDP/DVP zum Antrag der SPD, Drucksache 13/1409.

Mit dem Verzicht auf das ursprüngliche Vorhaben, die Gewährung von Mitteln zur Errichtung neuer Ganztagschulen von bestimmten inhaltlichen Vorgaben des Bundes abhängig zu machen, ist, wie ich meine, der erste Schritt in die richtige Richtung getan. Ich begrüße das ausdrücklich und unterstreiche an dieser Stelle, dass wir an unserem Ziel festhalten, schulische Ganztagsangebote in der Vielfalt ihrer Formen weiter auszubauen und insbesondere auch ein erweitertes, bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagschulen, und zwar grundsätzlich an allen Schularten, zu machen.

(Abg. Zeller SPD: Das widerspricht aber dem, was Sie als Regierungspolitik machen!)

Dabei geht es um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dabei geht es aber vor allem auch um eigene pädagogische Konzepte – Herr Zeller, Sie haben darauf hingewiesen –, die an die besonderen Möglichkeiten der Ganztagschulen gebunden sind.

Ich bin davon überzeugt, dass wir auch vor dem PISA-Hintergrund gut daran tun, diesen Weg in Baden-Württemberg zu verfolgen und dies durchaus auch mit Nachdruck zu tun. In diesem Zusammenhang will ich aber in aller Deutlichkeit auch Folgendes sagen: PISA hat uns sicher vor Augen geführt, dass wir im Bildungsbereich noch längst nicht alle Hausaufgaben gemacht haben, auch in Baden-Württemberg nicht. Das insgesamt hervorragende Abschneiden unseres Landes im innerdeutschen Vergleich darf und wird nicht Anlass sein, dass wir uns nun zurücklehnen können.

(Abg. Wintruff SPD: Kein Anlass!)

Die PISA-Studien enthalten vielfältige Hinweise und Anregungen, an welchen Stellen und wie wir die Qualität unserer Schulen weiter verbessern können – und auch weiter verbessern müssen. Aber PISA belegt eben nicht, dass wir zur weiteren Qualitätsverbesserung unser gesamtes Schulsystem umkrempeln müssen. PISA belegt insbesondere nicht, dass die Umwandlung aller oder auch nur möglichst vieler Schulen in Ganztagschulen sozusagen das Allheilmittel zur Beseitigung aller – tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen – Mängel wäre. Wer dies anders sieht, springt zu kurz.

(Abg. Bebbler SPD: Das sagt doch keiner! Was schwätzt er denn da!)

Deshalb ist es nach meiner Überzeugung auch wenig sinnvoll, für die Einrichtung weiterer Ganztagschulen Zahlen wie „1 000 im Land und 10 000 im Bund“ von oben vorzugeben. Das sinnvolle Ziel kann nicht sein, 1 000 oder auch möglichst viele Ganztagschulen zu haben, sondern das sinnvolle Ziel ist und bleibt, schulische Ganztagsangebote und Ganztagschulen überall dort einzurichten, wo hierfür der jeweils entsprechende Bedarf besteht.

(Abg. Zeller SPD: Das machen Sie doch nicht! – Abg. Bebbler SPD: Wenn Sie das machen würden, gäbe es unseren Antrag nicht!)

Wir müssen und werden diese Angebote weiter ausbauen.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist doch Unsinn! Sie machen das doch gar nicht, was Sie da ankündigen! Der Bedarf ist doch da!)

Aber wir sollten hier bei dem Modell der Entwicklung von unten nach oben – hören Sie einmal zu; das passt Ihnen meistens nicht so arg –

(Abg. Zeller SPD: Sie lehnen doch die Anträge von unten ab! – Zurufe der Abg. Wintruff SPD und Boris Palmer GRÜNE)

– Also, wissen Sie, ob es sich immer lohnt, das, was Sie sagen, aufzuschreiben, weiß ich nicht. Aber ich habe meinen Beitrag aufgeschrieben.

Wir sollten dem Modell der Entwicklung von unten nach oben den Vorzug gegenüber einem Überstülpen von oben nach unten geben,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

dies übrigens gerade auch vor dem Hintergrund der Debatte um mehr Autonomie, die wir den Schulen zukommen lassen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Sie lehnen doch die Anträge von unten ab!)

Überstülpen von oben nach unten ist kontraproduktiv; die Entwicklung von unten nach oben ist konstruktiv.

(Abg. Wacker CDU: Sehr gut! – Zurufe von der SPD)

In diesem Sinne werden wir, die FDP/DVP-Landtagsfraktion, uns dafür einsetzen, die durch den Bund geschaffenen zusätzlichen finanziellen Spielräume zu nutzen.

Ich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Herr Kleinmann, gestatten Sie noch eine Frage –

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das machen wir im Schulausschuss.

Präsident Straub: Er möchte die Frage im Schulausschuss erörtern. – Dann erteile ich Frau Abg. Rastätter das Wort.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestern hatten wir hier in diesem Haus eine beeindruckende Debatte

(Abg. Wacker CDU: Jawohl!)

über den Föderalismus, und wir haben in großem Konsens einen interfraktionellen Antrag verabschiedet.

(Abg. Wacker CDU: Jawohl!)

Selbstverständlich ist es klar, dass wir in diesem Bereich, in dem wir eine originäre Landeskompetenz besitzen, nämlich im Schulwesen, die Landeskompetenz in vollem Umfang erhalten wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ministerpräsident Teufel sagte in der Debatte zu Recht, dass alle zwar für den „Föderalismus nach oben“ seien, aber entscheidend sei der „Föderalismus nach unten“, nämlich auf die Ebene der Gemeinden, der Regionen, der Verantwortlichen vor Ort. Deshalb sagen wir Grünen heute als Erstes in dieser Debatte: Wir brauchen gerade im Bildungsbereich die konsequente Kompetenzverlagerung nach unten an die Schulen, wir brauchen die Stärkung der Eigenverantwortung und der Selbstständigkeit der Schulen in diesem Lande.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Röhm CDU)

Wir unterstützen auch ganz maßgeblich die Forderung der kommunalen Landesverbände nach einem Abbau der Mischfinanzierungen hier in diesem Lande im Schulbereich

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

und nach einer klaren Aufgabentrennung zwischen Land und Kommunen. Man darf diese Trennung nicht nur in Bezug auf Bund und Länder fordern, sondern muss sie dann auch im eigenen Land konsequent umsetzen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! Sehr richtig! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So ist es!)

Meine Damen und Herren, für mich ist es kein Widerspruch zur Kultushoheit der Länder und auch keine ungerechtfertigte Einmischung, wenn jetzt die Bundesregierung als Anschubfinanzierung in einem großen Kraftakt 4 Milliarden € für die Einrichtung von Ganztagschulen in Deutschland bereitstellt. Sicher, man hätte das auch anders machen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Klar, das gebe ich zu. Es hat auch Diskussionen bei den Grünen gegeben, dies anders zu machen. Aber ich persönlich halte dieses Vorgehen für gerechtfertigt,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

und zwar aus einem einfachen Grund: Deutschland ist bei Ganztagschulen international ein Entwicklungsland.

(Abg. Zeller SPD: Gerade Baden-Württemberg!)

Baden-Württemberg hat nur für 3,3 % der Schüler und Schülerinnen Ganztagschulen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Es hat aber bei PISA sehr gut abgeschnitten!)

Zwar sind 7 % der Schulen Ganztagschulen, aber da es sich hauptsächlich um kleine Hauptschulen und um kleine Sonderschulen handelt, müssen wir sehen, dass das gesamte Angebot nur rund 3 % der Schüler umfasst. Wir brauchen aber Ganztagschulen für die pädagogische Weiterentwicklung der Schulen, das heißt für die intensivere Förderung von Kindern in unserem Bundesland, und aus demographischen Gründen. Frauen verabschiedeten sich vom Kinderkriegen, besonders die hoch qualifizierten Frauen, und wir sehen, dass in allen anderen europäischen Ländern und auch weltweit dort, wo ein gutes pädagogisches Ganztagsangebot besteht, die Geburtenrate wesentlich höher ist.

(Abg. Scheuermann CDU: Stimmt gar nicht!)

Das heißt, wir brauchen aus wirtschaftlichen Gründen und aus pädagogischen Gründen einen schnellen Ausbau der Ganztagschulen in Deutschland, vor allem aber in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist das ein klares Signal der Bundesregierung, und wir sollten jetzt wirklich darangehen, konsequent die Möglichkeiten in Baden-Württemberg zu nutzen.

Von dem Programm, meine Damen und Herren, profitieren in erster Linie die Kommunen in Baden-Württemberg. Wir brauchen für die Schulgebäude natürlich Investitionsmittel, um sie so auszubauen, dass sie attraktive Orte für die Kinder sind, die dort einen längeren Teil des Tages verbringen werden. Wir brauchen kleine Räume, wir brauchen Rückzugsräume, wir brauchen auch Küchen und schöne Räume für den Mittagstisch.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist wohl wahr!)

Es hapert in dieser Hinsicht; das kann ich Ihnen wirklich sagen. In Karlsruhe ist im letzten Jahr ein Antrag einer großen Hauptschule in einem sozialen Brennpunkt auf Einrichtung einer Ganztagschule vom Gemeinderat abgelehnt worden, weil ein Erweiterungsbau gigantische Mittel verschlingen würde.

(Abg. Scheuermann CDU: Weil sie die Folgekosten nicht zahlen wollen!)

Dieser Antrag der Pestalozzischule ist abgelehnt worden, weil die Stadt mit Blick auf den Ausbau dieser Schule Probleme hat. Deshalb brauchen die Gemeinden Investitionsmittel, um die Voraussetzungen für Ganztagschulen schaffen zu können.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Fischer SPD – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

(Renate Rastätter)

Ich sehe – das möchte ich betonen – den Spagat, den Herr Wacker hier heute machen musste, denn ich sehe, dass einige in der CDU-Fraktion bereit sind, eine gewisse Öffnung zuzulassen. Aber wo bei Ihnen in dieser Frage ein Motor anspringt, sitzen gleichzeitig 20, 30 Bremsen im Wagen. Deshalb kommen Sie in diesem Bundesland beim Thema Ganztagschulen überhaupt nicht voran.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir Grünen befürworten ein Modell einer offenen Ganztagschule. 85 % der Deutschen – das zeigt eine neue Umfrage – wünschen eine offene Ganztagschule, nämlich eine Entscheidungsmöglichkeit für Eltern.

(Abg. Röhm CDU: Aha!)

Ich muss dazu sagen: Eine neue Umfrage zeigt, Herr Röhm, dass 55 % der Deutschen einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen wünschen.

(Abg. Wacker CDU: Solange sie nicht betroffen sind! Zitieren Sie den ganzen Artikel des „Spiegels“!)

Und auf die Frage „Würden Sie Ihr Kind auf eine Ganztagschule schicken?“ sagen 55 % der Eltern Ja, und von den CDU-Wählern würden 49 % ihre Kinder auf eine Ganztagschule schicken.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Wacker CDU: Zitieren Sie den ganzen „Spiegel“!)

Sie hinken also mit Ihrem Familienbild radikal selbst Ihren eigenen Wählern hinterher.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Unsere Eckpunkte für Ganztagschulen sind:

Erstens: Wir wollen offene Ganztagschulen, die zur Gesellschaft hin geöffnet sind, die Einbeziehung von Lehrbeauftragten, von Musikschulen, von Sportverbänden, von Jugendkunstschulen und auch das Aufsuchen von außerschulischen Lernorten, also eine Vernetzung mit der Gesellschaft. Wir verstehen Ganztagschulen auch als Schulentwicklungsaufgaben. Das heißt, wir wollen nicht, dass sie den Schulen übergestülpt werden, sondern dass das Kollegium einer Schule ein stimmiges pädagogisches Konzept entwickelt und dafür auch Mittel bekommt, um diese „Managementaufgabe“ erfüllen zu können.

Zweitens wollen wir, dass Ganztagschulen selbstverständlich an allen Schularten ausgebaut werden können und müssen. Es kann nicht sein, dass es Stigmatisierungen in zweifacher Hinsicht gibt: zum einen: „Ganztagschulen sind nur gut für Benachteiligte“, zum anderen: „Ganztagschulen sind nur gut für allein erziehende oder für berufstätige Eltern“ – nach Ihrer Familienvorstellung, dass Frauen, anstatt daheim zu bleiben, sich im Beruf selbst verwirklichen.

Drittens: Wir wollen einen flächendeckenden Ausbau. Das heißt, für alle Familien in Baden-Württemberg muss eine Ganztagschule in räumlicher Nähe vorhanden sein, auch auf dem Land.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Sicher – ich habe es gesagt – hätte es für den Bund eine andere Möglichkeit gegeben. Sie kritisieren die Art der Finanzierung. Aber nun ist es so. Wir bekommen diese Mittel. Herr Kleinmann hat gesagt: „Wir sind Schwaben, wir nehmen sie.“

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jawohl!)

Diese pragmatische Einstellung finde ich gut. Ich wünsche mir, dass die Kultusministerin und die Regierungsfaktionen diese teilen. Jetzt haben wir das Geld. Lassen Sie uns für unsere Familien, für unsere Kinder und für unsere Gesellschaft das Beste daraus machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einige Vorredner haben darauf aufmerksam gemacht: Es ist keine 24 Stunden her, da haben wir in diesem Hause in großer Einmütigkeit unter den Sprechern aller vier Fraktionen über eine Föderalismusreform gesprochen. Die Sprecher aller Fraktionen haben sich nicht damit begnügt, ihre Beiträge auf einer allgemeinen Ebene zu halten, sondern sie alle haben – das wurde in einem gemeinsam verabschiedeten Papier gestern auch festgehalten – die Eckdaten, die notwendigen Veränderungen für diese Föderalismusreform ganz konkret beschrieben.

Erstens: Klärung von Kompetenzen auf allen politischen Ebenen auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips.

Zweitens: Abbau von Gemeinschaftsaufgaben.

Drittens: Abbau von Mischfinanzierungen.

Viertens: Überprüfung von Finanzhilfen. Klammer auf: Der Bund begründet die 4 Milliarden € Finanzhilfe mit dem Satz, sie werde zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts geleistet. So viel zur bildungspolitischen Begründung der 4 Milliarden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Weil wir Ganztagschulen brauchen!)

Das ist der einzige Grund, wie Sie das überhaupt in der Systematik unterbringen können.

Fünftens: Stärkung der Länderparlamente.

Ich sage Ihnen: Nicht allein mit dem 4-Milliarden-€-Programm, sondern mit ihrem Gesamtpaket „Bildung und Betreuung“ verstößt die rot-grüne Bundesregierung gegen alle fünf Punkte, auf die wir uns gestern einhellig, quer durch alle vier Fraktionen, geeinigt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Dann zahlen Sie es doch allein!)

Konsequent wäre nach der gestrigen Diskussion gewesen, heute festzuhalten, dass dieses Programm – –

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Abg. Wintruff SPD: Was würden Sie denn sagen, wenn es kein Geld gäbe? – Abg. Bebber SPD: Dummes Zeug!)

Sie haben nur über Ganztagschulen gesprochen, aber das, was Frau Bulmahn vorgestellt hat, geht ja über die 4 Milliarden hinaus und betrifft andere Punkte – übrigens Punkte, die das Parlament noch mehr als die Regierung zentral treffen. Ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, dass das, was in diesem Programm der Bundesregierung drinsteckt, bedeutet, dass künftig der Deutsche Bundestag über Evaluation von Schulen in Deutschland und über einen Bildungsbericht sprechen will. Ich bin, übrigens schon vor der gestrigen Debatte, immer davon ausgegangen, dass wir uns darüber einig sind, dass die Bildungspolitik das Herzstück der Landespolitik ist

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und deshalb bildungspolitische Debatten in die Länderparlamente gehören und nicht in den Deutschen Bundestag. Der Deutsche Bundestag ist nicht der Arbeitgeber der Landesregierung, sondern Arbeitgeber von Landesregierungen sind die Länderparlamente. Deshalb ist das, was hier vorgesehen ist, auch eine Schwächung der Länderparlamente.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Nehmen Sie doch Ihre Aufgabe wahr! – Abg. Margot Queitsch SPD: Schaffen Sie doch Ganztagschulen!)

Deshalb sage ich zu diesem ganzen Thema Föderalismus: Wenn wir es ernst meinen – und die Diskussion wird es auch in anderen Länderparlamenten geben –,

(Abg. Bebber SPD: Dann müssen Sie selber zahlen!)

kann, egal, wo man politisch steht, kein Landespolitiker auf die Idee kommen, dass dieser Ansatz der Bundesregierung geeignet sei, Länderkompetenzen zu stärken, Mischfinanzierungen abzubauen, Gemeinschaftsaufgaben abzubauen,

(Abg. Bebber SPD: Nehmen Sie Ihre Kompetenz wahr!)

ja das Herzstück der Landespolitik zu stärken.

(Zuruf der Abg. Margot Queitsch SPD)

Deshalb sage ich Ihnen: Es gibt mit uns keine Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik! So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Das hat doch damit nichts zu tun! Blödsinn! – Abg. Zeller SPD: Was Sie erzählen, stimmt doch nicht!)

– Herr Zeller, jetzt seien Sie doch ganz ruhig! Es ist noch früh am Morgen. Wenn Sie sich jetzt schon aufregen –

(Abg. Zeller SPD: Nur sollten Sie bei der Wahrheit bleiben! – Abg. Bebber SPD: Tun Sie doch Ihre Pflicht!)

– Ja, ich bleibe bei der Wahrheit.

Ihr Antrag, am 16. Oktober eingereicht und heute auf die Tagesordnung gesetzt, trägt die Überschrift: „Vor der Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik“. Das ist Ihr Vokabular.

(Abg. Zeller SPD: Ja!)

Ich zitiere Sie. Das ist die Debatte –

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Der Ministerpräsident hat gestern auch darüber gesprochen!)

– Ja, ja, nur in umgekehrter Hinsicht.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Sie stellen in diesem Antrag Fragen, die darauf hinauslaufen, dass wir uns einer Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen aktiv stellen sollen, nicht reagieren, sondern kooperieren sollen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Werden Sie doch aktiv! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Und dann folgt in diesem Antrag Punkt für Punkt eine weitere Mischfinanzierung, eine weitere Gemeinschaftsaufgabe, eine Schwächung der Länderparlamente usw.

(Abg. Zeller SPD: Sind Sie gegen Kooperationen?)

Deshalb: Wir sind in der Faschingszeit. Und da kann ich nur sagen: „Neuordnung von Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik“ ist ein Faschingssscherz, aber keine ernsthafte Politik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das war ein schlechter Faschingssscherz! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Damit komme ich zum zweiten Kapitel. Das ist nicht nur CDU-Position, was ich jetzt sage. Der „Spiegel“ hat in dieser Woche in einem ausführlichen und, wie ich finde, sehr guten Beitrag über Ganztagschulen die kürzeste und prägnanteste Bewertung dieses Projekts der Bundesregierung vorgenommen. Der Titel heißt ganz kurz: „Die große Illusion“. Das ist die kürzeste und prägnanteste Bewertung, die sich wie ein roter Faden durch diesen Artikel zieht.

Am 6. September – damit komme ich zum Verfahren –, also 14 Tage vor der Bundestagswahl, hat die Bundesregierung den ersten Entwurf der Verwaltungsvorschrift erarbeitet. Sie hat ihn den SPD-regierten Ländern zugespielt.

(Abg. Zeller SPD: Sie hatten ihn auch!)

Wir haben ihn überhaupt erst – nicht diesen Entwurf; der ist versenkt worden von den SPD-Kollegen; da brauchten wir uns überhaupt nicht zu beteiligen, das haben die im Vorfeld gemacht –, die Länder insgesamt haben eine Verwaltungsvereinbarung im Entwurf überhaupt erst am 12. Februar dieses Jahres bekommen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie hätten doch aktiv werden können!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Sie haben schon am 16. Oktober davon geredet, was wir denn täten und ob wir endlich unterschreiben würden. Am 12. Februar ist überhaupt erst eine Verwaltungsvereinbarung vorgestellt worden. Warum? Weil zwischen dem 6. September des vergangenen Jahres und dem 12. Februar dieses Jahres alle SPD-regierten Länder dem Bund klar gemacht haben – dafür haben sie ziemlich viele Monate gebraucht –, dass eine solche Verwaltungsvereinbarung, wie der Bund sie wollte, nicht abgeschlossen werden könne. Die SPD-regierten Länder haben versenkt, was ihnen vom Bund vorgelegt worden ist,

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Die sind halt klüger als Wintruff und Zeller!)

weil es, liebe Kolleginnen und Kollegen, Gott sei Dank auch in der SPD dort, wo sie regiert, noch Föderalisten gibt, die deutlich machen, dass sie diese Neuordnung nicht wollen.

Dann fragen Sie, wann wir denn endlich mit dem Bund verhandeln. Frau Bulmahn hat in mehreren Begegnungen mit den Kultusministern seit September nicht ein einziges Wort zur Ganztagschule verloren. Das erste Gespräch zwischen dem Bund und den Ländern in Sachen Ganztagschulen und 4-Milliarden-€-Programm findet überhaupt erst am 6. März statt,

(Abg. Wacker CDU: Hört, hört! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist ja unglaublich! Ein halbes Jahr später!)

viele Monate nach der Bundestagswahl das erste Gespräch.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Erst mal das Geld nehmen!)

Jetzt sagt die Bundesbildungsministerin am 13. Februar in einer Aktuellen Debatte im Deutschen Bundestag: Mit dem 4-Milliarden-€-Programm kommen keine neuen Lasten auf die Länder zu, wie Vertreterinnen und Vertreter der Opposition in übertriebener Entrüstung glauben machen wollen. Meine Damen und Herren, eine Bundesbildungsministerin, die so redet,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hat keine Ahnung!)

hat entweder keine Ahnung von Bildungsfinanzierung oder sie will es nicht wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Wir unterstellen zu ihren Gunsten die zweite Variante!)

Worüber reden wir denn, in Zahlen gesprochen? Wenn jede dritte Schule in Deutschland eine Ganztagschule werden soll, dann rechnen wir das jetzt doch einmal um auf Baden-Württemberg. Wir haben in Baden-Württemberg an allgemein bildenden Schulen 51 000 Klassen. Ein Drittel davon sind rund 17 000. Pro Klasse gibt es in Baden-Württemberg, weil wir im Unterschied zu anderen Ländern keine Billigmodelle machen, mindestens fünf zusätzliche Lehrerwochenstunden. Fünf Lehrerwochenstunden auf 17 000 Klassen, das bedeutet rund 3 200 zusätzliche Deputate. Das

heißt 163 Millionen € pro Jahr, in fünf Jahren über 800 Millionen € allein für fünf zusätzliche Lehrerstunden. Für einen Zeitraum von zehn Jahren bedeutet das 1,6 Milliarden €, bei nur fünf Lehrerwochenstunden pro Klasse in Baden-Württemberg.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das heißt, Sie lehnen das Geld ab?)

Meine Damen und Herren, da redet die Bundesbildungsministerin davon, dass keine Lasten auf die Länder zukämen. Das ist Zynismus im Umgang mit Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Ja-wohl! Aber das ist Frau Bregenzer egal!)

Bei diesen Kosten habe ich überhaupt noch nicht von 10 % Investitionskosten geredet. Ich habe überhaupt noch nicht von zusätzlichen Betreuungskosten geredet.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wer will, dass Kinder und Jugendliche nicht einfach in der Schule gehalten werden, nur damit sie nicht woanders sind,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wollen Sie dafür auch noch Geld vom Bund?)

braucht neben Lehrerstunden Betreuungsangebote, braucht pädagogische Angebote, braucht Räume.

Deshalb sage ich Ihnen, was wir am 6. März tun –

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ja! – Abg. Wintruff SPD: Da sind wir einmal gespannt!)

nicht nur wir, sondern das wird die Mehrzahl der Länder tun: Sie wird genau das aufgreifen, was Frau Rastätter gesagt hat. Wir werden dem Bund klar machen, dass dann, wenn der Satz im Koalitionsvertrag gilt und das gilt, was in den Landesparlamenten jetzt über die Stärkung des Föderalismus diskutiert wird, und wenn der Bund daran interessiert ist, dass die Länder in der Bildungspolitik mehr finanziellen Spielraum erhalten, ein nachhaltiges Finanzierungskonzept notwendig ist, das über eine andere Verteilung der Umsatzsteuer läuft.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Dann wird es in Baden-Württemberg nie flächendeckend Ganztagschulen geben!)

Das ist die einzige Möglichkeit einer nachhaltigen Entwicklung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir werden damit nicht allein stehen.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist der nackte Boykott! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Wenn Sie sich die Länder anschauen, werden Sie erkennen, dass das 4-Milliarden-€-Projekt die Kluft zwischen finanzschwachen und nicht so schwachen Ländern noch einmal vergrößern wird. Die neuen Bundesländer wissen überhaupt nicht, was sie mit diesem Programm anfangen sollen, weil

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

es auf Baumaßnahmen gerichtet ist. Das Einzige, was in den neuen Bundesländern nicht benötigt wird, sind Baumaßnahmen, weil sie diese Ausstattung haben. Das heißt, sie können mit dem Geld faktisch überhaupt nichts anfangen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Damit komme ich zum dritten Teil, zu der Frage der pädagogischen Bewertung.

(Abg. Wintruff SPD: Nehmen Sie jetzt das Geld oder nicht?)

Sie wissen, dass in Deutschland schon seit langem keine strittige Diskussion mehr über die Frage geführt wird, ob wir Ganztagschulen bedarfsgerecht ausweiten sollen. Alle Länder befinden sich in entsprechenden Prozessen. Sie wissen, dass Baden-Württemberg im Vergleich der 16 Bundesländer, wenn wir das gesamte Spektrum der allgemein bildenden Schulen einbeziehen, beim Ausbau von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen schon heute auf einem dritten Platz steht.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Das lehnen Sie immer ab.

(Abg. Zeller SPD: Das ist falsch!)

– Nein, das ist nicht falsch. Es ist richtig.

(Abg. Zeller SPD: Ich werde es Ihnen nachher beweisen!)

Sie lehnen das immer ab,

(Abg. Seimetz CDU: Zeller ist ein unglaublicher Besserwisser!)

weil Sie die Sonderschulen nicht zu den allgemein bildenden Schulen zählen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Das wäre noch ein eigenes Thema, warum Sie das nicht tun und was für Sie eigentlich Sonderschulen sind, wenn sie in dieser Statistik nicht vorkommen.

(Abg. Zeller SPD: Förderschulen lassen Sie gar nicht zu! Sie lehnen Förderschulen ja ab! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Es ist völlig klar: Alle arbeiten daran, dass weiter ausgeweitet wird.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Einfach falsche Etiketten!)

Was ich mittlerweile allerdings schon sagen muss: Man sollte auf Ihre Rede vom überholten Familienbild, mit dem vor allem der Ministerpräsident und ich uns immer schmücken dürfen, gar nicht mehr eingehen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ja! Sie haben ja dafür die Verantwortung! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich kann damit sehr gut leben.

(Abg. Zeller SPD: Und der CDU-Landrat von Biberach gehört dazu!)

– Ja, er gehört auch noch dazu, genau. Er fühlt sich in dieser Ecke auch wohl. Das ist überhaupt kein Problem.

(Abg. Zeller SPD: Er ist gar nicht da! – Abg. Schmiedel SPD: Wo ist der CDU-Landrat? – Gegenruf des Abg. Scheuermann CDU)

Dass Sie das immer wieder sagen, ist doch nur ein Hinweis darauf, dass Ihnen überhaupt nichts mehr einfällt. Ich wünsche mir, dass Sie das in der Öffentlichkeit oft sagen.

(Beifall bei der CDU)

Sagen Sie es immer wieder. Das würde uns ungemein helfen. Sie wissen, dass Baden-Württemberg das Land ist – übrigens auch im Bundesvergleich –, in dem der Anteil berufstätiger Frauen mit am höchsten ist. Wem immer Sie erzählen, die baden-württembergische Kultusministerin sei gegen berufstätige Frauen – –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der hat Recht!)

Das ist gut. Tun Sie das.

(Abg. Zeller SPD: Ja, machen wir!)

Das wäre ungemein hilfreich.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Ich finde aber, dass in der ganzen pädagogischen Diskussion eine Schieflage entstanden ist. Wenn Sie heute mit jungen Familien sprechen, stellen Sie fest: Es ist wahr – das ist ein uraltes Thema –: Wir haben in Deutschland Nachholbedarf, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Wir haben einen erheblichen Nachholbedarf.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Carla Bregenzer: Besonders in Baden-Württemberg!)

Wir müssen da etwas tun. Es ist aber völlig illusorisch, zu glauben, die Schule sei der erste Ort in unserer Gesellschaft, an dem wir dieses Problem lösen können.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

In Wirklichkeit reicht es der berufstätigen Mutter überhaupt nicht aus, wenn wir das nur schulisch lösen, weil auch Kinder, die um 16 Uhr nach Hause kommen, zu früh nach Hause kommen, um dieses Problem zu lösen. Deshalb sage ich Ihnen: Wir leisten unseren Beitrag im Bildungswesen nicht allein mit Ganztagschulen. Wir leisten es mit Horten, wir leisten es mit vielen anderen Einrichtungen. Das halte ich für richtig. Davon will ich mehr haben. Aber wenn diese Gesellschaft in Wirklichkeit nachhaltig etwas für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf tun will, dann darf auch die Wirtschaft nicht nur auf die Schule zeigen, sondern dann müssen sich auch unsere Betriebe etwas einfallen lassen, um diese Vereinbarkeit zu verbessern.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Schieben Sie die Verantwortung nicht immer auf andere!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Jetzt komme ich zu der Frage: Was hilft Ganztagschule beim Lernen?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Weckenmann?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Frau Ministerin Schavan, sind Sie der Meinung, dass irgendwelchen Eltern oder Müttern im Land mit Ihrer Aussage geholfen ist, es sei nicht Aufgabe der Schule, sondern der Wirtschaft, und die Wirtschaft wieder sagt, die Schule müsse ihren Teil erfüllen? Das ist die erste Frage.

Zweite Frage: Teilen Sie die Einschätzung vieler Mütter – da ich einen Sohn in der Grundschule habe, kenne ich wirklich sehr viele Mütter –, dass die Kindergartenzeit noch einigermaßen zu bewältigen ist, die Schulzeit aber das wirkliche Problem darstellt?

(Abg. Schmiedel SPD: Dann geht es los! – Beifall bei der SPD)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Frau Weckenmann, Sie haben doch eben sehr genau gehört, dass ich nicht gesagt habe, es sei nicht Aufgabe der Schule, sondern ich habe gesagt: Wenn man dieses Problem nachhaltig lösen will, kann man es nicht allein auf die Schule wälzen.

(Zurufe von der SPD – Abg. Seimetz CDU: Hört doch mal zu!)

Das ist ein Unterschied. Dieser Unterschied ist wichtig, weil wir in Deutschland auch in anderen Bereichen Entwicklungen brauchen, die Familien unterstützend wirken. Dazu gehören auch unsere Betriebe. Wenn wir nicht mehr Unterstützungssysteme für Familien und Eltern schaffen, wird das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gelöst werden. Deshalb werde ich immer wieder, übrigens auch in frauen- und familienpolitischen Diskussionen, darauf hinweisen, dass die Schule ihren Anteil leistet und dass auch andere Anteile notwendig sind, um dieses Problem zu lösen.

(Zurufe von der SPD – Abg. Seimetz CDU: Der Schmiedel kann auch nicht zuhören!)

Ansonsten wird sich in Deutschland überhaupt nichts ändern.

(Beifall bei der CDU)

Schauen Sie doch nur in unser Nachbarland Frankreich. Da laufen im Moment zwei Diskussionen. Die eine Diskussion ist eine bildungspolitische. Der französische Bildungsminister hat in einem Interview in der „Zeit“ diese Diskussion beschrieben. Sie lautet: Erstens schaffen wir es nicht mehr, Kindern in der Grundschule Lesen und Schreiben beizubringen, trotz Ecole maternelle, trotz Ganztagschule.

Zweitens: Die Zahl der Jugendlichen, die in Frankreich ohne Schulabschluss die Schule verlassen, ist dramatisch gestiegen – trotz acht Stunden Ganztagschule. Das ist die bildungspolitische Diskussion.

Die frauenpolitische Diskussion, die in Frankreich gerade läuft, besagt: Das Ganztagschulwesen reicht überhaupt nicht aus, um unsere Vereinbarkeitsprobleme zu lösen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD – Abg. Seimetz CDU: Frau Bregenzer schreit schon, bevor sie gehört hat, was gesagt wird!)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie immer so herumschreien und immer unterbrechen. Sie wollen halt immer nur politische Strohfeuer und nicht wirklich nachhaltige Entwicklungen, auch nicht in der Frauenpolitik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das sind doch frauenpolitische Sonntagsreden, die Sie halten!)

Deshalb: Wer nachhaltige Entwicklungen in der Bildungspolitik will, wer besseres Lernen will, wer bessere Frauenpolitik will, wer bessere Vereinbarkeit will, darf nicht nur an Schule denken,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber Sie sind Kultusministerin!)

sondern braucht weitere Schritte in der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit, um weiterzukommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie das einmal Ihrer Staatssekretärin! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Fangen Sie doch endlich an!)

Damit komme ich zu der Frage, was wir in Baden-Württemberg tun werden.

(Abg. Wintruff SPD: Jetzt kommen wir zum Thema!)

Erstens: Wir werden die Entwicklung so, wie wir sie in den letzten Jahren angestoßen haben,

(Zurufe von der SPD – Abg. Seimetz CDU: Jetzt schreien sie schon wieder, bevor etwas gesagt ist!)

fortsetzen. Es werden auch im Laufe dieses Schuljahrs neue Ganztagschulen entstehen. Es entstehen immer mehr Schulentwicklungsprozesse mit einem anderen Umgang mit Zeit. Das ist ein wichtiges Thema.

Wir werden die Prioritätensetzung zunächst einmal beibehalten.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Es wird keine Landesregierung geben – nicht eine einzige Landesregierung –, die ohne Prioritätensetzung Ganztagschulen einrichtet.

(Abg. Zeller SPD: Wie viele Schulen wollen Sie schaffen?)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Und weil wir nicht ohne Prioritätensetzung arbeiten können, bleibt es dabei: Schulen im sozialen Brennpunkt haben Priorität.

(Abg. Wacker CDU: Sehr gut! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Es bleibt bei der Stigmatisierung der Ganztagschulen! Dann gehen noch mehr Leute in die Privatschulen!)

Sie werden mit zusätzlichen Lehrerstunden versorgt. Andere Schulen werden demgegenüber zunächst einmal zurückstehen müssen. So einfach ist das in Zeiten, in denen die Wirtschaftspolitik, die Finanzpolitik des Bundes und wir alle in der Situation sind,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wenn es nicht in Ihr ideologisches Konzept passt!)

dass wir nicht wissen, wie die Lage der Steuereinnahmen in vier Wochen ist.

(Abg. Zeller SPD: Dann schauen Sie, dass Sie mehr in Bildung investieren!)

Das ist eine realistische Planung und kein politisches Strohfeuer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Bitte schön. Sie steht ja schon am Mikrofon.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Frau Ministerin, könnten Sie einmal definieren, was Sie unter einem sozialen Brennpunkt verstehen? Darüber gibt es nämlich auch bei den Kommunen keine einheitliche Auffassung. Und Sie helfen den Kommunen dabei auch nicht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Brennpunkte sind überall! Es gibt nur Brennpunkte!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ich glaube, ich muss Ihnen jetzt nicht erklären, was ein sozialer Brennpunkt ist.

(Widerspruch bei der SPD – Zurufe von der SPD: Doch! – Abg. Dr. Caroli SPD: Raus damit!)

Aber ich kann Ihnen das Verfahren erklären, das Grundlage für die Genehmigungen ist. Die vier Oberschulämter haben bereits vor einigen Jahren mit allen Schulämtern Listen über Schulen erstellt, in denen mehrere Problemfaktoren zusammenkommen. Das sind Problemfaktoren, die mit dem soziokulturellen Umfeld der Schule,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

mit dem Anteil ausländischer Kinder oder mit bestimmten Sprachgruppen zu tun haben, in denen die Sprachprobleme

besonders groß sind. Es gibt einen Kriterienkatalog, auf den sich diese Schulämter zum Teil auch mit den Schulen geeinigt haben. Diese Liste versuchen wir abzuarbeiten.

Jetzt gibt es eine gewisse Differenz. Es gibt Gemeinden, die sagen: „Unsere Schule steht zwar in der Liste, aber wir können unsere eigenen Investitionen im Moment nicht leisten und den Antrag noch nicht stellen.“ Es gibt andere Gemeinden, deren Schulen nicht in dieser Liste stehen. Sie sind aus eigener Einschätzung heraus der Auffassung, dass es gut wäre, ihre Schule umzuwandeln. Und natürlich gibt es Gemeinden, die sagen: „Wir halten diesen Kriterienkatalog für nicht richtig. Wir wollen unabhängig von diesen Kriterien eine Genehmigung bekommen, und wir werden ganz schlicht im Maße unserer finanziellen Möglichkeiten Einrichtungen schaffen können.“

Wer immer sich heute hinstellt und sagt, er habe ein Rezept, wie er das ohne finanzielle Grundlagen bewältigen könne, der macht den Leuten etwas vor.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wo bleibt dann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf?)

Oder er macht es wie Nordrhein-Westfalen: Nordrhein-Westfalen schließt gerade alle Horte

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was? Wer regiert da?)

und erklärt, stattdessen wolle man die Grundschulen in Ganztagschulen umwandeln.

(Abg. Wintruff SPD: Na ja!)

Es gibt dafür aber keine einzige Lehrerstunde.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla! So was! – Abg. Dr. Caroli SPD: Was machen Sie denn?)

Da kann ich nur sagen: Bewährte Strukturen, die der Familie helfen, aufzulösen, aber den Schulen nichts zu geben, um Ganztagschule sein zu können, und sie nur dazu zu erklären, führt nicht zu besserer, sondern zu schlechterer Schule.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Marianne Wonnay SPD: Es geht darum, was Sie machen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das sind alle unbelegte Behauptungen! Und was tun Sie selber?)

Deshalb würde ich unverantwortlich handeln, wenn ich hier erklärte, dass es uns in absehbarer Zeit gelingen könnte, diese Priorität aufzugeben. Im Rahmen dieser Priorität werden wir tun, was immer möglich ist. Wir werden im Übrigen über die klassische Ganztagschule hinausgehend in vielen Teilen des Landes – das erleben wir schon jetzt – all die Entwicklungen befördern, die, was die innerschulische Organisation angeht, auch zu einer Verbindung von Schule und Familien unterstützenden Maßnahmen führen.

Meine Damen und Herren, es wird keine Neuordnung geben,

(Abg. Wintruff SPD: Wollen Sie jetzt das Geld oder nicht?)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

die mit mehr Mischfinanzierung und mit mehr Gemeinschaftsaufgaben verbunden ist.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir werden konstruktiv mit dem Bund verhandeln. Das ist völlig klar. Das Ziel muss ein Finanzierungsmodell sein, das den Erklärungen zur Stärkung des Föderalismus gerecht wird, das unseren Schulen gerecht wird und das dazu führt, dass wir jetzt nicht – genau wie vor 30 Jahren – nur Diskussionen führen mit irgendwelchen Schlagzeilen, die die Entwicklung der Schule behindern. Wir brauchen eine bessere Qualität in unseren Schulen und nicht politische Strohfeuer, die in der Abteilung Werbemaßnahmen der Bundesregierung verbucht werden, die mit Wahlkampf zu tun haben und nicht mit Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jawohl! So ist es! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie halten Sonntagsreden! Sie sind doch die Obersonntagsrednerin!)

Ich möchte, dass wir uns auch in fünf Jahren bildungspolitisch innerhalb Deutschlands an der Spitze befinden und international besser sind und nicht noch weiter abgeschlagen, weil jetzt durch irgendwelche Gags in Berlin

(Abg. Wintruff SPD: Gags? Ein 4-Milliarden-Programm! – Gegenruf des Abg. Wacker CDU: Natürlich! Wahlkampfschlager!)

Länder in Entwicklungen gebracht werden, die der Schule nicht nutzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

(Oh-Rufe von der CDU – Unruhe – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle fest, dass die Landesregierung nicht bereit ist, Ganztagschulen für alle Schularten auszubauen, was eigentlich bildungspolitisch dringend notwendig wäre.

(Abg. Herrmann CDU: Ideologisch notwendig, aber nicht bildungspolitisch!)

Umso mehr ist es wichtig, dass der Bund hier einen wichtigen Impuls gibt, dass er Bundesgeld zur Verfügung stellt, damit wir hier endlich einen Reformfortschritt auch in Baden-Württemberg bekommen.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Seimetz CDU – Abg. Herrmann CDU: Pure Ideologie!)

Was Sie machen, ist: Sie wollen ein bisschen Halbtagschulen mit ein bisschen Betreuung. Im Übrigen sind Sie ansonsten gegen die Mischfinanzierung. In Baden-Württemberg zahlen die Kommunen und vor allem die Eltern. Das ist übrigens die Einführung des Schulgelds durch die Hintertür, was Sie betreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Seimetz CDU: So ein Schwachsinn!)

Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, Frau Schavan, wie Sie in der Öffentlichkeit arbeiten. Sie haben ja eben wieder versucht, die Öffentlichkeit zu täuschen. Es gibt einen Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1544, zu dem Sie in der Stellungnahme Horrorzahlen nennen; das sage ich nur noch einmal. In der Stellungnahme behaupten Sie in zweierlei Hinsicht etwas Falsches. Sie sagen, dass, wenn die Personalkosten in den nächsten zehn Jahren hochgerechnet werden, für zusätzliche Ganztagschulen in der Größenordnung von 1 000 auf das Land Kosten in Höhe von 21,4 Milliarden € zukommen würden.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Ich weiß gar nicht, wie Sie zu einer solchen Zahl kommen. Wollen Sie 10 000 Ganztagschulen in Baden-Württemberg schaffen, obwohl wir gar nicht so viele haben, oder rechnen Sie in Hundertjahresschritten? Das, was Sie hier bringen, ist völlig absurd.

Zum Zweiten tun Sie auch so – das ist auch eine typische Masche –, als ob dies sofort im nächsten Schuljahr der Fall sein würde, als ob wir im nächsten Schuljahr sofort diese 1 000 Schulen hätten.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Richtig ist, was wir wollen. Wir wollen in Baden-Württemberg Ganztagschulen in der Größenordnung von 1 000 bis zum Jahr 2008

(Abg. Carla Bregenzer SPD: 2007!)

schaffen. Dann entstehen für das Land – das sind Angaben, die wir aus Ihrem Hause haben –, für den Landeshaushalt jährliche Kosten in der Größenordnung von 150 Millionen €. Meine Damen und Herren, es ist richtig und ist wert, dass wir dieses Geld zur Verfügung stellen, damit wir endlich auch in Baden-Württemberg Ganztagschulen bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Noch so eine Zahl: Ich habe hier ein Schreiben des Landtagsdirektors vom 2. Januar 2003 – also aktuell, dieses Jahr. Darin wird eine Statistik aus Ihrem Hause nachgereicht. Diese Statistik sagt etwas völlig anderes als das, was Sie hier vorgetragen haben. Nach dieser Statistik, nach den Angaben aus Ihrem Hause haben wir in Baden-Württemberg 136 Ganztagschulen,

(Zurufe von der SPD: Ha, ha!)

nicht mehr und nicht weniger. 4 Grundschulen, 109 Hauptschulen – wobei Sie alles eingerechnet haben, auch die Schulen, bei der nur eine Klasse Ganztagsunterricht hat; aber das lasse ich jetzt mal beiseite, das will ich gar nicht thematisieren –, 9 Realschulen, 10 Gymnasien,

(Abg. Seimetz CDU: Das glaubst du nicht, dass das irgendjemand im Land interessiert, was der Zeller sagt!)

(Zeller)

3 Schulen besonderer Art – da drücken Sie sich, die als Gesamtschulen zu bezeichnen – und eine Orientierungsstufe, macht zusammen 136 Schulen. Sie stellen sich immer hier hin und tun so, als ob Baden-Württemberg im Bundesvergleich hier mit an der Spitze läge. Das stimmt einfach nicht, was Sie hier sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Unglaublich!)

Sie haben ja sogar schlechtere Zahlen genannt. Da könnte ich jetzt noch mit einer offiziellen KMK-Statistik nachweisen, dass Sie nicht einmal im Mittelfeld liegen. Wir können gerne darüber streiten. Wir können hier gerne über Konzepte streiten. Sie haben ja deutlich gemacht, dass Sie nur Ganztagschulen an Brennpunkten wollen – ein völlig falscher pädagogischer Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber wenn Sie hier gleichzeitig noch mit falschen Zahlen argumentieren, die ich Ihnen widerlegen kann, weil dies Zahlen aus Ihrem Hause sind, dann ist das unredlich, meine Damen und Herren.

(Abg. Wintruff SPD: Jawohl! – Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch eine Rückmeldung an Herrn Wacker:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Wacker, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, Sie wollten, dass in der Schule die Elternarbeit eine viel größere Rolle spielen soll; das wäre wichtiger als Ganztagschulen. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass gerade an Ganztagschulen eine besonders gute Zusammenarbeit mit den Eltern erfolgt. Das ist zum Beispiel bei der Staudinger-Ganztagschule in Freiburg der Fall. Aber auch in Karlsruhe wird immer wieder betont, wie gut die Zusammenarbeit mit den Eltern an Ganztagschulen aussieht.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Zweitens: Es hat eine Untersuchung der PH Karlsruhe über die Arbeitszufriedenheit von Lehrkräften an Schulen gegeben. Dabei hat sich herausgestellt, dass an den sieben Ganztagschulen in Karlsruhe die Arbeitszufriedenheit von Lehrkräften sehr viel höher ist, weil sehr viel mehr im Team gearbeitet wird, weil Freiräume für Kommunikation und für den zwischenmenschlichen Umgang mit Schülern da sind. Das heißt, die Qualität der Arbeit und des Zusammenseins mit Schülern verbessert sich.

Nun noch ein Wort zu Ihnen, Frau Kultusministerin: Das Ziel, in der Fläche zu einem Ausbau von Ganztagschulen zu kommen, als „Gag“ und als „Wahlkampfgeschichte“

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Unglaublich!)

abzutun,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ist es doch auch!)

finde ich ein Armutszeugnis. Denn es ist ja in der Tat so, dass wir hier in diesem Bereich ein Entwicklungsland sind und dass es notwendig ist, hier einmal einen Anreiz zu schaffen.

(Beifall bei den Grünen)

Ein Wort noch, weil Sie sagen: „Wenn wir jetzt in die Fläche gehen, bekommen wir möglicherweise Ganztagschulen, die nur billige Betreuung sind“: Genau das haben wir ja. Wenn Sie an Gymnasien oder an Realschulen gehen, dann sehen Sie: Überall lungern Schüler herum, weil nichts vorhanden ist. Oder es gibt nur Billigangebote, bei denen Eltern gegen ein paar Euro damit beschäftigt werden, die Kinder zu verwahren. Genau aus dieser Sackgasse wollen wir heraus, indem wir sagen: Ein Kollegium muss ein gutes, pädagogisch stimmiges Konzept machen. Dann kann es auch einige Landesmittel dazu geben.

Zum Schluss: Natürlich wird der Ausbau länger dauern. Wir werden das nicht in kurzer Zeit stemmen. Aber wir haben ja ab 2005 zurückgehende Schülerzahlen, und das gibt uns eine Möglichkeit und eine Option, einen Teil der frei werdenden Mittel für den Ausbau der Ganztagschulen zu verwenden. Dazu muss nur der politische Wille da sein. Den habe ich heute leider bei Ihnen weitgehend vermisst.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut! – Beifall bei den Grünen)

Ich bedanke mich.

Präsident Straub: Das Wort erteile ich nochmals Frau Ministerin Dr. Schavan.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bis 17:15 Uhr!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe erstens auf die Zahlen und zweitens auf den „Gag“ ein, Herr Zeller.

(Abg. Zeller SPD unterhält sich mit Abg. Wintruff SPD. – Abg. Dr. Lasotta CDU: Herr Zeller! – Zuruf von der CDU: Nachhilfe!)

Es ist doch jedes Mal das Gleiche.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Jedes Mal kommen Sie hinterher herausgerannt und erklären, ich hätte die Unwahrheit gesprochen. Und jedes Mal komme ich wieder zurück.

(Unruhe)

Ich erkläre es Ihnen jetzt.

(Abg. Seimetz CDU: Das nützt aber nichts! Der kapiert es doch nicht!)

Da ist von 21 Komma soundso viel Milliarden die Rede. Das war ein Kommafehler, den mein Haus sofort korrigiert hat.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Keine Landtagsdrucksachen!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Dann kommen Sie auf 2,1 Milliarden € – –

(Unruhe bei der SPD)

Man könnte ja mal im Haus fragen, wie man auf eine solche Zahl kommt.

(Zuruf von der SPD: Schlamperie!)

Außerdem hätten Sie merken müssen: Ich habe Ihnen eben die Rechnung ganz transparent aufgemacht:

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist ein Obergag!)

17 000 Klassen à fünf Lehrerstunden, gerechnet pro Lehrer-gehalt mit einem Mittelwert von 51 000 € pro Jahr – –

(Abg. Wintruff SPD: Wie kommen Sie denn auf 17 000?)

– Wie ich auf 17 000 komme? Es gibt 51 000 Klassen an allgemein bildenden Schulen, also an all den Schularten, die in die Gruppe der möglichen Ganztagschulen nach diesem Konzept aufgenommen werden. Bei einem Drittel der Klassen – es soll ja jede dritte sein, Herr Wintruff –

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch irgendwann!)

sind das 17 000, multipliziert mit dem Lehrer Gehalt für fünf Stunden als Mittelwert: Dann kommen Sie exakt auf die Zahlen, die ich eben genannt habe und die in etwa – was die Zehnjahresfrist angeht – einen Wert zwischen 1,6 Milliarden und 2,1 Milliarden € ergeben. Diese Differenz ergibt sich, wenn Sie noch 10 % Investitionskosten dazurechnen, die notwendig sind.

(Zurufe der Abg. Wintruff und Zeller SPD)

– Jetzt glauben Sie doch nicht, ich ginge mit falschen Zahlen in Landtagssitzungen. Was glauben Sie denn eigentlich? Sie wissen doch, dass das nicht stimmt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wenn Sie noch eine Weile rechnen! – Abg. Seimetz CDU: Erklären nutzt nichts, weil die es nicht kapieren! – Abg. Fleischer CDU: Die sind halt PISA-geschädigt!)

Zweitens: Die Frage der Statistik der KMK. In einer der letzten Landtagssitzungen haben Sie noch behauptet, es gebe überhaupt keine KMK-Statistik. Erinnern Sie sich? Das war der Streitpunkt. Es gab eine KMK-Statistik, aus der ich zitiert habe. Die SPD-regierten Länder und Bayern haben diese Statistik nicht akzeptiert,

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch Fantasie!)

weil zu strenge Maßstäbe an die Einrichtung von Ganztagschulen gerichtet werden.

(Abg. Fleischer CDU: Hört, hört! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Daraufhin wurde die Statistik an den Unterausschuss zurücküberwiesen mit der Bitte, eine neue Rubrik aufzunehmen. Jetzt gibt es vier Rubriken – womit ich auch einverstanden bin.

Die Zahlen, die Sie nennen, haben mit einer ganz speziellen Frage zu tun. Wenn man alle Sonderschulen und alle Schulen in freier Trägerschaft herausrechnet und nur eine bestimmte Gruppe von Schulen nimmt, kommt man auf 136 oder 139. Wenn Sie aber Schulen, die in Baden-Württemberg Ganztagschulen sind, quer durch alle Schularten nehmen – solche in freier und in öffentlicher Trägerschaft –, dann kommen Sie auf 378.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Also tun Sie doch nicht so, als redeten wir hier über falsche Zahlen. Es gibt unterschiedliche Rubriken. Ich bin nicht der Meinung, dass wir Sonderschulen einfach herausnehmen können.

(Beifall bei der CDU)

Drittens, und darauf lege ich jetzt schon Wert, weil Sie gerade – die Rückmeldung von Frau Rastätter bestätigt das – an einer Legende arbeiten:

(Abg. Teßmer SPD: Die Legende heißt aber Schavan!)

Der Antrag der SPD ist kein Antrag zum Thema Ganztagschulen. Es ist ein Antrag zum Thema „Vor der Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik“.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Genau!)

Diese Bund-Länder-Neuordnung nenne ich im Hinblick auf gestern einen Gag.

(Abg. Zeller SPD: Sie weichen aus! Wir wollen mehr Ganztagschulen! Das ist der Punkt!)

Das wollen wir nicht. – Der Meinung sind Sie auch. Gut, dann sind wir uns völlig einig.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Sie weichen aus!)

– Ich weiche überhaupt nicht aus.

Jetzt lese ich Ihnen einmal Ihre Fragen vor. Sie fragen – das ist Ihre erste Frage –, „mit welchen grundsätzlichen Zielsetzungen die Interessen des Landes Baden-Württemberg in der gegenwärtigen Diskussion um die Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik vertreten werden“. Ihr Thema ist eine Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen. Wir sagen: Unsere Vorstellungen von Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik sind diametral andere als Ihre.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das stimmt überhaupt nicht!)

Und es sind vor allem exakt die Zielsetzungen, die gestern alle vier Fraktionen hier besprochen haben – alle!

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Völlig falsch!)

Dann kommen Sie auf das 4-Milliarden-€-Projekt. Dann kommen Sie auf einen Hochschulpakt, den es überhaupt nicht gibt – das haben wir Ihnen ja auch geantwortet.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Tatsache ist, dass das Bundesbildungsministerium die angekündigte Erhöhung der Forschungsmittel auf null gesetzt hat. Das heißt, in Wirklichkeit wollen Sie an einer Stelle investieren, wo die Mittel überhaupt nicht hingehören. Und dafür wird bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, bei der Max-Planck-Gesellschaft und bei allen Forschungsinstitutionen gekürzt.

(Abg. Teßmer SPD: Bleiben Sie beim Thema! –
Abg. Göschel SPD: Jetzt lassen Sie doch die Nebelkerzen weg!)

Ihre Kernaufgabe nehmen Sie nicht wahr, weil Sie eine Neuordnung in den Bund-Länder-Beziehungen wollen. Das ist nicht in Ordnung. Dazu sagen Sie kein Wort. Setzen Sie sich in Berlin für die Forschungsmittel und für die Wahrnehmung des Kernauftrags ein, den der Bund hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der
Abg. Teßmer und Zeller SPD)

Um jeder Legendenbildung vorzubeugen: Der weitere bedarfsorientierte Ausbau von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen ist wichtig und ist unbestritten. Darüber streitet niemand.

(Abg. Drexler SPD: Doch! – Abg. Zeller SPD: Darüber streiten wir! Darum geht es!)

Zweitens: Wer diesen Ausbau will, braucht nachhaltige finanzielle Konzepte, die nicht nur zwei oder drei Jahre lang halten und mit Bauen verbunden sind, sondern die diesen bildungspolitischen Prozess auf ein solides finanzpolitisches Fundament stellen.

Und drittens: Alles, was damit an Verlagerung von den Ländern auf den Bund verbunden ist, wird nicht die Länderbildungspolitik befördern, sondern wird vor allem finanzschwache Städte und Gemeinden und Länder in noch größere Probleme bringen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Konnexitätsprinzip!)

Deshalb wünschte ich mir, Sie würden Ihren SPD-Kollegen in anderen Ländern helfen, die aus dieser föderalen Grundhaltung heraus beim Bund für andere Wege kämpfen, und nicht Ihren eigenen Kollegen in den Rücken fallen, wie Sie das mit einem solchen Antrag tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Wintruff SPD: Wollen Sie jetzt das Geld oder nicht? – Abg. Fleischer CDU: Die Legende ist geplatzt!)

Präsident Straub: Wir kommen, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der Anträge. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1802, abstimmen. Bei dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1815, handelt es sich teilweise um einen Änderungsantrag zu dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1409. Ich halte es aber für richtig, dass wir zunächst über den Antrag Drucksache 13/1802 und dann über den Antrag Drucksache 13/1815 abstimmen. – Sie sind damit einverstanden.

Dann rufe ich den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1802, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1815, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Kann ich davon ausgehen, dass der Antrag Drucksache 13/1409 erledigt ist? – Das ist der Fall.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 – Drucksache 13/1791

b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsstrukturgesetz 2003 – Drucksache 13/1763

c) Mittelfristiger Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2002 bis 2006

Es gilt freie Redezeit.

Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde Ihnen den Nachtragshaushaltsentwurf 2003 vorstellen, bitte Sie um intensive Beratung und werde Sie am Ende bitten, dem Nachtragshaushalt zuzustimmen.

Der Haushalt ist in einer äußerst schwierigen Situation aufgestellt worden. Altgediente, erfahrene Hasen im Finanzministerium haben mir gesagt: „Es war noch nie so schwer, einen Haushalt oder einen Nachtragshaushalt aufzustellen wie den für das Jahr 2003.“ Wir haben ein noch nie gekanntes Maß des Einbruchs an Steuereinnahmen zu verkraften, und wir haben auf der anderen Seite eine Explosion der staatlichen Kosten, vor allem der Sozialkosten, was natürlich mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängt.

Neben diesem objektiven Einbruch der Steuereinnahmen hat unsere Aufstellungsarbeit auch darunter gelitten, dass die Zahlen, die uns durch die Steuerschätzungen genannt worden sind, kaum dass sie veröffentlicht waren, nicht mehr gestimmt haben. Ich will nur ein Beispiel bringen: Im Mai des letzten Jahres hat man uns eine Steuerschätzung vorgelegt, die dann ein halbes Jahr später fundamental geändert werden musste. Im November waren die Steuereinnahmen plötzlich um eine volle Milliarde Euro niedriger als noch im Mai. Sie können sich vorstellen, dass man es unter diesen Voraussetzungen äußerst schwer hat, einen Haushalt aufzustellen.

Dass das so schwer war, hat zwei Hauptgründe. Der eine ist ein allgemeiner, der andere ist ein spezieller Grund. Der all-

(Minister Stratthaus)

gemeine Grund ist ohne Frage die verheerende Wirtschaftspolitik, die zu einer schlimmen Wirtschaftssituation geführt hat. Der spezielle Grund ist die stümperhafte Steuerreform, insbesondere was die Körperschaftsteuer betrifft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Lassen Sie mich zunächst zur Körperschaftsteuer kommen. Meine Damen und Herren, es ist allgemein bekannt, aber es muss noch einmal gesagt werden: Die Körperschaftsteuer, die im Jahr 2000 bundesweit noch 46 Milliarden DM gebracht hat,

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

hat im Jahr 2001 minus 400 Millionen € gebracht. Das heißt, dies war ein Einbruch um mehr als 100 %. Die gesamten Steuereinnahmen sind damit allein durch das Wegbrechen der Körperschaftsteuer um 5 % niedriger gewesen als im Vorjahr. Sie können sich vorstellen, dass es da praktisch unmöglich ist, einen Haushalt aufzustellen.

Man fragt sich natürlich: Warum diese stümperhafte Körperschaftsteuerreform? Denn Wissenschaftler haben ja gewarnt. Ich habe es selbst im Vermittlungsausschuss erlebt. Da lag ein von 70 Wissenschaftlern unterschriebenes Gutachten vor. Die Opposition hat dagegen gestimmt. Dennoch hat man diese Körperschaftsteuerreform gemacht. Ich habe den Verdacht, das lag unter anderem auch an der Auswahl der Experten im Bundesfinanzministerium. Man hat nämlich mit dieser Steuerreform Experten beauftragt, die ihre ganze Lebensarbeitszeit in Großkonzernen verbracht haben, die für die Steuer in einem internationalen Großkonzern zuständig waren. Dass dann so etwas herauskommt, ist eigentlich kein Wunder.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da hat man den Bock zum Gärtner gemacht!)

Man kann natürlich auch sagen, der Bundeskanzler ist leider der Genosse der Bosse gewesen. Er wäre besser der Genosse der Bäcker und des Mittelstands gewesen. Dann wäre vielleicht etwas Besseres herausgekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zum anderen haben wir eine verheerende Wirtschaftspolitik zu beklagen; auch das ist keine Frage. Lassen Sie mich ganz wenige Sätze auch dazu sagen. Sie wissen alle, wo Deutschland heute steht: Im Wirtschaftswachstum sind wir innerhalb der Europäischen Union auf den letzten Platz zurückgerutscht. In der Arbeitslosigkeit sind wir schon im hinteren Drittel. Und die Insolvenzen haben im Jahr 2002 eine Rekordmarke erreicht, insbesondere natürlich bei Handwerksbetrieben, bei Mittelstandsbetrieben.

Die Frage ist: Woran liegt das? Es ist keine Frage, dass es auch Gründe gibt, die in der Außenwirtschaft liegen. Aber der größte Teil der Gründe ist hausgemacht. Die Tatsache, dass es bei uns viel schlimmer ist als in den anderen europäischen Ländern, ist doch ein Beweis dafür. Im Übrigen hat Helmut Schmidt das auch festgestellt. Der allergrößte Teil ist hausgemacht.

Es gab eine fehlende Reformbereitschaft in der Steuerpolitik, beim Arbeitsmarkt, in der Sozialversicherung, im Gesundheitswesen. Dies alles zusammen hat dazu geführt, dass sich in Deutschland nichts bewegt hat und wir beim Wirtschaftswachstum auf den letzten Platz abgerutscht sind. Wer das nicht glauben möchte, dem gestatten Sie mir, einen Kernsatz aus dem Gutachten des Sachverständigenrats zu zitieren. Ich muss dazusagen, dass vier seiner fünf Mitglieder von der SPD bestimmt worden sind und die Mehrheit davon ein SPD-Parteibuch hat. Es ist also keine einseitige Sache. Die haben schlicht und einfach festgestellt: Grundlegende Reformen werden nicht angegangen – zulasten von Beschäftigung und Wachstum.

Nun kann natürlich jeder fragen – denn jeder weiß, was zu machen wäre –: Weiß das eigentlich der Bundeskanzler nicht? Der weiß es auch. Der hat sich nämlich einmal verraten. Vor ziemlich genau vier Jahren hat es ein Schröder-Blair-Papier gegeben. Und in diesem Papier stand ganz genau drin, was hätte gemacht werden müssen. Leider ist kein Satz davon verwirklicht worden. Man hat es nicht nur nicht gemacht, sondern zum größten Teil das Gegenteil. Ich muss hier auch feststellen, man hat wirklich den Eindruck, Schröder hat keine Reformen gemacht, weil ihm das Wohlwollen der Gewerkschaftsbosse wichtiger ist als das Wohl der Arbeitslosen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn ich an die verheerende Steuerrückentwicklung denke, meine Damen und Herren, muss ich sagen: Die Steuerrückentwicklung der letzten Wochen und Monate war wirklich eine Kakophonie. Anders kann man das nicht mehr bezeichnen. Da war die Rede von Ehegattensplitting, Dienstwagenbesteuerung, Kontrollmitteilungen, Eigenheimzulage, Organschaft ja oder nein, Werbemittel, Vermögensteuer. Keiner weiß eigentlich mehr, was wann und ob überhaupt etwas kommen soll. Alle verstehen sie nur eines: Es kommt ganz schlimm. Und dadurch ist es eben auch schlimm gekommen. Denn, meine Damen und Herren, unser größtes Problem ist doch, dass niemand mehr glaubt, diese Regierung sei in der Lage, die Verhältnisse zu bessern.

Im ersten Kurs der Volkswirtschaftslehre lernt man, dass für die Wirtschaft die Erwartungen wichtig sind, nicht so sehr die Vergangenheit, sondern die Erwartungen an die Zukunft. Diese Erwartungen sind im Augenblick miserabel. Die Gewerkschaft hat vor einigen Wochen damit renommiert, die Arbeitnehmerinkommen seien im letzten Jahr außergewöhnlich stark gestiegen. Dann müsste doch eigentlich auch der Konsum steigen. Der Konsum ist aber zurückgegangen. Fragen Sie einmal die Einzelhändler. Warum? Weil niemand mehr der Zukunft traut. Das Einzige, was gestiegen ist, ist die Sparquote.

Und was für den Konsumenten gilt, gilt in der gleichen Form natürlich auch für den Unternehmer, insbesondere für den mittelständischen Unternehmer, der auf Deutschland allein angewiesen ist; der Große kann eher einmal sein Glück im Ausland suchen. Der wird natürlich, wenn er vor der Frage steht, ob er investieren soll oder nicht, und täglich in den Zeitungen von neuen Insolvenzen, von der Vermögensteuer und Steuererhöhungen liest, im Zweifelsfall nicht in-

(Minister Stratthaus)

vestieren. Deswegen hat diese verheerende Diskussion zu einer noch schlimmeren Wirtschaftslage geführt.

Jetzt stellt sich die Frage, ob sich daran etwas ändern kann. Wir brauchen dringend die Kehrtwende.

Ich muss sagen: Herr Clement hat einiges gesagt und angekündigt, was durchaus unsere Zustimmung finden könnte. Nur ist Herr Clement dafür bekannt, dass er auch in Nordrhein-Westfalen sehr vieles angekündigt, aber wenig umgesetzt hat. Wir sind einmal gespannt, ob das, was er angekündigt hat, tatsächlich kommt. Denn die größten Widersacher in Berlin sitzen nicht in der Opposition oder im Bundesrat, sondern in seiner eigenen Fraktion. Fraktionsvorsitzender Müntefering und der Vize Stiegler sind diejenigen, die bisher den Wirtschaftsminister gebremst haben.

Dieser Wirtschaftsminister – wie gesagt, wenn er alles macht, was er gesagt hat, soll es uns recht sein; wir unterstützen ihn dabei – arbeitet natürlich auch wie sein Chef, der Bundeskanzler, in erster Linie mit Wortgeklingel, mit Wörterdesign. Ich möchte einmal einen Vergleich bringen: Wenn früher die Ärzte mit ihrer Kunst am Ende waren, haben sie Latein gesprochen. Unser Wirtschaftsminister geht dann ins Englische.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen ein paar Beispiele bringen. Er spricht dann vom „Small-Business-Act“, vom „Masterplan für Bürokratieabbau“, vom „Low-Tech-Sektor“, von „Mikrodarlehen“ usw. Das ist zwar alles in Ordnung, auch wenn man es leichter sagen kann. Aber ich habe wirklich den Eindruck: Wer mit seinem Latein am Ende ist, spricht Englisch.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir können alles außer Hochdeutsch!)

Wir werden uns im Bundesrat nicht blockierend verhalten – um das auch noch einmal zu sagen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Dann müssten Sie bei Ihrem Haushalt Kisuaheli reden! – Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Aber völlig, gerade in der mittelfristigen Finanzplanung!)

– Ich habe den Eindruck, dass Sie den Haushalt schon auf Deutsch nicht verstehen. Wie wollen Sie ihn denn dann verstehen?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das war ein guter Konter, muss man sagen!)

Wir werden im Bundesrat dort Unterstützung gewähren und nicht blockieren, wo Reformmaßnahmen für die Bevölkerung und für die Wirtschaft angepackt werden müssen. Wir werden auf keinen Fall schädliche Maßnahmen, nur um nicht dem Vorwurf einer Blockadepolitik ausgesetzt zu sein, mittragen. Es wird davon abhängen, ob diese Entscheidungen der deutschen Wirtschaft, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, helfen oder nicht. Blockieren werden wir nicht. Wir werden aber auch nicht alles mitmachen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Nachtrag muss zwangsläufig ein Sparnachtrag sein. Mit ihm reagieren wir

in erster Linie auf den Einbruch der Steuereinnahmen bereits im Jahr 2002, aber auch im Jahr 2003 und in den Folgejahren.

Wir haben eine Haushaltsstrukturkommission eingerichtet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Haushalt langfristig und strukturell zu konsolidieren.

Ich darf jetzt ein ganz ernstes Wort sagen. Ich habe immer Angst, wenn jemand mit Patentrezepten kommt. Manchmal höre ich, man müsste irgendwo eine Verwaltungsreform machen und dann hätte man morgen gleich ein paar Milliarden gespart. Oder es wird gesagt, die Arbeitszeit müsse verlängert werden. Dadurch ist aber noch kein Euro gespart, sondern das sind nur Möglichkeiten, wie anschließend gespart werden kann. Das ist keine Frage. Aber die politische Entscheidung wird auf jeden Fall notwendig sein.

Ich wollte sagen: Langfristige Strukturreformen, langfristige strukturelle Gesundung des Haushalts – und das benötigen wir – brauchen ihre Zeit.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Man sollte irgendwann einmal anfangen!)

– Wir haben schon angefangen,

(Abg. Drexler SPD: Wann?)

und ich freue mich auf Ihre Unterstützung. Wir haben bereits angefangen, und Sie können sicher sein, dass wir auf diesem Wege weitermachen.

Es ist keine Frage, dass wir langfristig den Haushalt nur konsolidieren können, wenn wir staatliche Leistungen abbauen, wenn wir die Bürokratie verschlanken. Und es wird auch nicht ohne Personalabbau gehen – um das auch in aller Klarheit zu sagen.

Wir haben im Jahr 2002 Steuermindereinnahmen von netto 1 Milliarde € gegenüber dem Haushaltssoll gehabt. Man muss sich das einmal überlegen: Noch am Ende des Jahres 2001 hat man uns eine Steuerschätzung gegeben, die sich später als um 1 Milliarde € zu günstig dargestellt hat. Wir haben einen Rückgang der Steuereinnahmen um 1 Milliarde € gehabt, und, was vielleicht noch besonders interessant ist, wir hatten im Jahr 2002 netto weniger Steuereinnahmen als im Jahr 1958 – Entschuldigung, 1998.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Moser SPD: Was war 1958? – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Fußballweltmeisterschaft in Schweden!)

Wenn Sie vorhin ein Komma bei 21,2 Milliarden € verwechselt haben, darf ich mich auch einmal um 40 Jahre täuschen.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben es ja auch gemerkt!)

– Ich habe es gemerkt, vielen Dank.

Immerhin, wir haben niedrigere Steuereinnahmen als vier Jahre zuvor. Man muss einmal bedenken, was in der Zwischenzeit vor allem im Tarifbereich, in der Beamtenbesoldung an Steigerungen enthalten war. Daran ersehen Sie unsere Probleme.

(Minister Stratthaus)

Wir haben auf der Ausgabenseite im Jahr 2002 eine Entlastung vornehmen können. Zinsausgaben und Personalausgaben sind, weil wir seriös geschätzt hatten, um 234 Millionen € geringer gewesen, und wir haben am 4. Juni eine Ausgabensperre beschlossen, die uns weitere 100 Millionen € gebracht hat, sodass wir im Vollzug des Haushalts 2002 zusammen 334 Millionen € einsparen konnten.

Allerdings – das muss auch gesagt werden – hatten wir bei zwangsläufigen Ausgaben und bei Einnahmeschätzungen Nachteile zu verkraften. Zum Beispiel sind Justizgebühren wesentlich geringer als veranschlagt eingegangen, und bei den zwangsläufigen Ausgaben war es vor allen Dingen das Wohngeld – das ja eine gesetzliche, zwangsläufige Ausgabe ist –, das in wesentlich höherem Maße geleistet werden musste.

Wir werden einen Fehlbetrag von mindestens 700 Millionen € im Jahr 2002 haben. Ich sage: mindestens. Endgültig weiß man das noch nicht. Das weiß man erst, wenn der Abschluss ungefähr Mitte des Jahres vorliegt. Aber ich gehe davon aus, dass die Zahl 700 Millionen € in etwa stimmt.

Ich darf an dieser Stelle auch noch einmal eine ganz wichtige Erläuterung geben. Meine Damen und Herren, wir haben einen Haushalt aufgestellt, der in allen Punkten der Haushaltswahrheit entspricht. Wir hätten nämlich ganz leicht, rechtlich einwandfrei, eine wesentlich geringere Nettoneuverschuldung ausweisen können. Diesen Fehlbetrag von 700 Millionen € hätten wir genauso gut im Jahr 2004 veranschlagen können. Übrigens machen das nach meiner Einschätzung fast alle anderen Bundesländer. Andere Bundesländer haben die Steuereinnahmen des Steuererhöhungsgesetzes bereits veranschlagt. Auch der Bund hat das gemacht.

(Abg. Drexler SPD: Auch die Hessen!)

– Ich habe ja gesagt: einige, die allermeisten Länder. Baden-Württemberg hat es nicht getan. Sie haben mich auf dem falschen Fuß erwischt. Baden-Württemberg hat es nicht gemacht. Der Bund hat es gemacht und eine Reihe weiterer Länder. Wenn wir das auch gemacht hätten, hätten wir 150 Millionen € Einnahmen mehr. Wir hätten also keine Mehrverschuldung von 1,15 Milliarden €, sondern von ungefähr 300 Millionen €, was immer noch genug wäre. Wir sind uns darüber einig. Eines ist auch klar: Wenn wir die 700 Millionen € im Jahr 2003 nicht veranschlagt hätten, wäre es im nächsten Jahr auf uns zugekommen, und das nächste Jahr wird eher noch schlimmer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Aber Sie sehen natürlich, wie sich Länder verhalten, die eben an der Grenze der Verfassungswidrigkeit stehen. Sie denken einfach an den nächsten Tag und nicht an den übernächsten Haushalt. Unser Haushalt entspricht in der Tat der Haushaltswahrheit, so wie wir sie heute sehen.

Im Jahr 2003 haben wir Steuermindereinnahmen von 1 Milliarde 68 Millionen € zu erwarten. Das ergibt zumindest die Steuerschätzung vom November letzten Jahres. Es wird nun gemutmaßt – und das ist sicher sehr realistisch –, dass die Mai-Steuerschätzung eher noch schlechter sein wird, denn die Steuerschätzungen gehen ja immer von einem bestimm-

ten, vorgegebenen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts aus. Die Novemberschätzung ist noch von 1,5 % ausgegangen. Inzwischen hat die Bundesregierung die Annahme auf 1 % heruntergesetzt, und ich lese gerade heute in der Zeitung, dass viele Wissenschaftler sogar meinen, dass nicht einmal dieses 1 % erreicht wird, sodass die Mai-Steuerschätzung eventuell noch schlechter wird.

Allerdings muss ich sagen: Die völlige Parallelität – ich werde nachher noch etwas dazu sagen – von Steuern und Wirtschaftswachstum ist nicht immer gegeben, wie Sie insbesondere bei der Körperschaftsteuer gesehen haben. Denn die Körperschaftsteuereinnahmen sind völlig zusammengebrochen, obwohl es in der Wirtschaft zwar schlecht lief, wir aber in den letzten Jahren immerhin noch – wenn auch ganz winzige – Zuwachsraten hatten.

Wir nehmen über diesen Nachtrag auch Mehrausgaben vor. Ihr Volumen beträgt 80 Millionen €; zum Großteil handelt es sich um zwangsläufige Mehrausgaben. Ich möchte diese Mehrausgaben einmal aufzählen: BAföG, Meister-BAföG, Wohngeld, Arbeitgeberanteil an der Renten- und Krankenversicherung, Stärkung der Atomaufsicht, Erhöhung der Investitionen für den Hochwasserschutz, Modernisierung der Informationstechnik der Polizei, Fortsetzung des Antiterrorprogramms und Anschaffung von Impfstoff als Vorsorge für Pockenschutzimpfungen.

Ich darf drei Ausgaben herausgreifen, weil ich damit deutlich machen will, dass wir die Schwerpunktbildung in unserer Landespolitik trotz der außergewöhnlich angespannten Finanzlage beibehalten haben. Schwerpunktbildung heißt auf der einen Seite Sicherheit und auf der anderen Seite Bildung, Forschung und Entwicklung und damit Sicherung der Zukunft.

Wir haben für den Hochwasserschutz 17 Millionen € mehr ausgegeben. Das ist uns sehr schwer gefallen. Aber nach den Erfahrungen, die wir im Osten unseres Landes und auch bei uns im letzten Dezember, zum Beispiel in Wertheim, machen mussten, waren wir der Meinung, dass dies zum Schutz unserer Bürger, ihres Vermögens, aber auch ihres Lebens absolut notwendig ist.

Wir haben für die Informationstechnik der Polizei und auch für das Antiterrorprogramm 11,5 Millionen € mehr ausgegeben.

Sicherungsmaßnahmen beim Hochwasserschutz und bei der Polizei haben für uns eine besondere Qualität und Priorität.

Wir haben auch zur langfristigen Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zusätzliche Investitionen vorgenommen. Wir haben das Spitzenlastprogramm der Berufsakademien, das Überlastprogramm für die Pädagogischen Hochschulen und die Offensive Biotechnologie gefahren.

Aufgrund der hohen Nachfrage nach Studienplätzen an den Berufsakademien hat die Landesregierung die zeitlich befristete Einrichtung von 28 zusätzlichen Spitzenlastkursen beschlossen. Die Finanzierung erfolgt zum großen Teil aus Haushaltsresten der Zukunftsoffensive II, zum Teil auch aus dem Haushalt.

(Minister Stratthaus)

Wir haben ein Überlastprogramm im Umfang von insgesamt 2,8 Millionen € für die Pädagogischen Hochschulen aufgelegt, um Spitzen abzufedern.

Was wir für ganz wichtig halten: Wir haben eine Offensive Biotechnologie gestartet, die uns 29 Millionen € kosten wird. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Biotechnologie eines der Felder ist, auf dem sich die Zukunft ganz entscheidend gestalten wird.

Wie konnten wir das Ganze decken? Insgesamt bestand ein Deckungsbedarf von 1,9 Milliarden €. Ich darf noch einmal zusammenfassen, wie sich dieser Betrag zusammensetzt: Es handelt sich um ein Defizit von 700 Millionen € aus dem letzten Jahr, um Steuermindereinnahmen von rund 1,1 Milliarden € und um 80 Millionen € Mehrausgaben. Insgesamt ergeben sich 1,9 Milliarden €, die wir zu decken haben.

Dies ging leider nicht ohne eine gewaltige Erhöhung der Nettoneuverschuldung um 1,154 Milliarden €, sodass wir jetzt eine geplante Nettoneuverschuldung von über 2 Milliarden € haben werden. Dies ist die höchste geplante Nettoneuverschuldung, die das Land Baden-Württemberg je hatte. Sie ist ausschließlich auf den dramatischen Einbruch der Steuereinnahmen zurückzuführen. Wenn hier nicht schnell etwas geschieht, werden wir in der ganzen Bundesrepublik wieder große Probleme mit den Maastricht-Kriterien bekommen.

Auch dazu möchte ich Ihnen eine Information geben, die gestern einmal angeklungen ist. Es gibt eine Möglichkeit, wie man den Beitrag zu dem 3-%-Kriterium auf Länder und Gemeinden herunterrechnen kann. Das hat der Finanzplanungsrat beschlossen. Baden-Württemberg liegt noch unter den 3 %, die ihm an „Verschuldungsrechten“ zustehen. Besonders günstig stehen unsere Gemeinden; aber auch das Land liegt noch unter den 3 %. Die sehr starke Überschreitung des 3-%-Kriteriums geht in erster Linie auf den Bund und die Sozialversicherungsträger zurück.

Insgesamt werden wir Einsparungen in Höhe von 770 Millionen € realisieren müssen, davon 300 Millionen € durch Einsparungen in den Ressorthaushalten. Diese Einsparungen kennen Sie in der Zwischenzeit. Dass sie auch bei der Bevölkerung angekommen sind, sehe ich an der Anzahl der Briefe, die jeden Tag bei uns eingehen.

(Heiterkeit des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Die Zinsausgaben können aufgrund der Ist-Entwicklung im Jahr 2002 um 135 Millionen € reduziert werden. Die Zinsen haben sich unter anderem wegen der schlechten Konjunktur so entwickelt, dass die Zinssätze auf dem historisch niedrigsten Stand der letzten 50 Jahre sind, glaube ich. Wenn allerdings die Verschuldung von Jahr zu Jahr steigt, werden wir letzten Endes trotz niedriger Zinssätze das, was wir in der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt haben, brauchen, weil wir eben mehr Schulden zu verzinsen haben, als wir ursprünglich angenommen hatten.

Darüber hinaus haben wir 275 Millionen € an Einsparungen im Personalbereich angesetzt. Wie kommen wir auf die 275 Millionen €? Wir hatten für die Steigerungen im Personalbereich im Haushalt 200 Millionen € stehen. Wir sind davon ausgegangen, dass in der heutigen Lage bei den Tarifen

im öffentlichen Dienst eine Nullrunde hinzubekommen ist und später auch bei der Beamtenbesoldung und -versorgung. Sie wissen, dass dies nicht gelungen ist, sondern im Gegenteil: Wenn diese Erhöhung, wie sie für den Tarifbereich beschlossen worden ist, sinngemäß auf die Beamten übertragen werden würde, hätten wir Mehrausgaben von 75 Millionen €, und die 200 Millionen €, die bereits veranschlagt sind, wollten wir im Sinne des Nullabschlusses sparen, sodass wir heute ein Defizit von 275 Millionen € gegenüber unseren früheren Absichten haben. Wir werden diese 275 Millionen € einsparen müssen, und weil wir bei der Besoldung und Versorgung kaum eigene Zuständigkeiten haben, sind wir hier sehr stark auf eine bundesgesetzliche Regelung angewiesen. Allerdings wird diese bundesgesetzliche Regelung sehr stark von uns, von Baden-Württemberg mitgestaltet. Der Bundesrat, in dem wir und auch ich ganz persönlich gerade in diesem Punkt sehr aktiv sind, wird hoffentlich unsere Vorstellungen mittragen, sodass wir in der Lage sind, diese 275 Millionen € im Laufe des Haushaltsjahres einzusparen.

Der Tarifabschluss – da sind sich in der Zwischenzeit alle einig – war viel zu hoch. Bedenken Sie, dass wir ein Wachstum von nicht einmal einem halben Prozent haben und einen Abschluss in der genannten Höhe. Der war also einfach volkswirtschaftlich nicht zu vertreten. Das ist keine Frage. Es ist sehr bedauerlich, dass nicht härter verhandelt worden ist. Bedauerlich bei der ganzen Sache – wir hoffen, dass sich dieses ändert – ist natürlich, dass die Handlungsführerschaft beim Bund liegt.

(Abg. Kübler CDU: So ist es!)

Der Bund profitiert auch noch von solchen Abschlüssen, weil er im Verhältnis zu den Ländern und Gemeinden kaum Beamte, Angestellte und Arbeiter hat, aber natürlich mit 42,5 % an der Einkommensteuersteigerung beteiligt ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Wir hoffen, dass in Zukunft die Verhandlungsführung bei den Ländern oder bei einer großen Stadt liegen kann.

Wir legen Ihnen auch das Haushaltsstrukturgesetz vor. Darin geht es um den Abbau rechtlicher Verpflichtungen, die Kürzung freiwilliger Leistungen des Landes und die Verbesserung der Einnahmen. Wir können durch diese Gesetzesänderung insgesamt ungefähr 54 Millionen € einsparen.

Meine Damen und Herren, im Nachtrag wird auch der Stellenabbau für das Jahr 2002 realisiert. Ich möchte einmal kurz zusammenfassen: Wir haben in den letzten zehn Jahren durch drei Stellenabbauprogramme immerhin 10 000 Stellen eingespart. Wenn Sie bedenken, dass diese 10 000 Stellen in einem Segment von ungefähr 20 % der Gesamtstellen eingespart worden sind, weil nämlich die Schulen, die Hochschulen, die Justiz und zum großen Teil die Polizei ausgenommen worden sind, können Sie feststellen, dass dies schon eine Leistung ist und dass dies schon gespürt wird.

Wir haben auf der anderen Seite – auch das muss der Vollständigkeit halber gesagt werden – 10 000 neue Stellen geschaffen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Natürlich!)

(Minister Stratthaus)

die allermeisten im Bildungsbereich – und das ist gut so, muss man einfach sagen – und zum Teil auch bei der Polizei. Aber eines ist auch klar: Wir werden in Zukunft wieder Stellenabbauprogramme fahren müssen.

Ich habe gelesen, dass die Grünen in einer Veröffentlichung davon gesprochen haben, wir hätten ein strukturelles Defizit. Das ist völlig richtig. Unser Defizit ist nicht nur, aber auch konjunkturell bedingt. Die Hälfte davon ist konjunkturell bedingt. Deswegen gebe ich Ihnen völlig Recht: Die Vorstellung, dass sich allein mit Wirtschaftswachstum alles wieder zum Guten wenden würde, ist einfach falsch. Das wird nicht kommen. Es ist keine Frage, dass mit einer wachsenden Wirtschaft zumindest die Personalkosten im gleichen Rhythmus steigen. Wir hoffen, dass auch die Steuereinnahmen im gleichen Rhythmus steigen. Das tun sie bisher nicht.

Den Grund dafür habe ich vorhin genannt: Das ist zum einen die Körperschaftsteuer, und zum anderen hat die extreme Kaufzurückhaltung bei den Konsumenten zum Einbruch der Umsatzsteuereinnahmen geführt. Das ist übrigens gar nicht so bekannt. Der Einbruch erfolgte natürlich nicht in demselben Maß wie bei der Körperschaftsteuer, aber auch die Umsatzsteuereinnahmen sind eingebrochen.

Deswegen bin ich der Ansicht, dass wir auf Dauer wirklich strukturell sparen müssen. Wir werden vor allem auch im Personalbereich einiges machen müssen. Dazu kommt noch die demographische Entwicklung. Wir werden in zehn Jahren einen härteren Wettbewerb um die Absolventen von Schulen und Hochschulen haben. Deswegen bin ich der Meinung – ich hoffe, Sie teilen diese Meinung –: Wir werden in zehn Jahren deutlich weniger Beamte haben müssen, aber dafür gut bezahlte, damit wir wettbewerbsfähig sind. So, wie wir es in der Vergangenheit auch gemacht haben – dass man immer nur bei den Beamten etwas abknappst –, kann es nicht weitergehen. Ich finde das, was wir zurzeit zu tun gezwungen sind, nicht gut. Ich sage das ganz offen. Aber wir müssen unseren Haushalt kurzfristig in Ordnung bringen. Langfristig müssen wir hier strukturell etwas tun. Wir müssen eine wettbewerbsfähige Bezahlung bieten können, damit unsere Verwaltung auch, wie bisher, guten Nachwuchs bekommt.

Mit dem Haushalt legen wir auch den mittelfristigen Finanzplan vor. Er umfasst die Zeit von 2002 bis 2006. Wir haben uns das Ziel eines ohne Schulden ausgeglichenen Haushalts für das Jahr 2006 gesetzt. Wir halten an diesem Ziel fest, wenngleich wir natürlich wissen: Wenn sich nichts Entscheidendes ändert, wird dieses Ziel im Jahr 2006 nicht zu erreichen sein.

Wir haben dieses Ziel schon immer – darauf lege ich jetzt doch ganz großen Wert – unter ganz bestimmten Bedingungen genannt. Dazu gehört zunächst ein ausreichendes Wirtschaftswachstum. Jetzt werden Sie sagen, wir hätten da ein Fantasiewirtschaftswachstum angegeben. Nein, wir haben das Wirtschaftswachstum angenommen, das uns die Bundesregierung im Jahr 2001, als wir das Ziel formuliert haben, vorgegeben hat.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wir haben das nicht einfach gegriffen. Damals hat man behauptet, in den Jahren bis 2006 würde die Wirtschaft jedes Jahr um 2,5 % wachsen. Das ist also keine Annahme von uns gewesen, sondern schlicht und einfach die Erfüllung des Veranschlagungsauftrags der Bundesregierung. Dass es ganz anders gekommen ist, wissen wir alle. Wir wissen, dass die Wirtschaft wesentlich schlechter gewachsen ist.

Damit sind natürlich auch die Steuereinnahmen zurückgegangen. Das war die zweite Bedingung: neben ausreichendem Wachstum entsprechend wachsende Steuereinnahmen.

Die dritte Bedingung war schließlich: keine Lastenverschiebung vom Bund auf die Länder.

Dies alles ist bisher leider nicht eingetroffen. Deswegen wird es immer schwerer werden, dieses Nullverschuldungsziel einzuhalten. Ich halte das Ziel nach wie vor nicht nur für richtig, sondern sogar für absolut notwendig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Natürlich!)

Selbst wenn wir es im Jahr 2006 nicht erreichen sollten, bleibt das dennoch unser Ziel. Aber ich bin nach wie vor der Meinung, wir sollten es erreichen. Wir müssen es erreichen. Wenn Sie die demographischen Entwicklungen bei uns sehen und bedenken, wie stark wir die zukünftigen Generationen durch die ganzen Umlagesysteme, zum Beispiel bei der Rentenversicherung, bereits belasten, und wenn Sie an unsere Versorgungskosten denken, die explosionsartig steigen, dann stellen Sie fest, dass wir uns eine Verschuldung in einigen Jahren nicht mehr leisten können.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Kleinmann FDP/DVP)

Ich hoffe, dass wir die Nullverschuldung auch schaffen werden.

Einiges zur aktuellen Steuerpolitik. Meine Damen und Herren, jetzt könnte man sagen: Wenn die Steuereinnahmen zu gering sind, erhöhen wir doch einfach die Steuern! Das ist die Lösung, die die Bundesregierung uns vorgeschlagen hat. So einfach ist das aber nicht. Meines Erachtens ist das der Blick auf eine Steinzeitökonomie, in der man sagt: „Es bleibt alles, wie es ist. Ich nehme höhere Steuern heraus. Alles andere bleibt so.“ Das ist natürlich nicht richtig. Eine Steuererhöhung hat nachdrückliche Auswirkungen auf die Investitionen. Sie hat nachdrückliche Auswirkungen auf den Konsum und damit nachdrückliche Auswirkungen auf die Konjunktur.

Deswegen bin ich der Ansicht, dass es falsch ist, Steuern zu erhöhen. Wir werden deswegen im Bundesrat mit Ausnahme einer Korrektur bei der Körperschaftsteuer nichts von dem mittragen, was echte Steuererhöhungen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Damit auch hier keine falsche Vorstellung entsteht: Diese Korrektur bei der Körperschaftsteuer kann nicht die Mindeststeuer sein, sondern da geht es – um es offen zu sagen – um den gleichmäßigeren Abfluss der Steuerguthaben, die noch in den Bilanzen stehen. Das ist etwas, was die Wirt-

(Minister Stratthaus)

schaft natürlich nicht mit Begeisterung mitmacht, aber, wie ich in Gesprächen mit Finanzvorständen gemerkt habe, doch in gewisser Weise versteht.

Meine Damen und Herren – das zum Ende –, wir tun in Baden-Württemberg, was wir tun können. Die Frage ist: Was können wir für die Wirtschaft tun? Es ist ja immer eine große Diskussion: Was kann der Bund, was kann das Land? Wir können – und das tun wir in Baden-Württemberg – die Wirtschaftssubjekte – ich will sie einmal so nennen –, wir können unsere Wirtschaft langfristig wettbewerbsfähig machen durch Bildung, durch Forschung, durch Wissenschaftspolitik, durch Mittelstandspolitik. Das alles versetzt uns in die Lage, im Wettbewerb mitzuhalten. Den kurzfristig wirkenden Rahmen allerdings, die Arbeitsmarktpolitik, die Sozialversicherungssysteme, die Gesundheitspolitik, hat in erster Linie die Bundespolitik zu schaffen. Ich hoffe, dass da bald etwas geschieht. Allerdings sieht man im Moment noch relativ wenig Anzeichen dafür, dass sich diese Hoffnung erfüllt.

Wir halten an unseren Prioritäten fest: Bildung, Sicherheit und Vorsorge. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen einen Nachtragshaushalt aufgestellt. Das Gebot der Haushaltswahrheit ist darin eingehalten.

Erfreulicherweise hat auch die Opposition hier im Landtag schon in einigen Fällen Unzufriedenheit mit der Berliner Bundesregierung zum Ausdruck gebracht. Vielen Dank. Gut so, weiter so!

(Beifall bei der CDU)

Die Krise, in der wir uns im Augenblick befinden, meine Damen und Herren – das zum Ende –, sollten wir auch als eine Chance begreifen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Denn wir wollen ganz offen sagen: Auch unsere Bevölkerung war nicht immer sehr reformwillig. Ich habe aber den Eindruck, dass die Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen ganz beträchtlich gestiegen ist.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja!)

Ich hoffe, dass wir diese Stimmung ausnutzen können, um unsere Wirtschaft langfristig zu reformieren, um langfristig wieder dafür zu sorgen, dass Deutschland dort steht, wo es immer stand,

(Abg. Wieser CDU: Vorne!)

nämlich auf einem der vorderen Plätze.

Ich bitte Sie im Namen der Landesregierung, diesen Nachtrag einbringen zu dürfen und dem Nachtrag nach eingehender Beratung zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Mit diesem Nachtragshaushalt beweist die Regierungskoalition in schwieriger Zeit ihre Handlungsfähigkeit bei eingeschränktem Handlungsspielraum.

Wir danken dem Finanzminister, wir danken seinem neuen Amtschef, wir danken der Haushaltsabteilung und unserem Koalitionspartner – nicht in dieser Reihenfolge, sondern in gleichem Umfang – für eine gute, sachbezogene Zusammenarbeit, die zur Vorbereitung der Einbringung dieses Haushalts notwendig war. Wir kündigen an, dass sich diese Zusammenarbeit in den nächsten Wochen verstärkt bewähren muss und bewähren wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Der Nachtragshaushalt genügt allen Vorgaben der Haushaltsklarheit und der Haushaltswahrheit. Er ist solide, aktuell und zeitgemäß.

(Zuruf von der SPD: Schattenhaushalt!)

Wenn man das Umfeld sieht, wenn man die wegbrechenden Steuereinnahmen sieht, wenn man die ökonomische Lage Deutschlands sieht, könnte man, auch wenn man nicht schwermütig ist, depressiv werden. Ich neige nicht zu Depressionen und auch nicht zur Resignation, aber klar ist: Mit unseren Stellschrauben im Land sind wir nur eingeschränkt in der Lage, dem gegenzusteuern, was auf Bundesebene nicht oder ideologisch falsch geschieht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich lenke nicht ab. Aber in den 18 Jahren, in denen ich hier als Abgeordneter mit tätig bin, habe ich eine derartige Entwicklung noch nicht erlebt. Kollegen, die noch länger hier parlamentarisch tätig sind, bestätigen dies: Wir hatten in den Jahren der Nachkriegszeit vermutlich nie eine derartige ökonomische und haushaltspolitische Situation.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Früher hat man unter „Steuermindereinnahmen“ folgende Entwicklung ausgemacht: Im Haushaltsplan wurde gegenüber dem jeweiligen Vorjahr von einem Wachstum der Steuereinnahmen um 4 % ausgegangen. Das Ergebnis der Steuerschätzung lautete dann: nicht 4 %, sondern nur 2 %. Das heißt: Unter „Steuermindereinnahmen“ verstand man weniger Zuwachs, als eigentlich geplant gewesen war.

Jetzt haben wir erstmals und nicht nur für wenige Wochen die anhaltende Entwicklung, dass die Steuereinnahmen Jahr für Jahr unter denen des Vorjahres liegen. 2001 lagen sie über denen des Jahres 2002; 2002 werden sie möglicherweise über denen des Jahres 2003 gelegen haben.

Unsere Ausgaben, zumal diejenigen, die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen, werden alle planmäßig geleistet. Die Gehälter werden gezahlt, wir nehmen alle Abschreibungen vor, die sächlichen Ausgaben laufen weiter, die Gesetze im Sozialbereich und in anderen Bereichen werden erfüllt. Die Ausgaben steigen Jahr für Jahr um 2 bis 3 %. Doch die Einnahmen brechen weg: Minus 3 %, minus 4 %, und eine Trendumkehr ist nicht absehbar.

(Oettinger)

Heute lesen wir im „Handelsblatt“: „Starker Rückgang des Steueraufkommens im Januar – Eichel brechen die Einnahmen weg“. Eichel, der heute im Untersuchungsausschuss in Berlin verhört wird – egal, was Sie davon halten mögen –, hat längst keinen Glanz, keine Kompetenz und kein Konzept mehr. Der Bund hat im Januar dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 22 % an Steuereinnahmen gehabt. Die Steuereinnahmen der Länder blieben um 6,2 % hinter denen des Vorjahres zurück. Unsere Einnahmen im Januar: minus 6,2 %.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Der Finanzplanungsrat hat weniger beschlossen!)

Das heißt: Wir haben eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die so nicht mehr durch die Haushalte von Ländern und Kommunen aufgefangen und abgedeckt werden kann.

575 Millionen € wollen und werden wir mit diesem Haushalt strukturell einsparen. Wenn aber die Steuereinnahmen um mehr als 1 Milliarde € weggebrochen sind, kommt man um eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung, so schwer dies fallen mag, nicht herum. Dabei liegen wir mit zwei entscheidenden Vorgaben noch im Rahmen dessen, was verfassungsmäßig ist.

Erstens: Unser Haushalt entspricht, auch mit dem Nachtrag, für das Jahr 2003 der Verfassung. Wir halten den Artikel 84 der Landesverfassung ein. Noch immer ist bei uns die Höhe der neuen Kredite geringer als die der Gesamtinvestitionen. Dies ist längst nicht mehr bei allen Ländern der Fall. Der Haushalt Baden-Württembergs genügt der Landesverfassung.

Zweitens: Wir sind auch eurotauglich. Allein Baden-Württemberg hält die Stabilitätskriterien für die gemeinsame Währung ein. Wir unterschreiten die Höhe der neuen Schulden, die uns rechtlich zustünde – übrigens: die Länder allgemein weitgehend auch –, während der Bund elementar ausbricht. Ich komme darauf nachher zurück.

Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland lagen noch im November 2002 bei 1,5 %. Sie gingen im Januar 2003 auf 1,0 % zurück. Mit dem RWI hat gestern das letzte Forschungsinstitut der Wirtschaftssachverständigen seine Prognose von 1,1 % auf 0,5 % korrigiert. Alle Prognosen liegen jetzt bei 0,5 %, und meine Wette gilt: Am Ende des Jahres 2003 werden wir das gleiche beschämende Ergebnis hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung wie im letzten und im vorletzten Jahr haben. Mit 0,2 %

(Abg. Wieser CDU: Es kann noch schlechter kommen!)

sind wir das Schlusslicht Europas und das Schlusslicht aller Industriestaaten weltweit. Und wenn die Ausgaben um 3 % wachsen, kommen wir mit einem Wirtschaftswachstum von 0,2 % und wegbrechenden Steuereinnahmen im Haushalt nicht mehr hin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was ist der entscheidende Grund dafür? Die Grundlage für das Vertrauen in die deutsche Politik ist nicht mehr vorhanden. Das Vertrauen bei der Frage „Was machen die jetzt?“

die Planbarkeit und die Rechtssicherheit fehlen. Beispiel Eigenheimzulage: Jetzt habt ihr einen Fehler korrigiert – für ein Vierteljahr. Das hat keine Rückwirkung. Ist es Politik, dass das, was im Januar, im Februar und im März, also im ersten Vierteljahr, gilt und richtig ist, ab April 2003 – April, April! – geändert werden soll? Wer investiert noch in Immobilien, wenn er nicht weiß, was der Staat an Steuervorteilen gibt?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Herr Drexler hat mit diesem Thema völlig Recht gehabt; aber das war nur ein kleiner Korrekturschritt. Es war viel zu wenig. Sorgen Sie dafür, dass das, was im ersten Vierteljahr dieses Jahres gilt, dauerhaft gilt. Dann hätten Sie die rot-grüne Politik in Berlin erfolgreich korrigiert.

(Beifall bei der CDU)

Zur Dienstwagenbesteuerung: Man kann ja darüber streiten, ob das eine Prozent Pauschalabgeltung bei Privatnutzung schon richtig war, aber es ist zumindest unbürokratisch und auch der Höhe nach in etwa gerecht. Sie kündigen jetzt seit einem halben Jahr an: Wir gehen auf eineinhalb Prozent pro Monat, vom Listenpreis, ohne Rabatte. Da heißt es dann immer: Wir werden im Bundesrat schon noch Änderungen erleben. Aber die Bundesregierung rührt keine Hand dabei. Was für ein lächerliches Spiel! Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung ist etwas enthalten, und man hofft, dass der Bundesrat einen aus dem Dilemma erretten wird. Aber mit jedem zusätzlichen Tag, der vergeht, bis der Bundesrat entscheidet, und an dem das eine Prozent noch Bestand hat, wird der eine oder andere Wagen nicht gekauft, haben wir Käuferzurückhaltung und eine miserable Entwicklung in der zentralen Branche unseres Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Ja-wohl! – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Bei der Besteuerung der Kapitalerträge wird es jetzt doch sehr kompliziert. Man hat geglaubt, es bliebe bei 25 %. Da gibt es einerseits die Option mit Pauschalbesteuerung und Sparerfreibetrag, andererseits die Option der Lohnsteuer.

Die Steueramnestie, das Thema Bankgeheimnis: Wird es jetzt abgeschafft oder nicht? Sie sind zu langsam. Sie sind in Ihrer Handlungsfähigkeit blockiert,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Von wem?)

weil im Grunde genommen bei Ihnen selbst die Orientierung fehlt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer blockiert denn?)

In einem gebe ich Ulrich Maurer Recht. Der von mir geschätzte Kollege hat wörtlich gesagt: Die Menschen brauchen Orientierung und nicht Orientierungslosigkeit – so sein Thesenpapier, das dieser Tage durch die Presse gegangen ist. Da hat er völlig Recht. Seine Konzepte sind ordnungspolitisch eher falsch – da liegt Frau Vogt richtig –,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Oettinger)

aber er hat den Finger in die Wunde gelegt. Die Sozialdemokraten haben keinen Kompass. Euch fehlt die Orientierung, und damit fehlen Deutschland Vertrauen und Wachstum. Die Wirtschaft kippt in Deutschland seit zwei oder drei Jahren weg, weil die Regierung in Berlin nicht richtig tickt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen erwarten wir, dass die Haushaltsberatungen mit der Verabschiedung dieses Nachtrags noch nicht am Ende sind. Die Aufgabe fängt erst an. Mit dem Nachtragshaushalt sind wir im Biwak, aber die Luft wird dünner mit jedem Meter, der im Haushalt 2004, 2005 und 2006 in Baden-Württemberg und bundesweit gegangen werden muss.

Wenn das Wirtschaftswachstum bei 0,5 % liegt und die Steuerschätzung im Mai 1,5 % zugrunde gelegt hat, ist doch absehbar, dass die Steuereinnahmen in den Jahren 2003 und 2004 in jedem Fall nochmals sinken – Trendumkehr nicht absehbar.

Wir halten am Ziel der Nettounverschuldung fest, aber es muss klar sein: Ohne ein Wachstum der Wirtschaft kriegt man den Weg aus der Schuldenfalle nicht hin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die „Financial Times“ vom 18. Februar 2003 schreibt: „Experten belächeln Eichels Steuerhoffnungen“. Eure Prognosen sind auf Sand und auf falsche Konzepte gebaut. Deswegen ist der entscheidende Punkt – und dann komme ich zum Land –,

(Zurufe von der SPD)

dass bei wegbrechenden Steuereinnahmen, bei falscher Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, bei Konzeptlosigkeit und einer Politik ohne Orientierung auch die Landesgesetzgeber – weder in München noch in Stuttgart, weder in Wiesbaden noch in Düsseldorf – nicht annähernd ausgleichen können, was in Berlin falsch und ideologisch vorgegeben wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP)

Das allgemein anerkannte ZEW in Mannheim, ein führendes Institut in Baden-Württemberg, schreibt mit Datum vom 6. Februar 2003 wörtlich:

Die von der Bundesregierung im Steuervergünstigungsabbaugesetz angestrebten Änderungen bei der Unternehmensbesteuerung werden bei den betroffenen Unternehmen durchweg zu steuerlichen Mehrbelastungen führen. . . .

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist üblich bei Subventionsabbau!)

Die Steuerpolitik weicht damit von der Linie der angekündigten Steuersenkungen ab und ist dabei, weiteres Vertrauenskapital der Investoren zu verspielen. . . . Die derzeit wohl wichtigste Voraussetzung für eine Belebung der Investitionstätigkeit in Deutschland ist es jedoch, dass nationale und ausländische Investoren wieder Vertrauen . . . gewinnen . . .

Diese Entwicklung ist derzeit nicht absehbar.

Aber es kommt noch dicker: Dieses Steuerpaket belastet die Branchen der Wirtschaft nicht alle in gleicher Weise. Da wird jetzt sauber aufgeführt, welche Branche wie stark betroffen ist. Ich sage Ihnen: Die baden-württembergischen Stärken, die Branchen unseres Landes, sind stärker betroffen als die Branchen im Bundesdurchschnitt. Führt dieses Paket im Schnitt zu einer Belastung von 6 % mehr an Unternehmensbesteuerung, sind es bei Metall 7,7 %, bei Elektrotechnik 11,3 %, beim Fahrzeugbau 7,0 %. Was heißt dies? Wir werden erleben, dass die Struktur Baden-Württembergs, die Unternehmen Baden-Württembergs von dem Gesetz besonders stark betroffen sind. Die Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg sind die Leidtragenden Ihres Gesetzes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen stimmen wir der großen Mehrzahl der Vorschläge in diesem Gesetz nicht zu. Sie schaden dem Arbeitsmarkt und der Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP)

Die Kollegin Dederer hat in den letzten Tagen noch ein paar Hausaufgaben gemacht

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ihre Hausaufgaben,
Herr Oettinger!)

und ein paar Kleine Anfragen eingebracht. Eine lautet – ganz goldig – wörtlich:

Ich

– Dederer –

frage die Landesregierung: Wie hoch muss das . . . Wachstum für die Jahre 2003, 2004, 2005, 2006 sein, um das Ziel . . . der Nettoneuverschuldung . . . bis 2006 erreichen zu können . . . ?

Pfiffig, kann ich nur sagen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Gute Frage!)

Der Finanzminister hat sich eine sehr, sehr mühsame Antwort aus seinem Haus herausgeschraubt.

(Abg. Drexler SPD: Wir brauchen bloß eine Antwort!)

Die Antwort ist viel kürzer möglich: Das Wachstum muss viel höher sein, als es mit Rot-Grün erreicht werden kann.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE –
Abg. Wieser CDU: Für Handtücher hat sie auch
noch Vorschläge gemacht! Darauf sollten Sie auch
noch eingehen!)

Im Ernst: Bei nachhaltigem Wachstum von mehr als 2 % kommt eine Verbesserung des Arbeitsmarkts, kommt mehr Beschäftigung, kommen die Steuereinnahmen auf einen Stand, der es ermöglicht, in drei, vier Jahren einen Haushalt ohne neue Schulden zu erreichen. Bei Nullwachstum ist beides nicht erreichbar: Bei Nullwachstum steigt die Zahl

(Oettinger)

der Arbeitslosen, steigen die Sozialausgaben und sinken die Einnahmen, und es ist nach Adam Riese im Grunde genommen nicht erreichbar, was weiter unser Ziel in Baden-Württemberg bleibt: ein ausgeglichener Haushalt 2006.

(Beifall bei der CDU)

Davon sind wir derzeit, nüchtern gesagt, weit entfernt.

(Abg. Kübler CDU: Meilenweit weg!)

Der baden-württembergische Rekord an neuen Schulden, 1981 aufgestellt, betrug 1,48 Milliarden, in Euro gerechnet; im letzten Jahr hatten wir 1,86 Milliarden, und in diesem Jahr haben wir 2,04 Milliarden € an neuen Schulden vor.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Aber klar ist: Wir haben die Steuermindereinnahmen nicht im Verhältnis 1 : 1 in mehr Schulden umgesetzt. Die Steuereinnahmen in Baden-Württemberg, in unserem Etat brechen deutlich stärker weg, als die Schulden nach oben gestiegen sind. Die strukturelle Sparleistung dieser Koalition ist beachtlich, sie ist ein wichtiger Zwischenschritt, und wir setzen diese beachtliche strukturelle Einsparpolitik fort.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Bei ganz wenigen Schwerpunkten geben wir auch zusätzliches Geld für Aufgaben aus, die uns wichtig sind: das Überlastprogramm für die Berufsakademien in Baden-Württemberg, die Pädagogischen Hochschulen und deren Stärkung entlang des Lehrerberarfs, den Hochwasserschutz mit plus 17 Millionen € für die Gewässer I. Ordnung in Baden-Württemberg, das Antiterrorprogramm, für das jetzt dauerhaft Mittel im Haushalt ausgebracht sind, das INPOL-Programm, moderne Kommunikation für die Polizei. Dies sind die wenigen wichtigen und richtigen Investitionen, die zusätzliche Ausgaben im Nachtragshaushalt bilden.

Wir haben einen offenen Punkt, an dem noch zu arbeiten ist: Unter „Struktur“ steht: Spare 275 Millionen € im Personalbereich. Wir wollen in den nächsten Wochen im Zuge der Haushaltsberatungen erreichen, dass dieser Betrag konkretisiert und realisiert werden kann. Da haben wir mit dem Fabelwort BLEK – Bund-Länder-Einsparkommission – vor ein paar Jahren im Haushalt einen Joker gehabt, der sich leider als Bluff und Niete herausgestellt hat: Es kam vom Bund nichts. Wir müssen und werden jetzt im Personalbereich einen Betrag von 275 Millionen € einsparen, damit der Haushalt im Ergebnis der Haushaltsklarheit und -wahrheit genügt.

Was sind die Stellschrauben, die man bundesweit oder durch Übertragung vom Bund auf die Länder dabei bedienen kann? Jeder Monat, den man die Tarifsteigerung von 2,4 % später auf den Beamten- und den Versorgungsbereich überträgt, das heißt, jeder Monat, den ein Beamter oder ein Pensionär die Gehaltserhöhung später bekommt, erspart dem Land 17 Millionen €. Ich nenne die Punkte so konkret, weil ich Sie einladen will mitzumachen. Oder verweigern Sie sich dabei?

(Abg. Drexler SPD: Als Schily das gemacht hat, haben Sie ihn wie verrückt angegriffen!)

Wir müssen prüfen, ob die Umsetzung zwei, drei oder vier Monate später erfolgen kann. Ich halte dies für vertretbar, weil zum Beispiel Tarifarbeiter und Angestellte zum Jahresbeginn einen höheren Rentenversicherungsbeitrag und einen höheren Krankenkassenbeitrag bezahlen und deswegen eine gewisse Mehrbelastung durch spätere Gehaltserhöhung für Beamte angebracht und gerecht genannt werden kann.

Wenn man das Urlaubsgeld streicht, bringt das 42 Millionen € in Baden-Württemberg. Wenn wir die Sonderzuwendungen, also das Weihnachtsgeld, kürzen, ersparen wir uns mit jedem Prozentpunkt, um den wir die derzeit 86 % kürzen, 7 Millionen €. Und wenn wir die Einmalzahlung auf Beamte bis A 8 begrenzen, erspart uns das größenordnungsmäßig 37 Millionen €.

Mit diesen vier Stellschrauben – noch Bundesrecht, hoffentlich im Bundesrat bald mehrheitsfähig, hoffentlich bald rechtskräftig – wollen wir, können wir und müssen wir erreichen, dass der Betrag von 275 Millionen € im Haushaltsvollzug bei den Gehaltsausgaben erspart und damit der Haushalt, wie er beraten wird, 1 : 1 umgesetzt werden kann.

Aber klar ist, wenn im Mai die nächste Steuerschätzung kommt und der Gehaltsblock mit 43 % direkt und weiteren 10 % indirekt, die Förderung von Musikschulen, von Volkshochschulen und dritten Trägern nochmals indirekt im Mittelpunkt stehen, dann wird die Frage, ob man die Aufgaben mit weniger Stellen erfüllen kann und ob man gegebenenfalls auch Mehrarbeit zumuten muss, aufgeworfen werden müssen. Ich kündige dies nicht an, ich sage nur: Wer glaubt, er sei in diesem Bereich in Sicherheit, der täuscht sich. Wir werden im Mai und im nächsten Jahr noch Maßnahmen ergreifen, die vielleicht noch nicht im Augenblick, aber mit Sicherheit als Option notwendig sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir schließen in diesem Jahr die zwei parallel laufenden Stelleneinsparprogramme ab. Wir wollen und werden in diesem Jahr erreichen, dass die Stellenstreichungen, die vor einigen Jahren vorgegeben worden sind, von den Ressorts zu erbringen sind. Wir sehen, dass in einigen Bereichen, für uns etwas zu stark, statt Stellenstreichungen noch Sachmittelkürzungen möglich sind. Im Wissenschaftsbereich fehlt die Einsparung von 88 Stellen. Wir sind nicht im Zeitplan. Wir wollen schauen, dass dieses im Laufe des Jahres nachgeholt und erreicht werden kann.

Wenn die beiden Programme abgeschlossen sind, wird die Frage aufkommen, die in der Haushaltsstrukturkommission, in der Koalition, im Landtag für das nächste Haushaltsjahr zu beraten sein wird: Können wir uns entlang der bestehenden Aufgaben, die das Land hat, ein weiteres Stelleneinsparprogramm zutrauen? Ich glaube, dass der Finanzminister Recht hat: Wir benötigen weiter weniger Stellen, damit der Haushalt eine bessere Struktur bekommt. Aber mit dem Rasenmäher – dies sage ich auch – wird es nicht mehr gehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

(Oettinger)

3 %, 4 %, 8 %, 12 %, diese Instrumente sind ausgereizt. Wenn ich die technische Fachverwaltung nehme – nur ein Beispiel –, dann glaube ich, dass für die Aufgaben, die zu erfüllen sind, das Personal erforderlich ist, das derzeit beim Land ist. Deswegen müssen Aufgabenkritik, Aufgabenabbau vorgehen. Wir sind ausdrücklich an einer Kritik der bestehenden staatlichen Aufgaben interessiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden ein Stelleneinsparprogramm erst dann seriös angehen können, wenn zuvor Aufgabenkritik und Aufgabenabbau im Landtag beschlossen worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann halte ich für die weiteren Jahre des Jahrzehnts ein Stellenabbauprogramm, das 5 000, 6 000, 7 000 Stellen umfassen kann, aber dann, wenn die Kinderzahl zurückgeht, auch den Bildungsbereich umfassen muss, für planbar, für erreichbar und für notwendig, damit daraus mittelfristig eine Trendumkehr unserer strukturellen Ausgaben im Landeshaushalt entstehen kann.

Wir haben eine Fülle von Prüfaufträgen beschlossen, denen ich mich kurz zuwenden will. Ich glaube, dass diese über 40 Prüfaufträge Beachtung verdienen und dass hier erhebliche Reformbereitschaft dieser Koalition sichtbar und messbar geworden ist. Ich will ergänzend zu den Prüfaufträgen in ganz wenigen Stichworten aufzeigen, was für die CDU-Fraktion in den nächsten Monaten in der Debatte eine Rolle spielen muss.

Wir prüfen, ob man Flurneuordnung und Vermessung fusionieren kann, weil vielleicht die Technik Synergieeffekte bringt.

(Abg. Drexler und Abg. Teßmer SPD: Welches Jahr? – Gegenruf von der FDP/DVP: Dieses Jahr!)

– In diesem Jahr, Kollege Teßmer. Freunde, wir werden mit unseren Entscheidungen allemal schneller sein als eure Kadetten in Berlin.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch nicht! Seit Jahren ist das unsere Forderung!)

Wenn man jetzt aber weiß, dass die Vermessungsverwaltung ein großer Personalkörper ist, von dem jeder tüchtige Arbeit leistet, aber eigentlich Privatisierung angesagt ist,

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

dann will ich dem hohen Haus folgende Frage stellen, die ich zur Prüfung ergänzend einwerfen will: Derzeit ist die Fluktuation gering. Die Mehrzahl der Mitarbeiter zwischen 40 und 50 gehen erst in 15 Jahren in den Ruhestand. Und in der Rezession geht keiner freiwillig in den kalten Wind. Und in Wahrheit ist die Hauptleistung, auf die man warten will, die Pension. In der freien Wirtschaft – wenn man den Arbeitgeber verlässt – ist der Rentenversicherungsbeitrag bei BfA und LVA anteilig angespart, geht nicht verloren. Die Pension – wenn der Beamte geht – verfällt auf null. Der wäre schön blöd. Deswegen geht keiner mehr, wenn er länger als fünf Jahre beim Staat gewesen ist. Der geht in den Ruhestand und geht nicht vorher raus.

Jetzt wäre eine Überlegung, die ich einmal waghalsig nennen will: Wäre es nicht richtig, ein Abfindungsangebot zu machen, Geld in die Hand zu nehmen und zu sagen: „Für ein paar Hundert Vermessungsbeamte, die bereit wären, als Ingenieure in der freien Wirtschaft tätig zu sein, zinsen wir die Pensionserwartung versicherungsmathematisch ab und geben ihnen den Betrag, der ihnen nach 18 Jahren anteilig zusteht – nicht rechtlich zusteht, aber im Grunde wirtschaftlich zusteht –, damit sie sich damit via Lebensversicherung in die eigene Altersversorgung einkaufen können“?

(Abg. Teßmer SPD: Dann muss man sie nachversichern! – Abg. Hofer FDP/DVP: Das wäre sehr teuer!)

– Kollege Hofer, das wäre einmalig teuer, wäre eine Mehrbelastung in dem Haushaltsjahr, in dem die Aufwendungen anfallen, aber eine gewaltige Strukturverbesserung. Und das wäre ordnungspolitisch im Grunde genommen für die FDP mit Sicherheit etwas, was sie mitmachen müsste.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die machen alles mit, genau!)

Wir hätten weniger Stellen, wir hätten langfristig eine Entlastung, wir hätten keine Pensionskosten aufgebaut, und wir hätten den Markt gestärkt, was auch Einkommensteuer von Unternehmern in Baden-Württemberg in die Kassen des Landes hereinbringen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zweite Frage, die ich aufwerfen will: Ich möchte behaupten, der Pflegebereich wird ein Markt.

(Zuruf von der SPD: Das ist er doch schon!)

Und im Gesundheitsbereich ist es ebenso. Im stationären Sektor werden Altenpflege und Krankenhauswesen zunehmend von Marktträgern geprägt. Wenn dem so ist und wenn zum Beispiel bei den Altenpflegeheimen die Heimaufsicht und das Heimpflegegesetz den Standard vorschreiben und deswegen der Betreuungsschlüssel und die Zuwendung im privaten Heim wie im kommunalen Heim gleich gut sein muss: Worin besteht dann noch zwingend der Sinn einer Objektförderung im KIF für die Altenpflege-Bauförderung?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich stelle ausdrücklich die Frage, ob man nicht diesen Betrag auf null stellen und den Markt betrachten und überwachen soll, sodass daraus

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

dann Mittel frei werden, die primär zur kommunalen Stärkung dienen, die vielleicht auch anteilig dann, wenn sie freigesetzt werden, dem Landeshaushalt strukturelle Entlastung bringen.

(Abg. Teßmer SPD: Der kann viel erzählen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Der Sozialminister hat gestern etwas anderes gesagt! – Abg. Drexler SPD: Gestern ist etwas anderes gesagt worden!)

(Oettinger)

– Ach wissen Sie, Kollegin Haußmann, bei uns ist die Zahl der Bedenkenträger deutlich geringer als bei euch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Ist der Minister kein Bedenkenträger? – Unruhe)

Ich meine, man muss prüfen, ob der Bedarf des Marktes, wenn der Staat sich zurückzieht und wenn es nicht mehr Pflegepläne der Landkreise gibt, in Zukunft nicht gerechter und besser aufgebaut und entwickelt werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Interessanter Gedanke!)

Ein Prüfauftrag lautet wörtlich: Bei einem Erfolg der Normenkontrollklage des Landes – Kollege Schmid, ich habe mit Respekt Ihren Beitrag dieser Tage gelesen –: Prüfung der Einführung nachlaufender Studiengebühren und Stipendien unter Berücksichtigung sozialer Aspekte.

(Abg. Teßmer SPD zu Abg. Schmid SPD: Das hast du jetzt davon! Damit hast du nicht gerechnet! – Unruhe)

Ich möchte Sie ernsthaft fragen: Wäre es nicht längst notwendig, haushaltspolitisch, hochschulpolitisch und sozialpolitisch gerecht, wenn man die Klage energisch führt und hoffentlich gewinnt, dass Baden-Württemberg dann Mitte des Jahrzehnts zur Finanzierung und Stärkung unserer tertiären Bildungseinrichtungen der jungen Generation, die beste Karrierechancen bekommt, nachlaufende Studiengebühren zumutet?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Meine Bitte ist: Legen Sie Ihre ideologische Brille ab. Bei diesem Thema ist der Jüngste von euch, Nils Schmid, weiter als jeder andere in der Fraktion.

(Abg. Drexler SPD: Sie wissen ja gar nicht, wie weit unsere Fraktion ist! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

– Ich bin gerne auf Ihre Gegenrede, Kollege Drexler, nachher zu diesem konkreten Punkt gespannt.

(Abg. Drexler SPD: Ich rede nicht über Studiengebühren, ich rede über den Haushalt!)

Es geht um Haushaltsstruktur, und es geht um eine Verbesserung der Einnahmeseite, die auch gerecht vorgenommen werden kann.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich will mich der Finanzlage der Kommunen zuwenden. Meine Damen und Herren, den Kommunen ging es 1999/2000 besser als dem Land, auch in Baden-Württemberg. Die kommunale Finanzmasse entwickelt sich derzeit noch schlechter als die des Landes Baden-Württemberg. Deswegen müssen wir in den nächsten Wochen handeln. Wer sich in den nächsten Wochen auf Bundesebene und im Land nicht der Entlastung und der Strukturverbesserung der kommunalen Finanzen zuwendet, hat versagt und wird erleben,

dass eine Kommune nach der anderen den Aufsichtsbehörden Haushalte vorlegen muss, die nicht mehr genehmigungsfähig sind. Was der Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern dieser Tage macht, ist nur der Anfang, die Spitze eines Eisbergs,

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

was sich im nächsten halben Jahr dramatisch fortsetzen wird.

Weil die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken, wird nur ein Haushaltsstrukturgesetz des Bundes – und dazu fordern wir den Bund auf – zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich – Standardabbau, Leistungsabbau – dahin führen, dass die Kommunen ihrer Ausgaben wieder Herr werden.

(Beifall bei der CDU)

Die mittelfristige Finanzplanung weist darauf hin, dass die Nullverschuldung im Jahr 2006 für uns weiter ein ehrgeiziges Ziel bleibt. Aber wer zwei Zahlen vergleicht, der weiß, in welchem Fahrwasser wir sind. Die Isteinnahmen von Baden-Württemberg betragen im Jahr 2001 23,5 Milliarden, in Euro gerechnet. Diesen Betrag setzen wir für das Jahr 2005 erneut ein. Das heißt, wir müssen uns so korrigieren, dass die Einnahmen in zwei Jahren gerade mal so hoch wie vor zwei Jahren sind. Vier Jahre Haushaltsentwicklung, vier Jahre Ausgabensteigerung und nach vier Jahren gerade mal die gleichen Einnahmen erzielt!

Damit komme ich zum entscheidenden Punkt zurück. Ohne Wachstum von Wirtschaft und Steuern wird auch für Baden-Württemberg, das mit Bayern und Sachsen vorne liegt, Benchmark ist, die Erreichung des Ziels der Nullverschuldung schwer oder nicht möglich sein.

Ein letzter Punkt, den der Minister auch schon kurz angesprochen hat: EU-Verfahren gegen Deutschland. Ich bin in der Prognose nicht besser als Sie, aber meine Vermutung ist, dass wir zum Jahresende einen Granatenkrach kriegen: Bund gegen Länder, Länder gegen Länder, Länder gegen Kommunen, Sozialkassen gegen öffentliche Hand. Alles, was in Deutschland Staat ist, wird sich streiten, wer ein Bußgeld bezahlen soll. Im letzten Herbst kam ein blauer Brief – abgehakt, liegt längst im Archiv.

(Abg. Teßmer SPD: Das hätten Sie auch nicht anders gemacht!)

Wir werden zum Jahresende 2003 die 3 % wieder nicht erreichen. Wir werden kein Wirtschaftswachstum haben und werden 3,5 % neue Schulden gemacht haben. Dann kommt ein Bußgeld hinzu. Dann sagt die Kommission in Brüssel: Bezahlt zwischen 6 und 8 Milliarden €. Und die Frage ist: Föderalstaat, wer macht es? Der Bund wird sagen: „Die Länder sind mit im Boot“, und die Länder werden sagen: Wo sind wir eigentlich? Nicht jeder ist gleichermaßen schuld.

Vor einiger Zeit ist ja eine Defizitaufteilung beschlossen worden. Danach haben die Länder und die Kommunen ein Schuldenrecht von 55 % an den 3 % und der Bund sowie Sozialversicherungen ein Recht von 45 %. Das Bruttoin-

(Oettinger)

landsprodukt in Deutschland macht 2 100 Milliarden € aus. Das heißt, wir haben Schuldenrechte – so makaber das klingt – von maximal 63 Milliarden € gehabt und haben im letzten Jahr tatsächlich 77 Milliarden € Schulden gemacht.

(Abg. Moser SPD: Alle!)

– Alle gemeinsam, Kollege Moser. Wenn wir in diesem Jahr ohne Wachstum wieder nur ein Bruttoinlandsprodukt von 2 100 Milliarden € haben, haben wir wieder nur 63 Milliarden € Schuldenrechte, und dahin zu kommen ist ein ehrgeiziges, vermutlich nicht erreichbares Ziel.

Aber jetzt kommt es konkret. Wenn man die Zahlen herunterbricht, ergibt sich, dass den Ländern und den Kommunen ein Schuldenrecht von 35 Milliarden € zusteht, was im letzten Jahr von allen Ländern, den schlechten und den guten, punktgenau erreicht wurde. Der Bund überschreitet sein Schuldenrecht von 28 Milliarden € mit 42 Milliarden € um 14 Milliarden €. Also, eigentlich muss der Bund das Bußgeld alleine tragen. Hinzu kommt, dass Baden-Württemberg von seinen Schuldenrechten nur zwei Drittel in Anspruch nimmt, das heißt, einige schlechte Länder sind in unserem Windschatten auf der guten Seite, sodass Baden-Württemberg seine Hausaufgaben gemacht hat.

Ich sage ganz konkret – das gilt bis hin zu einer Verfassungsklage –: Baden-Württemberg sollte sich hier verbünden – alle Fraktionen –, damit klar ist: Mit diesem Nachtragshaushalt sind unsere Hausaufgaben für die Eurowährung gemacht. Baden-Württemberg kann keinen Beitrag leisten, wenn Deutschland am Jahresende ein Bußgeld in Milliardenhöhe zu zahlen hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir liegen mit diesem Nachtragshaushalt nicht mehr in dem ehrgeizigen Plan, in dem wir mit unserer Mifrifü bisher lagen. Wir weichen mit den neuen Schulden nach oben ab; wir benötigen statt 885 Millionen € nun 2 000 Millionen €. Aber wir haben in Baden-Württemberg im Rahmen der eingeschränkten Aufgaben und Zeit, der eingeschränkten Kompetenzen umgesteuert, und wir setzen diese Umsteuerung nach dem Nachtrag mit dem Haushalt für das Jahr 2004 mit Prüfaufträgen in ehrgeiziger Weise bei allen wesentlichen Ausgabeblocken fort – im Rahmen unserer beschränkten Möglichkeiten. Reagieren wir auf eine völlig falsche Politik von Rot-Grün in Berlin!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Oje!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Oettinger, Sie haben jetzt über eine halbe Stunde lang über alles geredet, nur nicht über den Landshaushalt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Birk: Ach was!)

Wir werden nachher über den Nachtrag debattieren. Insofern war es schon interessant, was der Finanzminister ge-

sagt hat. Beide Reden zuvor haben sich ja sehr von Reden unterschieden, die vor drei oder vor sechs Monaten in diesem Haus gehalten worden sind. Sie haben sehr verhalten kritisiert, Sie haben auch Nachdenkliches gesagt. Ich werde nachher auch auf einzelne Punkte eingehen.

Aber ich möchte nicht so sehr über die Bundespolitik reden,

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Behringer: Das ist doch die Ursache!)

weil uns der Nachtragshaushalt für das Land vorliegt. – Warten Sie doch ab! Über eines möchte ich mit Ihnen reden, nämlich über die ständige Behauptung, die Steuerlast in Deutschland sei zu hoch.

(Abg. Behringer CDU: Stimmt aber!)

– Ja, ich werde Ihnen gleich beweisen, dass diese Behauptung eben nicht zutrifft.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Man muss vielleicht auch in einem Landtag einmal die Wahrheit zur Kenntnis nehmen.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben nach einer OECD-Studie mit 21,7 % den geringsten Steuersatz im europäischen Vergleich. Sie müssen das einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hauk: Sie nehmen den Durchschnitt! – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD)

Mit einem Körperschaftsteuersatz von 25 % liegen wir im vorderen Bereich. Es gibt gerade noch zwei Länder, die vor uns liegen und einen geringeren Steuersatz aufweisen. Nehmen Sie das einfach einmal zur Kenntnis.

(Zurufe von der CDU)

Beim Grundfreibetrag – dem Teil, für den man in Deutschland keine Steuern zahlt – sind wir Spitze.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Wenn wir einen Eingangsteuersatz von 15 % haben – ihn erreichen wir im Jahr 2005 –, liegen wir absolut an der Spitze aller Länder. Die USA liegen weit hinter uns. Sogar mit einem Spitzensteuersatz von schließlich 42 % bewegen wir uns an der Spitze. Was wollen Sie eigentlich mit Ihren falschen Behauptungen?

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Zurufe von der CDU)

Herr Schebesta, ich lese Ihnen einmal vor, was für einen Schaden Sie mit solchen Thesen, mit solchen Diskussionen anrichten. Ich zitiere hierzu Herrn Dr. Ackermann, den Vorstandssprecher der Deutschen Bank. Er hat beim Neujahrsempfang der Stadt Frankfurt Folgendes gesagt:

(Abg. Scheuermann CDU: Bei so viel Geld kann man viel Unfug sagen! – Heiterkeit – Abg. Oettinger CDU: Drexler und Ackermann! – Unruhe)

(Drexler)

Ich halte gar nichts davon, wenn wir selbst Deutschland permanent schlecht darstellen oder zum Sanierungsfall erklären.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Birk: Typische Neujahrsrede!)

Wie sollen wir erwarten, dass andere Vertrauen in und Interesse an Deutschland entwickeln, wenn wir dies nicht selbst tun?

Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer
GRÜNE)

Insofern haben wir, was die Steuern angeht, keinen Nachholbedarf – nehmen Sie das doch endlich einmal zur Kenntnis –, weil wir international in einer Spitzenposition sind. Ein solcher ist heute wiederum behauptet worden. Deswegen sage ich das.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Dann sagen Sie es doch einfach einmal, Herr Scheuermann. Es wäre schön, wenn Sie das einmal sagen würden.

Ich möchte mich jetzt dem Landeshaushalt und dabei zunächst der mittelfristigen Finanzplanung zuwenden. Da sage ich einfach die Zahlen. Auf der einen Seite halten Sie an der Nettonullverschuldung 2006 fest, aber nur dadurch, dass Sie die nicht zu schließende Deckungslücke dramatisch ausweiten, und zwar von 700 Millionen € in diesem Jahr auf 1 Milliarde € im Jahr 2004 und auf 3 Milliarden € im Jahr 2006. Da kann ich auch eine Nullverschuldung feststellen. Dieses Ziel ist unrealistisch, wenn Sie das so machen, vor allem bei vergleichsweise sehr günstigen Wirtschafts- und Steuereinnahmeprognosen. Von daher gesehen glaube ich, dass das nicht in Ordnung ist, was hier gemacht wird: die Nullverschuldung vorneweg zu tragen und dann zum Schluss 3 Milliarden € nicht decken zu können. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen im Grunde mehr Einnahmen haben und die Ausgaben dramatisch reduzieren.

Ich komme erst zur Einnahmeseite. Im Bundestagswahlkampf haben der Herr Ministerpräsident und viele andere gesagt: Es wird nie eine Steuererhöhung geben. Gott sei Dank hat Herr Stratthaus das nie gesagt, und heute hat er ja erklärt, dass die Landesregierung – in Anführungsstrichen – „wenigstens“ die Körperschaftsteuererhöhungen mitmachen wird. Das ist ein großer Erfolg. Das nehme ich einmal zur Kenntnis.

(Widerspruch bei der CDU)

– Doch, das ist natürlich, nachdem zurzeit keine Körperschaftsteuer bezahlt wird, eine Erhöhung. Reden wir doch nicht darum herum. Wenn die Unternehmen zurzeit nichts bezahlen und zukünftig etwas bezahlen, ist das eine Steuererhöhung. Hören Sie doch auf mit der Semantik! Ich weiß gar nicht, was die Landesregierung will.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Einnahmen wollen wir!)

Im „Schwarzwälder Boten“ hat Herr Stratthaus einmal dieses gesagt. Frau Schavan warnt vor Steuererhöhungen: Was man vor der Wahl gesagt hat, soll man nach der Wahl einhalten. Das ist sehr schön. Und Herr Döring hat seinen massiven Widerstand im Bundesrat gegen jegliche Steuererhöhung angekündigt. Sie müssen das nur lesen. Ich hoffe, dass Herr Stratthaus wenigstens in diesem Bereich Recht behält, was die Landesregierung macht. Wir sind auch der Auffassung, dass da eine Korrektur notwendig ist. Wir sind auch der Auffassung, dass das Steuerpaket der Bundesregierung im Land Baden-Württemberg einen Erhöhungsbeitrag von insgesamt 200 Millionen € in diesem Jahr, steigend bis zum Jahr 2006 auf 1 Milliarde € Steuerermehreinnahmen bringt, wobei ich Ihnen Recht gebe: Man muss immer unterscheiden, welche Berufsgruppen und welche Bereiche man belastet.

In der Einnahmeseite, liebe Kolleginnen und Kollegen – darüber sollte man einmal diskutieren –, sollten Sie sich von Besitzständen einfach einmal verabschieden. Ich sage nur: Landesstiftung und Landesbeteiligungen. Es ist doch nicht möglich, dass der Ministerpräsident im Dezember am Dienstag 50 Millionen € von der Landesstiftung verteilt und am nächsten Tag, am Mittwoch, der Finanzminister im Grunde genommen den Staatsbankrott erklärt. Das geht nicht. Das sind alles staatliche Mittel. Deswegen sagen wir nach wie vor: Die Landesstiftung gehört aufgelöst. Das Geld soll zur Schuldentilgung eingesetzt werden, und den Zinsvorteil, den wir dann im Haushalt haben, können wir zum Beispiel für Bildung und Betreuung einsetzen, ohne die Steuerquote zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zweitens: Beteiligungen des Landes. Da gucke ich die FDP/DVP an. Da gab es immer tolle Vorschläge zur Privatisierung. Wir sagen nach wie vor, dass wir die Landesbank privatisieren wollen. Das kann man auch machen. Um noch 25,1 % zu halten, kann man 14 % verkaufen. Das sind immerhin 1,8 bis 1,9 Milliarden €. Die würde ich auch zur Schuldentilgung nehmen. Auch da hätten wir dann eine Zinsverbesserung, und zwar von 80 Millionen € im Jahr. Auch die könnten wir dann für andere Dinge verwenden. Wenn Sie noch Gestaltungsbeispiele wollen, sind das nur zwei. Hier müssen wir an Strukturen herangehen, Herr Oettinger, wenn wir auch auf der Einnahmeseite über Strukturen reden wollen.

Ich komme zur Ausgabenseite. Hier wird gesagt: Wir machen manchmal das und manchmal das. Ich höre etwas von Strukturreformen. Sie machen keine Strukturreformen. Der Personalhaushalt macht 40 % des Gesamthaushalts aus. Sie haben in den letzten paar Jahren bei den Stellen immer Reduzierungsprogramme gemacht. Dafür hat man auf der anderen Seite notwendigerweise erhöht. Aber wenn Sie nicht an die Strukturen herangehen, wenn Sie nicht an eine Aufgabenkritik herangehen, können Sie die Verwaltung nicht weiter mit Reduzierungsprogrammen wie eine Zitrone auspressen. Das hält die Landesverwaltung in Baden-Württemberg nicht mehr aus.

(Beifall bei der SPD)

(Drexler)

Ich habe nicht den Eindruck, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie überhaupt ein Problembewusstsein haben. Das glaube ich nicht. Sonst wären Sie schon jahrelang unseren Forderungen auf Eingliederung der Landwirtschaftsämtler in die Landratsämter gefolgt. Dann wären Sie bei der Zusammenlegung der Vermessungsverwaltung und Flurneuordnung

(Abg. Hauk CDU: Die wollten Sie doch abschaffen, habe ich gedacht, Herr Drexler!)

schon längst mit uns gegangen. Sie machen ja noch nicht einmal diesen kleinen, diesen winzigen Schritt, die Pensionen der Landesminister von 75 % auf 70 % zu reduzieren, mit,

(Abg. Oettinger CDU: Abwarten!)

nachdem Sie draußen den Leuten immer sagen, sie sollen mit einer auf 60 % reduzierten Rente auskommen. Dann könnten unsere Minister vielleicht auch mit 70 % und beim Eingangspensionssatz mit einer Reduzierung von 40 % auf 30 % auskommen und damit, dass sie erst mit 65 Jahren ihre Rente bekommen und nicht schon mit 56. Nicht einmal da machen Sie mit. Schon zweimal haben Sie einen entsprechenden Antrag vertagt. Wo ist denn hier die Reformbereitschaft?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie machen im Grunde genommen etwas ganz anderes. Das haben wir ja bei der Verwaltungsreformdebatte gehabt: Sie gehen überhaupt nicht an Strukturen heran. Sie wollen die Strukturen so lassen und ein bisschen einsparen. Aber damit werden Sie mittelfristig, auch angesichts der demographischen Entwicklung, dieses Land und den Landeshaushalt nicht sanieren.

Sie machen NSI. Jetzt will ich Ihnen etwas sagen: Wir sind für die Modernisierung. Wir sind für Teile dieses NSI-Projekts. Ich möchte bloß einmal daran erinnern, dass Herr Oettinger vor einiger Zeit gesagt hat, die CDU-Fraktion sei schon froh, wenn wir dann das gleiche Geld ausgeben werden wie vor NSI und nicht hinterher, nach NSI, mehr bezahlen müssen. Das war ein wörtliches Zitat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Nachtigall!)

Wir haben eine Anhörung durchgeführt. Wir sind für eine Modernisierung. Aber Sie können NSI nicht auf die ganze Staatsverwaltung des Landes Baden-Württemberg überkippen. Sie laufen in die falsche Richtung. Bei der Polizei und bei anderen Bereichen ist das falsch. In der Zwischenzeit kostet uns das NSI-Projekt eine halbe Milliarde Euro. Das planen Sie ein, ohne ein Kosten-Nutzen-Verhältnis dessen, was dabei herauskommt, zu kennen. Bayern hat sich verabschiedet und geht differenzierte Schritte. Rheinland-Pfalz hat sich verabschiedet und geht differenzierte Schritte. Hören Sie auf, alles über einen Kamm zu scheren! Deswegen werden wir im Haushalt zuerst einmal einen Stopp der Gelder beschließen – ich hoffe, mit Ihrer Hilfe –, damit wir dann in diesem Parlament einmal diskutieren können: Was ist bei NSI sinnvoll und was setzen wir um, und was können wir nicht umsetzen? Dieses Milliardengrab, das wir da mit-

schleppen, ist falsch. Wir fordern Sie auf, mit unserem Antrag mitzugehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Jetzt höre ich immer: Strukturreformkommission. Sie haben in diesem Haushalt doch keine Strukturreformen gemacht. Wo denn? Sie haben Kleinbeträge von 10 000 € bis 20 000 € gestrichen. Nachdem ich gerade die Frau Justizministerin sehe: Hier hat man gerade einmal 5 000 € bei den Reisekosten gestrichen und 2 000 € bei der EDV im Justizbereich. Wo ist denn da im Haushalt eine Struktur zu erkennen? Sie haben gar keine Struktur gemacht.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Richtig!)

Und jetzt müssen Sie nachsitzen. Von wegen Struktur: Nachsitzen. In der Schule habe ich einmal gelernt, dass Nachsitzen bei offenkundig Lernunwilligen nicht hilft.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das hilft nun wirklich nicht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wie war das bei Ihnen? – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

– Was? Ich gebe Ihnen zu: Bei mir war das genauso. Deswegen weiß ich das. Das ist doch klar.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Scheuermann CDU: War das Ihr Beitrag zur Ganztagschule?)

– Nein.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war ein Selbstversuch! – Abg. Capezzuto SPD: Scheuermann ist aufgewacht!)

Ich habe also diese Bitte dazu. Die Kürzungen werden nach dem Rasenmäherprinzip vorgenommen. Wir sind noch lange nicht bei dem angelangt, was wir wollen. Deswegen haben Sie auch Ihr Ziel nicht erreicht. Das muss man einfach sagen.

Kahlschlag im Sozialbereich. Jetzt komme ich auf etwas zu sprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen, was uns ziemliche Sorgen macht und bei dem Sie alle bei Beratungen und Diskussionen der verschiedenen Bereiche dabei waren. Da ist uns immer entgegengehalten worden – beim Sozialpsychiatrischen Dienst, bei der Jugend- und Schulsozialarbeit, auf die ich nachher noch einmal zu sprechen komme, und bei den Jugendwohnheimen –, da haben die CDU-Abgeordneten immer gesagt: „Aber wir können ja nicht anders, weil wir hier in jedem Ministerium einen bestimmten Prozentsatz einsparen müssen.“ Dann habe ich einmal gefragt: Wer hat denn das beschlossen? Das ist doch nicht von Gott gegeben.

(Abg. Capezzuto SPD: Bei der CDU schon! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie haben das am Anfang beschlossen und halten sich daran, obwohl ich der Meinung bin, dass das, was Sie ge-

(Drexler)

macht haben, grottenfalsch ist. Denn die Streichungsmaßnahmen, die Sie jetzt im sozialen Bereich vornehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich werde Ihnen nachher einfach auch die Stellungnahmen der Kirchen vorlesen müssen, damit das deutlich wird –, sind falsch, machen Dienste kaputt und zerschlagen ehrenamtliche Strukturen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das kann nicht Sinn und Zweck sein.

Zuerst möchte ich noch einmal ein Wort des Herrn Ministerpräsidenten zitieren, das er am 12. Februar den „Stuttgarter Nachrichten“ gesagt hat. Da wird ja immer die Bundesregierung genannt: „Die Bundesregierung sagt ‚Gerechtigkeit‘ und versündigt sich an den Schwächsten.“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wer sagt das?)

– Der Herr Ministerpräsident. – Das ist ein schöner Satz. Sie streichen in diesem Landeshaushalt bei den Schwächsten:

(Abg. Teßmer SPD: Nur!)

bei den Langzeitarbeitslosen, bei den jugendlichen Arbeitslosen, bei den psychisch Kranken, bei denjenigen, die in der Sozialarbeit stehen, und bei der Schulsozialarbeit. Sie machen gerade das, was Sie der Bundesregierung vorwerfen. Genau das machen Sie.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Bei der Arbeitsmarktpolitik gibt es einen Kahlschlag, liebe Kolleginnen und Kollegen – und das in einer Zeit, in der wir eine steigende Arbeitslosigkeit haben. Im Etat des Wirtschaftsministeriums sollen die Mittel zur Kofinanzierung von Fördermaßnahmen des Europäischen Sozialfonds um fast 3 Millionen € gekürzt werden.

(Abg. Schmiedel SPD: Absolut tödlich!)

Das ist fast eine Halbierung der zuletzt bereitgestellten Mittel von 5 Millionen €. In diesem Haushaltstitel standen 2001 noch 15,6 Millionen € dafür zur Verfügung. Wir haben eine steigende Langzeitarbeitslosigkeit. Wir wissen um die Probleme der Arbeitslosen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Besonders in Baden-Württemberg!)

Und Sie fahren das um 84 % herunter. Was steht denn für eine Strategie hinter dieser Geschichte? Wollen Sie sich jetzt gerade um diesen Bereich von Langzeitarbeitslosen nicht kümmern?

Die Diakonie hat in den letzten 20 Jahren, wie sie uns berichtet hat, über 45 000 Langzeitarbeitslose in ihren Maßnahmen gehabt – allein die Diakonie. Herr Palmer, vorhin saß noch der Diakoniepräsident da. Jetzt ist er gegangen. Er weiß, was seine eigene Diakonie zum Sozialbereich sagt.

Was sagen denn die Arbeitsgemeinschaften, die zusammengeschlossen sind? Ich zitiere:

Eine Streichung des Landesprogramms „Arbeit und Zukunft“ für Langzeitarbeitslose ist ein fatales Signal

in der Krisenzeit. Es wäre gleichbedeutend damit, dass das Land sich aus der Weiterentwicklung des Arbeitsmarkts in einer politischen Situation zurückzieht, die für sozial schwache Menschen zu weiteren Härten und verstärkter Ausgrenzung führt.

So ist es auch. An Ihren betroffenen Gesichtern merke ich, dass Sie es zwar verstehen, aber nachher wieder politisch falsch abstimmen werden. So ist es.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Damit Ihre Gesichter noch steifer werden: Im Koalitionsvertrag steht:

Die Landesregierung . . . wird darüber hinaus die flankierenden Maßnahmen zur Integration jugendlicher Arbeitsloser mit Ausbildungsdefiziten oder sozialen Problemen sowie Langzeitarbeitsloser und Schwerbehinderter in den ersten Arbeitsmarkt fortsetzen.

(Zuruf von der SPD: Alles Luft!)

Sie brechen den Koalitionsvertrag.

Die Kürzungen widersprechen nicht nur dem Koalitionsvertrag, sondern sie entsprechen auch nicht dem Landtagswahlprogramm der großen Volkspartei CDU.

(Abg. Capezzuto SPD: Untersuchungsausschuss! Wahllüge!)

Darin steht:

Dennoch verkennt die CDU Baden-Württemberg nicht, dass es auch bei uns benachteiligte Gruppen gibt, die auf dem Arbeitsmarkt Probleme haben und der Hilfe bedürfen. Deshalb werden wir das Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ und das Langzeitarbeitslosenprogramm des Landes fortführen.

Das haben Sie im Wahlkampf versprochen.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wahlbetrug!)

Und jetzt rasieren Sie es um 86 %.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Ich will jetzt keinen Untersuchungsausschuss zur Wahllüge für den Landtag von Baden-Württemberg beantragen.

(Abg. Capezzuto SPD: Da sähen sie schlecht aus!)

Aber ich bitte Sie herzlich, bei den Beratungen darüber nachzudenken, dass man das bei einer Gruppe, deren Zahl in diesem Land zunimmt, nicht machen kann.

Zweiter Bereich: Schulsozialarbeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich brauche zur Schulsozialarbeit nicht vieles zu sagen. Aber eines ist doch wohl klar: Wir hatten hierüber schon einmal eine Debatte im Landtag. Da muss ich mir jetzt einfach einmal die FDP/DVP und den Herrn Noll vornehmen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Helfen Sie mit!)

(Drexler)

Als es die erste Streichliste gab, stand in Zeitungsartikeln zur Schulsozialarbeit, es sei gar nicht so, sondern die Halbierung der Mittel für die Schulsozialarbeit auf 2 Millionen € würde auf Druck der FDP/DVP wieder rückgängig gemacht.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

So stand es wörtlich in den Zeitungen. Jetzt kommt es: Die FDP/DVP sagte, dies stünde nur deshalb noch in der Streichliste, weil die neuesten Vereinbarungen vor der Regierungspressekonferenz nicht mehr in die schriftliche Liste hätten eingearbeitet werden können.

(Heiterkeit bei der SPD – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir haben bis heute noch keine neue Liste. Es steht noch immer drin. Was ist jetzt Sache?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber bitte kommen Sie nicht vor und reden schwammig. Sagen Sie uns, was Sie wollen!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Als Nächstes komme ich zu den Jugendwohnheimen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob Sie in der letzten Zeit vielleicht in einem solchen Jugendwohnheim waren oder mit den Trägern von Jugendwohnheimen gesprochen haben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sicher nicht!)

Diese Jugendwohnheime stehen vor dem Aus, wenn Sie in diesem Bereich 2,14 Millionen € einsparen. In 75 Jugendwohnheimen der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg wohnen jährlich ca. 30 000 Menschen, vor allem während des Blockunterrichts.

Irgendjemand hat gesagt, die Bundesregierung handle anders, als sie rede. Dazu könnte man ja vieles sagen. Ich sage Ihnen jetzt einmal, was Ihre Leute immer erzählt haben. In einer Presseerklärung des Ministeriums von Sozialminister Friedhelm Repnik vom Oktober 2002 stand:

(Abg. Schmiedel SPD: Wo ist er denn?)

Jugendwohnheime sind für viele junge Menschen die einzige Möglichkeit, eine qualifizierte Ausbildung überhaupt anzutreten.

Angesichts dieser Aussagen sind diese Kürzungen für die Jugendlichen mehr als schäbig, denn das duale Ausbildungssystem – das sagen uns alle Träger – steht damit natürlich auch auf dem Spiel. Angesichts der Wohnungsnot in den Ballungsräumen – zum Wohnungsbau komme ich nachher noch einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen – und des Rückgangs an Ausbildungsplätzen ist die Entscheidung des Landes aus Sicht der Kirchen, der Caritas und der Diakonie unverantwortlich. Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Und jetzt kommt das Schöne: Unverständlich ist auch die Förderpraxis des Landes, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP. Denn das Land fördert ja mit der Zukunftsoffensive den Neubau dieser Jugendwohnheime mit 3,2 Millionen €; aber die Zuschüsse dafür, dass sie nachher auch betrieben werden können, streichen Sie.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Ja, was ist denn das für ein Irrsinn?

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Jetzt kommen wir noch zu der Frage nach den Sozialpsychiatrischen Diensten. Hier wird das Schlimmste angerichtet, wenn Sie dieses Geld streichen. Ich erinnere an unsere letzte Debatte hierzu im Dezember 2002: Der Sozialminister stand hier, ebenso wie Herr Dr. Noll,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja!)

und hat uns erklärt, wenn die neue Gesundheitsgesetzgebung, wonach ja Teile der Ausgaben der Sozialpsychiatrischen Dienste mitgetragen werden, diese 2 Millionen € nicht oder nur teilweise ausgleiche, wäre man bereit, dies zu ändern.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja!)

Wer bei all diesen Debatten dabei war, hat festgestellt, dass die Krankenkassen 20 % für die Unterhaltung der Sozialpsychiatrischen Dienste gestrichen haben und dass diese Verrechnungen jetzt über Einzelmaßnahmen von den Krankenkassen ersetzt werden. Das hat überhaupt nichts mit dem Landeszuschuss zu tun. Das heißt: Die Dienste brauchen die 2 Millionen €; sie werden diese nicht von den Krankenkassen bekommen. Wenn Sie diese 2 Millionen € streichen, machen Sie die gesamten ambulanten Psychiatrischen Dienste kaputt. Die Menschen müssen dann stationär aufgenommen werden, sie müssen aus ihrer Kommune herausgehen. Hier wird eine vorbildliche Arbeit kaputtgemacht. Das sagen alle, die sich mit der Sache beschäftigen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist teuer!)

Ich habe Ihnen jetzt lediglich drei oder vier dieser Bereiche genannt, die gerade einmal 4 bis 6 oder 7 Millionen € ausmachen – einen Betrag, den dieses reiche Land Baden-Württemberg offensichtlich nicht aufbringen kann, um diese Gruppen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Immer diese Sonntagsreden!)

die ich gerade beschrieben habe, diese Gruppen, die Schwierigkeiten haben, wieder in die Mitte der Gesellschaft aufzunehmen.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, was zum Thema Integration in Ihrer Koalitionsvereinbarung steht:

Die Integration Behinderter ist mit aller Kraft voranzubringen. . . . Schließlich ist den Behinderten eine volle

(Drexler)

Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen, das heißt, die öffentliche Infrastruktur ist entsprechend auszurichten.

Und jetzt streichen Sie die Sozialpsychiatrischen Dienste.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wahlbetrug, das ist doch klar!)

Und Herrn Minister Palmer – ist er immer noch nicht hier? –

(Abg. Capezzuto SPD: Der weiß, warum!)

will ich nur sagen: Es betrifft die kirchlichen Dienste. Es betrifft auch die Arbeiterwohlfahrt – über die habe ich heute noch gar nicht gesprochen –, die in allen Bereichen dabei ist. Aber es betrifft hauptsächlich Kirchen. Deshalb gibt es ja auch einen Streit zwischen dem Ministerpräsidenten und dem katholischen Bischof unseres Landes über diese Art und Weise, wie man mit – –

(Zuruf von der CDU: Was? Wer streitet hier?)

– Natürlich. Da gibt es sogar einen Brief. Den hat ja irgendjemand der Öffentlichkeit zugespield.

(Abg. Dr. Birk CDU: Die SPD!)

Das haben wir dann zur Kenntnis genommen.

Aber eines will ich schon sagen – –

(Zurufe)

– Bisher bekomme ich die Durchschläge der Briefe des Herrn Ministerpräsidenten an den Bischof noch nicht. Wenn ich die hätte, stünde ich im Verdacht, dass ich sie weitergeben könnte. Aber bitte: Wenn der Herr Ministerpräsident mir die Briefe schicken will – ich lese sie gerne.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Denn ich kann damit einen großen Teil meiner Landtagsreden bestücken; das merken Sie doch gerade.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das begreift der Bürger nicht! – Abg. Dr. Birk CDU: Bitte nicht so viel Scheinheiligkeit!)

Zu Herrn Minister Palmer: In dem Heft über die sozialen Dienste der Diakonie – wer dieses Heft gelesen hat, der weiß es – steht vorn ein Text von ihm drin. Aber hinten kommen die ganzen Streichungsmaßnahmen mit einer verheerenden Kritik der Kirchen an der Regierung. Minister Palmer 2002 wörtlich über die Sozialen Dienste der Diakonie:

Das zeigt, wie wichtig diese Dienste sind. Das Christentum lebt von Wort und Tat.

In Baden-Württemberg müssen diese Dienste nur noch vom Wort leben,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil Sie die Tat nicht mehr ermöglichen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema Kinderbetreuung will ich jetzt nicht noch einmal extra ansprechen. Ich glaube, die Richtung ist falsch. Das Land stellt sich bei der Ganztagschule nicht auf das ein, was der Bund macht. Wir halten das für falsch. Wir werden dazu auch noch Anträge stellen.

Ich will jetzt noch auf eine zweite Sache eingehen, die total schief läuft. Das ist die Integration von Ausländern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was habe ich nicht alles von der CDU in allen Wahlkämpfen über die Frage der Integration gehört! Der Herr Ministerpräsident hat erst neulich wieder das Zuwanderungsgesetz abgelehnt und ein Integrationsgesetz gefordert. Er hat in seiner Regierungserklärung sogar gesagt, die Integration von Ausländern und Spätaussiedlern gehöre zu den Schwerpunkten Ihrer Regierungsarbeit in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Schön. Aber umso unverständlicher ist, dass der gesamte Förderungsbetrag für die Integrationsberatung von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien in Höhe von 1,55 Millionen € jetzt im Grunde genommen gestrichen wird. Sie rasieren die ganze Integrationsarbeit.

(Abg. Capezzuto SPD: Mein Gott! – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

– Nein, überhaupt nicht. Sie bekommen überhaupt keine Ergänzungszuschüsse mehr. Wenn dieses Geld nicht eingestellt wird, bekommen Sie auch keine anderen Maßnahmen mehr. Sie müssten sich einfach einmal mit Vertretern dieser Einrichtungen unterhalten.

Die derzeit noch 25 Ausländersozialdienste von Caritas und Diakonie in Württemberg mit rund 65 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bisher selbstständig, sind so nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das ist Ihre Integrationsarbeit: Sie machen sie kaputt. Das ist nicht nur schäbig, sondern widerspricht auch Ihren latenten Behauptungen in der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zu Ihrem Zwischenruf: Wenn die Träger das Geld nicht haben, dann haben sie keine Chance, die Zuschüsse vom Bund in Höhe von 2,6 Millionen € zu bekommen. Insofern ist es auch noch unsinnig, diese Gelder im Landeshaushalt zu streichen. Ich muss Ihnen sagen: Sie sollten während der Haushaltsberatungen darüber nachdenken, ob Sie dies – nicht nur wegen des Subsidiaritätsprinzips, sondern insgesamt – den Menschen im Land, die ich gerade beschrieben habe, wirklich antun wollen.

Kommen wir einmal zu den Kürzungen der Investitionen. Sie kürzen im Entwurf des Nachtragshaushalts ja auch bei den Investitionen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Leider!)

Aber Baden-Württemberg fällt doch insgesamt zurück; Herr Oettinger hat das vorhin schon gesagt. Beim Wirtschaftswachstum liegen wir in der Zwischenzeit auf dem viertletzten Platz aller Länder. Wir haben in Baden-Württemberg Nullwachstum.

(Abg. Schmiedel SPD: Null!)

(Drexler)

In der Wirtschaftsleistung sind wir nur noch Durchschnitt, obwohl uns die mitteldeutschen Länder im Grunde genommen herunterziehen. Da liegen wir nur noch im Durchschnitt, und auch bei den Existenzgründern sind wir nicht mehr vorne. Also strengen Sie sich doch mal an! An dem Haushalt ist nicht zu erkennen, dass in der Struktur auf unsere Probleme reagiert wird. Nichts haben Sie gemacht!

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Null!)

Jetzt sage ich Ihnen, wo man etwas hätte tun sollen: nämlich die Investitionskraft stärken.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Gucken Sie doch einmal Ihr Landeswohnungsbauprogramm an. Das ist ja nun eine einzige Katastrophe.

(Abg. Capezzuto SPD: Verdient den Namen nicht!
– Abg. Teßmer SPD: Zusammengestrichen worden!)

Natürlich sind wir wegen der Abschreibung im Mietwohnungsbau beim Bund vorstellig geworden. Das ist jetzt besser geworden. Das sind jetzt 3 %.

(Abg. Pfisterer CDU: Von welchem Niveau aus? –
Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

– Trotzdem. Vorher waren es 2 %, jetzt haben wir wieder 3 %.

Auch bei der anderen Geschichte sind wir vorstellig geworden. Mal sehen, wie wir da herauskommen. Nur eines ist klar: Sie machen gar nichts. Sie machen überhaupt nichts.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie streichen!)

Wenn Sie Ihr Landeswohnungsbauprogramm anschauen, müssen Sie sich einfach einmal die Zahlen vergegenwärtigen. Pro Jahr braucht das Land 50 000 zusätzliche Wohnungen, weil wir in diesem Land Baden-Württemberg auch eine innerdeutsche Zuwanderung haben. Es macht uns ja stolz, dass die Menschen zu uns kommen, aber dann muss man Ihnen auch Wohnungen geben, vor allem in Ballungsgebieten.

Jetzt nenne ich Ihnen einmal die Zahlen, damit deutlich wird, dass Sie nicht reagieren.

(Abg. Dr. Birk CDU: Macht doch endlich die Rahmenbedingungen besser!)

– Die Rahmenbedingungen haben damit überhaupt nichts zu tun. Ich nenne Ihnen gleich Zahlen aus Bayern und aus Nordrhein-Westfalen, auf die Sie sich ja immer berufen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Alle fahren zurück!)

1995/96 gab es 325 Millionen € an Mitteln im Landeswohnungsbauprogramm. Da wurden 23 000 Wohnungen gefördert. Jetzt sind wir bei gerade einmal 25 Millionen €, mit denen 2 500 Wohnungen gefördert werden.

(Abg. Schmiedel SPD: Wahnsinn! – Zuruf der
Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wissen Sie eigentlich, was Sie anrichten? Sie haben in den letzten Jahren allein durch Kürzungen im Landeswohnungsbauprogramm 80 000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft kaputtgemacht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Wer hat was kaputtgemacht? Hören Sie doch auf!)

– Ach, der Bund? Der Bund hat bis heute überhaupt nichts reduziert. Er hat überhaupt kein – –

(Abg. Dr. Birk CDU: Legendenbildung!)

Sie müssen einfach einmal sagen, wofür Sie zuständig sind. Sie sind für das Land Baden-Württemberg zuständig, und beim Landeswohnungsbauprogramm wird Ihnen niemand helfen. Da müssen Sie nachher – –

(Abg. Dr. Birk CDU: Der Bundeskanzler ist für Holzmann zuständig, aber für die mittelständische Bauwirtschaft tut er gar nichts! Das ist die harte Realität!)

– Beißen Sie doch nicht ins Mikrofon. Seien Sie ruhig; schaffen Sie lieber ein Landeswohnungsbauprogramm.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des
Abg. Dr. Birk CDU)

Jetzt nenne ich Ihnen die Zahlen: Nordrhein-Westfalen bis zum letzten Jahr 800 Millionen € für das Landeswohnungsbauprogramm, Bayern 200 Millionen € für das Landeswohnungsbauprogramm, und Sie kommen mit lächerlichen 25 Millionen € an! Das reicht gerade einmal für 2 500 Wohnungseinheiten. Das ist doch ein absoluter Unsinn. Sie machen die Wohnungswirtschaft weiter kaputt. Sie setzen keine Anreize, dass jetzt investiert wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Nicht Ursachen und Wirkung verwechseln!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wir legen Ihnen einen Antrag vor, 200 Millionen € einzusetzen.

(Zurufe der Abg. Hofer FDP/DVP und Dr. Birk
CDU)

– Falsch! Behaupten Sie das nicht immer. Das ist falsch.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Der Weinbau soll sich setzen. Es geht jetzt wirklich nicht um Weinbau, sondern um Wohnungsbau. Da steht zwar „bau“ dahinter, aber das ist etwas anderes, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer
GRÜNE – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Vor allem wenn man weiß, dass jede im Wohnungsbau eingesetzte Mark das Achtfache an Investitionstätigkeit hervorruft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das Gleiche ist doch beim Landesstraßenbau der Fall. Da hat man jetzt zwar im Investitionsbereich etwas gemacht, Herr Oettinger, aber wenn man selber 1995 in den Generalverkehrsplan hineinschreibt, dass wir jährlich 120 Millionen DM für Erhal-

(Drexler)

tung und 250 Millionen DM für Neubau aufwenden müssen, und selbst, nachdem man jetzt erhöht hat, gerade einmal bei rund 70 Millionen € für Erneuerung ist, ist man weit unter dem Betrag, den man sich selber gesetzt hat.

(Abg. Schmiedel SPD: Dicke!)

Insofern müsste man da etwas machen, damit auch da investiert wird. Denn Sie wissen ja, dass ungefähr 120 Straßenabschnitte der Landesstraßen verkehrsbedingt reduziert befahren werden müssen, weil sie in einem so schlechten Zustand sind, davon allein 17 Brücken. Da machen Sie aber seit Jahren nichts. Sie haben das gesamte Landesstraßenbauprogramm heruntergefahren, in den Keller gefahren.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Stimmt doch gar nicht!)

– Herr Lasotta, Sie sagen, das stimmt nicht. Schauen Sie doch die Zahlen an!

Jetzt komme ich zu dem Bundesstraßenbau. Was da läuft, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ja nun wirklich schlichtweg lächerlich.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das kann man wirklich sagen!)

Zuerst macht der Bund das, was wir gesagt haben: Er beteiligt die Länder. Er schreibt rechtzeitig die Länder an, schickt sogar eine CD-ROM, auf der alle Daten sind, und sagt: Bitte schön, nennt uns einmal für den nächsten Bundesverkehrswegeplan die Straßen, die ihr haben wollt. Was macht das Land Baden-Württemberg, obwohl es natürlich ganz genau weiß, dass das absolut Unsinn ist? Es meldet alle 422 Straßenbereiche, die es haben will, in der Größenordnung von 11 Milliarden € nach Berlin. Wir waren vor zwei Tagen in Berlin. Da tritt man ja wirklich als Baden-Württemberger ganz komisch auf,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

wenn man in ein Ministerium kommt, das eine solche Antwort vom Land Baden-Württemberg erhält.

(Abg. Scheuermann CDU: Genau der Zeitplan!)

Dann hat man vor 14 Tagen, weil man gewusst hat, dass das wohl nicht richtig ist, 221 Projekte mit einem Volumen von 6,5 Milliarden € vorgeschlagen und hat dann auch noch freundlicherweise hinzugefügt: Aber der Bund soll uns gleich auch noch 500 Millionen € pro Jahr für unsere privat finanzierten Autobahnen, gegen die wir alle waren, zahlen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

Diesen Unsinn haben Sie beschlossen; darauf komme ich gleich noch einmal. Dies behindert jegliche Investitionstätigkeit. Dann schreibt der Ministerpräsident in einem öffentlichen Brief, er wolle mehr Geld. So kann man ja nun nicht mit dem Bund umgehen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Doch! Teufel schon!
– Zurufe von der CDU: Der arme Bund! Wo sind denn Ihre Vorschläge?)

Wenn schon, dann machen Sie eine realistische Auflistung dessen, was Sie im Grunde genommen wollen. Machen Sie das einmal!

(Beifall bei der SPD)

Ich kann hier einmal die Pressemitteilung des Bundes zur Kenntnis geben, damit Sie einfach merken: Das sind doch keine Pfadfindergeschichten, wo man vom Nachbarzelt die Stangen wegnimmt und sich dann freut, wenn das Zelt umfällt. Das ist doch lächerlich.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Sie passen besser zu den Pfadfindern!)

Das Bundesverkehrsministerium erklärt, auch das jetzt vorgelegte Paket von 6,6 Milliarden € sei immer noch zu viel Wunsch und Wolke. In einer Pressemitteilung, die Herr Minister Müller gemacht hat, hat die Landesregierung gleich den Bundesverkehrswegeplan selbstständig von 15 Jahren auf 20 Jahre verlängert. Der läuft 15 Jahre, da können Sie machen, was Sie wollen, egal, was die Landesregierung macht.

(Ministerpräsident Teufel: Anteil des Bundes!)

– Überhaupt nicht „Anteil des Bundes“. Ich spreche mich dafür aus, dass man vernünftig miteinander umgeht und nicht oben Geld will und unterm Tisch Holz, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsidentin Fauser, wenn man von Einsparung spricht, fällt mir ein Amt ein.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Nun weiß jeder, dass der neue Bundesverkehrswegeplan nur bis 2015 reicht. Deswegen stimmen die Zahlen nicht.

(Zuruf von der CDU: Lüge!)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat mehr als 1 Milliarde DM mehr Geld eingestellt, als sie nach dem Ländervergleich überhaupt erhalten wird. Und der Bundesverkehrsminister sagt deutlich, dass es doch nicht sein kann, dass der Bund auch noch verantwortlich dafür gemacht wird, dass Sie privat finanzierte Verkehre auch noch beim Bund einreichen.

(Abg. Scheuermann CDU: Das behauptet doch niemand!)

– Das hat aber Herr Müller gesagt: Er will 500 Millionen zusätzlich. Lesen Sie es doch nach! Wir sind immer gegen die Privatfinanzierung vorgegangen, weil Sie 1 Milliarde mittelfristig als Schuldentilgung dafür aufwenden müssen. 1 Milliarde! Also auch hier handwerklich falsch, nicht ordnungsgemäß gemacht, und nachher beklagen Sie sich, wenn es nicht geht. Ich gehe davon aus, dass das Land Baden-Württemberg neben anderen Ländern sicherlich zu denjenigen gehört, die beim Bundesverkehrswegeplan relativ gut, wenn nicht sehr gut abschneiden werden.

(Drexler)

(Abg. Scheuermann CDU: Also! Dann sind wir uns doch einig!)

– Aber nicht deswegen, weil Sie oben Briefe schreiben und so einen Antrag stellen, sondern weil viele Leute auch in der Bundesregierung der Auffassung sind, dass man auf dem Gebiet etwas machen muss.

(Abg. Scheuermann CDU: Das hat aber lang gedauert!)

– Das hat nicht lang gedauert. Gucken Sie mal Ihr Verhalten an, was Sie immer mit dem Bund machen, während Sie hier dauernd erzählen, Sie bekämen zu wenig Geld.

(Abg. Seimetz CDU: Kriegen wir auch!)

– Stimmt doch überhaupt nicht. Seit 1998, als Ihr Plan galt, liegen wir erheblich darüber. Sie gucken jetzt so knitz wie von der Schwäbischen Alb. Ich weiß, dass Sie es wissen. Sie sagen es halt bloß immer. Es ist halt so.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie müssen etwas in der Bauwirtschaft machen, Sie müssen etwas im gesamten Strukturbereich der Wirtschaft machen. Wir brauchen auch mehr Wachstum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich das Fazit ziehen. Ich hoffe, dass wir in den Haushaltsberatungen – das ist das, was der Finanzminister angeboten hat – über viele Bereiche diskutieren können. Der Finanzminister hat Strukturveränderungen angemahnt. Wir haben einen Verwaltungsreform- und -strukturvorschlag gemacht. Er wird zu debattieren sein, auch das, was die FDP/DVP macht. Wir bieten Ihnen, wenn Sie die Strukturreformen angehen, wenn Sie im Grunde genommen mitmachen, unsere Mitarbeit an. Wenn Sie aber nicht mitmachen, dann machen wir auch keine Streichungen nach dem Rasenmäherprinzip mit. Wir fordern Sie auf, den sozial ungerechten Teil dieser Einsparungen von 8 Millionen € zurückzunehmen, weil es viele Menschen in diesem Lande ungerechtfertigt trifft.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Insofern fordern wir Sie auf, für das Land Baden-Württemberg zu arbeiten und weniger nach Berlin zu schießen. Wir haben hier große Aufgaben, und die sollten wir erledigen.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält der Herr Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Drexler, den Gefallen werde ich Ihnen natürlich nicht tun,

(Abg. Drexler SPD: Welchen?)

nicht nach Berlin zu schießen.

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich nicht gesagt! Schießen können Sie!)

Diesen Gefallen werde ich Ihnen nicht tun. So leicht werde ich es Ihnen selbstverständlich nicht machen.

Zunächst aber zur Landespolitik. Eine direkte Bemerkung an Sie, damit ich es nicht vergesse, weil Sie das im Zusammenhang mit der Schulsozialarbeit angesprochen hatten: Gehen Sie davon aus, dass es im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens im Finanzausschuss zu einer Teiltrücknahme der Kürzungen – auf die Größenordnung will ich mich noch nicht genau festlegen – bei der Schulsozialarbeit kommt. Ich wiederhole mich: Es wird zu einer Teiltrücknahme der Kürzungen bei der Schulsozialarbeit kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Gehen Sie davon aus, dass das so ist. Damit ist meine Antwort an Sie gegeben.

(Abg. Drexler SPD: Bei den anderen nicht? Nur bei denen? Bei den psychiatrischen Diensten auch?)

– Ich habe jetzt von Schulsozialarbeit gesprochen, und dabei bleibt es auch.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das Ganze, Herr Kollege Drexler, muss man natürlich vor einem größeren Hintergrund betrachten. Es ist wahr: Uns tun diese Kürzungen, gerade auch im Sozialbereich, sehr weh. Das will ich offen sagen. Wir sind in einer schwierigen haushaltspolitischen Lage; das ist heute wiederholt gesagt worden. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als auch im Sozialbereich zu sparen – andere Ressorts müssen dies auch tun –, es sei denn, wir können uns miteinander auf einen Weg einigen, der da heißt: Wir verzichten in der Zukunft auf diese von der Summe her relativ kleinen Einsparbeträge und versuchen, auch im Sozialbereich an die dicken Brocken zu gehen,

(Beifall bei der FDP/DVP)

das heißt, Strukturveränderungen vorzunehmen, die uns auf der einen Seite Geld sparen würden und uns auf der anderen Seite in die Lage versetzen würden, an diesen kleinen Dingen nicht sparen zu müssen.

Ich will ein Beispiel nennen: Ich bin dem Kollegen Oettinger außerordentlich dankbar dafür, dass er das Thema „Finanzierung der Altenhilfe“ angesprochen hat.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Super!)

Meine Damen und Herren, der Kollege Dr. Noll – das wissen Sie –

(Abg. Zeller SPD: Schwätzt viel!)

versteht etwas von der Sache.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Schulsozialarbeit!)

Der Kollege Dr. Noll sagt seit vielen Jahren, dass wir versuchen müssen, unsere knappen finanziellen Mittel besser zu organisieren, effizienter einzusetzen.

(Abg. Zeller SPD: Warten wir das Ergebnis ab!)

(Pfister)

Er weist meines Erachtens zu Recht darauf hin, dass das, was in anderen Bereichen bereits erfolgreich gemacht worden ist oder gemacht werden müsste – etwa auch in der Wohnungsbaupolitik –, nämlich einen Übergang zu schaffen von der Objektförderung zu einer Subjektförderung mit dem Ziel, auch bei der Altenhilfe zielsicher die wirklich Bedürftigen zu treffen, gleichzeitig aber auch

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch falsch!)

Mittel einzusparen, damit solche Einsparungen wie bei den Sozialpsychiatrischen Diensten dann gar nicht mehr notwendig sind,

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch Quatsch! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau der richtige Weg!)

der richtige Weg wäre.

(Abg. Zeller SPD: Das haben wir doch gestern widerlegt! Wir haben gezeigt, dass das falsch ist!)

Kollege Oettinger, wenn ich Sie noch einmal darauf ansprechen darf: Wenn Sie dies ernsthaft wollen – –

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Ich spreche jetzt mit dem Kollegen Oettinger. Er hat das ja angesprochen.

(Abg. Schmid SPD: Herr Teufel hat ganz entsetzt mit dem Kopf geschüttelt! – Abg. Zeller SPD: Der Sozialminister hat etwas anderes gesagt!)

– Entschuldigung, der Kollege Oettinger hat gerade das Angebot gemacht, dass wir uns sehr intensiv über die Frage unterhalten sollten,

(Abg. Bebber SPD: Schwätzt ihr sonst nicht miteinander?)

ob wir bei der Altenhilfepolitik den Weg gehen können weg von der Objektförderung hin zur Subjektförderung. Und wenn uns der Kollege Oettinger dieses Angebot macht, dann sage ich Ihnen: Wir nehmen dieses Angebot an.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Reinhart CDU – Abg. Schmid SPD: Geändert ist damit noch gar nichts! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Bravo! Damit ist ein Vertrag zustande gekommen!)

Punkt zwei, Kollege Schmid, weil Herr Oettinger das auch angesprochen hat:

(Abg. Drexler SPD: Geändert ist dadurch noch gar nichts!)

Großes Kompliment, was Ihre Aussagen zum Thema Studiengebühren angeht. Ich will hier diesen Gedanken ausdrücklich aufgreifen. Wir sprechen über strukturelle Veränderungen unserer Haushalte. Wir werden noch einmal die Zitrone ausquetschen. Wer werden sie auch im nächsten Jahr noch einmal ausquetschen können.

(Abg. Drexler SPD: Falsch!)

Irgendwann ist dieser Weg zu Ende, und irgendwann kommt der Zeitpunkt, wo wir uns auf strukturelle Veränderungen konzentrieren müssen,

(Abg. Drexler SPD: Die dauern lange!)

weil sonst die Haushalte nicht mehr zu machen sind, weil wir wissen, dass sich die Einnahmesituation auf absehbare Zeit nicht deutlich verbessern wird.

(Unruhe)

Deshalb hat der Kollege Schmid völlig Recht, dass man über dieses Thema Studiengebühren ganz offen unideologisch sprechen muss.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Haben wir immer gefordert! Altes FDP-Programm! Nachlaufende Studiengebühren!)

Ich sage Ihnen, Herr Schmid: Unter einer Voraussetzung sind wir für Studiengebühren, nämlich unter der Voraussetzung, dass es nicht, auch nicht im Anschein, zu einem sozialen Numerus clausus kommen darf. Deshalb ist unser Modell der nachlaufenden Studiengebühren, das Sie auch gelobt haben, der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das können Sie sofort mit uns machen.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Aber dann müssen Sie sich bemühen, Ihrer Regierung in Berlin klar zu machen, dass dieses Hochschulrahmengesetz in den Papierkorb gehört. Jetzt muss ich halt nach Berlin gucken, Herr Drexler.

(Abg. Drexler SPD: Ab und zu kann man das machen!)

Es tut mir Leid.

(Abg. Drexler SPD: Finde ich auch gut!)

– Mir tut es eher weh, wenn ich nach Berlin schaue.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Deshalb, Herr Kollege Schmid: Sorgen Sie bei Ihrer Bildungsministerin, bei Ihrer Regierung in Berlin dafür, dass dieses Hochschulrahmengesetz endlich dahin kommt, wohin es gehört, nämlich in den Papierkorb.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Denn ich sage es noch einmal: Es ist nicht hinnehmbar, dass uns von Berlin vorgeschrieben wird, welche Bildungspolitik wir im Land Baden-Württemberg zu machen haben. Wir in Baden-Württemberg sind klüger als die Berliner. Sagen Sie das Ihren Kameraden!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Letzte Bemerkung – Herr Oettinger, auch darüber habe ich mich sehr gefreut –: Zu dem Thema strukturelle Einsparungen wie Studiengebühren, wie Altenhilfe, Umorientierung, Neuorganisation gehört auch das Thema Aufgabenkritik in

(Pfister)

der öffentlichen Verwaltung. Kollege Oettinger hat diesen Begriff gewählt, und ich finde es richtig, dass er das gemacht hat. Wenn wir uns jetzt noch darauf einigen können, dass Aufgabenkritik in der öffentlichen Verwaltung nicht nur eine Angelegenheit ist, die innerhalb der bestehenden Verwaltungsstrukturen angewandt werden soll, sondern dass Aufgabenkritik auch dazu führen kann, dass eine Strukturveränderung außerhalb des bestehenden Systems vorgenommen wird, dass wir also zu neuen und effizienteren Verwaltungsstrukturen in Baden-Württemberg kommen, dann nehme ich das, lieber Kollege Oettinger, als Einladung an, dass wir gemeinsam nach einem guten Weg suchen, um die Verwaltung in Baden-Württemberg zu reformieren. Auch dieses Angebot, lieber Kollege Oettinger, nehme ich gerne an.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Ein nicht vorhandenes Angebot!)

7,3 % weniger Steuereinnahmen im Jahr 2002 gegenüber 2000 – damit ist eigentlich schon alles gesagt. Wir haben ein riesiges Einnahmeproblem, und für dieses Einnahmeproblem gibt es Gründe. Das ist zum kleineren Teil die Steuerreform des Jahres 2001, das ist zu einem größeren Teil die Tatsache, dass bei der Steuerreform gravierende Fehler gemacht worden sind, auch Fehleinschätzungen. Ich nenne das Thema Körperschaftsteuer. Ich meine, dass dabei grobe handwerkliche Fehler gemacht worden sind. Sonst hätte es nicht zu derart absurden Folgen kommen können, wie sie der Finanzminister beschrieben hat. Ich bin schon der Meinung, wir sollten diese handwerklichen Fehler, die da gemacht worden sind, korrigieren. Diese handwerklichen Fehler in der Gesetzgebung in Berlin müssen korrigiert werden, und dazu haben Sie unsere Unterstützung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der größte Fehler, der in Sachen Steuerreform gemacht worden ist, ist der, dass diese Steuerreform keine Anreize für Wirtschaftswachstum und keine Wachstumsimpulse gibt. Ich halte diese rot-grüne Wirtschaftspolitik für falsch. Sie können die Folgen jeden Tag besichtigen. Wir leiden an einer ausgeprägten Investitionsschwäche, wir leiden an einer ausgeprägten Wachstumsschwäche, wir haben ein Rekordniveau an Unternehmensinsolvenzen, insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft, und wir haben eine Situation auf dem Arbeitsmarkt, die von Monat zu Monat leider immer schlechter wird.

Meine Damen und Herren, wer nicht in der Lage ist, endlich ein geschlossenes Konzept zur Reform der sozialen Sicherungssysteme auf den Tisch zu legen,

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

wer glaubt, er könne an Symptomen herumkurieren,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das glaubt doch gar niemand!)

wer glaubt, er könne dadurch, dass er mal ein bisschen Ökosteuer erhebt, dass er die Beitragssätze etwas erhöht, dass er die Beitragsbemessungsgrenzen erhöht, unsere sozialen Sicherungssysteme reformieren, der muss wissen, dass

er nicht nur kein Wachstum schafft, dass er nicht nur keine Beschäftigung schafft, sondern dass er auf diese Art und Weise auch der Haushaltssanierung die Beine wegschlägt.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig! Aber das interessiert bei der SPD niemand! Lauter leere Stühle!)

Denn die Reform der sozialen Sicherungssysteme ist die Voraussetzung für eine Haushaltssanierung.

Wer glaubt, dass er einen zubetonierten Arbeitsmarkt nicht wenigstens ein Stück weit deregulieren sollte, der verhindert nicht nur Wirtschaftsdynamik, sondern der versagt vor seiner Verantwortung gerade auch denjenigen gegenüber, die heute keine Arbeit haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich finde es eine relative Unverschämtheit des Kollegen Drexler –

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wieso relativ?)

das will ich an dieser Stelle einmal sagen –, uns hier eine Stunde lang anzupinkeln und sich dann in die Büsche zu schlagen. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Wo ist der Mann? Her mit ihm! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Er kommt ja sofort!)

Das ist doch wohl eine Stilfrage. Es ist das gute Recht des Kollegen Drexler, mich zu beschimpfen oder die Koalition zu beschimpfen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Nicht unbedingt!)

Aber es ist seine Pflicht, dass er dem Beschimpften anschließend wenigstens die Möglichkeit gibt, eine Antwort zu erteilen. Diese nimmt er jedoch nicht zur Kenntnis.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Es ist auch sein Recht, dass er aufs Klo geht, wenn er muss!)

– Wenn er nur auf dem Klo ist, werde ich ihm vergeben.

(Heiterkeit)

Kollege Drexler hat ja auch davon gesprochen,

(Abg. Theurer FDP/DVP, auf zahlreiche freie Plätze bei der SPD zeigend: Bei der SPD ist Fehlanzeige in der Finanzpolitik! – Zurufe von der CDU – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Marianne Wonnay SPD: Haben Sie sonst nichts zu sagen?)

dass wir mehr Investitionen bräuchten. Da hat er völlig Recht. Die Frage, die gestellt werden muss, lautet: Wie kommen wir zu mehr Investitionen? Er hat ja das Thema Wohnungsbaupolitik angesprochen und dann übrigens die grottenfalsche Behauptung aufgestellt, der Bund habe in der Vergangenheit seine Wohnungsbaumittel nicht reduziert. Das Gegenteil ist natürlich richtig.

(Abg. Hillebrand CDU: Genau!)

(Pfister)

Er hat sie in drastischem Umfang reduziert, hat sie von 100 % auf letztlich 10 % heruntergefahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Lassotta CDU: Ja!)

Das sehen Sie auch daran, dass die Wohnungsbaumittel, die der Bund früher Baden-Württemberg bereitgestellt hat, heute für das gesamte Bundesgebiet ausreichen müssen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Die Wohnungsbaumittel des Bundes wurden also dramatisch gekürzt.

(Abg. Drexler SPD betritt den Plenarsaal. – Abg. Marianne Wonnay SPD: Jetzt haben Sie Ihren Ansprechpartner wieder!)

Das sollte der Kollege Drexler wissen. Da hat er einfach die Unwahrheit gesagt.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Jetzt sage ich Ihnen, lieber Kollege Drexler, in aller Freundschaft, nachdem Sie vom Klo zurückgekommen sind:

(Abg. Capezzuto SPD: Von wo?)

Sie müssen sich informieren. Der Bund hat seine Wohnungsbaumittel auch gegenüber Baden-Württemberg drastisch reduziert.

(Beifall des Abg. Dr. Birk CDU – Abg. Drexler SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Jetzt rede ich. Jetzt halten Sie den Mund.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Bebber: Autoritärer Knacker! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Pfister, es ist die übliche Reihenfolge, dass sich die Kolleginnen und Kollegen zunächst zu einer Zwischenfrage melden . . .

Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, das ist klar.

Stellv. Präsident Birzele: . . . und dass der Präsident den Redner anschließend fragt, ob er die Zwischenfrage gestattet.

(Abg. Drexler SPD: Und sonst nichts!)

Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie die Zwischenfrage des Kollegen Drexler nicht zulassen wollen.

Abg. Pfister FDP/DVP: Ich möchte jetzt weitermachen.

(Zurufe von der SPD)

Noch einmal, meine Damen und Herren: Investitionen sind dringend notwendig. Der Bund hat seine Wohnungsbaumittel zurückgefahren.

Aber mir geht es um etwas ganz anderes. Herr Drexler, auch in den Zeiten, in denen der Bund noch viel getan hat und das Land Baden-Württemberg komplementär auch

noch viel getan hat, war es immer so, dass die finanziellen Mittel für sich genommen nicht schon zu einer Belegung des Wohnungsbaus geführt haben. Auch hier gilt, dass wir gerade in Zeiten, in denen die Mittel knapp sind, die Rahmenbedingungen für den Wohnungsmarkt viel stärker verbessern müssen.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Ich bin der Meinung, dass eine kluge Mietgesetzgebung psychologisch sehr viel wichtiger wäre als die eine oder andere Million Euro, die wir vielleicht zusätzlich erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wirtschaft ist zu 50 % Psychologie

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Mehr! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– zumindest zu 50 %. Wenn man Investitionen fördern will, muss man ein günstiges Klima schaffen. Das habe ich Ihnen jetzt am Beispiel der Wohnungsbaupolitik gesagt. Das können Sie auch am Beispiel der Steuergesetzgebung ersehen.

Wir wollen uns jetzt nicht über Begrifflichkeiten streiten. Aber wenn Sie bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage unter dem Deckmantel des Abbaus von Steuervergünstigungen im Grunde ein Steuererhöhungsprogramm auf den Weg bringen, dann stellen Sie doch unter Beweis, meine Damen und Herren, dass Sie von der Dynamik einer marktwirtschaftlichen Ordnung nichts, aber auch gar nichts verstanden haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Sind Sie für die Körperschaftsteuer oder nicht?)

– Das habe ich schon gesagt. Zur Körperschaftsteuer habe ich meine Meinung schon gesagt. Sie können es nachlesen.

Ich will auf das Land zurückkommen

(Abg. Drexler SPD: Endlich!)

und versuchen, auf ein wirklich schwieriges strukturelles Problem unseres Landeshaushalts einzugehen.

Meine Damen und Herren, der Landeshaushalt hat derzeit ein Volumen von etwa 31,5 Milliarden €. Wenn man davon die Mittel abzieht, die das Land in die Finanzausgleichssysteme gibt – also Länderfinanzausgleich, kommunaler Finanzausgleich –, und gleichzeitig diejenigen Ausgaben abzieht, die das Land aufgrund bundesrechtlicher Regelungen abführt, dann stellt man fest, dass der bereinigte Haushalt, also der Teil des Haushalts, bei dem wir als Politiker überhaupt noch etwas bewegen können, nicht mehr bei 31,5 Milliarden €, sondern bei 22 Milliarden € liegt. Der steht im Grunde als Masse, wo wir etwas ändern können, zur Verfügung.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was wollen Sie denn damit sagen?)

– Geben Sie mir noch eine Sekunde Zeit?

(Pfister)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Nein! – Abg. Capezzuto SPD: Mittag!)

Also es bleibt ein Haushaltsvolumen von 22 Milliarden €. Jetzt müssen Sie sich einmal vorstellen, dass davon 13 Millionen € auf die Personalausgaben entfallen: 22 Millionen € Haushaltsvolumen und 13 Millionen € Personalausgaben. Von diesen Personalausgaben sind 80 % solche in Bereichen, an die wir jedenfalls im Augenblick noch nicht herangehen können. Das ist der Bildungsbereich – da wissen Sie, dass die Schülerzahlen noch steigen – auf der einen Seite und die innere Sicherheit auf der anderen Seite; da wissen wir, dass wir da auch entsprechende Aufgaben haben.

Ich möchte Sie bitten, einfach noch einmal zur Kenntnis zu nehmen: 22 Milliarden € Haushaltsvolumen, davon 13 Milliarden € Personalausgaben, und von diesen 13 Milliarden € 80 % in sensiblen Bereichen, an die wir nicht ohne weiteres herangehen können.

(Abg. Capezzuto SPD: Also stimmen Sie doch unserer Verwaltungsreform zu!)

Jetzt passen Sie auf. Was folgt daraus? Daraus folgt, dass wir – da hat der Finanzminister völlig Recht – in der Zukunft um entsprechende Stellenabbauprogramme nicht herumkommen werden. Anders lassen sich diese Zahlen nicht darstellen. Haushaltskonsolidierung entsteht dann, wenn die Ausgaben des Landes dauerhaft in deutlich geringerem Maß ansteigen als die Einnahmen. Da wir uns aber nicht darauf verlassen können, dass die Einnahmen in der Zukunft wesentlich zunehmen, so wie das zuletzt 1998/99 der Fall war – Zunahme 5 % –, sondern eher damit rechnen müssen, dass die Einnahmen zurückgehen werden, jedenfalls nicht mehr in dem Umfang steigen werden, bleibt uns nichts anderes übrig, als diesen Haushalt so zu fahren – das machen wir beim Nachtragshaushalt –, dass wir einen Ausgabenzuwachs von maximal 1 % haben. Dazu haben wir uns im nationalen Stabilitätspakt verpflichtet. Das muss in der Zukunft die absolute Obergrenze sein. Wir machen das in diesem Haushalt, Herr Drexler. 1 %, nicht mehr.

Jetzt will ich noch einmal sagen: Wenn bei einem Haushaltsvolumen von 22 Milliarden € und 13 Milliarden € Personalkosten die Personalkosten nur um 2 % steigen, bedeutet dies, dass wir schon eine Personalkostensteigerung von 260 Millionen € haben. Dann sehen Sie, wie schwierig das Problem ist. Daran sehen Sie auch, dass wir überhaupt nicht daran vorbeikommen – –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann machen Sie doch etwas! – Abg. Capezzuto SPD: Warum stimmen Sie nicht unserer Verwaltungsreform zu?)

– Ich komme doch gleich dazu. Lassen Sie mich doch einmal ausreden. Ich wollte Ihnen doch nur anhand dieser Zahlen beweisen, dass wir in der Zukunft um ein Stellenabbauprogramm nicht herumkommen werden.

(Abg. Drexler SPD: Das ist richtig! Aber nicht so wie früher!)

Da sind wir schon einmal froh, wenn Sie das genauso sehen. Das war Punkt 1.

Punkt 2: Wenn wir ein solches Stellenabbauprogramm fahren wollen, bin ich davon überzeugt und ist meine Fraktion davon überzeugt, dass dies ohne eine durchgreifende Verwaltungsreform nicht möglich sein wird.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Drexler SPD: Na also! – Abg. Dr. Caroli SPD: Darauf kommen wir zurück!)

Deshalb nehme ich die Anregung des Kollegen Oettinger ernst. Das ist mir schon wichtig. Wir brauchen jetzt nicht über die einzelnen Vorschläge zu diskutieren. Da hat die SPD ihren Vorschlag. Wir haben unseren Vorschlag. Ich stelle mit Freude fest, dass Kollege Oettinger jetzt auch an die Geschichte herangehen will. Da werden wir uns dann hoffentlich einigen. Wir sollten uns aber heute darüber einig sein, dass solche Stellenabbauprogramme letzten Endes nur zu fahren sein werden, wenn wir auch den Mut zu einer durchgreifenden Verwaltungsreform haben. Darum geht es mir.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Und Abbau von Bürokratie!)

Wir fangen ja schon ein Stück weit damit an; denn die vorgesehene Zusammenfassung – das ist sehr konkret, Herr Drexler – von Vermessungsverwaltung und Flurneuordnungsverwaltung ist kein Wolkenkuckucksheim, sondern ist sehr konkret.

Ich nenne als zweites Beispiel die Aufbauorganisation der Ministerien in dieser Legislaturperiode. Da geht es jetzt nicht um die Zahl der Ministerien, sondern um den Aufbau der Ministerien.

Ich nenne als Drittes den Neuzuschnitt der Schulverwaltung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Heike Derder GRÜNE)

Ich will diesen Neuzuschnitt der Schulverwaltung.

(Abg. Drexler SPD: Gut! Wir auch!)

Das waren jetzt drei von 40 Punkten, die wir in der Haushaltsstrukturkommission aufgenommen haben. Ich will damit nur beweisen, dass wir uns eben nicht darauf beschränken, nur punktuell zu sparen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

dass wir uns nicht darauf beschränken, die Zitrone auszuquetschen, und dass wir uns nicht darauf beschränken, mit dem Rasenmäher über den Haushalt zu gehen,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Es liegt doch gar nichts auf dem Tisch!)

sondern dass wir zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg

(Abg. Drexler SPD: Einen Prüfauftrag!)

in 40 konkreten Punkten strukturelle Veränderungen der Landespolitik vornehmen werden mit dem Ziel, dass auf

(Pfister)

diese Art und Weise strukturelles und intelligentes Sparen realisiert werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie geben einen Prüfauftrag! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Drexler SPD: Kein Beifall!)

Nächster Punkt, Herr Drexler: NSI, neue Steuerungsinstrumente. Das Ding hat seine Macken.

(Abg. Drexler SPD: Erhebliche Macken!)

Das Ding hat seine Schwierigkeiten.

(Abg. Drexler SPD: Auch!)

Wenn man der Meinung ist, dass die eine oder andere Korrektur angebracht werden muss, wenn man der Meinung ist, dass man das eine oder andere an der Zeitschiene ändern sollte,

(Abg. Bebber SPD: Sind Sie der Meinung?)

wenn man der Meinung ist, dass die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verändert und verbessert werden muss,

(Abg. Bebber SPD: Sind Sie der Meinung?)

dann sage ich: Okay, dann reden wir über diese Geschichte.

(Abg. Drexler SPD: Also, dann stoppen wir es!)

Über einen Punkt lasse ich aber nicht mit mir reden, damit das klar ist: Wenn ich will, dass die Landesverwaltung reformiert werden soll, wenn ich eine Verwaltung haben will, die stärker als heute effizienzorientiert ist,

(Abg. Göschel SPD: Was will er denn jetzt eigentlich?)

wenn ich dies alles will,

(Abg. Rückert CDU: Jetzt!)

dann kann ich dies nur umsetzen, wenn ich auf Daten und auf Informationen zurückgreifen kann, die mir nur die neuen Steuerungsinstrumente geben können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das bestreitet ja niemand! Das ist unbestritten! Aber ich kann sie nicht überall einführen! – Abg. Bebber SPD: Besonders nicht im Justizbereich! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Deshalb sollten Sie nicht den Eindruck erwecken – ich habe Sie da nicht ganz verstanden; aber gut, darüber können wir uns ja einmal unterhalten –, Sie wollten die Einführung der neuen Steuerungsinstrumente auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Das kommt jedenfalls für mich nicht infrage. Alles andere kommt dann später.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, so viel zum Thema Personalkosten. Das ist ein ganz wichtiger Bereich.

Ich will jetzt noch einmal darauf hinweisen, dass wir die Ausgabensteigerung in diesem Nachtragshaushalt auf maxi-

mal 1 % festgelegt haben – 1 % inklusive der Kosten für das Personal – und dass darüber hinaus die Sachausgaben des Landes gekürzt werden müssen. Das wissen Sie. Es geht nicht anders.

Mir liegt jetzt einfach noch einmal daran, auf die schwierige Situation hinzuweisen, die ich beschrieben habe. Ich werde das jetzt nicht im Detail wiederholen. Die Zahlen und Fakten sind von meinen Vorrednern und auch vom Finanzminister genannt worden. Aber ich will doch noch einmal eines sagen: Ich plädiere nach wie vor leidenschaftlich dafür, so schnell wie möglich die Nettouverschuldung in Baden-Württemberg zu erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nettouverschuldung ist kein Wert an sich, sondern sie ist fast ein moralisches Gebot,

(Abg. Drexler SPD: Bei 3 Milliarden!)

weil wir als handelnde und aktive Politiker nicht zulassen dürfen, dass wir die Zukunft der jungen Generation gewissermaßen verespern. Das tun wir, wenn wir weiter in diese Schuldenfalle hineingehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich wäre schon einmal dankbar, wenn man sich über diesen Punkt einig sein könnte.

Dieses Ziel Nettouverschuldung können wir übrigens zum ersten Mal seit 30 Jahren im Land Baden-Württemberg erreichen. Ich habe mit Interesse gelesen, dass vor etwa 30 Jahren zum letzten Mal in diesem Landtag von Baden-Württemberg ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt worden ist. Seit 30 Jahren machen wir immer zusätzliche Schulden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wer regiert seitdem?
– Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer regiert seit 30 Jahren? – Zurufe von der SPD)

– Wir jedenfalls nicht.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das liegt am schlechten Wirtschaftswachstum in den letzten 30 Jahren! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Bund ist doch an allem schuld! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Lassen wir das beiseite.

(Lachen bei der SPD)

Unser Ziel ist klar. Wir müssen dieses Ziel erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Dafür plädiere ich. Jetzt weiß ich nicht, ob diese Punktlandung im Jahr 2006 gelingt oder nicht.

(Abg. Drexler SPD: Mit den Zahlen nicht!)

– Ja. Im Augenblick ist es eher schwierig, diese Punktlandung zu erreichen. Das will ich auch gerne zugeben.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

(Pfister)

Aber ich will da jetzt keine Schuldzuweisungen machen, sondern ich will ja nur dafür werben, dass wir dieses Ziel der Nettoullverschuldung erreichen. Wenn wir es nicht mit Punktlandung erreichen, dann erreichen wir es halt ohne Punktlandung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber landen müssen wir! – Abg. Drexler SPD: Aber landen!)

– Aber landen wollen wir.

Zwei Voraussetzungen müssen gewährleistet sein. Die erste Voraussetzung ist:

(Unruhe)

– Ich wollte Ihnen gerne die zwei Voraussetzungen nennen, die wir einhalten müssen, wenn wir die Nettoullverschuldung so schnell wie möglich erreichen wollen. Die erste Voraussetzung ist: Wir müssen die 1%-Ausgabenwachstumsgrenze des nationalen Stabilitätspakts nicht nur in diesem Nachtragshaushalt und im Haushalt 2004 einhalten, sondern die müssen wir auch dann einhalten, wenn wir wieder höhere Steueraufkommen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dann müssen wir die 1%-Grenze einhalten. Dann werden wir einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

(Abg. Walter GRÜNE, zur CDUweisend: Das musst du da hinüber sagen!)

In diesem Jahr haben wir es jedenfalls geschafft.

Die zweite Voraussetzung ist, dass eine entsprechende Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik in Berlin gemacht wird – jetzt muss ich noch einmal auf Berlin zu sprechen kommen –, die Anreize für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung setzt. Auch dies ist wichtig. Ansonsten werden wir das Ziel nicht erreichen können.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Das erste Ziel, die 1%-Grenze einzuhalten, haben wir in diesem Nachtragshaushalt erreicht. Ich will das einfach noch einmal festhalten: 1 % Mehrausgaben in einem Nachtragshaushalt inklusive der Kostensteigerungen im öffentlichen Dienst,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Tariferhöhungen!)

inklusive der Kostensteigerungen im Rahmen der Tarifverträge – die Steigerungen waren höher als 2 %, wie Sie wissen –, das ist eine große Leistung; das muss man einmal sagen. Da haben wir viel erreicht.

Zur Erreichung der zweiten Voraussetzung, also einer aktiven Wirtschaftspolitik, müssen Sie uns helfen. Ich bin gefragt worden: Was macht die baden-württembergische Landesregierung im Bundesrat im Zusammenhang mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz? Ich kann es in einem Satz sagen: Überall da, wo dieses Gesetz geeignet ist, Wirtschaftsdynamik zu befördern, werden wir es gerne unter-

stützen, und überall da, wo dieses Gesetz Wirtschaftsdynamik abwürgt, werden wir Nein sagen zu diesem Gesetz.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Damit sind die wichtigsten Voraussetzungen umschrieben: Wir brauchen mehr Wirtschaftsdynamik. Wir brauchen eiseres Sparen unabhängig von dem Steueraufkommen, das wir haben. Wir haben mit den Einsparungen von über 550 Millionen € in diesem Haushalt eine Menge getan. Das müssen Sie erst einmal fertig bekommen, 550 Millionen € aus einem Haushalt kurzfristig herauszustreichen.

(Abg. Drexler SPD: Nicht strukturell!)

– Ich sage ja: kurzfristig. – Wir haben uns vorgenommen – Stichwort Haushaltsstrukturkommission –, insbesondere das strukturelle Sparen in den Vordergrund zu stellen. Dazu sind auch heute viele Beispiele genannt worden. Wir werden die Verwaltung reformieren, effizienter gestalten. Wir können auf diese Art und Weise Personalkosten reduzieren. Selbstverständlich bleibt auch das Thema Privatisierung auf der Tagesordnung; damit das auch ganz klar ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich habe die Hoffnung, dass wir auf diese Art und Weise die Nettoullverschuldung erreichen werden, wenn nicht in der Punktlandung 2006, dann so schnell wie möglich. Das ist jedenfalls unser Ziel. Dafür wird sich die FDP/DVP-Landtagsfraktion einsetzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bravo!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, man muss den Haushalt lesen können; aber man muss auch die richtigen Konsequenzen daraus ziehen, wenn man ihn gelesen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut! Man muss ihn verstehen!)

Das Land hat 34 Milliarden € Schulden. Das Land macht dieses Jahr nochmals über 2 Milliarden € Schulden.

(Abg. Capezzuto SPD: Ei, ei, ei!)

Das heißt, wir nehmen neue Schulden auf, um die Zinsen für die alten Schulden bezahlen zu können. Das ist ein Offenbarungseid für eine Regierung, in der die CDU seit fast 50 Jahren den Finanzminister stellt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Kollege Pfister hat es gerade gesagt: Vor 30 Jahren ist hier zum letzten Mal ein ausgeglichener Haushalt vorgestellt worden. Wenn ich die Schuldenentwicklung des Landes Baden-Württemberg anschau, sehe ich: Im Jahr 1970 waren es 2 Milliarden € Schulden, im Jahr 1980 9 Milliarden €, im Jahr 1990 18 Milliarden €, im Jahr 2000 29 Mil-

(Kretschmann)

liarden €, im Jahr 2003 35 Milliarden €, und im Jahr 2006 werden es 41 Milliarden € sein, wenn Sie so weitermachen. Ich kann mich nicht erinnern, dass Rot-Grün so lange an der Regierung ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich kann auch nicht erkennen, dass in der Zeit, in der Sie im Bund die Regierung stellten, in der Kurve irgendwo eine Delle erscheint.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Schulden gehen kontinuierlich hinauf, und man kann eigentlich sagen: Seit Herr Abg. Teufel, zuerst als Fraktionsvorsitzender und dann als Ministerpräsident, in der Verantwortung ist, geht es rapide nach oben.

(Abg. Drexler SPD: Aber bloß bei der Verschuldung! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist eine ernste Angelegenheit: Die Schulden in Baden-Württemberg gehen kontinuierlich nach oben. Sie haben bei jeder Haushaltsberatung immer neue Ausflüchte, warum sie jetzt gerade wieder hochgehen müssen.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt liegt es natürlich an Rot-Grün; das ist ja klar, wie könnte es auch anders sein? Ich frage mich nur: Wieso sind sie dann in den Jahren zuvor auch dauernd hochgegangen? Der Grund, warum die Schulden dauernd steigen, ist: weil ihr euch jedes Mal neue Ausflüchte sucht, anstatt einmal mit Wahrheit und mit Klarheit zu sagen, was im Landeshaushalt eigentlich Sache ist.

In Wirklichkeit ist es noch viel schlimmer.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: So ist es! – Abg. Capezzuto SPD: Sag es ihnen!)

Wenn wir die Schattenschulden dieses Landes mit einbeziehen, dann ist die Lage noch viel dramatischer. Herr Kollege Oettinger, Sie haben vorhin ein Modell vorgestellt, wie man unter Umständen Beamte aus den Pensionslasten sozusagen „herauskaufen“ könnte. Genau das haben wir jetzt einmal getan. Wir haben einmal den Barwert der Pensionslasten unter Annahme einer 5-prozentigen Abzinsung genommen und berechnet, was dies heute an Schulden bedeutet.

(Der Redner hält ein Blatt Papier in der Hand. – Abg. Pfister FDP/DVP: Du musst es halt zeigen! Man sieht es gar nicht!)

Wenn wir diese Schattenschulden, die aufgrund der Pensionslasten im Haushalt versteckt enthalten sind, hinzunehmen, dann haben wir nicht 35 Milliarden €, sondern 72 Milliarden € Schulden. Das ist jetzt nur als Größenordnung wichtig, weil 5 % Abzinsung ja eine gegriffene Zahl ist. Aber damit wird klar: Wenn wir diese verdeckten Schulden, die wir durch die steigenden Pensionslasten haben, noch dazunehmen, dann sieht man eigentlich erst, wie dramatisch die Lage wirklich ist.

Ich meine, das Allererste, was wir den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land sagen müssen, ist: Wir sind, was die öffentlichen Finanzen – auch diejenigen von Baden-Württemberg – angeht, in einer dramatischen Lage. Es hat keinen Sinn, dass Sie dies weiterhin unter den Teppich kehren und den Sünder immer irgendwo anders suchen. Das ist, glaube ich, das allererste Problem.

Deswegen haben Sie eine falsche Strategie. Es werden immer nur Minderausgaben gefahren; das heißt, es werden eben keine Strukturprobleme angepackt. Sie sind jetzt in der Haushaltsstrukturkommission gerade einmal bei der Prüfung der Vorschläge – und das bei einer Entwicklung, die seit 30 Jahren nach oben geht! Sie haben also die eigentlichen Hausaufgaben über Jahrzehnte hinweg nicht gemacht. Und jetzt, da Sie sie machen müssen, legen Sie außer Prüfaufträgen noch immer nichts Konkretes vor.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Sie legen nichts vor! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Unglaublich!)

Sie haben im Jahr 2006 auf der Basis der Daten der mittelfristigen Finanzplanung eine Deckungslücke von 2,9 Milliarden €. Das ist die Wahrheit. Wenn Sie in einer solchen Situation – zumal, wenn man sich vor Augen hält, wie lange es dauert, bis sich Strukturänderungen haushaltswirksam auswirken – den Leuten sagen, es gäbe auch nur die geringste Chance, mit dieser Politik im Jahr 2006 zu einer Nettonullverschuldung zu kommen, so ist dies reine Märchenstunde und hat mit seriöser Haushaltspolitik nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wo liegt für Sie der rettende Anker? Das ist wirtschaftliches Wachstum. Sie gehen jetzt im Land herum und sagen: Wenn nur ein anständiges wirtschaftliches Wachstum kommt, dann können wir diese Probleme lösen.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Das ist das zweite Märchen, das Sie verbreiten: Wir könnten diese gravierenden Probleme mit mehr Wirtschaftswachstum lösen. Das ist einfach nicht der Fall.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist ein Teil, der notwendig ist, Herr Kollege, und kein Märchen!)

Wenn wir Ihre Politik machen wollten – besonders auch die der FDP/DVP –, wenn wir die Staatsquote so drastisch senken wollten, wie Sie das machen wollen, wenn wir annehmen, dass die Inflationsrate weiterhin bei 1 % bleibt und dass die Personalausgaben analog zum Wachstum steigen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die dürfen nicht steigen!)

dann brauchen Sie ein durchschnittliches Wachstum von nominal 4,5 %, um – wohlgemerkt, innerhalb der nächsten zwölf Jahre – endlich zu einer Nettonullverschuldung im Jahr 2015 zu kommen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das sind 50 % des Problems! Das habe ich ja gesagt!)

(Kretschmann)

Wenn Sie die Versorgungsausgaben mit hinzunehmen, brauchen Sie Wachstumsraten von 6 %.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist klar! Das geht nicht!)

Das ist doch jedem klar, dass das vollkommen illusorische Vorstellungen sind und dass das unmöglich ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, einverstanden! Aber das sind nur 50 % des Problems!)

Um bei einem realen Wachstum von 1 % im Jahr 2003 Ihre mittelfristige Finanzplanung noch halten zu können, müssten wir von 2004 bis 2006 ein reales Wachstum von 2,25 % erreichen. Selbst wenn wir das hätten, wäre die Deckungslücke von 2,9 Milliarden € im Jahr 2006 lediglich nicht noch größer. Das sind die Tatsachen. Wenn wir ein Wachstum von 2,25 % bekämen, dann könnten wir alle uns glücklich und selig schätzen. Das sind die Tatsachen; und die wollen Sie den Leuten nicht sagen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Ungern.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, mach weiter!)

Stellv. Präsident Birzele: Heißt das ja oder nein?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Theurer, Sie haben das Wort.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Kollege Kretschmann, Ihre Fraktion hat Sparvorschläge in Höhe von 100 Millionen € vorgelegt – es fehlen Milliarden. Können Sie dem hohen Haus erklären, wie Sie das Ziel der Nullverschuldung ohne Wachstum erreichen wollen?

(Abg. Walter GRÜNE: Das hat er doch gar nicht gesagt! Das hättest du dir besser überlegt, bevor du die Frage gestellt hast!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie müssen nicht immer durch „ideologische Ohren“ zuhören, sondern einfach das hören, was ich sage. Ich sage nichts anderes, als dass wir mit realistischen Wachstumsraten von ca. 2 % – wenn wir die bekommen, sind wir froh; das habe ich gerade gesagt – immer noch eine Deckungslücke von 2,9 Milliarden € im Jahr 2006 haben.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Wie viel Wachstum wollen Sie denn?)

Mir geht es darum, Ihnen als Regierungskoalition klar zu machen, dass wir damit die strukturellen Haushaltsprobleme nicht lösen.

(Abg. Bebbler SPD: Nullwachstum reicht eben nicht! – Abg. Theurer FDP/DVP: Wir brauchen mehr Wachstum! Wir brauchen eine Wachstumspolitik! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Nur Wachstum allein reicht aber nicht!)

– Die entscheidende und erste Bedingung dafür, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht, ist doch ganz einfach die: Den Leuten muss der Ernst der Lage klar sein.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ja!)

Solange ihnen der Ernst der Lage nicht klar ist, klagen und jammern sie nur herum, die Lobbygruppen umringen uns, und wir kommen keinen Schritt voran.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Deswegen heißt das erste Gebot: Wahrheit und Klarheit. Nur wenn wir den Leuten endlich reinen Wein über die Situation einschenken, können wir den Lobbyismus in Schach halten

(Abg. Dr. Birk CDU: Nur Mut!)

und allen sagen: Wir müssen den Gürtel enger schnallen – nicht aus Spaß, sondern damit wir aus der Krise wieder herauskommen. Das ist ganz genau die Frage.

(Zuruf von der CDU: Blicken Sie nach links!)

Die Fragen, die für uns daraus folgen, lauten: Was bedeutet das für den Staat? Welche Aufgaben hat er zu leisten? Welche muss er an die Bürgergesellschaft und an den Markt zurückgeben?

Ich finde, dass Sie diese Fragen nicht angehen. Sie beschließen nach dem Rasenmäherprinzip globale Minderausgaben und gehen an die wirklichen Strukturen nicht heran.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Doch, das tun wir!)

Das führt dazu – Kollege Drexler hat es ganz ausführlich dargelegt –, dass Sie selbst dann, wenn man sich einig ist, dass es eine Kernaufgabe des Staates ist, auch den Schwächsten, denen, denen es in der Gesellschaft am schlechtesten geht, zu helfen, vollkommen unsinnige Einsparungen vornehmen – vom Volumen her auch noch höchst bescheiden, nicht einmal 10 Millionen € –: bei den Sozialpsychiatrischen Diensten, bei der Förderung der beruflichen Eingliederung Arbeitsloser oder durch die einseitigen Kürzungen im öffentlichen Personennahverkehr. Das sind vollkommen unsinnige Streichungen, die bei den Leuten den Eindruck erwecken: „Aha, der Staat versagt, und er hilft noch nicht einmal denen, die die Hilfe am nötigsten brauchen.“ Wenn man solche Signale setzt, werden doch die Leute niemals bereit sein, auf anderem Gebiet schwere Einschnitte mitzutragen. Das ist vollkommen unmöglich.

(Beifall bei den Grünen)

Bei den Sozialpsychiatrischen Diensten wird es am deutlichsten. Dort ist eine Einsparung vorgesehen, die sich auch fiskalisch negativ auswirkt, weil sie später höhere Kosten in der stationären Pflege verursacht

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

als bei der ambulanten Vorsorge.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

(Kretschmann)

Das zeigt doch, dass Sie noch nicht einmal wirklich prüfen: Ist diese Maßnahme richtig, oder ist sie kontraproduktiv? Es wird nur gesagt: Jedes Ressort muss halt sparen, egal, ob das sinnvoll ist oder nicht. So kann man keine nachhaltige Finanzpolitik begründen.

Beim öffentlichen Personennahverkehr Mittel zu streichen und sie in den Hochwasserschutz oder sonst wohin zu stecken, das ist doch Unsinn im Quadrat. Jeder weiß, dass die Lawine von Pkws und vor allem von Lkws auf den Straßen immer größer wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Da muss man doch jeden Euro dafür ausgeben, zu erreichen, dass die Leute auf der Schiene fahren und nicht im Pkw, dass die Güter auf die Schiene kommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Da kann man doch um Gottes willen nicht beim öffentlichen Personennahverkehr streichen. Damit produziert man ja die Staus und die Probleme der Zukunft. Wenn man allerdings eine solche Politik macht wie Sie beim Bundesverkehrswegeplan, wo man den Leuten vollkommen Unerfüllbares anbietet, dann kann man natürlich zu solchen unsinnigen Streichungen wie hier kommen, die absolut kontraproduktiv sind.

Jetzt komme ich zum nächsten Punkt.

(Abg. Zimmermann CDU: Jetzt sagen Sie, wo Sie streichen!)

Sie üben immer Kritik an dem Steuersubventionsabbaugesetz.

(Abg. Dr. Birk CDU: Tolle Wortschöpfung! Steuervergünstigungsabbaugesetz!)

Da werden Steuersubventionen abgeschafft. Man hat zum Beispiel die Eigenheimzulage verändert, weil das der größte Subventionsposten im Bund ist. Man hat diese Mittel heruntergefahren und dort konzentriert, wo sie notwendig gebraucht werden, nämlich bei Familien mit Kindern. Eine Familie mit zwei Kindern stellt sich danach nicht schlechter als heute. Zweitens hat man Altbauten mit Neubauten gleichgestellt.

Jetzt frage ich Sie: Was soll in einer Krise der öffentlichen Finanzen daran eigentlich falsch sein? Können Sie mir das einmal erklären? Können wir bei der gegenwärtigen Situation der Haushalte irgendjemandem vernünftig klar machen, dass wir Wohneigentum von Singles und kinderlosen Paaren aus dem Mittelstand subventionieren? Ist das eine sinnvolle Strategie? Doch offensichtlich nicht. Wissen Sie, woran man das sieht? Daran, dass Sie selber die Landeswohnungsbaumittel von ca. 160 Millionen auf 30 Millionen € heruntergefahren haben.

(Abg. Zeller SPD: Ganz dramatisch!)

Wenn wir dann erleben, wie wir das gestern Abend alle erlebt haben, dass die Bausparkassen einen Boom erfahren wie noch nie, Wachstumsraten von 20 % haben, die Leute

in der Krise etwas durchaus Sinnvolles tun, nämlich in dauerhafte Güter zu investieren,

(Abg. Hauk CDU: In Bausparverträge, nicht in dauerhafte Güter!)

und an demselben Abend Unternehmen, die solche Wachstumsraten haben, nichts anderes tun, als eine halbe Stunde lang herumzujammern, dann muss ich sagen: Mit einer solchen Haltung kann man die Republik allerdings nicht aus der Krise herausführen.

(Beifall bei den Grünen)

Statt dass ein solches Unternehmen sagt: „Die Leute tun das Richtige, sie investieren bei uns, und sie werden im Frühjahr auch bauen“, wird herumgejammert, und das noch mit Ihrer Unterstützung!

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich meine, so kommt man aus der Krise nicht heraus.

Was soll daran falsch sein, dass die Mehrwertsteuerbefreiung für den Flugverkehr abgeschafft wird? Warum soll denn das Verkehrsmittel, das am umweltschädlichsten ist, überhaupt keine Mehrwertsteuerbelastung haben? Das ist doch vollkommener Unsinn und durch nichts erklärbar. Warum sollen wir so etwas nicht streichen? Das ist doch erstens ökologisch sinnvoll und zweitens auch ökonomisch völlig richtig.

(Beifall bei den Grünen)

Was soll daran falsch sein, wenn der Verlustabzug auf die Hälfte des Gewinns begrenzt wird? Das möchte ich Sie einmal fragen.

Jetzt frage ich Sie, wenn Sie das alles ablehnen: Wo, bitte schön, sind Ihre Gegenvorschläge, um den Bundeshaushalt nicht völlig aus dem Ruder laufen zu lassen und um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen? Wo sind Ihre Gegenvorschläge? Stoiber hat wieder große Gegenvorschläge angekündigt. Wir haben bis heute keinen einzigen gehört.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Doch, mehr Straßen bauen!)

Jetzt noch einmal zu Ihrem Verhalten im Bundesrat, Herr Kollege Oettinger: Sie haben bis zur Landtagswahl in Niedersachsen und Hessen nur Nein gesagt. Und jetzt, wo Sie Farbe bekennen müssen, weil Sie die Wahl dort grandios gewonnen haben, kommen Sie überhaupt nicht in die Puschchen und sind nicht in der Lage, Gegenvorschläge zu machen, wie der Bund seinen Haushaltssanierungspflichten nachkommen soll. Das kann man aber von einer Landesregierung, die uns hier selber gnadenlos in die Schuldenfalle getrieben hat, auch gar nicht erwarten –

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

und das in dem Wissen, dass die große Steuerreform 2004 und 2005 kommen wird und noch einmal eine starke Entlastung bringen wird. Selbst in einer solchen Situation verweigern Sie sich dem Subventionsabbau im Steuerbereich. Das hat überhaupt keine Ratio. Wenn Sie das für falsch halten,

(Kretschmann)

dann stellen Sie sich doch hierher und machen konstruktive Gegenvorschläge. Die haben wir bisher nicht gehört.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist Sache des Bundes!)

Was müssen wir hier also machen? Wir müssen Strukturen verändern.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Die erste Struktur, die wir verändern müssen, ist die Landesstiftung. Wir müssen sie auflösen und den betreffenden Betrag in den Landeshaushalt zurückführen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jeder weiß, dass das ein gewaltiger Betrag ist.

(Zuruf des Ministers Dr. Christoph Palmer)

Es ist einfach unverantwortlich, in einer solchen Situation, in der Sie die größte Verschuldung machen, die das Land Baden-Württemberg je erlebt hat, die Stiftung aufrechtzuerhalten, wo Orchideen gesät werden, während hier die Wiese vertrocknet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Ministers Dr. Christoph Palmer)

Das ist eine Politik, die mit einer verantwortlichen Konsolidierung von Haushalten nichts zu tun hat. Ich erinnere noch einmal daran: Da geht es immerhin um Beträge von 3,8 Milliarden DM. Das ist das Erste.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Die Hälfte ist weg durch Steuern!)

Das Zweite ist eine Reform des öffentlichen Dienstrechts. Es ist gut, wenn Sie da engagiert sind. Herr Finanzminister, es ist vollkommen klar, dass wir mit diesem öffentlichen Dienstrecht und den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums, wie sie in der Verfassung stehen, keinen modernen öffentlichen Dienst schaffen können

(Abg. Hauk CDU: Und mit Tarifverträgen, wie sie bestehen!)

und nicht die Strukturveränderungen vornehmen können, wie sie uns vorschweben. Aber Sie sind auf dieser Ebene die Blockierer.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Genau, so ist es!)

Sie sind diejenigen, die sich immer weigern, diesen Verfassungsartikel zu ändern, zumindest die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums aus der Verfassung herauszunehmen. Sie beinhalten ein Alimentierungsprinzip, das vielleicht in Preußen Sinn gemacht hat, aber gewiss nicht in einer modernen Industriegesellschaft sinnvoll ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wie schnell wirkt das?)

Ich komme zum nächsten sehr wichtigen Punkt. Das ist eine Schulreform mit neuen Arbeitszeitmodellen für Lehrer. Ich glaube, dass darin sehr große Effizienzreserven liegen. Nir-

gendwo verletzt diese Landesregierung den Grundsatz der Subsidiarität so eklatant wie in der Schulpolitik. Hier wird wirklich wie in einem preußischen Obrigkeitsstaat immer noch alles von oben nach unten delegiert und kommandiert.

(Abg. Zeller SPD: Diktiert!)

Man traut einfach den Schulen vor Ort nichts zu. Logischerweise kommt dabei nichts Gescheites mehr heraus. Das kann auch gar nicht sein. Dieselbe Reform wie die für die Heusteigschule Stuttgart ist eben falsch für die Hauptschule am Heuberg, weil das ganz unterschiedliche Hauptschulen sind.

Wer glaubt, dass er mit einem Zentralismus, den die Kultusminister bis zum Erbrechen pflegen, ein Schulsystem erreichen kann, das effizient ist und uns wieder an die Spitze der internationalen Vergleiche bringt, der ist wirklich völlig falsch gestrickt. Natürlich muss eine solche Schulstruktur einen riesigen Behördenapparat erzielen, wie wir ihn in den Schulämtern und Oberschulämtern haben. Seit mindestens einem Jahrzehnt fordern die Grünen hier die Abschaffung der Oberschulämter.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Zeller SPD: Wir auch, nicht nur die Grünen!)

Tun Sie etwas! Dafür hat das Land die Kompetenz: Es muss endlich das Ende der Frühverrentung unter den Bedingungen kommen, die wir heute haben. Das gehört angesichts der Pensionslasten, die wir haben, zu den allerwichtigsten und dringendsten Aufgaben.

Aber auch die Wirtschaft muss endlich Anreize dafür schaffen, dass ältere Arbeitnehmer – „älter“ meint hier ja völlig paradoxerweise Menschen über 50 – wieder eingestellt werden. Auch da muss endlich eine Bereitschaft in der Wirtschaft bestehen, das wieder zu ändern.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jawohl, haben wir schon gestern besprochen!)

Ich glaube also, wir müssen richtig an die Strukturen ran. Über die Verwaltungsreform haben wir schon lange gesprochen. Solange Sie sich weigern, eine durchgreifende Verwaltungsreform zu machen, bei der mindestens eine Ebene wegfällt, sind Ihre Bekenntnisse zur langfristigen Konsolidierung des Haushalts wirklich nicht sehr ernst zu nehmen.

Worum geht es? Lassen Sie mich das zum Schluss sagen: Wir wollen die drastischen Einsparungen aus einem bestimmten Grund erreichen: nicht deshalb, weil uns dies Spaß macht, sondern weil sie notwendig sind. Nur wenn wir den Leuten klar machen, wie erstens die Lage ist und welches zweitens die Kernaufgaben des Staates sind, können wir auch die Bereitschaft finden, über einige Jahre hinweg etwas härtere Einschnitte zu akzeptieren. Wir müssen wieder zu den Kernaufgaben des Staates zurückkehren.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das sind Forschung, Bildung und Weiterbildung, das ist die innere Sicherheit, und das ist der Ausgleich sozialer Härten.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Kretschmann)

Auf diese Kernaufgaben müssen wir uns vermehrt konzentrieren, und die Ansprüche an den Staat außerhalb dieser Kernaufgaben müssen reduziert werden. Ich bin überzeugt, dass der Staat dann wieder stärker und glaubwürdiger wird, wenn er dort handelt, wo er handeln muss, nämlich in seinen Kernaufgaben.

Ich bin der ganz festen Überzeugung: Wir tun auch für die Wirtschaft sehr viel mehr, wenn wir, anstatt das Geld in Rinderhallen zu verpulvern – –

(Abg. Pfister FDP/DVP: In was?)

– Ja, wie Sie es ja machen, obwohl es welche gibt. Man verstreut einfach 40 % Zuschüsse in die Gegend für Projekte, bei denen man sagen muss: Es gibt doch drei Rinderhallen im Land. Wir leisten uns den Luxus und fördern solche Projekte. Das soll dann irgendwie die Wirtschaft beleben. Wer glaubt denn so etwas?

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Von all diesen Dingen, aber auch härteren Dingen wie Förderung von Messen und Ähnlichem müssen wir sagen: Diese Aufgaben müssen wir an die Wirtschaft und an den Markt zurückdelegieren. Davon verstehen diese selbst mehr. Und wenn sie das selbst bezahlen müssen, wird wirklich nur das gemacht, was auch notwendig ist.

(Beifall bei den Grünen)

Ich bin überzeugt: Was wir in einem modernen Industrieland Baden-Württemberg zur Belebung der Wirtschaft und deshalb tun müssen, damit eine Aufbruchstimmung aufkommt, ist, unsere jungen Menschen in diesem Land wieder so gut auszubilden, dass sie mit denen in den anderen Industrieländern, die hier Spitzenpositionen haben, gleichziehen können. Das ist das Allerwichtigste, was wir für unsere heimische mittelständische Wirtschaft machen müssen. Das ist genau das, was sie braucht, und hier müssen wir unsere Mittel absolut konzentrieren. Das wird eine riesige Anstrengung sein.

Wenn die Botschaft rüberkommt: „Wir sparen hier auch sehr hart – und da müssen alle mitziehen –, damit wir dieses Land wieder in eine Spitzenposition bekommen in der Bildung, in der Forschung und in der Entwicklung“, dann – da bin ich sicher – sind die Leute bereit, auch harte Einschnitte zu tragen.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wenn wir es noch einmal herunterbrechen: Wir müssen 15 % unseres Haushaltsvolumens mittelfristig einsparen, also 4 Milliarden €. Dies klingt natürlich unglaublich. Aber wenn wir das etwas aufteilen, wenn wir sagen, 25 % der Lücke werden durch strukturelle Maßnahmen mit Auswirkungen auf die Personalausgaben gedeckt – das ist ungefähr 1 Milliarde € –, 25 % der Lücke werden durch strukturelle Maßnahmen mit Auswirkungen außerhalb des Personalbereichs gedeckt, und für die restlichen 50 % müssen wir dann Ansprüche außerhalb unseres Kernbereichs streichen, dann ist das, glaube ich, eine Aufgabe, die wir meistern können und meistern müssen.

Ich fordere die Landesregierung auf, den Leuten endlich reinen Wein einzuschenken und diese harten Strukturaufgaben anzugehen. Sie können jedenfalls mit unserer Unterstützung rechnen, wenn Sie das machen. Dann bin ich sicher, dass wir nach fünf Jahren wieder Haushalte haben, die uns nicht erdrücken und uns wieder einen Spielraum geben für die Zukunft. Die Leute haben uns dafür gewählt, dass wir diese Probleme lösen. Wir sind dazu bereit und werden das kräftig anpacken.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen mit, dass gegenwärtig noch zwei Wortmeldungen vorliegen, von Finanzminister Stratthaus und vom Kollegen Dr. Noll. Meine Frage ist: Sollen wir diesen Tagesordnungspunkt abhandeln, oder sollen wir in eine kurze Mittagspause von einer Dreiviertelstunde eintreten?

(Abg. Zeller SPD: Zweiteres! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Jetzt sind wir so heiß! Jetzt ziehen wir das durch!)

Sind Sie damit einverstanden, dass wir in eine dreiviertelstündige Mittagspause eintreten? –

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Dies entspricht dem Willen des Hauses. Dann unterbreche ich die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:47 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:32 Uhr)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Türen zu schließen.

Aufgerufen war Punkt 2 der Tagesordnung. Hierzu liegt noch eine Wortmeldung vor. – Herr Abg. Dr. Noll, ich erlaube Ihnen das Wort.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur noch einmal einen Vorschlag zum Thema „Sozialpsychiatrische Dienste“ einbringen. Denn in mehreren Beiträgen ist klar geworden, welche gravierenden Einschnitte zulasten psychisch kranker Menschen mit den vorgesehenen Kürzungen möglicherweise verbunden wären.

Ich hatte schon bei zwei Gelegenheiten den Vorschlag gemacht, das Krankenhausförderprogramm in Höhe von etwa 160 Millionen € für 2003 um diese 2 Millionen € zu kürzen – das würde die Krankenhauslandschaft in Baden-Württemberg meiner Meinung nach nicht gefährden – und dafür die vorgesehene Kürzung bei den Sozialpsychiatrischen Diensten zurückzunehmen.

Nun wissen Sie, dass die 160 Millionen € an Krankenhausfördermitteln Teil des Kommunalen Investitionsfonds sind, sodass wir meinen Vorschlag nicht ohne oder gegen die Kommunen umsetzen könnten. Da aber ein Großteil der

(Dr. Noll)

Kostenverschiebungen infolge von Kürzungen bei den Sozialpsychiatrischen Diensten bei den Kommunen landen würde, könnte ich mir vorstellen, dass dann, wenn man es wirklich will und wenn jemand die Initiative ergreifen würde – – Ich denke, da sollte das Sozialministerium bzw. Herr Minister Repnik die Initiative ergreifen und alle Beteiligten – kommunale Landesverbände, Träger der Sozialpsychiatrischen Dienste – schnellstmöglich an einen Tisch bringen. Ich bitte auch, Vertreter aller vier Fraktionen – die ja offensichtlich bekannt haben, dass ihnen daran liege – zu einem Gespräch darüber zusammenzubringen, ob im vorliegenden Nachtragshaushalt zum Erhalt der Sozialpsychiatrischen Dienste diese 2 Millionen € einmalig aus dem KIF herübergenommen werden können.

Ich habe am Rande des Plenums mit dem Sozialminister über diesen Vorschlag gesprochen. Selbstverständlich konnte er mir diesbezüglich keine Zusage machen. Ich hoffe, dass meine Bitte, mein Vorschlag nicht auf Unverständnis stößt, und wollte einfach die allerletzte Chance ergreifen, damit im Interesse psychisch kranker Menschen und der Menschen, die sich in diesem Bereich auch ehrenamtlich engagieren – darüber reden wir ja immer –, die vorgesehenen Kürzungen zumindest für 2003 zurückgenommen werden können. Damit würde die sicher notwendige Umstrukturierung nicht fallbeilartig verlangt, sondern eine Übergangsphase geschaffen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, die beiden Gesetzentwürfe Drucksachen 13/1791 und 13/1763 und den Mittelfristigen Finanzplan zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. – Sie sind damit einverstanden. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 13/1778

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Krebserkrankungen von Kindern in der Umgebung von Kernkraftwerken

Frau Abg. Dr. Gräßle, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Ich frage die Landesregierung:

a) Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Krebserkrankungen von Kindern in der Umgebung von Kernkraftwerken unter Einbeziehung der Studie von Dr. Alfred Körblein, die offenbar eine Erhöhung bei Kindern behauptet?

b) Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Belüftung der Castorbehälter im Zwischenlager des AKW Gundremmingen?

Danke.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Mappus.

Staatssekretär Mappus: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage der Abg. Dr. Gräßle wie folgt:

Zu Frageteil a darf ich kraft der Zuständigkeit des Sozialministeriums für diesen Teil der Anfrage zunächst referieren. Ich zitiere: Das deutsche Kinderkrebsregister hatte 1992 und 1997 zwei Studien über einen möglichen Zusammenhang zwischen Krebserkrankungen im Kindesalter und kerntechnischen Anlagen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Studien zeigen, dass bei Kindern unter 15 Jahren in der Umgebung von 15 km um 20 westdeutsche kerntechnische Anlagen keine generelle Häufung von Krebserkrankungen – insbesondere nicht von Leukämien – zu verzeichnen ist.

Die Daten, die den oben genannten Studien zugrunde lagen, wurden dann 1998 von Dr. Körblein erneut ausgewertet. Aus dieser Auswertung wurde die Aussage abgeleitet, dass in der Umgebung von bayerischen Kernkraftwerken deutlich mehr Kinder an Krebs erkrankt seien. Betrachtet man die Ausgangsdaten, so fällt auf, dass nur in einem Teil der als KKW-nah eingeordneten Landkreise das Krebsrisiko gegenüber dem Landesdurchschnitt erhöht ist. Dagegen fehlt ein Hinweis darauf, dass auch in zwölf anderen Landkreisen, die sich nicht in der Nähe von Kernkraftwerken befinden, ein um 30 % oder mehr über dem Landesdurchschnitt liegendes Krebsrisiko festgestellt wurde. Die fünf höchsten Krebsraten wurden in bayerischen Landkreisen beobachtet, die nicht in der Umgebung von Kernkraftwerken liegen. Eine solche Variabilität findet man in Daten auf Landkreisebene auch wegen der zum Teil geringen Fallzahlen. Insofern kann diese Studie kaum als Nachweis für einen eindeutigen Zusammenhang zwischen einem erhöhten Krebsrisiko und der Nähe zu Kernkraftwerken gewertet werden. Diese Einwände wurden seitens des Landesgesundheitsamts Baden-Württemberg Herrn Dr. Körblein mitgeteilt.

Zu der Studie von Herrn Dr. Körblein liegen inzwischen auch zwei Stellungnahmen des deutschen Kinderkrebsregisters vor, die das Vorgehen bei der Auswertung detailliert und vor allem kritisch bewerten. In diesen Stellungnahmen wird unter anderem ausgeführt, dass es aus dem neueren Datenmaterial und auf Basis der relevanten Gruppe der Leukämien keinen Hinweis auf ein erhöhtes Krebsrisiko bei Kindern in der Umgebung von Kernkraftwerken in Bayern gibt. Hierbei ist besonderes Gewicht auf die Leukämien zu legen, die als feinsten Indikator für eine potenzielle Strahlenbelastung angesehen werden können und in der Auswertung von Dr. Körblein in keinem der untersuchten Zeiträume auffällig erhöht waren.

Die Ergebnisse der Studien des deutschen Kinderkrebsregisters stehen in Übereinstimmung mit umfangreichen Studien in mehreren Ländern wie Großbritannien, Frankreich

(Staatssekretär Mappus)

und Deutschland, die keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Krebserkrankung bei Kindern und der Nähe zu Kernkraftwerken liefern.

Ungeachtet dieser Ergebnisse wird das Bundesamt für Strahlenschutz das Krankheitsgeschehen um Kernkraftwerke weiter intensiv beobachten und analysieren. Nach Auskunft des BfS soll eine Fallkontrollstudie zur Klärung noch offener Fragen durchgeführt werden.

Das Ministerium für Umwelt und Verkehr teilt im Übrigen diese Bewertung vollständig.

Nun zu Frage b, für die unser Haus originär zuständig ist: Gemäß den Konsensvereinbarungen sollen abgebrannte Brennelemente bis zum Abtransport in ein Endlager in dezentralen Zwischenlagern an den Standorten der Kernkraftwerke in Castorbehältern zwischengelagert werden. Das Genehmigungsverfahren für das Zwischenlager in Gundremmingen in Bayern läuft derzeit beim Bundesamt für Strahlenschutz. Das Lagerkonzept ist vergleichbar mit Zwischenlagern an anderen Standorten, zum Beispiel in Baden-Württemberg.

Der Castorbehälter ist mit zwei Deckeln – Doppeldeckel-Dichtheitssystem – verschlossen und mit einer Drucküberwachung des Zwischenraums ausgestattet. Tritt eine Leckage durch Undichtheiten am inneren Deckel auf, so wird, um das Doppeldeckelsystem wieder herzustellen, zunächst ein dritter Deckel, ein so genannter Fügedeckel, aufgeschweißt. Danach müsste der defekte Castorbehälter zur endgültigen Reparatur in ein Kernkraftwerk verbracht werden.

Ist eine Reparatur am äußeren Deckel durchzuführen, muss der Raum zwischen den Deckeln belüftet werden. Die Umgebung wäre in diesem Fall immer noch durch den inneren Deckel von den abgebrannten Brennelementen getrennt.

Die abgebrannten Brennelemente erzeugen aufgrund des radioaktiven Zerfalls Wärme, die über die äußere Behälteroberfläche an die Hallenluft abgeführt wird. Die erwärmte Hallenluft wiederum wird über Schlitze durch Naturzug an die Umgebung abgegeben. Im Fachbegriff nennt sich dies Naturzuglüftung.

Hierzu eine ergänzende Bemerkung: Aufgrund der Ereignisse des 11. September 2001 wurde vom BfS als Schadensszenarium ein gezielt herbeigeführter Flugzeugabsturz mit anschließendem Kerosinbrand untersucht. Das BfS kam zu dem Ergebnis, dass auch bei den süddeutschen Lagern bei diesem Schadensszenarium eine potenzielle Strahlenbelastung deutlich unterhalb zulässiger Grenzwerte bleiben würde.

(Abg. Blenke CDU: Erstaunlich, was der Staatssekretär alles weiß!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Damit ist die Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Thomas Blenke CDU – Mittelstandsfreundliche Verwaltungsgebühren

für Ausnahmen nach dem Arbeitszeitgesetz

Herr Abg. Blenke, Sie haben das Wort zur Verlesung der Anfrage.

Abg. Blenke CDU: Danke schön, Frau Präsidentin.

Ich frage die Landesregierung:

- a) Warum ist die Gebühr, die das Sozialministerium für die Erteilung der Ausnahmegenehmigung für Tätigkeiten an Sonn- und Feiertagen für Unternehmen mit 21 bis 200 Arbeitnehmern erhebt, mit 1 200 € für Ausnahmen bis zu einem Jahr durch eine Verwaltungsvorschrift so hoch festgesetzt worden?
- b) Stimmt die Landesregierung der Auffassung zu, dass diese Gebühr zu hoch ist, darüber hinaus als Fixgebühr ungebührliche Belastungen für Firmen bedeutet, die eine Genehmigung nur für einige wenige Sonntage beantragen, und dass deshalb durch die Landesregierung hier eine flexiblere mittelstandsfreundliche Regelung getroffen werden muss?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erteile ich Frau Staatssekretärin Lichy.

Staatssekretärin Johanna Lichy: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Landesregierung beantwortet die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Blenke wie folgt:

Zur ersten Frage: Das Landesgebührengesetz verpflichtet die staatlichen Behörden, für Amtshandlungen, die auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner in den Behörden vorgenommen werden, Verwaltungsgebühren zu erheben. Ist eine Gebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich die Höhe der Gebühr nach dem Verwaltungsaufwand, nach der Bedeutung des Gegenstands und nach dem wirtschaftlichen oder sonstigen Interesse des Gebührenschuldners.

(Abg. Bebbler SPD: Das weiß doch der Blenke!)

Für Bewilligungen der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter ist Ziffer 12.1 des Gebührenverzeichnisses anzuwenden. Die dort vorgesehene Rahmgebühr beträgt bis zu 4 167 €.

Ein landeseinheitliches und auch effizientes Verwaltungshandeln bei der Festsetzung der Gebühren erfordert einheitliche Bemessungsgrundlagen. Deshalb hat das Sozialministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium in einer Gebührentabelle die Gebühren für Verwaltungsakte der Aufsichtsbehörden festgesetzt. Differenziert wird dabei nach der Art der Rechtsgrundlage, der Dauer der Ausnahmebewilligung und der Zahl der betroffenen Arbeitnehmer. Die Art der Rechtsgrundlage, die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer und die Zahl der Sonntage, an denen gearbeitet werden soll, haben ganz erheblichen Einfluss auf den Prüfungsumfang. Für Bewilligungen, die nur einen einfachen Tatbestand für Arbeiten an einem Sonntag von bis zu vier Arbeitnehmern zu überprüfen haben, wird eine sehr geringe Gebühr von 60 € festgesetzt. Diese Bewilligungen betreffen meist Handwerksbetriebe, die zur Vermeidung von Konventionalstrafen an einzelnen Sonn- und Feiertagen ar-

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

beiten müssen. Mit steigender Zahl der betroffenen Sonntage steigt nicht nur die Bedeutung des Gegenstands, sondern auch der wirtschaftliche Gewinn für den Antragsteller. Nach den Vorschriften des Gebührengesetzes muss sich dies in höheren Gebühren widerspiegeln.

Die von Ihnen, Herr Abg. Blenke, angesprochene Gebühr betrifft Entscheidungen, die in der Regel mehr als fünf Sonn- und Feiertage betreffen, einen erheblichen Prüfaufwand bedingen und einen erheblichen Gewinn für die Antragsteller bewirken. Das muss sich auch in der Gebühr niederschlagen. Im Einzelnen geht es dabei um die Prüfung der Wettbewerbssituation im Ausland, die Analyse von Produktionsbedingungen und die Abwägung des öffentlichen Interesses gegenüber den wirtschaftlichen Interessen des Betriebs.

In Ihrer Anfrage, Herr Abg. Blenke, gehen Sie davon aus, dass die Gebühr für Unternehmen mit 21 bis 200 Beschäftigten gilt. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Bemessungsgrundlage ist vielmehr die Zahl der von Sonntagsarbeit betroffenen Arbeitnehmer. Die fraglichen Ausnahmegewilligungen kommen in der Regel erst dann in Betracht, wenn die zulässige werktägliche Arbeitszeit von 144 Stunden nahezu ausgeschöpft ist. Das bedeutet, dass in erster Linie Schichtbetriebe, die bereits rund um die Uhr arbeiten, zusätzlich noch die Möglichkeit erhalten, an Sonn- und Feiertagen mit 21 bis 200 Arbeitnehmern durchzuarbeiten. Allein der Gewinn durch die höheren Maschinenlaufzeiten ist dabei so enorm, dass die Berücksichtigung des Gewinnspekts in der Gebühr unvermeidlich ist.

Bei der Gebührenbemessung wird jeweils die vom Antragsteller beantragte Zahl der Sonntagsbeschäftigten zugrunde gelegt. Für die korrekte Disposition zeichnet der Betrieb verantwortlich. Falls ein Betrieb die Sonntagsbeschäftigung von mehr Arbeitnehmern oder für einen längeren Zeitraum als tatsächlich eingesetzt beantragt, kann im Nachhinein keine Gebührenerstattung erfolgen. Ich glaube, das ist in dem angesprochenen Fall so gewesen.

Zu Teil b: Die von Ihnen gewünschte flexiblere Regelung für kleine und mittlere Betriebe, die nur für wenige Sonn- und Feiertage eine Ausnahmegewilligung benötigen, ist bereits unter Nummer 2 der Gebührentabelle enthalten. Dort sind zum Beispiel nur 150 € vorgesehen, wenn 21 bis 200 Arbeitnehmer an einem Sonntag beschäftigt werden sollen. Die Gebühr würde 400 € betragen, wenn sie beispielsweise an fünf Sonntagen arbeiten sollten. Die Aufsichtsbehörden haben grundsätzlich die Möglichkeit, die Gebühren in Einzelfällen abzusenken, wenn eine besondere Sachlage dies als geboten erscheinen lässt.

Die Landesregierung vertritt die Auffassung, dass die Gebühren nach den Grundsätzen des Gebührengesetzes angemessen festgelegt wurden und auch ausreichend Spielraum für eine Berücksichtigung atypischer Besonderheiten bieten.

Die Landesregierung verfolgt aber auch das Ziel einer weitgehenden Entbürokratisierung bei den Bewilligungen nach dem Arbeitszeitgesetz. Zurzeit prüft das Sozialministerium die Möglichkeit, die derzeit noch im Gesetz vorgesehenen einfachen Bewilligungstatbestände wie Bewilligungen der Arbeit an bis zu fünf Sonntagen in die Verantwortung der

Unternehmen zu geben. Die Aufsichtsbehörden könnten sich dann auf die Nachprüfung beschränken, ob die Unternehmen den rechtlich vorgegebenen Rahmen einhalten. Damit würden die Betriebe und die Behörden entlastet. Voraussetzung dafür wäre allerdings die Änderung einer bundesrechtlichen Regelung. Ich hoffe, dass die Mehrheit der Bundesländer für dieses Ziel gewonnen werden kann. Dies überprüfen wir gerade.

Ich darf vielleicht noch anmerken: Der Betrieb hatte mehr beantragt, als er schließlich in Anspruch genommen hat. Das war der Hintergrund.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Eine Nachfrage, Herr Abg. Blenke.

Abg. Blenke CDU: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, für diese sehr umfassende Antwort. Ich frage Sie: Wären Sie bereit – ich meinte, das bei Ihren Ausführungen „zwischen den Zeilen“ herausgehört zu haben –, die Besonderheiten dieses Falles, in dem es eben nicht um konkrete Gewinnerzielung und Umsatz geht, noch einmal wohlwollend einer Überprüfung zu unterziehen, wenn ich Ihnen diesen Fall noch einmal bilateral darlege?

Staatssekretärin Johanna Lichy: Eine nochmalige wohlwollende Überprüfung kann ich Ihnen zusagen. Es ist aber so, dass im Nachhinein, wenn die Antragstellung eine andere war, Gebühren grundsätzlich nicht zurückerstattet werden. Das ist das Problem dabei. Aber ich werde noch einmal überprüfen lassen, ob vielleicht andere Tatbestände vorlagen.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Damit ist die Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Gaßmann SPD – Unterstützung der im Weiterbetrieb gefährdeten historischen Standseil- und Bergbahnen in Baden-Württemberg

Bitte sehr, Herr Abg. Gaßmann.

Abg. Gaßmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, den Erhalt der durch teure EU-Sicherheitsauflagen gefährdeten historischen Standseil- und Bergbahnen in Baden-Württemberg durch betreiberfreundliche Auflagengestaltung und Verlängerung der Umsetzungsfristen sowie durch finanzielle Zuschüsse auf Dauer zu sichern?
- Welche konkreten Schritte wird die Landesregierung in dieser Angelegenheit im Einzelnen unternehmen, um die historisch bedeutsame Standseilbahn in Stuttgart-Süd zu erhalten?

Und ich füge noch hinzu: Betroffen ist meiner Kenntnis nach auch die historisch bedeutsame Standseilbahn in Heidelberg.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zur Beantwortung erteile ich Herrn Staatssekretär Mappus.

Staatssekretär Mappus: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage des Abg. Gaßmann wie folgt:

Zu Frage a: Seilbahnen sind gemäß § 3 des Landesseilbahngesetzes so zu betreiben, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung und insbesondere Leben und Gesundheit nicht bedroht werden.

(Heiterkeit – Abg. Oelmayer GRÜNE: Das Seilbahngesetz könnte man auch reformieren!)

Die allgemein anerkannten Regeln der Technik sind zu beachten. Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Baden-Württemberg überwacht als technische Aufsichtsbehörde die Einhaltung dieser Verpflichtungen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Hört, hört!)

In Anbetracht des tragischen Ereignisses in Kaprun wurden in Baden-Württemberg sämtliche Seilbahnen einer gutachterlichen brandschutz- und sicherheitstechnischen Überprüfung unterzogen. Die daraufhin vom Landesamt ergangenen Anordnungen orientieren sich an den Ergebnissen dieser Gutachten sowie am Stand der Technik, um einen sicheren Betrieb der Bahnen zu gewährleisten.

Eine betreiberfreundliche Auflagengestaltung kann sich ebenso wie die Festlegung der Umsetzungsfristen nur innerhalb dieses Sicherheitsrahmens bewegen. Soweit Standseil- und Bergbahnen einen eindeutigen öffentlichen Nahverkehrscharakter besitzen, ist eine Förderung von Investitionen im Rahmen der GVFG-Förderung durch das Ministerium für Umwelt und Verkehr theoretisch denkbar. Eine spezielle Förderung zum Erhalt historisch bedeutsamer Seilbahnen durch das Land aus Mitteln für den Tourismus, den Denkmalschutz sowie das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum wäre gegebenenfalls gleichfalls zu prüfen. Ich füge aber hinzu: Auch in diesem Bereich sollte man etwas mehr als bisher auch wirtschaftliche Gesichtspunkte beachten.

Zu Frage b: Die Betriebserlaubnis für die Standseilbahn zum Waldfriedhof ist gemäß der bestandskräftigen Anordnung des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau bis zum 30. Juni 2003 befristet. Um den Weiterbetrieb der Bahn zu ermöglichen, hat die Stadt Stuttgart ein schweizerisches Planungsbüro mit der Erarbeitung konkreter Umsetzungsvorschläge beauftragt. Die bisherigen Erkenntnisse einschließlich der Finanzierungsfragen werden derzeit zwischen der Stuttgarter Straßenbahnen AG und den Gremien der Stadt erörtert. Ein erstes Gespräch hinsichtlich einer möglichen GVFG-Förderung hat bereits im Januar dieses Jahres mit Vertretern der SSB beim Ministerium für Umwelt und Verkehr stattgefunden. Eine Förderung im Rahmen des GVFG ist nicht ausgeschlossen. Die Entscheidungen der städtischen Gremien und der SSB bleiben abzuwarten.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Eine Nachfrage, Herr Abg. Gaßmann.

Abg. Gaßmann SPD: Herr Staatssekretär, Sie haben als Grund für die Überprüfung das Seilbahnglück von Kaprun angeführt. Ist der Landesregierung bekannt, dass die

Seilbahn in Stuttgart-Süd durch keinerlei Tunnel fährt, sondern über ein leicht abschüssiges Gelände, wo jederzeit ein Aussteigen möglich ist? Sind deswegen auch die Auflagen für den Betrieb dieser Bahn, die seit 75 Jahren unfallfrei fährt, entsprechend zu gestalten?

Staatssekretär Mappus: Auch uns ist bekannt, dass diese Bahn nicht durch einen Tunnel fährt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Uns ist im Übrigen auch bekannt, dass auch die Seilbahn in Kaprun nicht gerade wenige Jahre unfallfrei fuhr. Aber die Überprüfung unter Sicherheitsaspekten hat nicht nur die Frage der Tunnelführung beinhaltet. In Kaprun gab es noch andere Themenfelder, die es zu begutachten galt, zum Beispiel im Hinblick auf die Brandanfälligkeit die Frage, welche Materialien dort verwendet wurden. Es stellte sich generell die Frage nach den Fluchtwegen innerhalb und außerhalb von Tunneln und anderes mehr.

Insofern war es, wie ich glaube, wichtig und richtig, dass wir als Reaktion auf dieses schlimme Unglück sämtliche Sicherheitsaspekte bei allen Bahnen entsprechend begutachtet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Gaßmann.

Abg. Gaßmann SPD: Wie die Betreiber der Bahn sagen, liegt das große Problem darin, dass der neueste Stand der Technik mit einer – ich sage einmal so – historischen Bahn nicht unbedingt zu vereinbaren ist. Deswegen möchte ich noch fragen: Wird bei der Genehmigungspraxis berücksichtigt, dass es sich praktisch um museumsähnliche Bahnen handelt?

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ab nach Sinsheim ins Eisenbahnmuseum!)

Staatssekretär Mappus: Herr Abgeordneter, dieses Problem wird selbstverständlich beachtet. Aber ich habe bei meinen Ausführungen ja ganz bewusst darauf hingewiesen, dass das Thema Historie nicht zulasten der Sicherheit gehen darf. Auch dann, wenn bei dieser Bahn sicher nicht der allermodernste Stand der Technik vom Ursprung her gewährleistet sein kann, darf es dennoch keine Lücken im Bereich der Sicherheit geben.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Dr. Lasotta CDU)

Im Übrigen füge ich eines hinzu: Das größte Problem bei dieser Bahn ist nicht der Stand der Technik, sondern die Wirtschaftlichkeit.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Staatssekretär, habe ich Ihre Antwort auf die erste Nachfrage des Kollegen Gaßmann richtig verstanden: Obwohl es hier keinen Tunnel und keine schwierige Ausstiegslage gibt, waren trotzdem diese Kriterien für die Richtlinien maßgeblich?

Staatssekretär Mappus: Frau Abg. Berroth, Sie hätten mich dann richtig verstanden, wenn Sie das, was sie gerade gesagt haben, als einen Punkt erachtet hätten. Ich habe ja ausgeführt, dass wir in Baden-Württemberg bei allen Bahnen in dieser Rubrik sämtliche Sicherheitsaspekte entsprechend beachten und untersuchen. Dazu gehören natürlich die Fluchtmöglichkeiten, sei es innerhalb oder außerhalb von Tunneln, wobei das in diesem Fall sicherlich nicht das primäre Problem war.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr sibyllinisch!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Damit ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Errichtung einer Gedenkstätte für Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen

Bitte sehr, Herr Abg. Röhm.

Abg. Röhm CDU: Danke, Frau Präsidentin. Ich frage die Landesregierung:

Wie weit sind die Bemühungen gediehen, in Münsingen-Buttenhausen eine Gedenkstätte für Matthias Erzberger einzurichten?

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut! Gut gefragt!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erteile ich Herrn Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Kollegen Röhm wie folgt:

Die Landesregierung wird, wie in der Koalitionsvereinbarung angekündigt, die Herrichtung des Geburtshauses von Matthias Erzberger sowie die Gestaltung einer Dauerausstellung in Münsingen-Buttenhausen unterstützen. Damit soll die bedeutende Persönlichkeit Matthias Erzberger angemessen gewürdigt werden.

Die Stadt Münsingen hat das Gebäude mittlerweile erworben. Die Landesstiftung Baden-Württemberg hat vorbehaltlich der Sicherstellung der Gesamtfinanzierung 200 000 € zugesagt.

Das Staatsministerium hat mittlerweile Spendenmittel mit verbindlichen Zusagen in Höhe von weiteren insgesamt 85 000 € eingeworben. Für die Unterstützung sind wir der Wüstenrot-Stiftung, der Bausparkasse Wüstenrot und der Kulturstiftung der Landesbank Baden-Württemberg sehr dankbar.

Mit weiteren 25 000 € des Landkreises Reutlingen und 120 000 € der Stadt Münsingen ist somit die Gesamtfinanzierung für den Erwerb, die bauseitigen Aufwendungen und

die Einrichtung der Dauerausstellung in Höhe von insgesamt 430 000 € gesichert.

Davon zu unterscheiden sind die Folgekosten für den Dauerbetrieb der Erzberger-Gedenkstätte. Diese Folgekosten werden durch die Stadt Münsingen getragen.

Die inhaltliche Gestaltung der Erinnerungsstätte und der konkrete Zeitplan werden derzeit von den Projektpartnern – für das Land wirken neben dem Staatsministerium das Haus der Geschichte und die Landeszentrale für politische Bildung mit – erarbeitet. Wir wollen eine Erinnerungsstätte an den großen Staatsmann und bedeutenden Parlamentarier Matthias Erzberger gestalten, die didaktisch und wissenschaftlich auf dem neuesten Stand ist. Wann sie fertig sein wird, kann ich heute noch nicht sagen. Die Finanzierung ist gesichert. Ich denke, dass wir uns jetzt sicher zwei Jahre Zeit nehmen müssen, bis die Gedenkstätte eröffnet werden kann.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Die Anfrage ist damit beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – Schienenverkehr im Raum Sigmaringen

Herr Abg. Behringer, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Behringer CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Ist eine Güterbahnverbindung Ulm–Mengen–Meßkirch–Sigmaringen–Stockach als Zubringer zum Alpentransit über den Gotthard geplant?
- b) Wäre durch eine solche Verbindung der Ausbau der Südbahn, der ja gerade auch mit dem Bedarf für den Güterverkehr begründet wird, gefährdet?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Mappus zur Beantwortung.

Staatssekretär Mappus: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Behringer wie folgt:

Zu a: Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, dass seitens der für die Schieneninfrastruktur zuständigen Stellen, des Bundes oder der DB Netz AG, Planungen angestellt werden, eine Güterbahnverbindung Ulm–Mengen–Meßkirch–Sigmaringen–Stockach als Zubringer zum Alpentransit über den Gotthard zu realisieren. Im Gegenteil, die DB Netz AG plant die Stilllegung des Streckenabschnitts Stockach–Schwackenreute, da ihr ein wirtschaftlicher Betrieb dieser eingleisigen, nicht elektrifizierten Nebenbahn nicht möglich ist.

Sie hat daher gemäß § 11 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes Ende 2002 den Streckenabschnitt zur Übernahme durch andere Eisenbahninfrastrukturunternehmen öffentlich angeboten. Die Strecke ist konsequenterweise auch nicht Gegenstand irgendwelcher Ausbauplanungen des Bundes im Rah-

(Staatssekretär Mappus)

men seiner Arbeiten zur Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans. Soweit hier bekannt, bestehen solche Ausbauvorstellungen alleine beim Abgeordneten Palmer.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Boris Palmer, bitte!)

Zu b: Unterstellt, die Strecke würde mit hohem finanziellem Aufwand zu einer einigermaßen leistungsfähigen Zulaufstrecke im Güterfernverkehr ausgebaut, hätte dies mit Sicherheit nachteilige Konsequenzen für den von der Landesregierung und der gesamten Raumschaft geforderten dringenden Ausbau der Südbahn.

(Abg. Behringer CDU: Danke!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Danke schön, Herr Staatssekretär. Damit ist auch diese letzte Anfrage beantwortet.

Eine Zusatzfrage, Entschuldigung, Herr Abg. Boris Palmer, Sie erhalten das Wort für eine Zusatzfrage.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Staatssekretär, wie bewertet die Landesregierung ein Konzept einer Güterbahnverbindung über die von Ihnen angesprochene Strecke in die Schweiz unter dem Gesichtspunkt, dass es von der Südbahn wegen Infrastrukturengpässen auf Schweizer Seite keine Verbindung zum neuen Gotthardtunnel gibt, sehr wohl aber bei einer Führung des Güterschienenverkehrs über Stockach?

Staatssekretär Mappus: Herr Abg. Palmer, es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man das Problem lösen kann. Ich habe aber in meiner Antwort zu Frage a darauf hingewiesen, dass diese Verbindung, die Sie öffentlich präferiert haben, nicht zustande kommen kann, weil es kein Eisenbahninfrastrukturunternehmen gibt, das diese Strecke unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen befahren will. Jedenfalls ist unserem Hause bis zum heutigen Tag niemand bekannt. Ich habe ja dargelegt, welche Konsequenzen die DB Netz AG aus der Situation bisher zieht. Dort will man aussteigen und nicht in irgendetwas einsteigen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die wollen ja überall aussteigen!)

Ich darf im Übrigen noch hinzufügen, dass wir selbstverständlich kein Problem haben, wenn über den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG entsprechende Korrekturen angebracht werden sollten. Wir werden dann selbstverständlich gerne prüfen, ob es dann andere Möglichkeiten geben könnte.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Es gibt keine Zusatzfragen mehr. Damit ist die Anfrage beantwortet.

Die Fragestunde ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Zukunft des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bull-Kommission Nordrhein-Westfalen – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeitdauer von 40 Minuten

festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! „Zukunft des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg“ – ein Thema, das wir, glaube ich, heute Morgen, Herr Innenminister, zu Ihrer Freude schon ausgiebig diskutiert haben. Es gibt zwei Gründe, die für uns ausschlaggebend waren, diese Aktuelle Debatte zu beantragen: erstens die finanzielle Situation des Landes und die Beharrlichkeit, mit der sich die Landesregierung weigert, Struktur-reformen vorzunehmen; zweitens der jetzt vorgelegte Kommissionsbericht von einer von der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eingesetzten Kommission, die sich explizit mit der Zukunft des öffentlichen Dienstes gerade auch in den Ländern befasst hat.

Ich darf vorweg vielleicht drei oder vier Punkte für unsere Fraktion nennen, warum wir der Auffassung sind, dass wir im Bereich des öffentlichen Dienstes dringenden Reformbedarf haben.

Der erste Punkt: Wenn man sich den Etat des Landes anschaut, dann stellt man unschwer fest, dass über 40 % Personalausgaben den Löwenanteil bei den Ausgaben des Landes ausmachen. Hinzu kommen – das sind ja durchaus Beschlüsse, die der Landtag gefasst hat – die Personalkosten in nicht mittelbaren bzw. in mittelbaren Einrichtungen des Landes wie zum Beispiel den Universitätskliniken, sodass wir insgesamt sicherlich mit einem Personalkostenaufwand von ca. 50 % rechnen müssen.

(Abg. Blenke CDU: Bis jetzt hat er Recht!)

Ein weiterer Punkt kommt hinzu, an dem wir schon sehen, dass die bisherigen Reformvorhaben der Landesregierung nicht gegriffen haben: Wir haben im Jahr 2002 den höchsten Personalstand, wenn man die mittelbaren Einrichtungen des Landes wie eben die Universitätskliniken dazurechnet. Da kommen wir laut Statistischem Landesamt auf einen Personalstand von 291 000 Beschäftigten. Das ist die höchste Zahl, die es im Land je gab. Und das in Zeiten, in denen man – der CDU-Fraktionsvorsitzende hat das ausdrücklich noch einmal betont – offensichtlich dringend notwendige strukturelle Sparmaßnahmen durchführen muss. Das kann natürlich am Personalstand unseres Erachtens nicht vorbeigehen. Trotzdem hat die Landesregierung bisher mit ihren Stellenabbauprogrammen – zwei, glaube ich, gibt es an der Zahl –

(Abg. Scheuermann CDU: Drei!)

– drei; Entschuldigung, Herr Finanzminister – wenig, in der Summe vielleicht auch gar nichts erreicht.

(Abg. Blenke CDU: Das stimmt nicht!)

(Oelmayer)

Ein weiterer Punkt, der unseres Erachtens den Reformbedarf offenkundig macht, sind die Versorgungsausgaben. Der Kollege Kretschmann hat es heute Morgen in der Debatte schon ausführlich beschrieben.

Ich will im Hinblick auf die Aufgabenstellungen, die auf uns zukommen, ein paar zentrale Punkte dieses Kommissionsberichts nennen, der jetzt in Nordrhein-Westfalen von einer aus 23 Mitgliedern bestehenden Kommission vorgelegt worden ist. Die Kommission bestand aus Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung,

(Abg. Scheuermann CDU: Nichts Verwaltung!)

von Hochschulen, auch politisch tätigen Menschen. Ich möchte ein paar Punkte benennen, die dort als zentrale Forderungen genannt werden:

Erstens: Wir brauchen eine umfassende Reform des Dienstrechts. Herr Innenminister, weil Sie schon so kritisch oder auch aufmerksam schauen,

(Abg. Blenke CDU: Der Minister ist immer aufmerksam!)

werden Sie natürlich einwenden, dass wir das im Land nicht allein werden schaffen können.

(Abg. Scheuermann CDU: Nein, wir wollen eine Begründung für Ihre Behauptung!)

Recht haben Sie. Aber eines ist auch klar: Den Löwenanteil der Personalkosten tragen im Vergleich zu den anderen Personalträgern die Länder. Deswegen sind wir von der Grünenfraktion der Auffassung, dass die Landesregierung alles tun muss – gegebenenfalls über Bundesratsinitiativen, aber auch durch die aktive Begleitung des Prozesses, der jetzt in Nordrhein-Westfalen durch die Vorlage des Kommissionsberichts angeleiert worden ist –, um eine grundsätzliche Reform des Dienstrechts hinzubekommen. Dazu gehört in allererster Linie – daran führt kein Weg vorbei –, die althergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums aus der Verfassung, aus dem Grundgesetz zu streichen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir fordern die Landesregierung auf, entsprechend tätig zu werden.

Ein weiterer Punkt, den ich in dieser ersten Runde ansprechen möchte: Beamte dürfen unseres Erachtens in Zukunft nur noch im Kernbereich der öffentlichen Verwaltung tätig sein. Dazu zählen die Polizei, die Justiz und die Finanzverwaltung. Das sind die Kernbereiche, in denen wir die Zukunft des öffentlichen Dienstes und des Beamtenrechts sehen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme sofort zum Schluss, Frau Präsidentin.

Ein weiterer Punkt, den ich zu guter Letzt benennen möchte, betrifft die Vergütungs- und Besoldungsstruktur. Es liegt auf der Hand, dass es hier Reformbedarf gibt. Die Vergütungsstruktur, die sich zum Beispiel daran anlehnt, dass

man umso mehr verdient, je älter man wird, gehört, denke ich, quasi der Vergangenheit an und hat mit einem modernen öffentlichen Dienstrecht überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deswegen brauchen wir auch in diesem Bereich grundsätzliche Reformen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Oelmayer, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich komme zum Schluss.

Weil wir als Grünenfraktion der Auffassung sind, dass die Landesregierung hier dringend in den aktiven Prozess der Reform des öffentlichen Dienstrechts mit einsteigen muss – auch auf der Basis dieses Diskussionsberichts; ich nenne ihn einmal so –, haben wir die Aktuelle Debatte beantragt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Oelmayer, Sie haben lautstark die Forderung nach einer grundsätzlichen Reform des öffentlichen Dienstrechts, nach der Abschaffung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums erhoben. Zur Begründung habe ich von Ihnen aber keinen Satz gehört.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Doch!)

Die Personalkosten ermäßige ich durch eine Reduzierung der Anzahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, aber nicht dadurch, dass ich am Gehalt des einzelnen Beschäftigten um zwischen 10 und 20 € im Monat herumfuchtle.

Der Gegenstand heißt ja: „Bull-Gutachten, öffentlicher Dienst in Baden-Württemberg“. Ich habe mir zur Vorbereitung wenigstens die Kurzfassung dieses Gutachtens besorgt. Bei einem kursorischen Überblick fielen mir bei diesem Gutachten drei Dinge auf:

Erstens einmal der Titel: „Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft“. Das ist ein bisschen ein „Schickimickititel“,

(Heiterkeit – Abg. Wieser CDU: Ungewöhnlich, Herr Kollege!)

aber zunächst erschließt er über den Inhalt gar nichts.

(Unruhe)

Dann denkst du ein bisschen nach, und dann kommst du dahinter: Zukunft des öffentlichen Dienstes könnte so etwas wie eine Analyse des gegenwärtigen Zustands bedeuten. In der Kurzfassung findet die überhaupt nicht statt. Und unter „öffentlicher Dienst der Zukunft“ wird man sich wohl mit Zielen beschäftigen. Die stehen allerdings drin.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

(Scheuermann)

Zweitens: Die Kurzfassung beginnt mit folgendem Satz:

Die deutsche öffentliche Verwaltung wird den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht.

(Abg. Wieser CDU: Das ist ein Misstrauensvotum gegen alle Beamte!)

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass sich der öffentliche Dienst, seit es die Bundesrepublik gibt, bei allen Problemen außerordentlich bewährt hat,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

das letzte Mal bei der Wiedervereinigung Deutschlands, als es darum ging, eine ausschließlich auf ein autoritäres System ausgerichtete Verwaltung auf die Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaat zurückzuführen.

(Beifall der Abg. Wieser CDU und Pfister FDP/
DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Dann wird in dem Gutachten versucht, eine Verbindung herzustellen: Je moderner im Sinne des Gutachtens der öffentliche Dienst, desto besser die Verwaltung. Das ist ein ganz gewaltiger Trugschluss. Denn das Erscheinungsbild der Verwaltung hängt nicht nur von der Qualität der darin Beschäftigten ab, sondern das hängt mindestens ebenso davon ab, wie wir als Gesetzgeber mit unserer Verwaltung umgehen,

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser
CDU: Sehr gut!)

und es hängt zum Dritten davon ab, welche Anforderungen die Gesellschaft an Staat, Gesetzgeber und Verwaltung stellt.

Letzter Hinweis: In dem Gutachten fehlt völlig ein Hinweis auf die Rolle des Gesetzgebers für die Verwaltung, und nicht mit einem einzigen Satz wird erwähnt, dass die Hauptaufgabe der Verwaltung die Anwendung von Recht und Gesetz ist.

(Abg. Wieser CDU: Das ist ja unglaublich!)

Wenn solche primitiven Dinge in einem Gutachten nicht drinstehen, dann weiß ich über die Qualität schon sehr viel.

Zum Schluss noch etwas über die Zusammensetzung. Die Verwaltung manifestiert sich nach außen durch die Polizei, durch die Finanzverwaltung, durch die Justiz und durch die Rathäuser. Aus allen diesen Bereichen ist nicht ein einziger Vertreter unter den 22 Mitgliedern dieser Kommission.

(Abg. Wieser CDU: Ach was! Dilettanten!)

Entsprechend kritikwürdig, sage ich jetzt einmal, ist auch dieses Gutachten.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser
CDU: Absolventen von Gesamtschulen! – Abg.
Kübler CDU: Das gibt es doch gar nicht! – Abg.
Wieser CDU: Warum reden wir dann überhaupt da-
rüber?)

Lassen Sie mich die letzte Minute meiner Redezeit in der ersten Runde darauf verwenden, dass ich sage: Drei Problemfelder werden wesentlich berührt. Das erste ist das Leitbild, das zweite ist die Organisationsstruktur, und das dritte ist der Status. Beim Status möchte ich ganz einfach sagen: Mir leuchtet nicht ein, dass von der Frage, ob die in Zukunft im öffentlichen Dienst Beschäftigten Beamte oder Angestellte sind, ob sie ihr Gehalt aufgrund des Bundesbesoldungsgesetzes oder aufgrund von Tarifverträgen bekommen, die Qualität der Verwaltung abhängen soll. Das würde ja heißen, dass wir bei den gegenwärtigen Zuständen sagten, Angestellte und Arbeiter seien besser als Beamte oder Beamte seien besser als Angestellte und Arbeiter. Niemand sagt das. Deswegen ist es eine plakative Forderung, die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums über Bord zu werfen. Eine Begründung dafür finde ich in der Kurzfassung dieses Gutachtens überhaupt nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Blenke
CDU: In der Rede von Oelmayer auch nicht! –
Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war eine Beam-
tenrede, Herr Scheuermann! – Abg. Wieser CDU:
Sehr gut, da hat ein Fachmann gesprochen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

Abg. Stickelberger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Scheuermann, dafür, dass Sie nur die Kurzfassung dieses Gutachtens gelesen haben, haben Sie sich enorm aufgeregt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD
und der Grünen)

Wie wäre das wohl, wenn Sie die Langfassung lesen würden? Ich glaube, Sie hätten wochenlang schlaflose Nächte. Aber Ihr Gesundheitszustand liegt auch mir am Herzen, und deswegen lohnt es sich, glaube ich, schon, doch tiefer in die Sache einzusteigen.

Den Grünen ein Kompliment. Ich glaube, sie haben mit dieser Aktuellen Debatte heute im wahrsten Sinn des Wortes ins Schwarze getroffen.

(Minister Dr. Schäuble: Das ist immer gut! – Abg.
Nagel SPD: Schwarz macht schlank!)

– Herr Innenminister, schwarz ist nicht immer gut. Schwarz ist, glaube ich, überhaupt keine Farbe.

(Abg. Blenke CDU: Das ist eine Überzeugung, eine
richtige Überzeugung! – Vereinzelt Heiterkeit)

Vorweg möchte ich betonen, dass es bei diesem Thema um Verwaltungsreform geht, um Verwaltungsreform insgesamt und nicht allein etwa um die Belange des öffentlichen Dienstes in der Zukunft oder gar um eine Änderung des Dienstrechts. Ich möchte bei der Bewertung nicht dies, sondern die Analyse in dem Gutachten sowie die Feststellungen zur Befindlichkeit der öffentlichen Verwaltung im modernen Staat mit den modernen Anforderungen in den Vordergrund stellen. Die Frage, wie man das Dienstrecht regelt,

(Stickelberger)

scheint mir dann erst zweitrangig zu sein. Da gebe ich Ihnen, Herr Scheuermann, Recht.

Wir haben heute Morgen aber auch gehört – Herr Pfister, Sie haben das in Ihrer Rede deutlich gesagt –, dass eine Konsolidierung der Haushalte und echte Reformbemühungen ohne eine tief greifende Verwaltungsreform wohl nicht realistisch sind. Herr Finanzminister – Sie haben das Thema ja auch angesprochen –, Sie haben weitere Stelleneinsparprogramme angekündigt. Ich glaube, da müssen wir ansetzen. Die Lösung kann aber nicht darin bestehen, den Kernpunkt der Reformen im öffentlichen Dienst oder gar im öffentlichen Dienstrecht darauf zurückzuschrauben, in Zukunft Stelleneinsparprogramme aufzulegen. Das ist keine echte Reform, sondern das ist ein Abbau auf Kosten der Beschäftigten unseres Landes.

Herr Finanzminister, ich bin auch froh, dass Sie hier sind. Sie sind auch beträchtlich vom Herrn Innenminister abgerückt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist die Sitzordnung! – Zuruf des Abg. Dr. Glück FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: Zwischen die beiden passt kein Blatt Papier!)

Ich glaube, das zeigt vielleicht auch die inhaltliche Distanz.

(Minister Dr. Schäuble: Vielleicht bin ich von Ihnen abgerückt!)

– Ja, das kann auch sein. Zumindest sind Sie, Herr Innenminister, bei der letzten Aktuellen Debatte über die Verwaltungsreform von ihm abgerückt, wo Sie zu unserem Reformvorschlag durchaus sehr differenziert Stellung genommen haben. Aber Sie, Herr Finanzminister, sind von dieser Erkenntnis Ihres Kollegen doch ein weites Stück entfernt.

Ich darf Sie vielleicht einmal aus den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 12. Februar zitieren:

Ich bin da skeptisch. Ich habe vermehrt den Eindruck, dass viele, die den kleinen Schritt nicht wagen, lieber über den ganz großen nachdenken, der dann aber nicht kommt.

Ja gut, aber Sie denken vielleicht auch zu wenig über kleine Schritte nach. Denn außer Stellenabbauprogrammen haben wir von Ihnen eigentlich noch nichts gehört – auch heute Morgen nicht –

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

außer der Tatsache, dass Sie wörtlich gesagt haben, man habe bei den Beamten schon genug abgeknapst. Da stimme ich Ihnen zu.

Ich darf Ihnen einen weiteren Punkt noch einmal vorhalten. Sie haben gesagt, um Stellen zu streichen, müssten Sie erst Aufgaben abbauen. So war die Frage. Der Kollege Oettinger hat heute Morgen auch deutlich gesagt, dass wir den Stellenabbau allein nicht zum Programm erheben können, sondern eine Aufgabenkritik durchführen müssen. Der Herr Finanzminister wiederum sagt zu dieser Frage:

Ich habe gelernt, dass man den umgekehrten Weg gehen muss. Alle Aufgaben sind aus Sicht der jeweiligen Ressorts von ungeheurer Bedeutung. Man muss also

die nötigen Kürzungen vornehmen und es dann den Ressorts überlassen, auf welche Aufgaben sie verzichten wollen.

Ihre Reformbemühungen gehen also offensichtlich davon aus, dass der Finanzminister vor den Ressortegoismen kapituliert, Stellenabbau betreibt, aber eine ernsthafte Aufgabenkritik, eine Reform im Detail nicht in Angriff nimmt. Das finden wir schade. Angesichts der Diskussion, die wir heute Morgen geführt haben, glaube ich nicht, dass wir mit dieser Methode auf Dauer über die Runden kommen.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deshalb begrüße ich alle Anstrengungen, die auch heute Morgen von allen Fraktionen bekundet wurden, um in die Sache einzusteigen und uns inneren Reformen, organisatorischen Reformen zu widmen, gerade was den Verwaltungsaufbau in unserem Land angeht.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dazu bietet dieses Gutachten eine gute Grundlage.

So viel zunächst.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bericht der Bull-Kommission über die Zukunft des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen ist, so denke ich, in manchen Teilen recht bemerkenswert. Herr Scheuermann, Sie haben bemängelt, dass einiges ohne Begründung in den Raum gestellt worden sei. Da wäre es wirklich hilfreich, wenn man die Langfassung liest. Denn darin wird manches von dem, was in der Kurzfassung eben nur sehr plakativ wiedergegeben wird, begründet.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Der Bericht weist zunächst einmal Mängel am Istzustand aus. Er beschreibt dann, wie der Zustand sein sollte, und er klassifiziert schließlich die notwendigen Änderungen in Maßnahmen, die die Regierung selbst durchführen kann, Maßnahmen, die vom Landtag beschlossen werden können, und Maßnahmen, die über Bundesratsinitiativen laufen müssten.

Ein Mangel, wenn ich ein paar Punkte aufzählen darf, ist ganz bestimmt – das sehen auch wir so –: Die Leistungs- und Wettbewerbskriterien im öffentlichen Dienst sind nicht genügend ausgereizt, nicht genügend vorhanden. Die Bezahlung spielt hier auch eine wesentliche Rolle. Das hergebrachte Dienstrecht ist in manchen Punkten nicht flexibel genug, ist stumpf, wenn es darum geht, manche öffentlichen Aufgaben zu erfüllen.

Richtig scheint mir auch die Frage: Was muss eine Verwaltung wirklich an Aufgaben übernehmen, und was kann sie ausgliedern, damit das andere gegebenenfalls besser machen?

(Dr. Glück)

Wie sollte eine solche Verwaltung aussehen? Ich nenne ein modernes Personalmanagement, Verbesserung der Führungskompetenz – das wird auch begründet –, eine echte Bestenauslese ohne Einfluss von fremden Faktoren und ohne dass man eine Position nur durch langes Sitzen verdienen kann, wobei – das scheint mir auch wichtig – der Begriff der Erfahrung natürlich durchaus eine positive Rolle spielen muss. Das sind eigentlich Forderungen, die bei einem modernen Management ganz selbstverständlich sind.

Die Vergütung bräuchte eine neue Form. Der Gedanke ist zumindest diskussionswürdig. Der Bericht spricht von einer Basisvergütung sowie von einem variablen Leistungszuschlag. Ich möchte einmal ergänzen: natürlich auf Zeit. Solange einer eine ganz besonders herausgehobene Aufgabe wahrnimmt, soll er eben auch mehr verdienen. Für unsere Fraktion darf kein Zweifel daran bestehen – der Schlenker gefällt uns nicht so ganz –, dass wir am Berufsbeamtentum in diesem Zusammenhang nicht rütteln wollen. Das sage ich ganz klar.

(Abg. Scheuermann CDU: Da sind wir einig!)

Die Reaktion auf diesen Bericht – das ist nicht verwunderlich – ist ganz unterschiedlich. Gewerkschaften oder verschiedene andere Interessenvertreter haben teilweise sehr heftig, aber auch sehr kontrovers darauf reagiert. Auch das scheint mir doch eine interessante Erscheinung zu sein, dass man einfach über das Papier diskutieren muss.

Wir halten den Bericht in weiten Teilen für richtungweisend. Allerdings kann er keine Bibel für den öffentlichen Dienst sein. Wir bitten die Landesregierung, sich mit diesem Bericht auseinander zu setzen.

(Beifall der Abg. Pfister FDP/DVP und Stickelberger SPD – Abg. Drexler SPD: Auseinander zu setzen! Wir bitten sie, wenigstens den Anfang zu lesen! – Abg. Stickelberger SPD: Wir fordern sie auf!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will zunächst einmal ganz offen sagen: Ich weiß nicht, wie Sie es empfinden, aber nach meiner Beurteilung – ich habe die Kurzfassung des Berichts gelesen und auch die umfangreichen Berichte in den Medien – enthält der Bericht der so genannten Bull-Kommission nicht so viel sensationell Neues. Es sind nach meiner Einschätzung zum größten Teil Gedanken, die schon seit Jahren diskutiert werden, zum Beispiel die Frage eines einheitlichen Dienstrechts, zum Beispiel die Frage, dass man einen Teil der Vergütung auch leistungsabhängig machen soll.

In der ersten Runde hat sich auch gezeigt – da bitte ich, dass Sie vielleicht in einer zweiten Runde auch noch einmal konkreter werden –: Wenn man über das öffentliche Dienstrecht spricht, kommt man sehr schnell in Versuchung, noch allerlei andere Fragen gleich mit einzubeziehen, zum Beispiel Verwaltungsstrukturen oder die Frage: Haben wir zu viel oder zu wenig Personal? Können wir die Personalkosten noch tragen? Das sind aber Fragen, die mit dem öffentlichen Dienstrecht zunächst unmittelbar nichts zu tun haben.

Nachdem Sie, Herr Kollege Oelmayer, den Personalstand angesprochen haben, will ich nur noch einmal in Erinnerung rufen: Die Stelleneinsparprogramme – der Herr Finanzminister hat darauf hingewiesen, dass es drei waren –, die wir durchgeführt haben, haben uns ja auch in die Lage versetzt, dass wir innerhalb des Personalkörpers dringend notwendige Umschichtungen vornehmen konnten, indem durch die eingesparten Stellen wieder mehr Lehrerstellen und mehr Polizeistellen geschaffen werden konnten.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Es sind halt nachher immer mehr als vorher!)

Das muss man in diesem Zusammenhang immer sagen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das sind doch immer mehr als vorher!)

Wichtig erscheint mir, was Herr Kollege Scheuermann gesagt hat. Das hat, glaube ich, auch Herr Kollege Stickelberger – nicht in dieser Deutlichkeit, aber zwischen den Zeilen etwas versteckt – angesprochen: Wir sollten bei einer Diskussion über das öffentliche Dienstrecht nicht den Eindruck erwecken, als ob der öffentliche Dienst bei uns in Deutschland und damit auch in Baden-Württemberg schlechte Arbeit leistete.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Unsere besten Leute!)

Ich will auch noch einmal unterstreichen: Ich bin als Innenminister dankbar, dass der gesamte öffentliche Dienst einschließlich der Berufsbeamten über Jahrzehnte hinweg gute Arbeit geleistet hat. Das Beispiel, was der öffentliche Dienst nach der Wiedervereinigung geleistet hat, das Herr Kollege Scheuermann gegeben hat, spricht wirklich Bände. Das sollten wir heute auch noch einmal hervorheben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Nagel SPD)

Bei der Frage eines einheitlichen Dienstrechts verstehe ich die Diskussionsgrundlage in diesem hohen Haus heute so: Herr Kollege Stickelberger hat sich noch etwas bedeckt gehalten, wenn ich es richtig verstanden habe, während sich die FDP/DVP, wie auch die CDU, klar für das Berufsbeamtentum ausspricht. Die Einzigen, die sich glasklar gegen das Berufsbeamtentum aussprechen – auch Sie, Herr Kollege Kretschmann, haben das heute Morgen in Ihrer Haushaltsrede getan –, sind die Grünen.

Ich bitte dabei aber Folgendes aus der Sicht des Dienstherrn zu bedenken: Auch die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst in diesem Jahr zeigten doch wieder einmal, dass – ich wiederhole mich: aus der Sicht des Dienstherrn – mehr als gründlich zu überlegen ist, ob wir uns einen Gefallen täten, wenn wir das Berufsbeamtentum abschafften. Denn dann würde der gesamte öffentliche Dienst bis auf einen Kernbereich natürlich auch in die Tarifverhandlungen gehen müssen. Daraus entstünden dann alle Folgen, zum Beispiel, dass natürlich auch – sprechen wir es aus – der Einfluss der Gewerkschaft, vor allem von ver.di, nicht kleiner, sondern größer wäre. Diesen Zusammenhang muss man ganz offen ansprechen.

(Abg. Blenke CDU: Der Herr Bsirske ist ja ein Grüner! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

(Minister Dr. Schäuble)

– Herr Kollege Palmer, ich weiß nicht, ob Sie in der zweiten Runde sprechen. – Wenn wir die Personalkosten ansprechen, was ja dem Kollegen Oelmayer vorhin am Herzen lag, dann werden wir in diesem Jahr – ich wage eine Prognose – bundesweit auch erleben, dass wir dadurch, dass der Dienstherr den Beamten per Gesetz einseitig entsprechende Auflagen geben kann, und durch die Tatsache, dass wir ein Berufsbeamtentum haben, aus der Sicht des Dienstherrn eher Einsparungen vornehmen können, als wenn Sie den Versuch machten, das über Tarifverhandlungen zu erreichen. In diesem Jahr ist ja wieder einmal bewiesen worden, dass das eben nicht geht.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Diesen Zusammenhang sollte man sehen. Deshalb würde ich darum bitten, dass Sie in der zweiten Runde doch noch einmal präzisieren, worin Sie konkrete Vorteile aus der Sicht des Dienstherrn sehen würden, wenn wir das Berufsbeamtentum – so, wie Sie es haben wollen – abschaffen. Ich kann aus meiner Sicht nur davor warnen.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Dazu gehört dann natürlich auch, dass wir, wenn wir als Gesetzgeber diese Möglichkeiten haben, mit den Berufsbeamten auch fair umgehen. Das ist wahr. Das ist das, was Herr Kollege Stichelberger gesagt hat.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich will es so zusammenfassen: Wichtig erscheint mir zum einen, dass wir nach wie vor daran arbeiten, die Bürokratie in Deutschland stärker zurückzudrängen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich gebe die Schuld hieran nicht dem öffentlichen Dienst. Da ist vor allem die Politik in der Verantwortung. Ich glaube, wir sind dabei – wie Kollege Oelmayer in der letzten Plenarsitzung dankenswerterweise bestätigt hat –, dass wir hier in Baden-Württemberg bei diesem Thema schon sehr gute Vorarbeiten geleistet haben.

Der zweite Punkt, der mir wichtig ist, ist: Wir werden auch aus Gründen der Finanzlage, die wir haben und die heute Morgen lange diskutiert worden ist, nicht um einen weiteren Personalabbau herumkommen. Das hat aber nichts mit der Frage zu tun, wie das öffentliche Dienstrecht organisiert werden soll. Auch das ist mit Recht gesagt worden.

Drittens sollten wir auf dem Weg weitermachen, auf dem wir bisher erst erste Schritte zurückgelegt haben. Es geht darum, dass die Leistungskomponenten bei der Vergütung künftig noch stärker als bisher betont werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

(Abg. Teßmer SPD zu Abg. Oelmayer GRÜNE:
Gib ihm nicht zu viel nach!)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Überhaupt nicht. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vielleicht zwei oder drei Punkte klarstellen.

Erstens: Kollege Scheuermann, es geht nicht darum, die Ergebnisse und die Berichterstattung der Bull-Kommission hier 1 : 1 in den Landtag übernehmen zu wollen. Was wir damit erreichen wollen, ist einfach die Initialzündung, dass auch in Baden-Württemberg klar wird, dass das öffentliche Dienstrecht reformiert werden muss und dass wir dazu gemeinsame Anstrengungen unternehmen müssen.

Herr Innenminister – das ist die zweite Stelle, an der man berichtigen oder klarstellen muss; Sie haben das ja auch eingefordert –, sowohl der Kollege Kretschmann als auch ich haben nicht in dem Sinne argumentiert, dass wir das Berufsbeamtentum grundsätzlich abschaffen wollen.

(Abg. Scheuermann CDU: Er schon!)

Was wir abschaffen wollen – Kollege Scheuermann, hören Sie gut zu! –, sind die – im wahrsten Sinne des Wortes – althergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums, zum Beispiel bestimmte Teile des Alimentationsprinzips, die es nach wie vor rechtfertigen, einen Dschungel von Zulagen etc. zu konstruieren. An diese Grundsätze wollen wir herangehen. Dass wir aber das Berufsbeamtentum in den Kernbereichen, ob bei Polizei, Finanzverwaltung oder Justiz, nicht per se abschaffen können, Herr Innenminister, dürfte klar sein.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Oelmayer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schäuble?

(Abg. Blenke CDU: Sag ja!)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Des Herrn Abg. Dr. Schäuble, ja. Bitte schön.

Abg. Dr. Schäuble CDU: Einfach als Versuch eines Beitrags zu einer Versachlichung: Würden Sie mir zustimmen, Herr Kollege Oelmayer, dass die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums einer Durchforstung des Zulagenwesens oder -unwesens nicht entgegenstehen?

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Da würde ich Ihnen zustimmen.

(Abg. Blenke CDU: Also!)

Nichtsdestotrotz basiert zum Beispiel die – –

(Abg. Blenke CDU: Das haben Sie aber eben gesagt!)

Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts – Herr Innenminister, zur Versachlichung der Diskussion –, die es zum Beispiel schwierig machen, die 13. Beamtenpension und ähnliche Regelungen abzuschaffen oder Öffnungsklauseln einzuführen, dürften auch Ihnen bekannt sein. Ich bin gerne bereit, da mit Ihnen nachher auch bilateral diese oder jene Frage zu diskutieren.

(Oelmayer)

(Abg. Drexler SPD: Bilateral! Sehr schön! – Abg. Blenke CDU: Nicht nötig!)

Aber jetzt wird das mir im Gegensatz zu Ihnen auf die Redezeit angerechnet.

(Minister Dr. Schäuble: Ich habe mich aber kurz gefasst!)

– Sie haben sich kurz gefasst.

Ich möchte noch zwei, drei andere Punkte nennen, weil Sie diese auch angesprochen haben.

Wo hat das Vorhaben einer Reform des öffentlichen Dienstrechts konkrete Auswirkungen für den Dienstherrn, hier das Land? Ich nenne Ihnen einmal zwei oder drei Auswirkungen.

Der Kollege Oettinger – ich fange einmal mit ihm an – hat heute Morgen einen bemerkenswerten Vorschlag gemacht, indem er gesagt hat, wir könnten versuchen, mit Abfindungen Beamte aus dem Beamtenverhältnis herauszukaufen, um die Aufwendungen für die Beamtenpensionen zu senken – das war seine Argumentation. Es wäre natürlich die Frage, was das das Land kosten würde. Daran sieht man aber schon, dass der Kollege Oettinger offensichtlich mit uns einer Meinung ist, dass der Personalbestand an Beamten im Land jedenfalls eine Grenze erreicht hat – unseres Erachtens bereits überschritten hat –, bei der wir alles tun müssen, um von diesem Stand wegzukommen.

Hier gibt es jetzt auch die Verknüpfung, meine Damen und Herren: Es macht ja keinen Sinn, jetzt isoliert über Teilbereiche des Dienstrechts zu diskutieren, wenn wir die Verwaltungsstrukturen nicht auf den Prüfstand stellen. Da sind Sie ja wirklich reformresistent. Sie sind gar nicht bereit, mit sich darüber reden zu lassen. Wir können doch die Flexibilisierung im Dienstrecht nur dann nutzen, wenn wir auch die Verwaltungsstrukturen ändern. Dazu zählt zum Beispiel die Frage, ob wir bestimmte Verwaltungsebenen auf den Prüfstand stellen, ob wir in den Zeiten, in denen wir ganz knapp bei Kasse sind, noch drei, vier oder zum Teil sogar fünf Verwaltungsebenen brauchen. Diese Frage ist doch unmittelbar mit der Frage verknüpft, wie flexibel ein Dienstrecht gestaltet ist.

(Abg. Blenke CDU: Sie schmeißen gerade Äpfel und Birnen in einen Korb!)

Ein letzter Punkt, den ich nennen möchte, ist das Thema Öffnungsklauseln. Auch das hat ja primär mit der Frage zu tun, inwieweit der von den Gewerkschaften ausgehandelte Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst für die Beamten übernommen wird.

(Minister Dr. Schäuble: Die Öffnungsklausel ist doch eine bloße Kompetenzfrage zwischen Bund und Ländern!)

Da wird man nun gespannt sein dürfen. Ich habe heute eine Aussage dazu vermisst – sowohl vom Finanzminister als auch von Ihnen bisher, obwohl Sie ja jetzt über die Mehrheit im Bundesrat verfügen –, wie Sie sich zu diesen Öffnungsklauseln stellen werden, wo es um die Frage geht, ob wir beim Weihnachtsgeld, beim Urlaubsgeld etc. Einschnit-

te vornehmen. Es wäre natürlich interessant, von Ihnen als Landesregierung einmal zu hören, ob Sie dort, wo Sie können, bereit sind, Einschnitte auch durch entsprechende gesetzliche Regelungen vorzunehmen. All das steht mit dem, was wir hier diskutieren wollen, in einem Zusammenhang.

Herr Innenminister, zum Schluss: Ich glaube, dass wir hier im Hause bei der Frage der Notwendigkeit einer Dienstrechtsreform letztendlich kaum auseinander liegen können, weil wir allein bei den Themen, die wir heute diskutiert haben – Versorgungsabgaben, Besoldungsrecht, Verwaltungsstrukturen etc. –, bei knapper werdenden Ressourcen im Prinzip gar nicht anders können, als Einschnitte vorzunehmen. Diese Einschnitte werden allemal besser auf der konzeptionellen Ebene vorgenommen als mit globalen Minderausgaben, wie Sie dies vorsehen und wie Sie dies auch in den vorliegenden Nachtragshaushalt wieder eingebracht haben. Solche konzeptionslosen Veränderungen wollen wir nicht; wir wollen eine konzeptionelle Diskussion, am besten mit allen Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen inklusive der Landesregierung in diesem Haus. Dann werden wir auch die Reformen, die wir im Land dringend brauchen, gemeinsam umsetzen können.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Dr. Schäuble?

(Minister Dr. Schäuble: Das wird nicht auf die Redezeit angerechnet!)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich habe ja keine Redezeit mehr; da kann auch nichts angerechnet werden.

Abg. Dr. Schäuble CDU: Bei all den vielen Worten, die Sie, Herr Kollege Oelmayer, jetzt gemacht haben, beantworten Sie mir bitte eine Frage: Sind Sie für ein einheitliches Dienstrecht – ja oder nein?

Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich bin für ein einheitliches Dienstrecht. Das habe ich ja schon am Beginn meines ersten Redebeitrags gesagt.

(Abg. Teßmer SPD: Da hat er noch nicht zugehört! – Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Darf ich jetzt einmal aus meiner Sicht feststellen, dass alle, die hier geredet haben, für die Beibehaltung des öffentlichen Dienstes in Form des Beamtentums sind? Was wir allerdings jeweils darunter verstehen, scheint mir noch ein wenig unterschiedlich zu sein.

(Zuruf von den Grünen: Ja!)

Die Koalitionsfraktionen – Herr Hofer nickt – verstehen darunter vor allem, dass der Grundgesetzartikel, wonach die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums weiterhin garantiert werden, erhalten bleibt. Herr Oelmayer, über alles, was unterhalb dieser Grenze an Veränderungen oder Reformen möglich ist, können wir miteinander reden.

(Scheuermann)

Zweitens: Wenn ich Sie darum bitten dürfte, so tun Sie mir einen Gefallen: Trennen Sie Fragen der Verwaltungsstrukturreform und Statusfragen der in einer Verwaltung Tätigen!

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das kann man aber nicht!)

Sie können die Verwaltung organisieren, wie Sie wollen: Es müssen darin Menschen arbeiten. Und der Status dieser Menschen hängt nicht unmittelbar mit der Gliederung unserer Verwaltung zusammen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Scheuermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Scheuermann CDU: Gern.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Kollege Scheuermann, glauben Sie denn allen Ernstes, dass es im Zuge der europäischen Integration, bei der es ja auch um die Freizügigkeit von Beschäftigten geht, möglich sein wird, die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums, die ja letztlich aus dem preußischen Staat und aus der Weimarer Republik stammen, zu erhalten? Das ist doch vollkommen undenkbar.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Kollege Kretschmann, darauf gebe ich Ihnen die Antwort: Europa hat viel zu sagen. Aber die Frage, wie der Status der in den einzelnen Staaten Beschäftigten ist, brauchen wir nicht auch noch auf die Ebene der Europäischen Union zu übertragen. Das ist meine Meinung.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Dritte Feststellung – und da möchte ich den Herrn Innenminister nachhaltig unterstützen –: Die Probleme, die wir momentan mit dem öffentlichen Dienst haben, gehen überhaupt nicht auf die Beamten zurück, sondern sie resultieren aus dem Tarifvertrag, den wir für die Angestellten

(Abg. Fischer SPD: Ach so!)

und für die Arbeiter haben. Dieser Tarifvertrag tritt zum 1. April 2003 in Kraft. Für die Beamten werden wir zum 1. April sicher noch keine Lösung haben. Deswegen sollten wir nicht so tun, als ob die Beamten das Problem wären. Alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind das Problem.

Jetzt zu den Öffnungsklauseln: Herr Oelmayer, Sie wissen so gut wie ich, dass der Vorschlag aus Berlin zu den Öffnungsklauseln nur aus dem einzigen Grund erfolgte, um gegenüber dem Bundesverfassungsgericht bei der Forderung nach höheren Bundesergänzungszuweisungen nachhaltig begründen zu können, dass man alles unternommen hat, um aus eigener Kraft zu größeren Einsparungen zu kommen, und sonst gar nichts.

(Zuruf von den Grünen: Die sind ja vom Tisch!)

Jetzt haben wir eine Fragestellung, die mittelbar mit den Öffnungsklauseln zusammenhängt: Wie verwirklichen wir das Angebot des Beamtenbunds, das Weihnachtsgeld und

das Urlaubsgeld anstelle einer Einmalzahlung auf das Monatsgehalt zu übertragen? Soll das der Bund machen, oder soll es dafür eine Zuständigkeit der Länder geben? Wenn Sie das zu Ende überlegen, kommen Sie zu dem Ergebnis, dass es wahrscheinlich besser wäre, wenn das der Bund machen würde, als wenn jedes Land das für sich machen würde. Wir hätten mit dieser Frage auf jeden Fall sehr viel weniger Probleme.

Ganz zum Schluss noch einmal zurück zu dem Gutachten: In dem Gutachten wird auch über die Organisationsstruktur des öffentlichen Dienstes gesprochen. Ich will Ihnen ganz einfach ein paar Begriffe nennen, die darin vorkommen, und daraus eine Konsequenz ziehen.

Da wird gesprochen von der Dezentralisierung der Aufgaben. Da wird gesprochen von Zielvereinbarungen über die ganze Bandbreite der Verwaltung hinweg. Da wird von Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung, also finanzieller Verantwortung, gesprochen. An vielen Stellen kommt das Wort Controlling, also Steuerung, vor. Unter dem Strich bestätigt dieses Gutachten uns doch in unseren Bemühungen um NSI.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja, natürlich!)

Jetzt habe ich nur eine einzige Bitte: Geben wir doch bei der Einführung von NSI nicht gleich jeder Kritik aus irgendeinem Zweig der Verwaltung nach.

(Abg. Drexler SPD: Andere Bundesländer machen es uns doch vor! Sie können Justiz und Polizei nicht nehmen!)

Sagen wir doch ganz einfach, dass es sich dabei um eine grundsätzliche Umstellung in unserer Verwaltung handelt und dass das nicht von jetzt auf nachher geht. Das ist meine Bitte auch an Sie, Herr Drexler.

(Abg. Drexler SPD: Sie können es aber nicht bei allen machen!)

Sagen Sie nicht einfach: Die wehren sich, und dem geben wir nach.

(Abg. Drexler SPD: Unsinn bleibt Unsinn!)

– Ob das Unsinn ist, wissen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht.

(Abg. Drexler SPD: Das wissen wir von anderen Bundesländern wie Bayern oder Rheinland-Pfalz!)

Das ist unsere Meinung. So viel aus meiner Sicht zu diesem Gutachten und den Konsequenzen für die öffentliche Verwaltung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Augen zu und durch!)

– Nein, nein! Sie sagen: „Augen zu und durch“. Selbst wenn es so wäre, sind wir bisher auf jeden Fall immer besser gefahren als Sie – siehe Wahlergebnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Das sieht man beim Straßenbau, beim Wohnungsbau, bei der Bildung, beim Kindergarten!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

Abg. Stickelberger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Innenminister, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Diskussion, die durch dieses Gutachten entfacht worden ist, in vielen Bereichen nicht neu ist. Sie erinnern sich an Ihre Studienzeit, ich erinnere mich an meine: Da haben diese Fragen des Beamtenrechts – einheitliches Dienstrecht und andere Elemente – auch schon eine Rolle gespielt. Die Diskussion ist zum Teil Jahrzehnte alt. Nur bestehen jetzt die Notwendigkeit und der Zwang, daraus unter finanziellen Gesichtspunkten die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Jetzt besteht dringender Handlungsbedarf.

Ich warne davor, die Diskussion jetzt auf eine Änderung des Dienstrechts zu verengen – mit den bekannten verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Fragen. Herr Dr. Glück, Sie haben sehr eingehend dargestellt, welchen Katalog an Ergebnissen diese Kommission erarbeitet hat. Das sind durchaus auch andere Elemente als nur Fragen des Dienstrechts. Ich glaube, die Änderung des Dienstrechts ist eine Folge der Analyse der Schwachstellen in der öffentlichen Verwaltung und des Veränderungsbedarfs, aber nicht das Allheilmittel, um irgendwelche Reformvorhaben zu realisieren. Sie mag notwendig sein, ist aber keineswegs hinreichend. Dies scheint mir in der Diskussion wichtig zu sein.

Der Bericht enthält viele Punkte, die wir eigentlich auch im Land Baden-Württemberg als Defizit feststellen. Zum Beispiel ist das Thema Altersteilzeit angesprochen oder auch die Frage, inwieweit wir im Bereich des Personalmanagements wichtige Entwicklungen frühzeitig steuern können. Denken Sie an den Altersaufbau, insbesondere bei den Lehrern oder im Bereich der Polizei. Da haben wir im Grunde jahrelang Versäumnisse begangen, obwohl wir die demographische Entwicklung in diesen Bereichen seit langem absehen. Gleichwohl stehen wir jetzt vor Problemen, die schier unüberwindbar sind. Oder denken Sie an die Pensionslasten – nur um ein weiteres Stichwort zu nennen. Wir haben auch in unserem Land dringenden Handlungsbedarf. Ich glaube, wir sollten uns diesen Fragen stellen und sollten deren Behandlung nicht auf die Diskussion verengen lassen, wie wir jetzt den Status des Beamten konkret ausgestalten.

Herr Scheuermann, ich halte es für eine sehr theoretische Aufspaltung, hier zu argumentieren, der Status des Beamten hänge nicht mit der Aufgabenerfüllung im öffentlichen Dienst, mit den Strukturen zusammen.

(Abg. Scheuermann CDU: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, er hängt nicht mit der Verwaltungsstruktur zusammen!)

Sie können keine moderne Verwaltung in den Strukturen der letzten 50 Jahre organisieren, genauso wenig wie Sie mit einem hochmodernen Porsche auf Dauer auf Feldwegen fahren können. Auch das geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb müssen Sie das Wegesystem anpassen und die Verwaltung entsprechend reformieren. Dazu gehören Auf-

gabenkritik, E-Government, Aufgabenreduzierung, Behördenentrümpelung. Sie müssen die Wasserköpfe abbauen, Sie müssen die Strukturen von oben nach unten verändern.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Privatisierung!)

– Privatisierung gehört auch dazu. Das ist ein wichtiges Thema. Auch dieser Kommissionsbericht empfiehlt die Privatisierung ausdrücklich – nicht als Allheilmittel, sondern sehr differenziert. Auch das wird ein Thema sein, dem wir uns stellen müssen. Es lohnt sich, sich diesen Einzelfragen zu stellen.

Herr Scheuermann, ein Wort zu NSI. Da unterschätzen Sie, glaube ich, wie weit der Prozess schon gediehen ist. Der Funktionsumfang I von NSI ist weitgehend abgeschlossen. Wir werden demnächst hören, wie viele zig Millionen das Land für die Einführung von NSI schon ausgegeben hat. Wir stehen da keineswegs, zumindest finanzpolitisch nicht, an einem Anfang, sondern da wurden schon erhebliche Leistungen erbracht. Ob das allerdings der große Wurf ist, das ist die große Frage. Wenn es der große Wurf ist, dann hat er bis jetzt nicht ins Ziel getroffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind gespannt, welche Antworten wir konkret zu NSI bekommen. Die Erfahrungen anderer Länder zeigen ja, dass man auch bei den neuen Steuerungsinstrumenten rechtzeitig gegensteuern oder umsteuern muss. Andere Länder haben das vorgemacht, zum Beispiel auch unser Nachbarland Bayern.

Herr Scheuermann, ein wesentlicher Kernbereich, der in dem Bericht angesprochen wurde, ist das Thema der Einbeziehung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Jede Reform im öffentlichen Dienst, in der öffentlichen Verwaltung insgesamt wird nur möglich sein, wenn sie die Bediensteten, die Mitarbeiter einbezieht. Daran fehlt es bisher unter anderem bei NSI. Die Schwierigkeiten bei der Einführung von NSI beruhen unter anderem darauf, dass man die Beschäftigten des Landes gerade nicht ausreichend einbezogen hat.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen wir bei allen Reformen berücksichtigen.

Wir freuen uns auf die Einzeldiskussionen in den Ausschüssen zu Themen wie Privatisierung, Ausbildung, Fortbildung, Management, Austausch von Verwaltungsbediensteten, Jobrotation – viele einzelne Dinge, die wir auch in unserem Land Baden-Württemberg umsetzen können. Die finanzpolitische Situation zwingt uns dazu.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist beendet.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umwandlung von fünf öffentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen in Stiftungen bürgerlichen Rechts – Drucksache 13/1738

Die Fraktionen sind übereingekommen, den Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu. Es ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 12. Juli 2002 – Denkschrift 2002 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 2000 – Drucksachen 13/1174, 13/1748

Berichterstatlerin: Abg. Ursula Lazarus

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1816, auf.

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 24. Januar 2002 – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2000 – Drucksachen 13/676, 13/1749

Berichterstatlerin: Abg. Heike Dederer

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 28. August 2002 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2000 durch den Landtag – Drucksachen 13/1282, 13/1750

Berichterstatter: Abg. Junginger

Das Präsidium hat für die Aussprache über die Buchstaben a bis c eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Wem darf ich das Wort zur Aussprache erteilen? – Frau Abg. Lazarus.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren, Herr Präsident Frank!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe im Saal bitten! Das Wort hat Frau Abg. Lazarus.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident Frank! Der Finanzausschuss hat vier Sitzungen benötigt, um die Denkschrift 2002 zu beraten. Das heißt, dass wir mit sachlicher und konstruktiver Diskussion in einer ganzen Reihe von Bereichen tief in die Denkschrift eingestiegen sind.

Der Landesrechnungshof hat unwirtschaftliche Zustände und lange übersehene Problemfelder ans Licht geholt und Verbesserungsvorschläge dazu gemacht. Der Finanzausschuss will mit seinen Beschlussempfehlungen diese Vorarbeit unterstützen und damit für eine effektivere Verwendung der Steuergelder unserer Bürger sorgen.

Was bei der Vorstellung der Denkschrift im Juli 2002 noch nicht so deutlich war, ist heute durch die Lage der öffentlichen Haushalte nahezu dramatisch unterstrichen worden. Wir müssen zwingend in vielen Bereichen umsteuern, wollen wir unsere Finanzen wieder in den richtigen Griff bekommen.

(Abg. Bebbler SPD: In den richtigen, nicht in den falschen!)

Die Denkschrift 2002 greift in einigen Fällen dem vor, was sich die Haushaltsstrukturkommission der Koalition vorgenommen hat. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Denkschrift als ausgesprochen hilfreich und nützlich bewerten.

Wenn der Finanzausschuss nicht in allen Punkten exakt den Vorschlägen des Rechnungshofs gefolgt ist, dann nur deshalb, weil es eben manchmal außer rein ökonomischen Betrachtungen für Abgeordnete auch noch politische Argumente gibt, die der Ökonomie entgegenstehen. Ich nenne ein Beispiel. Ist die bereits vor ihrem Bau berühmt gewordene Brücke für Fußgänger und Radfahrer über den Rhein zwischen Kehl und Straßburg für die rheinübergreifende Gartenschau nun förderfähig nach dem GVFG, oder ist sie es nicht? Natürlich gehört grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht zu den Kriterien des GVFG, zumal die Brücke durch ihre Bauweise auch noch ein Kunstobjekt und damit besonders teuer ist. Doch besteht der politische Wille, eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke für eine Gartenschau zu bauen und das Vorhaben mit den Förderbedingungen in Einklang zu bringen; ich denke, wir haben es geschafft. Es ist also keine Entwertung der Arbeit des Landesrechnungshofs, wenn die Entscheidung nicht zu 100 % konform gehen mit dem, was er empfohlen hat. Aber die Arbeit des Landesrechnungshofs ist Grundlage und ermöglicht es uns erst, auf abgesicherter und ausgewogener Basis zu entscheiden.

Ich möchte jetzt einige Punkte nennen, zuallererst und nicht am unwichtigsten die Landesschulden. Sie haben auch schon in der Denkschrift 2001 eine zentrale Rolle eingenommen.

(Abg. Bebbler SPD: Jetzt der richtige Griff!)

Der Rechnungshof stellt fest, dass die Konsolidierungsphase der vergangenen Jahre unterbrochen wurde. Denn wir hatten im Jahr 2001 die bisher höchste Nettokreditaufnahme mit 4,4 Milliarden, damals noch D-Mark. Natürlich entfielen davon fast 2 Milliarden DM auf den Erwerb einer stillen Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg. Doch die Kreditaufnahme war auch ohne diese stille Beteiligung beträchtlich höher als im Vorjahr. Zum Ende des Jahres 2001 ist die Verschuldung des Landes damit auf 65,7 Milliarden DM angestiegen.

Wer konnte aber im Juli, als die Denkschrift vorgestellt wurde, schon absehen, dass die mittelfristige Entwicklung

(Ursula Lazarus)

noch viel dramatischere Züge annehmen würde? Die hohe Neuverschuldung war insbesondere bedingt durch das stark zurückgegangene Steueraufkommen und die gestiegenen Leistungen des Landes für den Länderfinanzausgleich. Das muss immer wieder einmal genannt werden. Der Rechnungshof mahnt, insbesondere auch wegen der Zinsrisiken, gleichwohl an, alles zu tun, um das angestrebte Ziel, ab dem Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, nicht aus den Augen zu verlieren.

Meine Damen, meine Herren, der Personalsektor ist der wichtigste Teil des Landeshaushalts. Schon deshalb muss Personal wirtschaftlich eingesetzt werden. Noch gibt es kein ausreichendes Instrumentarium für eine effiziente Steuerung des Personaleinsatzes. Die Denkschrift geht dieses Problem an ganz praktischen Beispielen mit Lösungsvorschlägen an und scheut nicht vor Bereichen zurück, die politisch sensibel sind und in denen es entsprechend gewichtige Interessengruppen gibt.

Lassen Sie mich auf einen Punkt davon eingehen, den Einsatz der Lehrerdeputate an Gymnasien. Nach den Feststellungen des Rechnungshofs könnten für die Unterrichtsversorgung unter anderem durch eine effizientere Steuerung des Personaleinsatzes und durch anders geartete Unterrichtsdeputate an den Gymnasien personelle Reserven verfügbar gemacht werden.

Als Fachfrau auf diesem Gebiet halte ich die Rechnung des Landesrechnungshofs, nach der insgesamt 870 Deputate eingespart werden können, an manchen Stellen zwar für etwas zu hoch, aber bei Ressourcenknappheit ist es eine Überprüfung allemal wert, ob mit neuen Deputatsmodellen ein Schatz von bisher nicht genutzten Reserven gehoben werden kann. Die Pilotprojekte werden genau zu beobachten sein und sicher interessante Ergebnisse bringen. Wir haben erst in der letzten Sitzung des Finanzausschusses am 6. Februar dieses Jahres hierüber ausführlich beraten und der Landesregierung die entsprechenden Aufträge erteilt.

Über den konkreten Fall der Haushalts- und Wirtschaftsführung beim Polizeipräsidium Mannheim hinaus werden Vorschläge gemacht, deren Verwirklichung zu einem effizienteren Einsatz der Polizeibeamten, zu einer wirtschaftlicheren Gliederung und zu weniger Überstunden führen könnte.

Erwähnen möchte ich an dieser Stelle auch, dass der Rechnungshof einen Beitrag über Studiengänge für Slawistik an immerhin fünf Universitäten – jeweils mit zu geringer Auslastung – erarbeitet hat. Der Beitrag zielt darauf ab, die Personalkapazitäten effizienter einzusetzen bzw. die vorhandenen Lehrkapazitäten nachfragegerecht zu bündeln, um an einem oder an zwei Standorten ein leistungsfähiges Angebot mit Slawistik zu machen.

Als letztes Beispiel nenne ich den Beitrag „Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf des Statistischen Landesamts“. Hierzu hat die Untersuchung – übrigens erstmals auf einer bundesweit einheitlichen Konzeption beruhend – ergeben, dass durch eine Verbesserung der Organisation kurzfristig 65 und mittelfristig weitere 40 Stellen im mittleren Dienst eingespart werden können und sich, damit zusammenhängend, noch weitere Personaleinsparungen im gehobenen und im höheren Dienst ergeben werden. Deshalb haben wir die Landesregierung ersucht, im Haushalt ent-

sprechende k.w.-Vermerke anzubringen. Wir werden die Umsetzung mit dem weiteren parlamentarischen Verfahren begleiten.

In Einzelfällen hat der Rechnungshof auch in diesem Jahr wieder den großzügigen Umgang mit öffentlichen Mitteln moniert. Ich denke dabei zum Beispiel an den aufwendigen Neubau eines Gewächshauses in Tübingen, das etwa so viel wie ein Eigenheim gekostet hat. Hier handelt es sich um einen Vorgang, der eigentlich nicht hätte passieren dürfen und der uns wiederum zeigt, dass trotz des Vorliegens klarer Richtwerte und trotz knapp bemessener Haushaltsmittel letztlich der Sensus der vor Ort Verantwortlichen für das rechte Maß an Wirtschaftlichkeit mitunter geweckt werden muss.

Ähnliches gilt durchaus auch für den kommunalen Bereich. Immerhin haben die Stadt- und Landkreise aufgrund der Prüfungen des Rechnungshofs bis heute fast 65 Millionen € für die Abrechnungen der Flüchtlingsaufnahme zurückgezahlt. Wir haben uns dem Vorschlag des Rechnungshofs angeschlossen, die Landesregierung zu ersuchen, eine Novelle des Flüchtlingsaufnahmegesetzes mit einem vereinfachten Erstattungsverfahren vorzulegen.

Auch außerhalb der Denkschrift hatte das Parlament im vergangenen Jahr Gelegenheit, sich mit der Arbeit der Finanzkontrolle zu beschäftigen. Ich erwähne die beratenden Äußerungen. Da ging es um die Organisation und die Arbeitsweise der Veranlagungsstellen bei den Finanzämtern sowie um die Prüfung der Zuschüsse und sonstigen Leistungen an die Fraktionen in der 12. Wahlperiode. Zu den Veranlagungsstellen haben wir der Regierung mit unserem Beschluss aufgegeben, Maßnahmen zu ergreifen, um eine Verbesserung der Organisation und der Arbeitsweise zu erreichen. Damit können wir eigentlich auch mehr Steuergerechtigkeit für die Bürger erzielen. Mit der beratenden Äußerung zu den Zuschüssen an die Fraktionen hat sich der Landtag noch nicht abschließend befasst.

Meine Damen, meine Herren, der Rechnungshof ist im vergangenen Jahr 50 Jahre alt geworden. Seit seiner Einrichtung im Jahr 1952 hat er über 50 Denkschriften verfasst und in zahlreichen landesweiten Untersuchungen nachgewiesen, wie mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln wirtschaftlicher und sparsamer umgegangen werden kann oder könnte. Er hat immer wieder nachhaltige Verbesserungspotenziale aufgezeigt und ist, wenn ich das einmal so sagen darf, damit zu einem unentbehrlichen Helfer für das Parlament geworden,

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE und Kleinmann FDP/DVP)

wenn es darum geht, die Verwaltung zu einem wirtschaftlicheren und effizienteren Handeln zu veranlassen.

Erlauben Sie mir deshalb zum Abschluss, dem Rechnungshof für seine Arbeit in den 50 Jahren seines Bestehens zu danken. Wir sollten ihn auffordern, auf dem bisherigen Weg fortzufahren und uns mit seinem Sachverstand auch weiterhin zu unterstützen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Junginger.

Abg. Junginger SPD: Frau Präsidentin, Herr Rechnungshofpräsident Frank, meine Damen und Herren! Es ist immer wieder beeindruckend, mit welchen wohlgesetzten Worten die unbestreitbaren Verdienste und die für alle Steuerbürgerinnen und Steuerbürger so ungeheuer wichtigen Aufgaben des Landesrechnungshofs und der nachgeordneten Rechnungsprüfungsämter von den Rednerinnen und Rednern der Regierungsfractionen gewürdigt werden, wie es soeben Frau Kollegin Lazarus getan hat. Die ganze Wertschätzung ist allerdings null und nichtig, wenn es gilt, die Prüfungskompetenz des Rechnungshofs auf die Landesstiftung oder das Staatsministerium auszuweiten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dann wird mit allerlei nicht tragfähigen und teilweise herabwürdigenden Erklärungen der unzulängliche Status quo verteidigt, so zuletzt im Finanzausschuss. Armes Land Baden-Württemberg, das eine Regierung und Regierungsfractionen hat, die den Rechnungshof derart scheuen!

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Auch die Präsenz der Regierungsfractionen bei diesem wichtigen Punkt unserer Tagesordnung entspricht wie alljährlich in keiner Weise der Bedeutung des Themas.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Auch die vorgerückte Tageszeit ist kein Entschuldigungsgrund. Auch der Regierung, deren Bank eher bescheiden besetzt ist, täte das Zuhören sicher gut.

Aber wen wundert das angesichts der eingangs erwähnten Einstellung zur institutionalisierten und unabhängigen Kontrollinstanz? Ein Trost für Landesrechnungshof und Prüfungsämter kann nur sein, dass sie ihre Aufgabe verfehlt hätten, wenn sie nur auf Freude und Anerkennung stoßen würden. Grundsätzlich sollte gelten: Wenn auch nur ein Gedanke Wirkung zeigt und unsinniges oder verschwenderisches Regierungshandeln verhindert, dann ist das den Lohn der Mühen wert.

Jetzt noch eine kleine Anmerkung zur FDP/DVP. Unser Kollege Kleinmann sagte am 14. November 2001 wörtlich:

Ich teile auch . . . die Forderung der SPD als größter Oppositionspartei, dass der Landesrechnungshof auch die Landesstiftung und die Verwendung der Mittel überprüft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Guter Mann!)

Anders war das von uns auch nie vorgesehen. Das muss so sein; denn auch dies sind öffentliche Gelder, und die öffentlichen Gelder unterliegen der Kontrolle.

Mein Fazit: Als Tiger mit uns gesprungen, als Bettvorleger der CDU gelandet: typisch FDP/DVP.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Trotzdem wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, dass wenigstens in einem der vielen Punkte, bei denen es hier im Landesparlament eine Mehrheit jenseits der CDU gibt, die FDP/DVP irgendwann einmal ihren eigenen besseren Einsichten und Überzeugungen folgt, um nicht endgültig an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Wenn es gewünscht würde, könnte ich die ganze Reihe dieser Punkte aufführen, bei denen es Mehrheiten jenseits der CDU gibt.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das wird Ihnen nicht viel helfen!)

Aber zur Beruhigung der Gemüter erkläre ich für die SPD-Fraktion, dass wir den Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses in seinen Sitzungen vom 24. Oktober, 21. November und 19. Dezember 2002 ebenso zustimmen wie den Empfehlungen vom 6. Februar 2003.

Wir sind bereit, von den Darlegungen des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung, zum Haushaltsplan, zum Haushaltsvollzug und zu der bedenklichen Entwicklung der Landesschulden Kenntnis zu nehmen. Wir sind auch bereit, die Landesregierung in Bezug auf die Landeshaushaltsrechnung 2000 zu entlasten und die in der Landeshaushaltsrechnung 2000 nachgewiesenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben nebst den Abweichungen von den Stellenübersichten unter ausdrücklicher Beachtung aller einschlägigen Feststellungen des Rechnungshofs nachträglich zu genehmigen. Wir sind schließlich auch bereit, den Präsidenten des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 2000 zu entlasten.

Dieser zu erwartende einstimmige Beschluss gibt mir die Gelegenheit, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesrechnungshofs und der Rechnungsprüfungsämter, der Führung wie allen anderen Beschäftigten, für die geleistete Arbeit und das offenkundige Engagement sowie die stets aufs Neue zu erkämpfende Unabhängigkeit und die selbstbewusste Wahrnehmung der Kontroll- wie auch der Beratungsaufgaben Dank zu sagen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Auch heute anerkennen wir wieder ausdrücklich, dass die unabhängige Instanz des Landesrechnungshofs mit ihren Denkschriften und ihren beratenden Äußerungen eine große Vielzahl von Hinweisen und Anregungen zu einer sparsameren und effizienteren Verwendung öffentlicher Mittel durch die Regierung und die gesamte Landesverwaltung gibt. Gleichzeitig sichern wir unsere Unterstützung bei der Sicherung von Finanzkontrolle, bei der begleitenden Beratung von Landesregierung und Landtag, bei der Darstellung von nachhaltigen Verbesserungspotenzialen, bei Planung, Verfahren und Organisation staatlicher Aufgaben, bei den Anstößen zur Evaluation von Fördermaßnahmen oder von Verwaltungsabläufen bei allen Kontrollorganen zu. Wir erneuern unsere Zusage, Vermeidungsstrategien und Verbesserungsvorschläge als Folge der Aufdeckung von Missständen, Unwirtschaftlichkeit und Verschwendung mitzutragen

(Junginger)

und das Unvermeidbare im Spannungsfeld zwischen Kontrolle und Beratung sachdienlich aufzulösen.

(Beifall der Abg. Fischer SPD und Heike Dederer GRÜNE)

In diesem Zusammenhang würdigen wir ebenfalls ausdrücklich die qualifizierte und warnende Stellungnahme zu den dilettantischen und konzeptionslosen Vorgehensweisen bei den Versuchen zur flächendeckenden Einführung der neuen Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung. Wir halten es auch für notwendig und richtig, wenn sich der Rechnungshof Tabubereichen wie Lehrerdeputaten, Dienstunfähigkeit im Schuldienst sowie Sach- und Personalausstattung der Polizei zuwendet.

Ich will nur andeuten, dass auch die Vertretungen des Landes in Berlin und Brüssel sowie die Aufblähung des Staatsministeriums in offenkundigem Gegenteil zu allen anderen Landesbehörden Anlass für Leistungsnachweise der einzig unabhängigen Kontrollinstanz neben der Parlamentsopposition bieten können.

(Lachen des Abg. Hofer FDP/DVP)

Hierzu rufen wir ausdrücklich auf und ermuntern den Rechnungshof, in dieser Richtung weitere Untersuchungen anzustellen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Da ich davon ausgehe, dass alle hier auf Regierungs- und Abgeordnetenbanken noch Anwesenden die Denkschrift mit 264 Seiten und die umfangreichen Drucksachen über die Beratungen in den vier Sitzungen des Finanzausschusses gelesen haben,

(Abg. Seltenreich SPD: Weder gelesen noch verstanden!)

will ich mich auf vier Themen beschränken, nämlich die Neuverschuldung, Ferien auf dem Bauernhof, die Organisation des Lehrkräfteeinsatzes und den Einsatz von Kopiergeräten.

Neuverschuldung: Die Nettokreditaufnahme mit 4,4 Milliarden DM im Jahr 2001 gleich 2,25 Milliarden € beendet ganz zweifelsfrei die Konsolidierungsphase der vorangegangenen Jahre. Auch wenn 1,9 Milliarden DM auf den Erwerb einer stillen Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg entfallen, verbleibt ein gegenüber dem Jahr 2000 um 1,6 Milliarden DM höherer, bedenklicher Kreditbedarf. Die neuesten Zahlen lassen sogar noch Schlimmeres in der weiteren Finanzentwicklung erwarten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Warum wohl? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, die Unterhaltungen draußen zu führen.

Abg. Junginger SPD: Das Ergebnis ist eine Verschuldung des Landes zum Jahresende 2001 mit 65,7 Milliarden DM und einem Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung von 5 497

DM auf 5 921 DM. Auch der damit immer noch eingenommene zweite Platz unter den alten Flächenländern tröstet nicht darüber hinweg, dass der finanzielle Handlungsspielraum des Landes auch wegen der absehbaren erheblichen Steigerung der Pensionsverpflichtungen mittelfristig durch den immensen Schuldendienst zusätzlich so eingeschränkt wird, dass die Reduzierung der Nettoneuverschuldung per 2006 auf null als ein gemeinsam getragenes wichtiges Ziel mit Sicherheit nicht mehr erreicht werden kann und dass alles, was dazu trotz dieser Entwicklung gesagt wird, als Schall und Rauch zu empfinden ist, wenn nicht den rückläufigen Einnahmen auch Taten im Sinne von erheblichen Einsparungen und Abbau von Aufgaben entsprechend unseren Vorschlägen folgen.

(Abg. Mack CDU: Jawohl!)

Alle Ausgaben, deren Notwendigkeit nicht belegt ist, müssen unterbleiben. Bei diesem Stichwort fallen mir viele Aktivitäten der Landesregierung und insbesondere auch der Landesstiftung ein, die alles andere als notwendig sind und eher an Verschwendung öffentlicher Mittel denken lassen.

(Beifall bei der SPD)

Die Mahnung ist deutlich. Wer sich die Ohren nicht zuhört und auch nicht nach dem Motto des Diebs verfährt, der „Haltet den Dieb“ schreit, muss die eindringliche Warnung des Rechnungshofs ernst nehmen und in die politische Praxis übersetzen. Aus den zahlreichen wichtigen Erkenntnissen will ich nur wenige Komplexe herausgreifen.

Urlaub auf dem Bauernhof: Hierzu stellt der Rechnungshof fest:

Die Förderung landwirtschaftlicher Investitionen im Betriebszweig „Urlaub auf dem Bauernhof“ führte bei der Mehrzahl der geförderten Betriebe nicht zu nennenswerten Einkommensverbesserungen, bei einigen Betrieben sogar zu Einkommensverschlechterungen. Die Voraussetzungen der Förderung wurden von den Bewilligungsbehörden vielfach nur unzureichend geprüft.

Die Empfehlungen des Rechnungshofs auf Seite 174 der Denkschrift belegen, dass öffentliche Mittel in Förderprogrammen nicht ausgegeben werden dürfen – selbst dann nicht, wenn sie teilweise vom Bund oder von der EU stammen –, wenn sie erkennbar nicht die beabsichtigte Wirkung erzielen. Dieser Hinweis gilt im Übrigen für verschiedene weitere Subventionen und Förderprogramme.

Über den zoologisch-botanischen Garten Wilhelma will ich an dieser Stelle ebenso wenig sprechen wie über das Tübinger Gewächshaus, die Rheinbrücke zwischen Kehl und Straßburg, die Organisation des Personaleinsatzes eines Polizeipräsidiums oder die Problematik der Slawistik-Studiengänge.

Ich will mich aber der Organisation des Lehrkräfteeinsatzes an allgemein bildenden Gymnasien zuwenden. Im Rahmen seiner Untersuchung hat der Rechnungshof eine Personalreserve von bis zu 870 Stellen ermittelt. Die Feststellungen zur unzulänglichen Steuerung des Einsatzes der Personalressourcen sowie die Erkenntnisse über die völlig unzulängliche Führung von Kurstage- und Klassenbüchern rechtfertigen

(Junginger)

tigen den vorgeschlagenen Pilotversuch mit einem Schuljahresdeputat. Diese Ansätze werden uns über die Denkschrift 2002 hinaus mit Sicherheit noch länger beschäftigen müssen.

Es würde den Zeitrahmen sprengen, wenn ich alle wichtigen Vorschläge und Ergebnisse der Prüfungen ansprechen wollte. Die eingeforderten Wirtschaftlichkeitsanalysen für die Beschaffung und den Einsatz von Kopiergeräten mit einem Einsparpotenzial von 2,7 Millionen € sprechen ebenso für sich selbst wie die Forderung nach zeitnäherer und konsequenter Umsetzung von Maßnahmen der Verwaltungsreform zur verbesserten Nutzung der Optimierungspotenziale. Auch den Appell des Rechnungshofs, Empfehlungen aufgrund früherer Prüfungen überhaupt und ohne schuldhaftes Zögern umzusetzen, machen wir uns ausdrücklich zu Eigen.

Ich will es für heute dabei belassen.

(Beifall des Abg. Zimmermann CDU – Abg. Zimmermann CDU: Oh!)

– Zimmermann, aufpassen, gleich kommts! – Wir sind zur Weiterführung der bewährten sachlichen Zusammenarbeit bereit. Als Abschlusswunsch hoffe ich aber für die Landesregierung, dass folgende Erkenntnis von Goethe nicht auf sie zutrifft:

Man kann die Nützlichkeit einer Idee anerkennen und doch nicht recht verstehen, sie vollkommen zu nutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Das war Goethe!)

Den Änderungsantrag unterstützen wir nicht. Sein Sinn bleibt weitestgehend verborgen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

(Abg. Göschel SPD: Jetzt muss er wieder zurückrudern!)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf Sie eingehe, ein paar allgemeine Worte zur Rechnungshofdenkschrift 2002. Sie hat keine Skandale zutage gefördert und offenbart. Sie hat auch – sieht man von dem schon erwähnten überaus aufwendigen Neubau eines Gewächshauses in Tübingen einmal ab –

(Heiterkeit des Abg. Hofer FDP/DVP)

keine gravierenden Fälle öffentlicher Verschwendung ans Tageslicht gebracht. Aber dennoch waren auch die diesjährigen Anregungen und Hinweise sehr hilfreich für einen sparsameren und effizienteren Umgang mit den öffentlichen Mitteln.

Die Verdienste des Rechnungshofs um eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung sind in diesem Hause unstrittig.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

Das Parlament würdigt dies am besten dadurch, dass die Denkschrift des Rechnungshofs zügig beraten wird – ich sage das jedes Jahr aufs Neue –, dass die Anregungen des Rechnungshofs aufgegriffen werden und dass danach genauestens auf die Umsetzung der entsprechenden Beschlüsse des Landtags geachtet wird.

Die besondere Stellung des Rechnungshofs wird auch dadurch deutlich, dass bei der Beratung der Denkschriften des Rechnungshofs fast immer Einstimmigkeit im Finanzausschuss erreicht werden konnte. Von wenigen Ausnahmen abgesehen – ich komme gleich darauf zu sprechen – war dies in gleicher Weise auch bei der Denkschrift 2002 der Fall. Auch dies belegt das Vertrauen, das dem Rechnungshof von allen Fraktionen entgegengebracht wird.

Bevor ich nun aus der Fülle der Anregungen ein paar Beispiele bringe, möchte ich jetzt kurz auf meinen Vorredner eingehen. Es ist in der Tat so, dass es dann und wann auch einmal Mehrheiten links von der CDU gibt. Das gibt es tatsächlich, vor allem wenn wir über Privatisierung reden. Aber Sie werden uns natürlich nicht aus der Ruhe bringen, dass wir hier wechselseitig Mehrheiten machten.

(Abg. Junginger SPD: Setzt euch erst einmal durch!
In einem Punkt einmal durchsetzen!)

Das ist relativ wenig ergiebig und wenig sinnvoll. Wir sind in einer Koalition. Wenn Sie etwas anregen, heißt das noch lange nicht, dass diese Anregung nicht als solche bei uns aufgenommen würde und dann auch bei uns diskutiert würde.

(Unruhe)

Und was das Nachgeben betrifft, wissen Sie: Wir stimmen uns immer ab.

(Abg. Junginger SPD: In welchem Punkt habt ihr euch durchgesetzt?)

Dann legen wir unsere Haltung fest. Da werden meist noch etliche Formulierungen geändert. Aber das geschieht im Einvernehmen. Das posaunen wir auch nicht groß hinaus. Warum sollten wir dies tun?

(Abg. Junginger SPD: Wo sind die Ergebnisse?)

Was die Landesstiftung betrifft, so müssen wir dieses Thema irgendwann einmal aufgreifen.

(Abg. Junginger SPD: Habe ich euch rausgelockt!
– Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Noch etwas zu Ihren Ausführungen in puncto Neuverschuldung – denken Sie einmal darüber nach, mein lieber Herr Junginger und vor allem auch Herr Kollege Schmid –, NSI und Neuverschuldung, Schuldenberg und Budgetierung. Meiner Meinung nach bringt es wenig, wenn man mit der Umsetzung des Projekts NSI anfängt und dann mittendrin stoppt. Was bringt denn die Einführung von NSI an Erkenntnissen? Sie bringt die klare Erkenntnis, was mich welche Leistung kostet.

(Zurufe der Abg. Junginger und Bebbler SPD)

(Kleinmann)

Dann kann ich ja ganz genau, punktgenau unter Umständen, sagen: Die und die Leistung ist soundso viel wert, und sie ist soundso teuer. Dann kann ich mir überlegen: Will ich das? Ist es mir das wert oder nicht? Die NSI-Geschichte hat nur Sinn, wenn sie erstens durchgezogen wird – man kann sie vielleicht auf eine billigere Art und Weise durchziehen; das kann ich im Moment nicht beurteilen; auch ich sitze nicht im Unterausschuss NSI – und wenn Sie zweitens budgetieren – das ist der entscheidende Knackpunkt –, wenn Sie sagen: Nach dem Verhältnis, wie wir jetzt schon unseren Ministerien das Geld zuweisen – es ist ja klar, dass ich bei personalintensiven Ministerien wie Kultusministerium oder Innenministerium eine andere Zuweisung machen muss als beispielsweise beim Justizministerium oder speziell beim Landwirtschaftsministerium –, budgetiere ich und kann damit erreichen, dass das Ministerium selber sagen kann: „Das ist mir das wert“ oder „Das ist mir das nicht wert, dafür mache ich etwas anderes“, und kann dann eine bestimmte Gewichtung vornehmen. Denken Sie einmal darüber nach! Ich möchte diesen Gedanken bewusst – –

(Abg. Junginger SPD: Das ist aber mehr!)

– Ja, natürlich ist es mehr. Herr Junginger, ich habe doch gesagt, das ist ein Gedanke zum Thema Neuverschuldung. Das Thema Neuverschuldung habe ich in Verbindung mit Budgetierung und NSI gebracht. Dass NSI nur dann, wenn das Projekt durchgezogen wird, sinnvoll anzuwenden ist, und zwar mit einer Budgetierung, um von der Neuverschuldung herunterzukommen, das ist meine These.

(Abg. Schmid SPD: Man muss es bloß richtig machen! – Abg. Bebber SPD: Reden Sie mal mit Ihrer Justizministerin! Die wird Ihnen was erzählen!)

– Man muss es bloß richtig machen, vollkommen richtig.

Sie sagen außerdem, die Neuverschuldung steige auch durch die anwachsenden Versorgungsbezüge. Das stimmt ja, das ist vollkommen richtig. Das sehen wir auch. Aber dass die Steuereinnahmen zurückgegangen sind, können Sie nicht bloß uns zuschieben, nach dem Motto: Man entzieht die Nahrung und beklagt sich dann darüber, dass der andere sagt, er habe Hunger. Nach dieser Methode kann das Ganze natürlich nicht laufen.

(Beifall der Abg. Hofer und Drautz FDP/DVP)

Aus der Fülle der Anregungen für einen sparsameren und effizienteren Umgang mit öffentlichen Mitteln – Denkschrift 2002 – möchte ich zum einen die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit kurz ansprechen. Ich glaube, dass wir da schon ein Stück weitergekommen sind. Ich nenne nur die Stichworte Reaktivierung bei begrenzter Dienstunfähigkeit oder Dienstfähigkeit, Ausschöpfen der Möglichkeiten anderweitiger Verwendung und Veränderung der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen.

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Behördenunterbringung: Wir wollten eine raschere Umsetzung der beschlossenen Auflösung von Behörden und eine stärkere Reduzierung der Unterbringungskosten.

Erwähnt worden sind schon die Lehrerdeputate an Gymnasien – Stichwort Schuljahresdeputat.

(Abg. Walter GRÜNE: Es ist aber keine freie Redezeit vereinbart!)

Ich hatte da insofern immer etwas Bauchweh, weil ich eine Zuordnung eines Lehrerdeputats zu bestimmten Stunden eigentlich gar nicht möchte. Der Lehrer ist, wie jeder Beamte, alimentiert. Das ist nicht auf eine bestimmte Stundenzahl festgelegt. Wenn ich das jetzt mit diesem Jahresstundendeputat mache, dann lege ich tatsächlich zugrunde: Jeder Lehrer am Gymnasium – ich greife jetzt einmal – hat 24 Stunden zu arbeiten, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Deshalb erschien mir das etwas problematisch.

Ich erwähne ferner Statistisches Landesamt, Urlaub auf dem Bauernhof und die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Akademie der Polizei, wo wir der ursprünglichen Anregung des Rechnungshofs, die Einrichtung in Wertheim zu schließen, nicht gefolgt sind. Aber die künftige Nutzung der Einrichtung in Wertheim muss weiterhin Gegenstand intensiver Beratungen bleiben.

Das alles sind kleine Punkte, aber zusammengenommen können sie doch einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der Effizienz der Landesverwaltung und einen erheblichen Beitrag zur Steigerung von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beim Umgang mit öffentlichen Mitteln leisten.

Meine Damen und Herren, ich nenne auch noch einen Punkt, der schon ein Jahr zurückliegt: die Landkreisbeschreibungen. Es wäre ja schade gewesen, Herr Präsident Frank, wenn man die Landkreisbeschreibungen in toto abgeschafft hätte. Sie haben ja eine Verschlinkung, eine Schließung der Außenstellen empfohlen. Die haben wir ja auch vorgenommen. Aber Sie müssen sich einmal vorstellen, wir hätten die Landkreisbeschreibungen in toto abgeschafft, es würde keine Landkreisbeschreibungen mehr geben. Wer geht denn schon zu einem Jubiläum einer Gemeinde oder einer Stadt, ohne vorher die Oberamtsbeschreibung gelesen zu haben, um zu erfahren, was über diesen Ort geschrieben worden ist, zum Beispiel dass ein katholischer Pfarrerkollege von mir sich, als er versetzt wurde, noch einmal umwandte und sagte: „Dieses gottverlassene und faule Volk, es wird Zeit, dass ich gehe“? Das gibt ja dann immer einen heiteren Effekt. Und jetzt wollen wir dies verhindern und es der Nachwelt nicht mehr zugestehen.

(Abg. Schmid SPD: Wir wollen sogar die Landkreise abschaffen!)

Also, die Verschlinkung haben wir durchgeführt. Die Landkreisbeschreibungen aber bleiben. Deshalb sage ich: Das war eine Sternstunde des Parlaments. Denn als ich anregte, die Landkreisbeschreibungen grundsätzlich zu belassen, hat als nächste Fraktion die SPD eingehakt und gesagt: „Wir wollen es in gleicher Weise“, dann hat auch die CDU dies in gleicher Weise gewollt, dann die Grünen und zum Schluss noch die Republikaner – das war ja noch in der letzten Legislaturperiode.

(Abg. Walter GRÜNE: Sie sollten uns aber nicht mit den Republikanern in einen Topf werfen! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Kommen Sie zum Thema!)

(Kleinmann)

Meine Damen und Herren, ich finde so etwas schön. Ich finde es gut, wenn –

(Abg. Bebber SPD: Mit einer solchen Predigt redest du die Kirche leer!)

– Das Problem, dass bei mir die Kirche leer wäre, habe ich nicht. Aber bei Ihnen betrifft dies wahrscheinlich die nächsten Wahlversammlungen.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum goldenen Jubiläum des Rechnungshofs, das ja im letzten Jahr stattfand – Frau Lazarus hat darauf hingewiesen –, noch einmal herzlich gratulieren und im Namen meiner Fraktion, der FDP/DVP, den Dank an Sie, Herr Präsident Frank, sowie in gleicher Weise auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungshofs aussprechen. Machen Sie weiter so!

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

(Abg. Walter GRÜNE: Du sprichst jetzt erstens zum Thema und zweitens knackig und kurz!)

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ein Sprichwort, das heißt: „Wer prüft, vermehrt das Wissen; wer glaubt, vermehrt den Irrtum.“ Daher sind wir dem Rechnungshof sehr dankbar, dass er uns in Form der jährlich vorgelegten Denkschrift an seinem Wissen partizipieren lässt. Das Parlament prüft ja nicht selbst – es hat hierzu gar nicht die Möglichkeiten –, sondern es hat den Rechnungshof als Erfüllungsgehilfen, der dafür sorgt, dass unsere finanzwirksamen Beschlüsse auch entsprechend umgesetzt werden.

§ 7 der Landeshaushaltsordnung gibt ja den Rahmen für die Mittelverwendung vor. Das sind die Wirtschaftlichkeit und die Sparsamkeit. Und, meine Damen und Herren, seien wir ehrlich: Wenn dieser Grundsatz immer Berücksichtigung finden würde, wäre die Denkschrift sicher nicht so dick, wie sie ist. Das sieht der Rechnungshof übrigens auch so. „Trotz des bestehenden Sparzwangs leistet man sich noch so manchen Luxus“, so der Präsident des Rechnungshofs bei der Vorstellung der letzten Denkschrift.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist ja budgetiert!)

Wenn man sich in der Denkschrift einmal konkret die einzelnen Ministerien anschaut – vorne ist ja auch immer eine Aufstellung über die Ausgaben der einzelnen Ministerien enthalten –, so sieht man, dass beispielsweise beim Staatsministerium in den letzten zehn Jahren ein Ausgabenzuwachs von 42 Millionen € auf 56 Millionen € vorliegt. Da ist natürlich schon die Frage erlaubt, ob die betreffenden Aufgaben nicht effizienter und effektiver erledigt werden könnten.

Ich würde jetzt gerne auf ein paar Punkte eingehen. Es hieß vorhin, es gebe Tabubereiche im Personalbereich. Das ist natürlich nicht so. Wenn man sich die Denkschrift anschaut, so sieht man: Der Rechnungshof hat ohne Tabus geprüft.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die Dienstunfähigkeit bei Beamtinnen und Beamten. Ungefähr 40 % gehen hier vorzeitig in den Ruhestand. Da fragt man sich natürlich, wie ein so hoher Prozentsatz zustande kommt. Wenn man einmal nachliest, wann denn ein Beamter wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand zu versetzen ist, kann man dem Landesbeamtengesetz entnehmen:

... wenn er infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Dienstpflichten dauernd unfähig (dienstunfähig) ist.

Dann, aber auch nur dann, sollte eine Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit vorgenommen werden.

Der Rechnungshof hat jetzt Mängel im Zusammenhang mit der Feststellung von Dienstunfähigkeit festgestellt: eine unsachgemäße Handhabung und zu lange Verfahren, die das Land ja auch entsprechend Geld kosten. Ich freue mich sehr, dass es im Finanzausschuss hier einen Konsens bei einem Beschluss gab. Es wurden nämlich Konsequenzen beschlossen: Man will wiedergenesene Beamtinnen und Beamte verstärkt reaktivieren. In Bayern wird dies schon längst gemacht, doch in Baden-Württemberg ist dies noch nicht üblich.

(Abg. Schmid SPD: Ein Wiederbelebungsprogramm für Beamte!)

Die Möglichkeiten bei begrenzter Dienstfähigkeit sollen besser genutzt werden, sodass beispielsweise Beamte, die nur einen halben Tag arbeiten können, dies dann auch tun, und nicht wie bisher unter 50-Jährige in den Ruhestand geschickt werden. Auch soll die Möglichkeit einer anderweitigen Verwendung verstärkt genutzt werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Für mich ist aber ein entscheidender Punkt, dass wir die Haushaltssystematik ändern. Im Moment ist es ja so, dass die jeweiligen Pensionen nicht einem bestimmten Ressort zugeordnet sind, sondern alle im Einzelplan 12 aufgeführt werden. Das führt natürlich dazu, dass die Ministerien kein Interesse daran haben, diese Leute auch tatsächlich zu behalten, weil sie im Ruhestand den Personalkostenetat nicht mehr belasten. In Rheinland-Pfalz wird das schon gemacht: Da werden die Pensionen dem betreffenden Ministerium zugeordnet.

Meine Damen und Herren, wegweisend war der Rechnungshof in der Denkschrift auch bei der Empfehlung eines Schuljahresdeputats für Lehrerinnen und Lehrer anstelle des jetzt vorherrschenden Wochendeputats. Das ist eine Forderung, die wir Grünen schon lange erheben. Für uns ist es wichtig, dass dieser Vorschlag im Rahmen eines Modells für dezentrale Schulverwaltung und mehr Autonomie der Schulen umgesetzt wird. Ich glaube, dann wären wir auf einem guten Weg – nicht nur hin zu einer besseren Schule, sondern vor allem auch hin zu einer effektiveren und effizienter arbeitenden Schule.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der SPD)

Die positiven Auswirkungen auf künftige PISA-Ergebnisse werden das sicher auch bestätigen.

(Heike Dederer)

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zur letztjährigen Denkschrift waren wir uns bei der vorliegenden in einigen Ergebnissen nicht ganz einig. Ich möchte auf die „Ferien auf dem Bauernhof“ zu sprechen kommen. Ich muss dem Rechnungshof zustimmen: Da lief bei der Mittelverwendung natürlich einiges schief.

(Abg. Schmid SPD: Das ist skandalös!)

Das haben wir auch anerkannt. Das muss man überprüfen und auch abstellen.

Der Rechnungshof empfahl allerdings auch, auf die Förderung von Baumaßnahmen mittelfristig ganz zu verzichten. Dazu muss ich Ihnen sagen: Man kann sinnvoll sparen; man kann aber auch nicht sinnvoll sparen. Für mich wäre dies ein Fall von nicht sinnvollem Sparen. Die Bauern hängen ja am Subventionstropf.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das hören sie aber nicht gern! – Abg. Schmid SPD: Aber das ist doch eine Fehlsubvention für die Bauern! Das ist doch ein Paradebeispiel!)

Man versucht nun mühevoll, ihnen neben der Landwirtschaft zusätzliche Standbeine zu verschaffen, beispielsweise Energieerzeugung durch Biomasse oder eben diese Beherbergungsbetriebe mit „Ferien auf dem Bauernhof“. Diese Förderung jetzt abzuschaffen, halten wir für falsch, weil das ein wichtiges Standbein für Landwirte sein kann. Wenn man hier spart, fallen Landwirte dem Steuerzahler letztendlich weiterhin zur Last.

(Abg. Junginger SPD: Einkommensverschlechterung!)

Helfen wir den Landwirten doch, langfristig auf eigenen Füßen zu stehen. Deswegen setzen wir uns weiterhin für das Förderprogramm „Ferien auf dem Bauernhof“ ein.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Lassen Sie mich auch noch die Wilhelma ansprechen; dazu liegt jetzt ein Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP vor. Wir hatten im Finanzausschuss ursprünglich empfohlen – ich darf Ihnen das vorlesen –, „bei der Finanzierung und dem Betrieb der Wilhelma darauf hinzuwirken, die Stadt Stuttgart an der Finanzierung des jährlichen Defizits der Wilhelma zu beteiligen.“ Im Antrag von CDU und FDP/DVP fehlt nun dieser Passus.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Da hat der Kollege Winckler, der in diesem Fall wahrscheinlich mehr Kommunal- als Finanzpolitiker war, offensichtlich ganze Arbeit geleistet.

(Abg. Junginger SPD: Wo ist er denn? – Abg. Döpper CDU: Wo ist er? – Abg. Walter GRÜNE: Ausgerechnet er! Kirchtumspolitik!)

– Er ist bei seinem Thema nicht da. – Wir halten es im Landesinteresse für richtig, diesen Passus stehen zu lassen. Dies ist ja kein Beschluss, dass die Stadt Stuttgart zahlen muss, sondern eine Bitte, darauf hinzuwirken, in Gespräche mit der Stadt Stuttgart einzutreten. Es gibt Zoos in Baden-

Württemberg, die keine Landesmittel bekommen – Karlsruhe und Heidelberg –, und hier sollte Gleichheit geschaffen werden. Deswegen plädieren wir dafür, diesen Passus wieder aufzunehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Wichmann SPD: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, wie sieht es mit dem Prüfrecht bei der Landesstiftung aus?

(Abg. Schmid SPD: Schrecklich! – Abg. Junginger SPD: Katastrophal! – Abg. Braun SPD: Furchtbar!)

Es sieht schlecht aus, wie ich auch hier wieder den Redebeiträgen entnommen habe. Für uns ist es nicht nachvollziehbar, dass der Landtag, Kollege Scheffold, dem Rechnungshof bei den Universitäten und bei den SWR-Beteiligungen ein Prüfrecht eingeräumt hat – das sind vergleichbare Situationen –, dieses Prüfrecht bei der Landesstiftung aber nicht einräumen möchte.

(Abg. Braun SPD: Das spricht Bände!)

Die Regierungskoalition hat das abgelehnt. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Bei politischen Fragen gibt es ja meistens Argumente dafür und dagegen. Je nach Gewichtung bildet man sich dann seine Meinung. Aber ich habe hier kein nachvollziehbares Argument gehört, das gegen ein volles Prüfrecht des Rechnungshofs sprechen würde.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Zuhören!)

Es ist doch im Interesse aller Abgeordneten dieses Parlaments, dass der Rechnungshof die Mittelverwendung prüft. Es handelt sich bei der Landesstiftung schließlich auch um Landesvermögen, um Steuergelder. Wir haben eine Etatverantwortung nicht nur für den Landeshaushalt, sondern auch für die Mittel der Landesstiftung. Daher setzen wir uns hier für dieses Prüfrecht ein. Ein Aufsichtsrat und auch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft können keine zweckentsprechende Mittelverwendung prüfen, wie das der Rechnungshof macht. Wir möchten daher noch einmal an Sie appellieren, dem Rechnungshof endlich dieses volle Prüfrecht einzuräumen. Schließlich sind wir hier alle Treuhänder für die Steuergelder. Sollten Sie dem nicht nachkommen, werden wir den Weg über eine Änderung der LHO anstreben.

Meine Damen und Herren, auch die diesjährige Denkschrift des Rechnungshofs zeigt auf, dass gewaltige Anstrengungen unternommen werden müssen, um mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln auch wirklich effizient umzugehen. Die neuen Steuerungsinstrumente können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wir sind jetzt bei der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente schon den halben Weg gegangen. Dieser Weg war nicht immer gut; da sind wir uns, glaube ich, einig. Die Schulungen waren teilweise katastrophal. Es war auch ein Fehler, NSI von oben aufzustülpen und nicht gemeinsam mit den Beschäftigten anzugehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, das haben wir aber gesagt!)

(Heike Dederer)

Wir halten dennoch an dem Ziel der neuen Steuerungsinstrumente fest, weil sie uns letztendlich eine künftige Steuerung ermöglichen werden, weil wir irgendwann einmal die einzelnen Leistungen der Verwaltung mit den Kennzahlen, die wir erhalten, tatsächlich bewerten können.

Wir stimmen aber der SPD insofern zu, als auch wir meinen, dass es richtig ist, hier jetzt innezuhalten und einmal zu evaluieren, mit welchem Tempo wir in den einzelnen Ministerien mit der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente fortfahren müssen. Aber ein Stopp kommt für uns nicht infrage. Wir glauben, dass es der richtige Weg ist und dass es letztendlich auch teurer kommen würde, wenn wir jetzt wieder umkehren würden und eventuell sogar zum alten System zurückkehren würden.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Schmid SPD: Umkehren will niemand!)

Meine Damen und Herren, ich möchte schließen mit dem Dank an Herrn Rechnungshofpräsidenten Frank und an seine Mitarbeiter für die Unterstützung, die die jährliche Denkschrift auch für uns, für unsere Arbeit bedeutet. Wir werden die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mittragen, auch wenn wir in ganz wenigen Punkten im Ausschuss eine ablehnende Haltung hatten. Aber im Großen und Ganzen werden wir diese Empfehlung mittragen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Rückert.

Staatssekretär Rückert: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Rechnungshofpräsident Frank! Die Rahmenbedingungen für die öffentlichen Haushalte haben sich fürwahr dramatisch verschlechtert. Ich erinnere an die Debatte heute Vormittag über den Nachtrag 2003. Wir müssen erkennen: Die Zeiten des „Immer weiter, immer besser, immer mehr“ sind auf absehbare Zeit vorbei. Es gilt mehr denn je, öffentliche Leistungen an den öffentlichen Ressourcen auszurichten. Wir dürfen nicht über unsere Verhältnisse leben.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Deswegen steht fest, dass wir, um miteinander am Konsolidierungskurs festzuhalten, angesichts weggebrochener Einnahmen um Abstriche auf der Ausgabenseite nicht herumkommen werden. Für mich ist klar: Das wird nicht schmerzlos vonstatten gehen.

Die öffentlichen Haushalte stehen aber auch in ihrem Spannungsverhältnis zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vor besonderen Herausforderungen. Gerade in solch schwierigen Zeiten ist es wichtig, mit großer Verantwortung das öffentliche Finanzgebaren zu begleiten.

Deswegen sage ich, dass der Rechnungshof wichtiger denn je ist, der Rechnungshof, der seit nunmehr 50 Jahren im Land besteht und der das zentrale Element der Finanzkontrolle für unser Land ist. Ich kann mit den Vorrednern festhalten, dass der Rechnungshof in diesen 50 Jahren das Land

erfolgreich begleitet hat und in vielen Bereichen dazu beigetragen hat, dass die öffentlichen Mittel wirtschaftlicher und sparsamer eingesetzt worden sind.

Hervorzuheben ist, dass sich die Aufgabenstellung des Rechnungshofs in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert hat. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als man Rechnungsprüfung als eine reine Beleg- und Zahlenprüfung verstanden hat. Daraus ist in der Zwischenzeit eine umfassende Effizienzkontrolle der öffentlichen Finanzen geworden. Weiter dürfen wir feststellen, dass der Rechnungshof seine Aufgabe nicht mehr nur in der Kontrolle, sondern auch in der Beratung sieht. Das sind zwei wichtige Säulen, die die Aufgabenstellung durch den Rechnungshof heute ausmachen.

Meine Damen und Herren, wenn eine Jahresrechnung mit einem Volumen von über 30 Milliarden € geprüft wird, ist es nur natürlich, dass es da und dort Schwachpunkte gibt, dass es da und dort Kritikfähiges gibt, dass es da und dort Verbesserungsbedürftiges gibt; das können und wollen wir nicht bestreiten. Die Prüfungsfeststellungen des Rechnungshofs sind uns dann aber sehr wohl Anlass, die Schwachstellen aufzuspüren, die Schwachstellen zu beseitigen und letztendlich dem Ziel immer näher zu kommen, die öffentlichen Gelder so gut als möglich einzusetzen.

Deswegen haben wir eine ganze Reihe von Denkschriftbeiträgen durchaus nicht abwehrend, sondern als dankbare Anstöße aufgenommen und sind dabei, sie konstruktiv umzusetzen:

Es ist schon der Einsatz von Lehrerdeputaten angesprochen worden. Wir haben bereits signalisiert, dass wir darangehen, ab dem Schuljahr 2003/2004 in Pilotversuchen in einigen Schulen aller Schularten die Festlegungen der Unterrichtsverpflichtung als Schuljahresdeputat zu erproben. Ich möchte schon heute den Lehrerinnen und Lehrern, die sich an diesen Pilotversuchen freiwillig beteiligen, Danke schön sagen.

(Beifall der Ministerin Dr. Annette Schavan)

Die Landesregierung wird dem Landtag über das Ergebnis berichten.

Genauso sind wir dafür dankbar, dass unsere Polizeibeamten im Polizeipräsidium Mannheim es übernehmen, die vorgesehenen Optimierungsüberlegungen für die Polizeiorganisation dort zu erproben.

Wir nehmen auch die Anregung des Rechnungshofs zur Optimierung des Verfahrens zur Erstattung der Kosten für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen auf. Mit den kommunalen Landesverbänden soll erreicht werden, dass die Kostenerstattung noch weiter pauschaliert wird.

Auch die Anregungen des Rechnungshofs für den wirtschaftlicheren Einsatz der Kopiergeräte sind nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern bereits an die nachgeordneten Stellen zur Umsetzung weitergegeben worden.

Und zu dem von Ihnen angesprochenen Thema des vorzeitigen Ruhestands wegen Dienstunfähigkeit darf ich berichten, dass auch da bereits gehandelt worden ist. Allein die Tatsa-

(Staatssekretär Rückert)

che, dass das Finanzministerium seit dem Jahr 1991 für jeden Einzelfall das Einvernehmen zu einer solchen Entscheidung erklären muss, wenn eine Dienstunfähigkeit von Beamten der Altersklasse bis 55 Jahre realisiert werden soll, hat inzwischen zur deutlichen Absenkung der entsprechenden Zahlen geführt.

Thema Wilhelma: Meine Damen und Herren, wir kommen nicht umhin, da ein bisschen in die Geschichte zurückzuschauen. Es ist nicht zu bestreiten: Die Wilhelma ist in der Bundesrepublik der einzige von einem Land getragene zoologisch-botanische Garten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Vom König her!)

– Ja, das hat historische Gründe. Der ursprünglich rein botanische königliche Garten ging mit Ende der Monarchie als Krongutvermögen ins Eigentum des Landes über. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die ersten Tiere in die Wilhelma, damals in der Absicht, den Garten für Besucher attraktiver zu machen. Wir meinen, dass das Land die Verpflichtung, dieses geschichtliche Erbe zu bewahren, sehr wohl fortführen soll.

Die Beamten des Rechnungshofs haben empfohlen, wir sollten mit der Stadt Stuttgart über eine finanzielle Beteiligung verhandeln. Losgelöst, als Einzelmaßnahme, könnte man darüber sicher reden. Aber wir müssen auch bedenken, dass es eine ganze Reihe von öffentlichen Einrichtungen in der Landeshauptstadt Stuttgart gibt, bei denen sich Land und Stadt die Kosten teilen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Staatstheater!)

Ich bitte, daran zu denken, dass das bisher ein sehr wohl ausgewogenes Geben und Nehmen war. Von daher ist es aus meiner Sicht politisch ratsam, sehr behutsam mit dieser Frage umzugehen, weil wir sonst Gefahr laufen, dass die Landeshauptstadt Stuttgart ihrerseits in anderen Bereichen mit Gegenforderungen gegenüber dem Land reagiert, Gegenforderungen, die für uns noch teurer werden könnten.

Zum Thema Neuverschuldung ist mir wichtig, dass die rein formal richtige Feststellung des Rechnungshofs über die zwischenzeitlich gestiegene Neuverschuldung des Landes ins richtige Licht gerückt wird. Fakt ist, dass wir im Jahr 2000 mit 800 Millionen DM Neuverschuldung die seit 1974 geringste Nettoneuverschuldung im Land hatten

(Abg. Junginger SPD: Konsolidierungsphase!)

und dass wir drauf und dran waren, das gemeinsam ins Auge gefasste Ziel zu erreichen, im Jahr 2006 zur Nettoneuverschuldung zu kommen.

(Abg. Junginger SPD: Dann ist der Bruch eingetreten!)

Im Jahr 2001 haben sich zwei Dinge ereignet, die zu einem wesentlich höheren Kreditaufnahmebetrag geführt haben. Zum einen wissen Sie alle – darüber haben wir im Finanzausschuss ja diskutiert, auch streitig –, dass wir einen Kreditbetrag von 1,975 Milliarden DM als stille Beteiligung an der Landesbank eingesetzt haben. Dieser Kredit ist über die

höheren Zinsrückflüsse letztlich ein rentierlicher Kredit, und deshalb dürfen wir diesen Betrag nicht in den Vergleich einbeziehen.

Aber – ich will jetzt die Diskussion von heute Vormittag nicht wieder hochziehen und Ihre Zeit nicht unnötig lange in Anspruch nehmen – es ist auch wahr, dass gerade im Jahr 2001 die Schiefelage der rot-grünen Steuerreform auf die öffentlichen Haushalte durchgeschlagen und zu einem totalen Wegbrechen der Körperschaftsteuer geführt hat. Das hat letztlich dazu geführt – Gott sei es geklagt –, dass wir das große Loch im Haushalt durch neue Kredite stopfen und uns von dem Weg, eine immer geringere Neuverschuldung anzustreben, 2001/2002 leider verabschieden mussten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was kann jetzt Gott dafür?)

Kurzfristige Einnahmeeinbrüche führen zu höheren Kreditaufnahmen. Jeder Verzicht auf Kreditaufnahmen muss durch Ausgabenreduzierung aufgefangen werden. Jeden Euro, auf den wir als Ausgabe verzichten können, wollen wir gerne streichen.

Und da gilt, was ich schon eingangs festgehalten habe: Das Zurückfahren von Leistungen wird nicht schmerzlos gehen. Mein Appell an Sie: Begleiten Sie uns auf diesem Weg! Wir müssen unsere Bevölkerung mit ins Boot nehmen. Gemeinsam müssen wir – und wir sind doch über alle Fraktionen hinweg einhellig dieser Meinung – deutlich machen, dass es die allererste Verantwortung dieses Parlaments ist, der nachwachsenden Generation keinen unerträglich großen Rucksack von Schulden aufzubürden. Deswegen dürfen Sie davon ausgehen, dass wir uns in dieser Pflicht sehen und dass wir uns ernsthaft bemühen werden, die Verschuldung, so gut es geht, in Grenzen zu halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so viel von mir zu einigen wenigen von einer Vielzahl von Prüfungsbemerkungen. Ich möchte damit deutlich gemacht haben, dass wir den Rechnungshof nicht als Gegner verstehen, zwar durchaus manchmal als kritischen Plagegeist – das ist auch seine Aufgabe –, aber auch als eine Institution, die uns konstruktive Anregungen gibt, Anstöße für ein effizienteres, kostenbewusstes Verwaltungshandeln, eine Institution, die uns überwachend und beratend zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Steuergeldern anhält.

Deswegen möchte ich ausdrücklich festhalten, dass Finanzministerium und Rechnungshof einig sind im Ziel eines verantwortungsbewussten und sparsamen Umgangs mit den finanziellen Ressourcen. Es wird sich in den nächsten Jahren zeigen, wie wir es schaffen, mit der Konsolidierung des Landeshaushalts als oberster Priorität voranzukommen. Eine solide Haushaltsführung ist, wie ich dargestellt habe, gegenüber der nachwachsenden Generation die allerwichtigste Aufgabe. Wir wissen sehr wohl – auch das ist ja heute Vormittag herausgearbeitet worden –, dass wir bei der besonderen Struktur unseres Haushalts, der zu über 40 % aus Personalkosten besteht, darauf achten müssen, dass wir die Personalkosten im Griff behalten und deswegen zu einem an Prioritäten ausgerichteten, nachvollziehbaren Personalabbau kommen. Ich hoffe und wünsche sehr, dass da zum Bei-

(Staatssekretär Rückert)

spiel die neuen Steuerungsinstrumente ein Mittel sein können, das uns auf diesem Weg weiterbringt.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Abschließend gilt es, Ihnen, verehrter Herr Rechnungshofpräsident Frank, Ihren Direktoren und Ihren Mitarbeitern zu danken für diese kritische Begleitung unserer Arbeit, aber auch für Ihre konstruktiven Vorschläge.

Ich danke Ihnen, den Damen und Herren Abgeordneten, insbesondere den Mitgliedern des Finanzausschusses, für die sehr gründliche Beratung dieser Denkschrift 2002 zur Landeshaushaltsrechnung 2000 und bitte Sie entsprechend den Empfehlungen des Finanzausschusses nun um die notwendige Beschlussfassung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Ich lasse zunächst über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/1748, abstimmen. Sind Sie damit einverstanden, dass ich zunächst Teil A Abschnitt I bis XI zur Abstimmung stelle? –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Kein Widerspruch!)

Kein Widerspruch. Dann lasse ich über die Abschnitte I bis XI abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe Abschnitt XII auf und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1816. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über die Abschnitte XIII bis XXV und Teil B abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Beschlussempfehlung Drucksache 13/1749. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung Drucksache 13/1750 abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Beschlussempfehlung ist einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

a) Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Situationsbeschreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in Baden-Württemberg – Drucksache 13/844

b) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1060

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache über die Buchstaben a und b fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort jeweils fünf Minuten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Hoffmann.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt wird es aber spannend!)

Abg. Hoffmann CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich schade, dass das Thema Tourismus nicht an herausgehobenerer Stelle der Tagesordnung steht.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Der Tourismus in allen seinen Ausprägungen ist einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige hier in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr richtig!)

Mit rund 15,5 Milliarden € direkten und indirekten Umsätzen, über 200 000 Beschäftigten, über 39 Millionen Übernachtungen – davon fast 5 Millionen von Gästen aus dem Ausland – trägt die Tourismusbranche ganz erheblich zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes bei.

Über die Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion wird zum einen eine Standortbestimmung der Branche vorgenommen, zum anderen werden Perspektiven für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung aufgezeigt. Leider ist die Redezeit viel zu knapp, als dass man auf alle wesentlichen Punkte eingehen könnte.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ich will daher einige Details herausgreifen.

Wie uns von vielen Seiten bestätigt wird, sind wir im Land mit der Ausrichtung unserer Tourismusförderung auf dem richtigen Weg.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Sowohl die Pauschalförderung als auch die Projektförderung haben sich als wirksame Förderinstrumente erwiesen. Allein aus Mitteln der Investitionsförderung konnten in der Zeit von 1998 bis 2002 rund 150 Projekte mit einer Gesamtsumme von 57 Millionen € gefördert werden.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Stolz Leistung!)

Neben den Heilbädern lag der Förderschwerpunkt auf dem Sport und dem Kulturtourismus.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Um aber auch eines klar zu sagen: Das Land kann den Tourismus nur unterstützen. Die eigentliche Entwicklungskraft muss aus den einzelnen Regionen selbst kommen, und das geschieht auch.

(Hoffmann)

In Zukunft wird – dazu tragen die neuen Tourismusförderrichtlinien des Landes bei – vermehrt die Private Public Partnership gefördert. Das heißt, wir setzen Anreize für private Kapitalgeber, sich an der Infrastruktur zu beteiligen. Dass wir dabei auf dem richtigen Weg sind, zeigt das Beispiel der Skihalle in Sasbachwalden, das von uns unterstützt wird.

(Unruhe)

Hier wird gezeigt, dass die private Investition keine Theorie ist, sondern praktisch umgesetzt werden kann.

(Beifall des Abg. Mack CDU)

Wir haben allen Grund, stolz auf unsere Tourismus- und Heilbäderbranche zu sein. Hier wird von allen Verantwortlichen gute Arbeit geleistet. Trotzdem heißt das nicht, dass man sich ausruhen könnte. Kaum eine Branche ist so trendabhängig wie der Tourismus. Deshalb ist es notwendig – das gilt auch für die Opposition –, sich einige Gedanken über die Zukunft dieser Branche zu machen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das gilt auch für die Regierungsfractionen!)

Aus unserer Sicht besteht Optimierungsbedarf in einigen Bereichen. Ich will einige der Punkte, bei denen wir Optimierungsbedarf sehen, heute auch ansprechen.

(Abg. Drexler SPD: Sasbachwalden!)

Die CDU-Landtagsfraktion hat 2002 einen Jugendtourismustag durchgeführt. Dabei hat sich gezeigt, dass es bei den jungen Touristen – damit meine ich die Reisenden zwischen 16 und 24 – erhebliche Informationsdefizite über die Angebote im Land gibt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe im Saal bitten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Die Unruhe ist unverschämte bei einem so tollen Redner! – Abg. Drexler SPD: Da hinten steht der Präsident!)

Abg. Hoffmann CDU: Die CDU regt an, künftig mehr Aufmerksamkeit auf den Bereich Jugendreisen und Reisen junger Erwachsener zu legen. Das sind nicht nur die Touristen von heute, das sind auch die Touristen von morgen.

Im Bereich des touristischen Auslandsmarketings haben wir vorgeschlagen, künftig die GWZ stärker einzubeziehen und die Ressourcen der GWZ zu nutzen. Die GWZ vertritt die gesamte Außenwirtschaft des Landes. Aus unserer Sicht gehört dazu auch der Tourismus; er sollte bei jeder außenwirtschaftlichen Aktivität ohnehin fester Programmbestandteil sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Ein weiteres Thema ist die Beherbergungsstatistik. Das betreffende Bundesgesetz wurde zum 1. Januar 2003 von der Bundesregierung novelliert, und – erinnern wir uns – fast wäre ein Gesetz in Kraft getreten, das für die Übernachtungs-

transparenz großen Schaden angerichtet hätte. Erst massive Proteste auch aus Baden-Württemberg haben die Bundesregierung veranlasst, eine einigermaßen sachgerechte Lösung zu finden.

Trotzdem: Die Statistik – jede Statistik – ist für die Branche mit hohem Aufwand verbunden. Wir schlagen dem Wirtschaftsministerium vor, einmal über ein Modell nachzudenken, das eine elektronische Meldung für die Beherbergungsbetriebe möglich macht. Das würde vielen Häusern die Arbeit erleichtern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Guter Vorschlag!)

Einige Worte zu unseren Heilbädern: Die Probleme, denen sich die Branche stellen musste, sind bekannt. Die überwiegende Zahl unserer 57 Heilbäder hat diese Herausforderung angenommen. Das beweisen die steigenden Zahlen. Die Standorte haben sich dem Nachfrageverhalten angepasst und sind offensiv mit den neuen Konzepten an den Markt gegangen. Als Beispiel sei die Mettnau-Kur in Radolfzell genannt, und – ich schaue den Kollegen Lasotta an – auch die Aktivitäten in Bad Wimpfen können sich sehen lassen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Birk CDU: Wir möchten einmal ein Lob für alle Abgeordneten! Herr Kollege Blenke ist der Nächste!)

Das Land hat die Heilbäderstandorte nach Kräften unterstützt. Durch Wellnessangebote, Kurz- und Kompaktkuren und viele Angebote im Bereich der Prävention konnten neue Kundenschichten gewonnen werden, wie auch in Bad Wimpfen, Herr Kollege Lasotta.

Aus meiner Sicht gibt es ein Defizit. Die Heilbäder reklamieren seit Jahren, dass sie bei der regionalen Struktur der Prävention zu wenig Berücksichtigung fänden. Die Menschen kommen 200 Kilometer weit angefahren, um ortsspezifische Heilmittel in Anspruch zu nehmen, und die Leute in der eigenen Region können nicht in die Kurbäder gehen, weil es im Moment noch Diskussionen mit den Kostenträgern gibt, ob das Kurbad als regionales Kurmittel anerkannt ist. Ich denke, da müssen wir einiges tun.

In diesem Zusammenhang auch wieder ein Wort an die Opposition. Gesundheitspolitische Nullrunden sind das reine Gift für unsere Heilbäderlandschaft. Ich denke, da hat die SPD einiges mit zu verantworten: Beitragssicherungsgesetz zum 1. Januar 2003. Die Heilbäder sehen das als große Bedrohung an.

(Beifall bei der CDU)

Ich werde nachher noch die eine oder andere Ausführung zu den Auswirkungen weiterer Bundesgesetze auf die Tourismusbranche machen. Ich denke, wichtig ist, dass man künftig bei der Außendarstellung noch mehr prüft, wie die einzelnen Zielregionen noch besser abschneiden können, indem wir nämlich mit diesen Zielregionen werben. Aus meiner Sicht spricht auch einiges dafür, den regionalen Tourismusverbänden etwas mehr Mitsprache bei der TMBW einzuräumen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: Bravo! – Beifall des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Aufpassen! – Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren!

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ich frage die Landesregierung!)

Das ganze Thema „Tourismus, Dienstleistungssektor, Heilbäder“ ist eigentlich kein Thema, welches einer politischen Auseinandersetzung dient. Deshalb, Herr Kollege Hoffmann, möchte ich hier einfach die Solidarität einfordern, die diejenigen verdient haben, die in diesem Bereich tätig sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der SPD: Sehr gut! – Abg. Teßmer SPD: Der ist halt vom Fach! Das merkt man! – Abg. Walter GRÜNE: Schluss mit den ideologischen Scheuklappen!)

Unsere Anfrage ist am 6. Juni 2002 eingegangen und am 14. Oktober 2002 ausgegeben worden. Dazwischen hat das Wirtschaftsministerium gebeten, die Frist zu verlängern.

(Abg. Walter GRÜNE: Die waren alle im Urlaub! Tourismus im Sommer!)

Ich schließe daraus, dass beim Wirtschaftsministerium in Baden-Württemberg keine entsprechenden Unterlagen vorhanden waren, die eine zeitnahe Beantwortung zuließen.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha! – Abg. Braun SPD: Hört, hört!)

Dagegen gab es eine Pressemitteilung vom 13. August 2002:

(Abg. Dr. Birk CDU: Kommen Sie einmal zur Sache!)

Der Wirtschaftsminister stellt das Tourismusprogramm 2002 vor. In den Antworten sowohl zu der Anfrage der CDU als auch zu der Anfrage der SPD sind natürlich einige Dinge nicht aufgeführt, die ich kurz ansprechen möchte. Pressemitteilung vom 22. Januar 2002: Ausländische Gäste machen sich rar; Wirtschaftsminister Walter Döring legt magere Tourismusbilanz des Landes vor.

Meine Damen und Herren, ich mache hier ganz einfach nur einen Stegreiftrip durch alle möglichen Presseberichte und möchte ganz klar sagen, dass ich auch mit einigen Fragen für meine Fraktion nachgelegt hatte. Ich habe zum Beispiel gefragt, wie das Land Baden-Württemberg mit dem Ökotourismus umgehen wolle. Der Eindruck, den ich dann hatte und den ich auch in der Antwort der Landesregierung bestätigt fand, war ganz klar: Wir brauchen das nicht; wir haben alles schon auf der Reihe, wir brauchen nichts weiter zu machen. Die praktische Auswirkung dieser Geschichte konnte man vor Tagen in der Zeitung lesen: Das Wirtschaftsministerium hat die 2 500 € für den Ökotourismus im

Bereich des Feldbergs bei uns im Schwarzwald einfach gestrichen. Großer Protest in der Region. Aber das ist ja nichts Neues.

Die Heilbäder in Baden-Württemberg verdienen natürlich eine große Aufmerksamkeit. Das ist selbstverständlich; das ist ganz klar. Da darf man nur eines nicht vergessen. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass bereits die Einschnitte des Gesundheits-Reformgesetzes 1989 und des Gesundheits-Strukturgesetzes 1993 zu einem reihenweisen Schließen von Reha-Einrichtungen geführt haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Sehr richtig! – Abg. Schmiedel SPD: Seehofer war das!)

Das war der Minister Seehofer, der jetzt in Berlin der jetzigen Gesundheitsministerin wieder laufend vorschlägt, irgendwas zu machen. Aber ein Konzept legt er dann selbstverständlich auch nicht vor.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Wenn man sich mit den Leuten unterhält, die im Heilbäderbereich zu tun haben, dann ist klar, dass sie sagen: „Herr Haas, kümmern Sie sich darum.“ Das würde ich auch gern tun. Aber es ist nun einmal so, dass die Ankünfte im Heilbäderbereich im Jahr 1991 rund 2,2 Millionen betragen und im Jahr 2001 auf rund 2,1 Millionen zurückgegangen sind, also ein Rückgang auf der ganzen Linie.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hören Sie zu, Herr Hoffmann!)

Auch die Zahl der Übernachtungsbetten hat sich in den letzten Jahren ganz gewaltig rückwärts entwickelt. Wenn man dagegen die Zahlen des Bundeslandes Bayern nimmt, stellt man fest, dass es dort erheblich mehr Betten und eine höhere Auslastung gibt. Deshalb möchte ich den Wirtschaftsminister bitten, an dieser Stelle noch einmal nachzulegen.

(Abg. Drexler SPD: Genau! Er möchte noch einmal nachlegen!)

Herr Wirtschaftsminister, als es um die Diskussion über den 11. September, über diesen Anschlag in Amerika, ging, habe ich Ihnen mitgeteilt, es wäre doch vielleicht an der Zeit, eine Werbung für Inlandstourismus zu machen, weil man damals in der Zeitung überall nachlesen konnte, dass die Zahl der Auslandstouristen ganz gewaltig weggebrochen sei. Dass eine solche Werbung dann leider nicht erfolgt ist, hat mich betroffen gemacht.

(Abg. Drexler SPD: Rumgeeiert!)

Sie haben mir damals in einer Landtagsdrucksache mitgeteilt, das Land Baden-Württemberg mache diese Marketingmaßnahmen nicht selbst.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha! Aber Imagewerbung!)

Und in der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU steht:

Die „Tourismusbranche“ bzw. die Tourismusverbände in Baden-Württemberg wurden nach dem 11. Septem-

(Gustav-Adolf Haas)

ber 2001 nicht in besonderer Weise unterstützt oder gefördert; dahin gehende Sonderförderungen erfolgen auch derzeit nicht.

Tatsache ist aber, dass Sie am 21. Januar 2002 eine Presseerklärung abgegeben haben, in der Sie dargestellt haben, dass Sie in Nordamerika und in Kanada werben wollten, und zwar mit erheblichen Mitteln, die Sie zur Verfügung stellen wollten. Jetzt habe ich einmal geschaut, wie hoch die Mittel waren. Das waren gerade 27 500 € für ganz Nordamerika und für Kanada.

(Abg. Schmiedel SPD: Oje, oje! – Abg. Drexler SPD: Das ist nicht in Ordnung!)

Damit ist natürlich überhaupt nichts zu machen, Herr Minister. Das ist viel zu wenig.

(Abg. Fleischer CDU: Da muss man nachlegen! – Abg. Drexler SPD: Eben! Das ist nicht in Ordnung!)

Zu dem ganzen Bereich „Euro – Teuro“ hatte ich Ihnen auch eine Landtagsanfrage gestellt.

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

Sie hatten mir darauf geantwortet, es bestehe überhaupt kein Bedarf, sich um diese Dinge zu kümmern; Ihnen seien diese Sachen auch gar nicht bekannt.

(Abg. Schmiedel SPD: Was? – Abg. Dr. Birk CDU: Aber Herr Haas!)

Tatsache war aber, dass sich die rund 24 500 gewerblichen Unternehmen in Baden-Württemberg – die Beherbergungsbetriebe und gastronomischen Betriebe – massiv gemeldet hatten. Sie sagten ganz einfach: „Wir gehen unter.“

(Abg. Walter GRÜNE: Das hat einer mit B 9 beantwortet! Den hat das nicht interessiert!)

Der Wirtverband klagte, die Situation sei so schlecht wie seit 20 Jahren nicht mehr, und meinte, dass man einfach Werbung machen müsse. Ich frage Sie, Herr Minister: Sind denn jetzt mit den 27 500 € Werbemaßnahmen gemacht worden, oder sind keine gemacht worden?

(Abg. Drexler SPD: Genau! Wahrscheinlich sind Visitenkarten gedruckt worden!)

In der Antwort auf eine weitere Landtagsanfrage – Drucksache 13/1255 – erklären Sie:

Die Zahl der zu erwartenden Arbeitsplätze wird deshalb im Rahmen der Antragstellung nicht erhoben.

Ich frage Sie nur: Nach welchen Kriterien wird Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg dann gemacht, wenn man nicht gleichzeitig auch Arbeitsplatzpotenziale zugrunde legt und danach fragt, wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden?

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen auch noch sagen: Was die Pauschalierung angeht, Herr Minister, ist auch auf Druck der SPD-Land-

tagsfraktion die jetzige Regelung wieder eingesetzt worden, sodass man wieder sowohl eine Projektförderung als auch eine Pauschalförderung hat.

(Abg. Drexler SPD: Genau! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Gott sei Dank! – Abg. Braun SPD: Endlich sagt es einmal jemand!)

Aber die SPD-Landtagsfraktion hatte 1997 verlangt und erwartet,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

dass man die Pauschalsätze im Landeshaushalt um 10 Millionen DM erhöht.

(Abg. Schmiedel SPD: Genau! – Abg. Drexler SPD: Fehler!)

Das haben Sie nicht gemacht. Das haben Sie erst ein Jahr später wieder gemacht.

(Beifall der Abg. Dr. Birk und Fleischer CDU)

Es ist also gemacht worden, und das ist gut so, Herr Kollege Fleischer.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Aber wenn man den Minister zum Jagen tragen muss, dann ist das ein Problem. Da möchte ich Sie bitten, zukünftig rechtzeitig mit uns zu stimmen. Dann sind wir immer schneller auf dem Weg.

(Beifall der Abg. Dr. Birk und Fleischer CDU)

Ich möchte die erste Runde hier beenden.

(Abg. Dr. Birk CDU: Schade! Zugabe!)

Ich möchte aber ganz kurz noch sagen, wie der Minister die Welt jetzt sieht.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Er wird das selbstverständlich gleich darstellen, aber ich kann ja schon einmal ankündigen, was er möglicherweise sagen wird. Er wird nämlich sagen: „Weniger Touristen in Baden-Württemberg. Vor allem deutsche Gäste bleiben aus.“ Und er wird mehr Werbung ankündigen.

Mir hat vor Tagen ein im Fremdenverkehrsbereich tätiger Bürgermeister gesagt –

(Abg. Dr. Birk CDU: Namen! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Das war Hansjörg Eckert aus Hinterzarten, der Präsident des Schwarzwald Tourismusverbands. Jetzt wissen Sie es.

(Unruhe – Zuruf: Ein guter Mann!)

Er hat mir gesagt: „Herr Haas, wieso entschließt sich die Landesregierung nicht dazu, jetzt, wo der Irak-Krieg bei dieser ganzen Frage, ob auch eine Rezession im Fremdenverkehrsbereich eintritt, eine Rolle spielt, nochmals Werbung zu machen?“

(Gustav-Adolf Haas)

(Abg. Drexler SPD: Genau! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Nutzt doch nicht die internationalen Krisen aus! Unmoralisch!)

Herr Minister, vielleicht haben Sie die 27 500 € von Nordamerika bzw. Kanada noch übrig. Dann könnten Sie ja diese Mittel verwenden oder aufstocken. In der Bevölkerung erwartet man das.

In der zweiten Runde, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, will ich Ihnen zeigen,

(Abg. Dr. Birk CDU: Nach der Werbung! – Heiterkeit und Beifall)

wie es im Land Baden-Württemberg weitergehen könnte. Hier kann ich die CDU und die FDP/DVP bitten, rechtzeitig mit uns zu stimmen. Dann sind wir vielleicht demnächst miteinander auf dem Weg

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Bitte schalten Sie nicht um!)

und Sie nicht mit zeitlicher Verzögerung wie bisher.

Danke schön für die Zwischenrunde.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Bleiben Sie auf Sendung!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Abg. Fleischer CDU: Richie, topp jetzt!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin,

(Abg. Walter GRÜNE: Bisher war alles richtig!)

liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg liegt beim Übernachtungstourismus mit 40 Millionen Übernachtungen im Jahr 2001 bundesweit nach Bayern auf Platz 2.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU)

Platz 2 ist ein Spitzenplatz. Wenn man diese Zahl in Relation zu der Größe und der Einwohnerzahl anderer Bundesländer stellt, ist Baden-Württemberg super.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Von wann sind denn die Zahlen? – Gegenruf des Abg. Walter GRÜNE: 2001! Hat er doch gesagt!)

Der Anstieg der Zahl der Gästeankünfte in Baden-Württemberg von 11,56 Millionen im Jahr 1996 auf 13,45 Millionen im Jahr 2001 zeigt, welche solide Tourismuspolitik in unserem Land betrieben wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Mit zu dieser Spitzenposition beigetragen haben sicherlich auch die Schwerpunktaktivitäten in den Regionen. Zum Beispiel im Schwarzwald: Dort gibt es endlich eine gemeinsame Vermarktung der Region mittels eines einheitlichen Schwarzwaldprojekts. In den USA heißt der Schwarzwald Black Forest.

Im Jahr 2001 gab es das Pilotprojekt „Sport und Tourismus“ des Landes Baden-Württemberg in Bad Dürrenheim, Baiersbrunn und Hinterzarten-Feldberg. Die Deutschlandtour, der Rideman in Bad Dürrenheim, ein Mountainbike-Park in Bad Wildbad und das Sommerskispringen in Hinterzarten sind neue Events in diesem Land.

(Abg. Drexler SPD: Die Skihalle in Sasbachwalden!)

Zur Erfassung des Radwegenetzes mit dem satellitengesteuerten Navigationssystem GPS in Bad Dürrenheim sage ich nur eines: innovative Kommunen im Land, innovatives Land Baden-Württemberg.

Die Bodensee-Erlebniskarte mit freiem Eintritt bei 150 Partnerunternehmen,

(Abg. Hoffmann CDU: Eben! Sehr gut!)

darunter auch alle großen Ausflugsziele der Schifffahrt, stellt die umsatzstärkste regionale Karte aller All-inclusive-Karten in Deutschland dar.

(Abg. Hoffmann CDU: So ist es! Jawohl!)

Sie hat eine Vorbildfunktion für andere Regionen:

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Heidelberg, Ulm, Stuttgart und Schwarzwald.

(Abg. Drexler SPD: Heilbronn!)

Der Anstieg der Zahl der Langzeitorlaube in Baden-Württemberg von 1,78 Millionen im Jahr 1996 auf 2,25 Millionen im Jahr 2001 zeigt die Attraktivität unseres Landes. So konnten auch Auswirkungen der Terroranschläge des 11. September 2001 auf den Tourismusbereich in Baden-Württemberg durch eine stärkere Nachfrage aus dem Inland wieder aufgefangen werden.

(Abg. Drexler SPD: Die haben dort keine Sonne!)

Baden-Württemberg kann sich damit als Tourismusregion weiter behaupten.

Die für den Tourismus bereitgestellten Fördermittel betragen im Staatshaushaltsplan 2002 22,459 Millionen €, davon 4,5 Millionen € zur Unterstützung von Maßnahmen der Absatzförderung und der Werbung und 9,24 Millionen € zur Förderung touristischer Infrastrukturprojekte. Die Förderung von fünf Großprojekten hilft, die Attraktivität der Städte weiterzuentwickeln, und zwar: Meersburg: Thermalbad; Bad Mergentheim: Attraktivitätssteigerung des Freibads und Badeparks Solymar; Bad Rappenau: bedarfsgerechte Umgestaltung und Umstellung des Kurmittelhauses; Bad Schönborn: Neubau eines Gesundheitszentrums mit einer Saunalandschaft; Bad Waldsee: Neubau des „Hauses des Gastes“.

Meine Damen und Herren, die Tourismus-Marketing Baden-Württemberg GmbH nimmt eine wichtige Rolle im Rahmen der Tourismusaktivitäten des Landes ein. Das Budget betrug im Jahre 2002 5,089 Millionen €. Damit wurde eine institutionelle Förderung in Höhe von 3,5 Millionen € bestritten.

(Drautz)

Meine Damen und Herren, zur erfolgreichen Weiterführung der Projektförderung muss ich noch eines sagen, Herr Kollege Haas: Es ist ja schön, dass Sie die Projektförderung auch wollten. Aber abgeschafft hat die Projektförderung seinerzeit Dieter Spöri als Wirtschaftsminister. Dies muss man klar sehen.

(Abg. Drexler SPD: So kann man das nicht sagen! Da werden wir jetzt einmal Herrn Spöri selbst fragen! Ich finde es jetzt nicht fair, jemanden anzugreifen, der gar nicht mehr in diesem Landtag ist! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir, die CDU und die FDP/DVP, haben die Projektförderung wieder eingeführt. Dies muss um der Wahrheit willen gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

Abg. Drautz FDP/DVP: Danke. – Ich möchte nur eines feststellen, Herr Drexler: Ich gehöre nicht zu den Schlamm-schlächtern,

(Heiterkeit – Abg. Walter GRÜNE: Schlamm-schlächter? Was sind denn Schlamm-schlächter?)

sondern ich bleibe bei der Wahrheit.

Meine Damen und Herren, dem DEHOGA Baden-Württemberg kann man gratulieren. Wir sind nach wie vor in allen Tourismusführern das Sterneland Nummer 1. Und hier sind wir bundesweit wirklich in einer absoluten Spitzenstellung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir sind ja so Spitze!)

Was der DEHOGA zusammen mit der Landesregierung – das möchte ich abschließend feststellen – im Ausbildungsbereich durchführt und was hier in Baden-Württemberg mit der Klassifizierung von über 1 070 Hotels durch den DEHOGA gelaufen ist, führte dazu, dass wir hier auch unsere Übernachtungszahlen halten konnten.

(Abg. Walter GRÜNE: Bayern macht das besser!)

Als Fazit stelle ich fest: Wir haben einen positiven Mix aus Eigenaktivitäten von Kommunen, Hotellerie, Gaststättengewerbe und Tourismusverbänden und aus Maßnahmen der Landesregierung, die dem Wohle des Tourismus in Baden-Württemberg dienen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Ist seine Redezeit um oder nicht? – Abg. Braun SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

(Abg. Seimetz CDU: Jetzt kommt der Tourismus-experte!)

Abg. Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Seimetz, wir sind ja bereits zusammen touristisch unterwegs gewesen, und deswegen sind wir beide anerkannte Experten.

(Unruhe – Abg. Drexler SPD: Wo, mit wem? – Abg. Schmiedel SPD: Auf den Kanaren, oder wo?)

Die Entwicklung der Übernachtungen in dem hier angegebenen Zeitraum ist sehr positiv. Was mich an der Großen Anfrage der CDU etwas stört, ist, dass es sich im Grunde genommen nur um eine Abfrage von Statistiken handelt.

(Abg. Drexler SPD: Ja, wie wahr! Bloße Bürokratie!)

Ich weiß jetzt gar nicht, was ihr politisch wollt.

(Abg. Hoffmann CDU: Lesen, lesen!)

Die Anfrage hättet ihr auch beim Statistischen Landesamt stellen können, anstatt das Wirtschaftsministerium wochenlang lahm zu legen.

Meine Damen und Herren, trotz der guten Übernachtungszahlen gibt es keinen Grund, sich zurückzulehnen. Eine Statistik, die uns schon seit Jahren beschäftigt, ist weiterhin alarmierend, nämlich die Statistik, die die Altersstruktur der Touristinnen und Touristen darstellt, die nach Baden-Württemberg kommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Deshalb brauchen wir die Halle in Sasbachwalden!)

– Deshalb brauchen wir keine Halle in Sasbachwalden. Man kann nicht jeden Blödsinn machen, der Ihnen einfällt, Herr Kollege Schmiedel.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber die Halle kommt!)

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, es müssen neue Zielgruppen erschlossen werden. Da sind wir uns auch mit der Landesregierung und dem Tourismusverband einig. Ich bin aber auch der Meinung, dass vieles, was bisher geschieht, zu zaghaft ist.

(Abg. Drexler SPD: Genau! – Abg. Schmiedel SPD: Kein Konzept!)

Man fängt hier und dort etwas an, aber das hat nicht den richtigen Schwung.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wer hat keinen Schwung?)

Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele. Erstes Beispiel, Frau Kollegin Fauser: der Radtourismus. Wie eine im Auftrag der Bundesregierung erstellte Studie ergab, geben Radtouristen in der Bundesrepublik Deutschland jährlich 5 Milliarden € aus. Das heißt: Wir sollten uns von diesem Geld eine dicke Scheibe abschneiden. Dazu müssen wir aber die Voraussetzungen schaffen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wir fahren immer mit dem Rad!)

(Walter)

Sie können ja mal den Kollegen Boris Palmer fragen, der die Radwege in diesem Land abgefahren ist. Obwohl er ein Experte beim Radfahren ist und ganz gut Karten lesen kann, hat er sich ständig verfahren.

(Abg. Hoffmann CDU: Das ist kein Wunder! –
Abg. Kleinmann FDP/DVP: Der große Radfahrer!
– Abg. Seimetz CDU: Der Oberradfahrer Palmer! –
Zuruf von der CDU: PISA!)

Das heißt, meine Damen und Herren, gegenüber dem Velo-Land Schweiz sind wir, was den Radtourismus anbelangt, ein Entwicklungsland. Hier gilt es anzusetzen. Dort gibt es – –

(Unruhe)

– Interessiert Sie jetzt der Kollege Palmer oder meine Rede?

(Abg. Drexler SPD: Der Kollege Palmer! Er soll uns erklären, wie oft er sich verfahren hat und warum! – Heiterkeit – Lebhaftige Zurufe)

– Der Kollege Palmer kommt noch mal nach vorne.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um Ruhe bitten.

Abg. Walter GRÜNE: Meine Damen und Herren, da Sie wahrscheinlich selten mit dem Fahrrad in die Schweiz kommen, möchte ich Ihnen einmal sagen, was es dort gibt: neun unterschiedliche Radverkehrstouren, einheitlich und lückenlos beschildert.

(Minister Dr. Döring: Wie viele, bitte?)

– Neun.

(Minister Dr. Döring: Bei uns gibt es 17! – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja, und keine findet man!)

– Ja, aber nicht gut beschildert und nicht gut erreichbar.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Heiterkeit – Weitere Zurufe)

In der Schweiz haben Sie eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr.

(Unruhe – Zurufe von der CDU)

– Es ist ja ganz neu, dass jetzt schon von der Regierungsbank Zwischenrufe kommen.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen noch etwas: Radurlauber sind fast ausschließlich Inlandsurlauber. Deswegen müssen wir uns dieser Zielgruppe annehmen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wenn Sie in die Schweiz fahren, sind Sie Auslandsurlauber!)

– Ich gebe Ihnen doch nur ein Beispiel. Lesen Sie die Große Anfrage. Da hat das Wirtschaftsministerium alles angegeben.

Zweitens: Junge Familien sind eine extrem wichtige Zielgruppe. Bisher suchen wir in Baden-Württemberg beispielsweise vergeblich nach Baby- und Kinderhotels, obwohl sie für das Image eines Landes sehr wichtig sind.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Haben Sie nichts von der Aktivität des Gaststättenverbandes gehört? – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Wichtig wäre in diesem Zusammenhang – Sie haben es vorhin angesprochen, Herr Kollege Drautz – eine einheitliche Zertifizierung von Restaurants und Hotels, wie wir sie beispielsweise in Bayern haben. Wer dort hinfährt und sieht, dass sein Hotel oder Restaurant das Qualitätssiegel „Kinder- und familienfreundlicher Hotel- und Gaststättenbetrieb“ hat, weiß, was ihn erwartet.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Die haben auch eine schwarze Regierung!)

– Nein, das hat nichts mit der schwarzen Regierung zu tun; aber auch die kriegen mal was Vernünftiges hin. – Dazu gehören beispielsweise Betreuungsmöglichkeiten. So etwas suchen wir in Baden-Württemberg bisher vergeblich.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das stimmt doch überhaupt nicht! Weil Sie immer Urlaub auf Mallorca machen!)

Deswegen müssen wir da etwas ändern.

(Unruhe – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe im Saal bitten.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Kollege Drautz, wir kommen zu einer Zielgruppe, bei der auch Sie sich angesprochen fühlen können: Man will nämlich die Genießer verstärkt nach Baden-Württemberg holen.

(Abg. Drexler SPD: Wen?)

Da hat Herr Kollege Döring völlig Recht. Nur eines muss man natürlich dazusagen, wenn man sich dann beispielsweise mit dem Piemont vergleichen will: Dort fahren die Leute hin, weil es dort nicht nur einige sehr gute Sterne-Restaurants gibt, sondern weil die Restaurants auch in der Breite eine sehr gute Qualität bieten.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da geht man in die Breite!)

Sie stehen für eine frische, regionale und saisonale Kost. Da hapert es bei uns noch sehr oft.

(Abg. Fleischer CDU: Wo leben Sie denn?)

Deswegen können wir nur froh sein, dass wir mit dem neuen DEHOGA-Vorsitzenden jetzt jemanden haben,

(Abg. Drexler SPD: Der Fahrrad fährt!)

der dafür ein Gespür hat, der sich dafür einsetzt, dass wir mehr regionale Küche haben und dass wir „Schmeck den Süden“ viel intensiver geboten bekommen.

(Walter)

(Abg. Fleischer CDU: Das machen wir doch schon die ganze Zeit!)

– „Das machen wir die ganze Zeit“ – es ist aber nichts dabei herausgekommen!

(Abg. Fleischer CDU: Sie geben ja eh nichts aus! – Heiterkeit)

– Oh, Herr Kollege.

Ich glaube auch, dass die Koordination zwischen dem MLR und dem Wirtschaftsministerium noch verstärkt werden muss, weil natürlich klar ist: Ohne die Pflege der Kulturlandschaft, ohne die entsprechenden Angebote und landwirtschaftlichen Produkte können die Hotels und die Gastronomen das eben auch nicht anbieten.

(Abg. Kiefl CDU: Richtig!)

Sie brauchen das entsprechende Bewusstsein. Der frühere Landesvorsitzende des DEHOGA sagte auf dem Höhepunkt der BSE-Krise: „BSE macht uns nichts, weil wir sowieso nur argentinisches Rindfleisch haben.“

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wir haben während dieser Zeit deutsches gegessen! Und tun das auch jetzt noch! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit weit überschritten.

Abg. Walter GRÜNE: Ich komme gleich zum Ende. – Sie sind also auf dem Holzweg, wenn Sie behaupten, das hätten wir immer schon so gemacht.

Ein letzter Punkt, meine Damen und Herren: Wir müssen verstärkt mit Gebieten werben, die Leute anlocken, beispielsweise Leute, die kommen, weil sie ein Natur- und Umweltbewusstsein haben.

(Abg. Kiefl CDU: Das Allgäu zum Beispiel!)

Wir haben kein Biosphärenreservat; wir haben keinen Nationalpark.

(Abg. Fleischer CDU: Wir haben den Schwarzwald! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Neckar, Jagst, Kocher! – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Da kann ich Ihnen nur sagen: Das neue Bundesnaturschutzgesetz bietet eine gute Grundlage, hier einiges im Sinne der Umwelt, des Naturschutzes und auch des Tourismus zu verbessern.

Einen allerletzten Satz will ich noch sagen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, jetzt wirklich zum Ende zu kommen. Sie kommen an die Redezeit der antragstellenden Fraktionen heran.

Abg. Walter GRÜNE: Das ist der allerletzte Satz, den ich sagen will. – Wir sind froh, dass die Bundesregierung in

den letzten Monaten die Rahmenbedingungen verändert hat: Trinksteuer

(Lebhafte Heiterkeit – Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

– Trinkgelderbesteuerung. – Ich habe in dem Augenblick den Kollegen Drautz angeschaut. Da ist mir das halt eingefallen.

Das Zweite war die Einführung der Minijobs.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wer hat sie denn abgeschafft?)

Ich denke, die Gastronomie und der Tourismus werden davon wesentlich profitieren.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Jetzt ist es herausgekommen! – Abg. Drautz FDP/DVP: Jetzt ist die wahre Gesinnung durchgekommen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Haas, gestatten Sie mir, dass ich mit Ihrer Kritik an der Beantwortung der Großen Anfrage beginne. Verehrter Herr Haas, Sie haben eine außerordentlich umfangreiche Anfrage gestellt, und ich bin mir sicher, Sie legten Wert darauf, dass Sie eine fundierte Antwort bekommen.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: So ist es!)

Da sind, glaube ich, vier Monate über die parlamentarische Sommerpause hinweg nicht zu lang.

(Abg. Braun und Abg. Bebbler SPD: Vier Monate!)

Ich finde es nicht in Ordnung, wenn Sie sagen, das sei etwas lang gewesen. Ich finde, die Antwort ist außerordentlich präzise ausgefallen. Bei der Vielzahl Ihrer Fragen in die hintersten Winkel hinein muss ja eine Menge an Erhebungen angestellt werden. Jetzt haben Sie eine Antwort bekommen.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt sind wir damit auch nicht zufrieden!)

Mir wäre eigentlich viel lieber gewesen, Herr Haas, Sie hätten gesagt, die Antwort habe gezeigt, dass einige Ihrer Fragen einfach von falschen Voraussetzungen ausgegangen seien,

(Lachen bei den Grünen)

und Sie nähmen diese Fragen zurück. Das wäre wesentlich sinnvoller gewesen. Dann hätten Sie auch einen Erkenntnisgewinn aus der Beantwortung der Anfrage gehabt, die Sie an uns gerichtet haben.

Ich will Ihnen das an einem Punkt darstellen. Sie haben gefragt: Was machen wir eigentlich, um die fortgesetzte nega-

(Minister Dr. Döring)

tive Entwicklung bezüglich der Übernachtungszahlen in den Heilbädern und Kurorten zu stoppen? Diese negative Entwicklung hat es nicht gegeben. Wir haben von 1996 bis 2001 – das bitte ich als eine Leistung zu sehen – diese Zahl um 2 Millionen – von 11,5 Millionen auf 13,5 Millionen – gesteigert.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hört, hört!)

Das ist eine hervorragende Leistung unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen, die von Bonn und Berlin gekommen sind.

(Abg. Drautz FDP/DVP: PISA lässt grüßen, Herr Haas!)

Das sind hervorragende Ergebnisse, und ich bin denen dankbar, die dafür gesorgt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Fleischer CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Bitte.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Minister, hätten Sie die Zahlen bezüglich der Entwicklung von 2000 auf 2002 parat? Die schauen anders aus als Ihre Zahlen der Entwicklung von 1996 auf 2001.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Es waren die Zahlen von 1996 bis 2001 nachgefragt, und diese haben wir mitgeteilt.

(Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Die von 2002 sind nicht gut!)

– Jetzt wiehern Sie doch nicht schon drauflos! Für 2002 können Sie zum jetzigen Zeitpunkt die Zahlen noch gar nicht haben. Die Zahlen für 2002 in der Gänze liegen noch nicht vor. Wir werden sie Ihnen liefern, sobald sie vorliegen.

Jetzt lassen Sie mich ein Stück fortfahren. Nachher können Sie gern noch einmal eine Frage stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich halte es für eine außerordentlich gute Entwicklung – immer in Anbetracht der Rahmenbedingungen –, dass wir bei den Ankünften von 1996 bis 2001 eine Steigerung um 16 % zu verzeichnen hatten, bei den Übernachtungen um etwa 4 %. Das bedeutet, dass die Maßnahmen, die die Touristiker im Land, der Tourismusverband, die Landesregierung ergriffen haben, sich sehr positiv auswirken.

Betrachten Sie doch auch einmal das Gesamtumfeld im Vergleich der Bundesländer untereinander. Wir haben steigende Zahlen in einem außerordentlich erschwerten Umfeld. Der Wettbewerb hat gigantisch zugenommen. Die Mittel bei uns sind begrenzt und bedauerlicherweise aufgrund der Haushaltsentwicklung in den vergangenen Jahren teilweise drastisch zurückgefahren worden. Die Objektförderung in der Kombination mit der Pauschalförderung hat dazu geführt, dass wir zielgenau an verschiedenen Stellen im Land ganz Hervorragendes bewirken konnten. Ich bin froh

darüber, dass wir diese Mischung haben. Wenn Sie sich einmal anschauen, was dort entsteht, dann erkennen Sie: Das ist eine Stütze für den Tourismus in Baden-Württemberg, der sich nicht nur hier im Land, sondern auch europaweit sehr wohl sehen und auch messen lassen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Lieber Herr Kollege Walter, vor allem Ihr Vorwurf, bezüglich Familienfreundlichkeit würde etwas fehlen, trifft mit Sicherheit all die Betriebe bei uns im Land, die an der Aktion „Familienfreundliche Betriebe“ mit Riesenengagement teilnehmen. Das trifft die Betriebe im DEHOGA, die bundesweit als Vorreiter eine Aktion „Unter 15-Jährige frei“ gemacht haben. Meine Damen und Herren, schauen Sie sich einmal die 15-jährigen „Brocken“ an. Die werden als Kinder bezeichnet, werden aber nicht in der Ritze bei den Eltern, sondern in einem eigenen Zimmer untergebracht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Die Eltern würden sich bedanken!)

Was kann man an Familienfreundlichkeit eigentlich mehr auf den Weg bringen als das, was unsere Betriebe in Baden-Württemberg mit den Aktionen, die da gestartet worden sind, getan haben?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das sind Maßnahmen, Herr Kollege Walter, die in Baden-Württemberg vom DEHOGA auf den Weg gebracht worden sind.

(Abg. Walter GRÜNE: Das sind Einzelbeispiele!)

– Ich bringe keine Einzelbeispiele. Diese familienfreundlichen Aktionen stellen ein Gesamtkonzept dar. Es ist offenbar eine derartige Einzelmaßnahme, dass andere Bundesländer sie übernommen haben.

Sie sagen, für Familien passiere nichts. In keinem anderen Land bemüht sich der DEHOGA so intensiv wie bei uns, für Familien kostengünstigen Urlaub im Lande anzubieten, damit die Familien im Land bleiben

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ferien auf dem Bauernhof!)

und nicht ins Ausland gehen müssen, um sich einen Urlaub leisten zu können. Das ist die Realität in Baden-Württemberg bezüglich des familienfreundlichen Urlaubs, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann haben Sie bemängelt, für die Radfahrer, für Radtourismus würden wir nichts machen. Sie werden es kaum glauben, aber wir haben erkannt, dass die Radfahrer entgegen dem üblichen Vorurteil eben nicht ihre Satteltaschen vollpacken und aus der Tupperdose leben, sondern weit mehr, 20 % mehr ausgeben als die Normaltouristen – deshalb unser intensives Bemühen und Werben um den Radtourismus.

Sie haben die Schweiz als Beispiel genannt. Sie haben gesagt, es gebe dort neun Radwege, die beschildert sind.

(Minister Dr. Döring)

Wenn Sie die neun in der Schweiz gut finden, dann müssen Sie die 17 in Baden-Württemberg sehr gut finden und dürfen die nicht kritisieren.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber da brauchen Sie Visus 5,0, um die zu finden!)

– Die 17 sind durchgehend beschildert. Wenn der Palmer nicht lesen kann, ist das nicht meine Schuld.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: So ist es! Sie meinen Boris Palmer! Das ist wichtig!)

– Boris Palmer. Vielen Dank für den Hinweis. Ich sage ausdrücklich, ich meine Boris Palmer. Es sind 17!

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir haben vor wenigen Tagen im Bereich Nordschwarzwald eine ganz hervorragende Radtourismusstrecke, die drei Landkreise verbindet, auf den Weg gebracht. Sie können in Baden-Württemberg auf 17 Radwegen hervorragend ausgeschilderte, riesenlange Radtouren quer durchs Land machen.

Wir haben bei Bed & Bike eine Steigerung im dreistelligen Prozentbereich, weil wir seit Jahren darauf achten, diesen Bereich bei uns noch mehr zu bewerben, um noch mehr Gäste zu uns nach Baden-Württemberg zu holen.

Ich will Ihnen einen weiteren Punkt nennen, bei dem Sie mit Ihrer Kritik meiner Meinung nach nicht ganz richtig liegen. Wir haben bezüglich des Ausländertourismus festzustellen, dass die Maßnahmen, die wir seit etwa fünf Jahren machen, nämlich verstärkt bei den Wirtschaftsdelegationsreisen auch für das Urlaubsland Baden-Württemberg zu werben, greifen. Der Ausländeranteil unter den Gästen bei uns in Baden-Württemberg liegt bei 13 %. Wir haben eine interessante Entwicklung festzustellen, die sich seit dem 11. September 2001 abzeichnet, nämlich dass wir bei den Gästen aus den Vereinigten Staaten von Amerika und aus Japan Rückgänge haben, dass wir bei den Gästen aus der Schweiz enorme Zuwächse haben, dass wir interessante neue Märkte haben, wenn Sie an die Vereinigten Arabischen Emirate denken, wenn Sie an Russland denken, wenn Sie, was den einen oder anderen überraschen wird, an China denken. Denken Sie an das, was Lindemann in Stuttgart im Zusammenhang mit China vor wenigen Tagen gesagt hat, dann sehen Sie, dass wir in diesen Bereichen mit dem Auslandsmarketing für Tourismus in Baden-Württemberg erfolgreich sind und dass wir die Anregung, die aus den eigenen Reihen kam, verstärken werden, indem wir das Auslandsmarketing vom Tourismusbereich in die GWZ eingliedern, weil dort das Know-how vorliegt und wir dadurch eine weitere Verbesserung und Stärkung für den Tourismusbereich in Baden-Württemberg erreichen werden.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! So ist es! Das freut uns!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Jugendtourismus: Wir hatten, Herr Kollege Hoffmann, etwa 1,15 Millionen Jugendliche allein in den Jugendherbergen in Baden-Württemberg als Gäste zu verzeichnen. Wir werden die Zu-

sammenarbeit mit den Jugendherbergen verbessern. Die Anregung ist aufgegriffen. Wir haben Vereinbarungen getroffen, diesen Bereich noch attraktiver darzustellen, weil wir dort eine Wachstumsbranche für das Land Baden-Württemberg sehen. Vernünftige Anregungen greifen wir selbstverständlich auf und werden sie in der nächsten Zeit berücksichtigen.

Public Private Partnership: Das sind weitere Modelle, die wir in den nächsten Jahren intensivieren werden, weil die öffentlichen Mittel gar nicht ausreichen, um all das abzudecken, was aus unserer Sicht notwendigerweise geschehen muss.

Deswegen, Strich drunter: Verehrte Frau Kollegin Haußmann, es ist nicht so, wie Sie das vorhin in einem Zwischenruf gesagt haben, dass hier alles wunderbar und gut sei. Ich bin mir aber ganz sicher, dass wir, wenn wir einen Vergleich anstellen und schauen, was sich in den letzten Jahren an Erkenntnissen ergeben hat, wirklich sagen können: Es gibt bei geringeren zur Verfügung stehenden Mitteln ein hervorragendes Engagement derer, die für Tourismus, Kur- und Heilbäder in Baden-Württemberg tätig sind, die in Hotels und gastronomischen Betrieben hervorragende Leistungen erbringen.

Natürlich werben wir jetzt auch verstärkt – eine Zeit lang hat man ja gedacht, wir dürften das nicht – mit unserer Spitzengastronomie. In keinem anderen Land leuchten so viele gastronomische Sterne wie bei uns in Baden-Württemberg. Wir stellen fest, Frau Kollegin Brenner, dass sich in den Bereichen, in denen diese Sterne leuchten, die Zahlen im positiven Sinne genau gegenläufig zum allgemeinen Trend entwickeln. Deswegen werden wir das in der nächsten Zeit auch noch verstärkt darstellen.

(Unruhe)

Ich will Ihnen aber noch eines sagen: Rot-Grün, verehrter Herr Kollege Walter, hat den Touristikern einen schweren Schlag versetzt, als Sie in einer von irgendwelchen Gedanken getriebenen Sucht dafür gesorgt haben, dass die 630-DM-Jobs abgeschafft worden sind. Das sind granatenmäßige Schläge, die Sie damit ausführen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Es kommt noch etwas hinzu: Wenn Sie im Zusammenhang mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen etwas tun wollen, müssen Sie dafür sorgen, dass bezüglich der Mehrwertsteuer eine europäische Harmonisierung erfolgt, und zwar im europäischen Vergleich nach unten und nicht nach oben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Das können Sie nämlich sonst mit nichts auffangen. Das sind die Aufgaben, um die man sich kümmern muss, wenn es um die äußeren Rahmenbedingungen geht.

(Unruhe)

Das, was hier im Land gemacht wird, ist insofern von Erfolg gekrönt, als wir bezüglich der Kur- und Heilbäder seit Jahren unsere Spitzenposition Nummer 1 im Bundesver-

(Minister Dr. Döring)

gleich verteidigen, dass wir Urlaubsland Nummer 2 sind, dass wir bei uns die besten Gaststätten haben. Herr Walter, Sie beleidigen geradezu die gutbürgerliche Küche in Baden-Württemberg.

Wir haben eine Spitzengastronomie, wir haben hervorragende mittelständische Betriebe, die eine hervorragende Küche bieten, die ordentliche Hotelzimmer anbieten,

(Unruhe)

die in der Summe ein Mehrfaches dessen für das Tourismusland Baden-Württemberg leisten, was Sie in den vergangenen Jahren dazu beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hoffmann.

(Unruhe)

Abg. Hoffmann CDU: Wo ist Herr Haas?

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Da ist er!)

– Da links.

Herr Haas, Sie haben vorhin auf den „Seehofer-Knick“ bei den Heilbädern hingewiesen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh ja, da waren wir vor Ort in den Heilbädern!)

Ich habe jetzt eine große Bitte an Sie, wirklich eine große Bitte: Passen Sie bitte in Berlin auf Ihre Ministerin auf, dass wir statt eines Knicks nicht ein Abbrechen der ganzen Heilbäderbranche kriegen.

(Lebhafte Unruhe)

Wir haben Verzögerungen in der Gesundheitspolitik; das wissen Sie. Baden-Württemberg ist Kur- und Bäderland Nummer 1, und das wollen wir trotz Frau Schmidt bitte auch bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Herr Minister Döring hat soeben die erhebliche Konkurrenz und die belastenden Faktoren angesprochen. Wenn sich die Leute heute für eine Reise entscheiden, schauen sie auch, was das Ganze kostet. Wir haben einige hausgemachte Probleme, die dazu geführt haben, dass bei uns der Tourismusbereich gegenüber den Nachbarländern im Wettbewerb Probleme hat.

Das eine betrifft die Mehrwertsteuer. 12 von 15 EU-Ländern haben inzwischen bei den Hotelübernachtungen den Mehrwertsteuersatz reduziert. Oder, um ein anderes banales Thema zu nehmen: Ich verweise zum Beispiel auf die Rundfunkgebühren in den Hotels. Ein 20-Zimmer-Haus – das ist eher ein kleineres – zahlt bei uns im Jahr rund 1 700 € an GEZ-Gebühren, obwohl die Gäste zu Hause auch GEZ-Gebühren bezahlen. Das ist eigentlich bezeichnend.

Über die 325-€-Jobs ist schon gesprochen worden.

Es geht also nicht um eine große Belastung für unsere Branche, sondern es gibt viele kleine Beispiele von Überregulierungen im Betriebsstättenrecht, im Arbeitsrecht, im Sozialrecht, im Steuerrecht.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die sorgen bei uns dafür, dass die Übernachtungen und die Verpflegung in der Gastronomie so teuer sind.

Ich denke, der Hauptgrund der Probleme, die derzeit auftreten, hat nichts mit Baden-Württemberg zu tun. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten sitzt eben das Geld nicht so locker. Die Leute überlegen sich, ob sie abends in die Wirtschaft gehen, und sie überlegen sich auch, ob sie einen Wochenendausflug machen.

Herr Bernd Fellmer, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des DEHOGA Baden-Württemberg, hat das so ausgeführt:

2002 ist das weitaus schlechteste Jahr seit langem, nicht nur in Baden-Württemberg. Wir haben die größte Pleitenzahl.

Ich denke, Sie würden das Beste für den Tourismus tun, wenn Sie dafür sorgen würden, dass die Leute mehr Geld bekommen, damit sie mehr Geld haben und dies auch in der Gastronomie investieren. Es geht also um eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die den Leuten mehr Netto Gehalt bringt. Dies ist die beste Tourismusförderung, die man betreiben kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr gut!)

Zwei Punkte zum Schluss: Die heutige Debatte hat sich gelohnt – wenn sie sich gelohnt hat –, wenn Herr Palmer künftig bei seinen Radausflügen nicht sein Vesperbrot mitbringt, sondern unterwegs einkehrt – dann unterstützt er die Gastronomie – und wenn man bei der Opposition endlich versteht, dass die schlechte Wirtschaftspolitik, der Mangel an Reformfähigkeit und die völlige Überbürokratisierung das Hauptproblem der Branche sind. Reden Sie mit den Leuten. Bürokratie pur lähmt den Tourismus insgesamt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich habe nie mein Vesper dabei! Ich kehre immer ein!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas. Herr Abg. Haas, Sie haben noch genau 1 Minute und 18 Sekunden Redezeit.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ich werde diese kurze Zeit voll ausschöpfen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Drück auf die Tube! – Abg. Dr. Birk CDU: Ein fulminantes Feuerwerk!)

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Herr Minister Döring, ich empfehle Ihnen ganz einfach, heute Abend, wenn Sie nach Hause kommen, den Computer anzuwerfen und sich die Zahlen geben zu lassen, die ich auf dem Tisch liegen habe. Danach ist ganz klar, dass es 1996 14 347 000 Übernachtungen in Baden-Württemberg gab. Diese Zahl ging infolge der Strukturreform im Gesundheitswesen auf

(Gustav-Adolf Haas)

11 Millionen herunter. Erst 1999 klettert sie wieder auf 12 Millionen. Genauso ist es auch im Reha-Bereich gewesen. Lassen Sie sich ganz einfach von diesen Zahlen beglücken.

Am 26. Februar wird der Tourismusbeirat Baden-Württemberg tagen, Herr Minister. Ich bin im Besitz einer Einladung, aber keinesfalls von Unterlagen, was denn da eigentlich diskutiert werden soll.

(Abg. Drexler SPD: Das ist ja eigenartig! Wo kommen wir da hin?)

Normalerweise ist es in jedem Gemeinde- oder Ortschaftsrat so, dass man, wenn man in eine Sitzung geht, die Unterlagen hat und weiß, worum es geht.

(Abg. Drexler SPD: Genau! – Minister Dr. Döring: Haben Sie keine Tagesordnung bekommen?)

Weil ich annehme, dass nächsten Mittwoch nichts vorliegen wird, habe ich mir ein Konzept zusammengestellt, das ich vielleicht aus Zeitgründen, Frau Präsidentin, zu Protokoll geben muss. Ich habe Ziele formuliert: eine marktorientierte Zielgruppeninformation, verbesserte Zusammenarbeit, weil im Tourismusbereich kein unbedingtes Miteinander besteht, sondern größtenteils noch ein Gegeneinander, dann ein gemeinsames Miteinander der Verbände, die Fortschreibung kostengünstiger Servicequalität und, was mir sehr am Herzen liegt, die Ausbildung der jungen Leute, die in diesem ganzen Bereich tätig sind.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Hervorragend im Land!)

Lieber Herr Kollege Drautz, wir haben 40 % Abbrüche bei den Ausbildungsverhältnissen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Haas, Ihre Redezeit ist überschritten. Würden Sie bitte zum Ende kommen.

(Abg. Drexler SPD: Gut, er gibt die Rede zu Protokoll!)

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Dann schließe ich ganz einfach, Frau Präsidentin, mit dem Aufruf an den Minister: Runter vom Sofa und ran an die Front! Das ist unsere Aufgabe.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: „Runter vom Sofa“! Das ist der Spitzenspruch!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Großen Anfragen sind durch die Aussprache erledigt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Energiepolitische Konzeption für Baden-Württemberg – Drucksache 13/914**
- b) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Energiewende und Atomausstieg in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1118**
- c) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Finanzministeriums – Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung; hier: Beitrag des Landes – Drucksache 13/1222**

Die antragstellenden Fraktionen sind übereingekommen, den Punkt 8 von der Tagesordnung abzusetzen. – Sie stimmen der Absetzung zu. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/1736, 13/1765, 13/1766, 13/1767

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. Es ist so beschlossen.

Punkt 9 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/1725

Auch hier stelle ich gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. Es ist so beschlossen.

Punkt 10 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Kleine Anfragen – Drucksachen 13/1627, 13/1716, 13/1719, 13/1721

Die Kleinen Anfragen sind inzwischen schriftlich beantwortet worden.

Punkt 11 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 26. März 2003, 10:00 Uhr statt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wir freuen uns!)

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:50 Uhr